

Stadt Ratzeburg

Ratzeburg, 17.11.2017

- Hauptausschuss -

Hiermit werden Sie

zur 27. Sitzung des Hauptausschusses
am Montag, 27.11.2017, 18:30 Uhr,
in den Ratssaal

eingeladen.

Bitte benachrichtigen Sie den Vorsitzenden und die/den zuständigen Vertreter/in, falls Sie verhindert sind.

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------|---|----------------------|
| Punkt 1 | Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit | |
| Punkt 2 | Anträge zur Tagesordnung mit Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten | |
| Punkt 3 | Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift vom 25.09.2017 | |
| Punkt 4 | Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 25.09.2017 | SR/BerVoSr/433/2017 |
| Punkt 5 | Bericht der Verwaltung | |
| Punkt 6 | Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern | |
| Punkt 7 | Förderprogramm des Bundes "Demokratie leben!", hier: "Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen" | SR/BeVoSr/503/2017 |
| Punkt 8 | Feuerwehrangelegenheiten; hier: Einnahme- und Ausgabeplan für das Haushaltsjahr 2018 | SR/BeVoSr/524/2017 |
| Punkt 9 | Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) | SR/BeVoSr/496/2017 |
| Punkt 10 | Haushaltsplan 2018 | |
| Punkt 10.1 | Haushaltsplan 2018; hier: Auswirkungen des Schulverbandshaushaltes auf den Haushalt der Stadt | SR/BeVoSr/528/2017 |
| Punkt 10.2 | Haushaltsplan 2018; hier: Stellenplan 2018 | SR/BeVoSr/531/2017/1 |
| Punkt 10.3 | Haushaltsplan 2018; hier: Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, Satzungsbeschluss | SR/BeVoSr/529/2017/1 |
| Punkt 10.4 | Haushaltsplan 2018; hier: Investitionsprogramm 2017 bis 2021 | SR/BeVoSr/530/2017/1 |
| Punkt 11 | Wirtschaftsplan der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe (RZ-WB) für das Jahr 2018 | SR/BeVoSr/514/2017 |

Punkt 12	Zusammenstellung gem. § 12 EigVO der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe für das Wirtschaftsjahr 2018	SR/BeVoSr/515/2017
Punkt 13	Übertragung von Mitteln der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe auf das Wirtschaftsjahr 2018	SR/BeVoSr/516/2017
Punkt 14	Vorauskalkulation der Abwassergebühren 2018	SR/BeVoSr/507/2017
Punkt 15	XVI. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentralen Abwasserbeseitigungsanlagen in der Stadt Ratzeburg (Beitrags- und Gebührensatzung)	SR/BeVoSr/508/2017
Punkt 16	XIV. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die nicht leitungsgebundene Abwasserbeseitigung der Stadt Ratzeburg (Gebührensatzung zur Fäkalschlammabeseitigung)	SR/BeVoSr/509/2017
Punkt 17	Vorauskalkulation der Straßenreinigungsgebühren 2018	SR/BeVoSr/384/2016/1
Punkt 18	II. Änderung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Straßenreinigung	SR/BeVoSr/510/2017
Punkt 19	Vorauskalkulation der Tourismusabgabe 2018	SR/BeVoSr/512/2017
Punkt 20	III. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Erhebung einer Tourismusabgabe	SR/BeVoSr/513/2017
Punkt 21	Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2017 der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe	SR/BeVoSr/517/2017
Punkt 22	Dienstbefreiung durch den Bürgermeister	SR/BeVoSr/545/2017
Punkt 23	Anträge	
Punkt 24	Anfragen und Mitteilungen	

Voraussichtlich nicht Öffentlicher Teil (Vorschlag der Verwaltung)

Punkt 25	CVJM	SR/BeVoSr/542/2017
Punkt 26	Ruderakademie	SR/BeVoSr/543/2017
Punkt 27	Kreissparkasse - fairer Ausgleich mit Mölln	SR/BeVoSr/544/2017
Punkt 28	Bericht über Gesellschaftsbeteiligungen (wird mündlich vorgetragen)	

Vorsitzender

Gremium	Datum	Behandlung
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö

Verfasser:

FB/Az:

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 25.09.2017

Zusammenfassung:

- TOP 10** **IV. Satzung zur Änderung der Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Ratzeburg**

Die Stadtvertretung hat am 08.11.2017 gleichlautend beschlossen und damit der Aufhebung dieser Satzung zugestimmt.

- TOP 11 – I.** **Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Säumniszuschlägen bei Gebühren und Beiträgen**

Die Stadtvertretung hat am 08.11.2017 gleichlautend beschlossen und damit der Aufhebung dieser Satzung zugestimmt.

- Top 12.1. 1** **Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die Aufgaben der Feuerwehr Ratzeburg**

Verweis an den Finanzausschuss.

Die Befristung der Stelle ist noch nicht neu beraten worden.

- TOP 12.2** **II. Nachtragshaushalt 2017; hier: Bildung einer Finanzausgleichsrücklage**

Die Stadtvertretung hat am 08.11.2017 gleichlautend beschlossen.

- TOP 12.3** **II. Nachtragshaushaltsplan 2017; hier: Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, Haushaltssatzung**

Die Stadtvertretung hat am 08.11.2017 gleichlautend beschlossen. Der bei der HHSt. 630.5115 (Unterhaltung Verkehrsinfrastruktur) enthaltene Sperrvermerk in Höhe von 57.000 € wurde nochmals um 15.000 € reduziert, da dieser Betrag für einen Verkehrssicherheits-Zaun am Montessori Inselhaus in der Schulstraße benötigt wird. Mit einer zeitnahen Genehmigung des II. Nachtragshaushaltes durch die Kommunalaufsichtsbehörde des Kreises wird gerechnet.

TOP 12.4 II. Nachtragshaushaltsplan 2017; hier: Investitionsprogramm 2016 bis 2020

siehe Punkt 12.3

Punkt 13 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13 "Penny-Markt - südlich Schweriner Straße, östlich Zittschower Weg" im Verfahren nach § 13 a BauGB - Abschließende Beschlussfassung

Die STV hat am 08.11.2017 ebenso beschlossen.

Der B-Plan wird in Kürze in Kraft gesetzt.

Punkt 14 Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13 "Penny-Markt - südlich Schweriner Straße, östlich Zittschower Weg"

Die STV hat am 08.11.2017 ebenso beschlossen – hier war nichts weiter zu veranlassen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Maren Lubenow am 17.11.2017

Bürgermeister Voß am 17.11.2017

Mitgezeichnet haben:

Ö 7

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 16.10.2017

SR/BeVoSr/503/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	09.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser:

FB/Aktenzeichen:

Förderprogramm des Bundes "Demokratie leben!", hier: "Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen"

Zielsetzung:

Fortführung des Förderprogramm des Bundes "Demokratie leben!", hier: "Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen"

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport / der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung die Fortführung des Förderprogramm des Bundes "Demokratie leben!", hier: "Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen" in 2018 zu befürworten.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Maren Lubenow am 12.10.2017

Bürgermeister Voß am 16.10.2017

Sachverhalt:

Die Stadt Ratzeburg und das Amt Lauenburgische Seen haben in 2017 eine „Partnerschaft für Demokratie“ (PfD) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gestartet. Mit diesem Programm werden Projekte gefördert, die demokratiestärkend wirken, sich gegen Extremismus wenden, an gelingender Integration arbeiten oder das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft befördern. Dafür stellt der Bund bis 2019 jährlich 100.000 € zur Verfügung.

Um sich für diese Förderung zu qualifizieren, musste die Stadt Ratzeburg als federführender Antragsteller zunächst einen Partner finden, um die in der Richtlinie des Bundesprogramms vorgeschriebene Einwohnerzahl von mindestens 20.000 zu erreichen. Hier zeigte sich das Amt Lauenburgische Seen bereit, als Partner zu fungieren, so dass der Einzugsbereich der PfD aktuell rund 28.000 Menschen umfasst. Zusätzlich musste zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Kommunalpolitik, Initiativen, Vereinen, Verbänden, kirchlichen Trägern, Schulen, Jugendeinrichtungen, Beratungseinrichtungen sowie engagierten Bürger*innen aus unterschiedlichen Bezügen wie Kunst und Kultur ein Zielkonzept erarbeitet werden, das mit der PfD vor Ort erreicht werden soll. Hierzu wurde im Herbst 2016 eine Auftaktkonferenz veranstaltet, auf der von rund 60 Teilnehmer*innen eine Zielpyramide erarbeitet und verabschiedet wurde.

Nach Richtlinie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ werden die 100.000 € dem PfD in festen Budgets zugewiesen. 40.000 € sind für einen sogenannten Aktion- und Initiativefond vorgesehen, aus dem heraus Projekte vor Ort gefördert werden können. Antragsberechtigt sind gemeinnützige Institutionen. Die Entscheidung über eine Projektförderung trifft der Begleitausschuss, ein Gremien aus zivilgesellschaftlichen Akteuren, das alle vorgestellten Projektanträge bewertet und beschließt. 5.000 € gehen in einen Jugendfonds. Dieser wird von Jugendlichen selbst verwaltet und für eigene Projektideen umgesetzt. Diese Aufgabe hat der Ratzeburger Jugendbeirat übernommen.

45.000 € sind schließlich für eine hauptamtliche Fach- und Koordinierungsstelle vorgesehen, die potentielle Projektträger bei der Antragstellung, der Projektdurchführung und der Abrechnung beraten sowie das federführende Amt, also die Stadt Ratzeburg, bei der Gesamtabrechnung gegenüber dem Bund unterstützen soll. Ebenso obliegt ihr die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes sowie im Bundesprogramm vorgeschriebene Projektevaluationen. Als Fach- und Koordinierungsstelle konnte die BQG Personalentwicklung GmbH zu Jahresbeginn gewonnen werden, die mit einer Vollzeitstelle sowie einer Minijobkraft die PfD Stadt Ratzeburg/ Amt Lauenburgische Seen begleitet.

In 2017 musste die PfD Stadt Ratzeburg/ Amt Lauenburgische Seen zunächst arbeitsfähig werden, mit der Gründung eines Begleitausschusses und der Entwicklung einer Geschäftsordnung, der Einführung eines Antragsverfahrens für Projektträger*innen und der Erarbeitung einer Webpräsenz für die allgemeine Öffentlichkeit aber auch für potentielle Antragsteller*innen. Ab dem Frühjahr konnten dann Projektförderungen in den Bereichen der politischen Bildung, der Netzwerk- und Informationsarbeit gegen Rechtsextremismus, der Integrations- sowie der interkulturellen Begegnungs- und Bildungsarbeit auf den Weg gebracht werden. Die Projekte umfassen unterschiedliche Zielgruppen, Altersgruppen und Orte:

Interkultureller TREFFPUNKT Natur (Elfriede und Hermann Hübner Stiftung)

Im Rahmen eines renommierten Naturprojektes vor Ort entsteht ein naturnaher, interkulturellen Begegnungsraum, der gemeinsam vom Menschen unterschiedlicher Herkunft unter künstlerischer Anleitung gestaltet und nachfolgend im Rahmen von "Demokratiepicknicks" mit Inhalten gefüllt werden soll.

Politische Bildung im ländlichen Raum etablieren (Volkshochschule Ratzeburg)

Die örtliche Volkshochschule hat zusammen mit einem freien Träger der politischen Bildung ein Vortrags- und Seminarprogramm zur politischen Bildung auf den Weg gebracht, das die Themenfelder Migration, die Präsidentschaft Donald Trumps, den Entwicklung von der Türkei und ein EU-Planspiel umfasst und auch im ländlichen Raum angeboten wird.

Patenschaftsprojekt "Ich zeig dir MEINE Welt" (Schulverein Gemeinschaftsschule Lauenburgische Seen)

Ausgehend von einer Initiative des Schulvereins der örtlichen Gemeinschaftsschule ist ein Patenschaftsprojekt für Schüler*innen angestoßen worden, das einheimische Schüler*innen und mit zugewanderten Schüler*innen zusammenbringen und eine langfristige freundschaftliche Beziehungen zwischen ihnen fördern will, die den Austausch und gegenseitiges Verständnis sowie einen achtsamen und hilfsbereiten Umgang fördern.

"Botschaften setzen" – Mobiles Kunstatelier (Verein Miteinander leben e.V.)

Menschen an ganz unterschiedlichen Orten und jeden Alters über Kunst zum Austausch über politische Themen zu bewegen, verfolgt das mobile Kunstatelier eines iranischen Künstlers. Im Mittelpunkt steht dabei das Thema "Frieden".

Akzeptanz (Diakonisches Werk Hzgt. Lbg.)

Jugendliche unterschiedlicher Herkunft finden im gemeinsamen Breakdance zueinander und überwinden Vorbehalte und Vorurteile für ihr Ziel, sich gemeinsam öffentlich zu präsentieren.

POLITCALied (Verein Miteinander leben e.V.)

Dem politischen Lied Ausdruck und Bühne geben, um politische Gedanken und Diskussionen anzuregen.

Dazu wurden neue Miniprojekte im Rahmen eines gesonderten Aktionsfonds für Kleinprojekte von Einzelpersonen, überwiegend interkulturelle Begegnungsprojekte, aber auch die Beteiligung an einem Workshopangebot für die 9. Regionalkonferenz Rechtsextremismus in der Region zusammen mit den benachbarten PFDs in Lauenburg und dem Kreis Herzogtum Lauenburg, durchgeführt.

Darüber hinaus plant der Begleitausschuss am 18.11.2017 eine Demokratiekonferenz mit inhaltlichem Schwerpunkt auf die kommenden Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im Mai 2018. Zeitgemäßer Wahlkampf sowie die Aktivierung von Erst- und Jungwähler sollen dabei im Mittelpunkt stehen.

Ebenso hat der Begleitausschuss analog zum Patenschaftsprojekt "Ich zeig dir MEINE Welt", das als Zielgruppe Schüler*innen der Gemeinschaftsschule mit unterschiedlicher Herkunft hat, nach Rücksprache mit dem Schulverein, der Schulsozialarbeit wie auch der Schulleitung beschlossen auch ein "Elternpatenprojekt" auszuschreiben, das einheimische und zugewanderte Eltern zusammenführen und nach Möglichkeiten ebenfalls in Patenschaften münden soll.

Auch der Jugendbeirat war nicht untätig und hat aus seinem Jugendfonds bereits drei Projekte gestartet ...

- Jugendprojekt: "Demokrat*innen bei der Arbeit" – Demokratielauf zur Landtagswahl am 07.05.2017 und zur Bundestagswahl am 24.09.2017
- Jugendprojekt: "Botschaften setzen" – Mobiles Kinder- und Jugendkunstatelier
- Jugendprojekt: "Wir für Euch und Eure Ideen"

... eines ist in konkreter Planung, ein Begegnungsprojekt auf der Eisbahn unter dem Titel „Vielfalt on ICE“.

Insgesamt ist festzustellen, dass aktuell 90% der Projekte in Ratzeburg tätig sind, das Umland aber insbesondere über das Schulpatenschaftsprojekt "Ich zeig dir MEINE Welt" sowie die Jugendprojekte im Einzugsbereich des Schulverbandes partizipieren kann. Das Amt Lauenburgische Seen, das durch seine Kooperation das Förderprogramm erst ermöglicht hat, beteiligt sich zudem aktiv und sehr verantwortlich im Begleitausschuss. Bisher sind rund 60.000 € der Bundesförderung verausgabt worden, bis zum Jahresende wird erwartet, dass der Fördertopf ausgekehrt wurde.

Die Stadt Ratzeburg hat nach Aufforderung durch das Bundesprogramm eine Fortführung der Förderung in 2018 wie geplant beantragt, um wiederum 100.000 € Bundesförderung im kommenden Jahr in der Projektarbeit vor Ort einsetzen zu können. Entsprechend der Förderleitlinie werden dafür ab dem zweiten Förderjahr seitens der federführenden Kommune der Einsatz von Eigenmittel in Höhe von 5.000 € erwartet, von denen 4.000 € dem Aktions- und Initiativfond und 1.000 € dem Jugendfond zur Verfügung gestellt werden soll. Diese Eigenmittel sind unter Haushaltsstelle 470.7031 für den Haushalt 2018 angemeldet worden.

Im Ausblick zeigen sich für das Projektjahr 2018 bereits jetzt schon einige Antragsteller*innen bereit, Projekte fortzuführen und weiterzuentwickeln oder auch neue Projektideen umzusetzen. Erfreulich ist dabei, dass die Aufmerksamkeit für diese Fördermöglichkeit deutlich gestiegen ist. Bei der Fach- und Koordinierungsstelle erkundigen sich auch neue Antragsteller*innen nach den Förderkonditionen.

Mit den Mittel des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ können im Rahmen der Pfd Stadt Ratzeburg/ Amt Lauenburgische Seen zivilgesellschaftliche, demokratiestärkende Projekte und damit auch das zivilgesellschaftliche, häufig ehrenamtliche Engagement sehr maßgeblich entwickelt und gefördert werden. Insbesondere Netzwerkzusammenhänge innerhalb der kommunalen Förderregion werden sehr nachhaltig gestärkt.

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre ist zu erwarten, dass ein Bundesprogramm für solche kommunalen Förderungen auch über 2019, der offiziellen Laufzeit des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, fortgeschrieben wird. So ist die Stadt Lauenburg bereits seit 2007 sukzessive in einer solchen Förderstruktur, der Kreis Herzogtum Lauenburg seit 2011. Hier hätte eine funktionierende Pfd Stadt Ratzeburg/ Amt Lauenburgische Seen gute Chancen, von Folgeprogrammen des Bundes zu profitieren.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:
im Sachverhalt dargestellt

Anlagenverzeichnis:

Förderleitlinie des Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Zielpyramide der „Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen“

mitgezeichnet haben:

Ö 7



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Bundesprogramm

Demokratie leben!

Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Bundesweite Förderung

lokaler

„Partnerschaften für Demokratie“

Leitlinie Förderbereich A

Inhalt

1. Zielsetzung und Ausgangssituation des Bundesprogramms	3
1.1 Zielsetzung des Programms	3
1.2 Ausgangssituation	4
2. Förderbereich	5
2.1 Allgemeine Grundsätze	5
2.2 Federführendes Amt.....	7
2.3 Koordinierungs- und Fachstelle	8
2.4 Begleitausschuss.....	9
2.5 Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching	9
2.6 Jugendforum	10
3. Zielgruppen.....	11
4. Voraussetzungen, Art und Umfang der Förderung	11
4.1 Allgemeine Fördergrundsätze.....	11
4.2 Zuwendungsempfänger.....	12
4.3 Fördervoraussetzungen.....	13
4.4 Förderungsart.....	14
4.5 Finanzierungsarten.....	14
4.6 Dauer, Höhe und Umfang der Förderung	14
4.7 Formblätter / Internet	15
4.8 Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion als Leitprinzipien	15
4.9 Nebenbestimmungen / Ausnahmeklausel.....	16
5. Verfahren	16
5.1 Interessenbekundungsverfahren	16
5.2 Auswahlverfahren.....	16
5.3 Antragsverfahren	16
5.4 Bewilligungsverfahren	17
5.5 Verwendungsnachweis.....	17
6. Qualitätssicherung	18
6.1 Regiestelle.....	18
6.2 Qualitätssicherung, Monitoring, Evaluation und Transfer	18
7. Inkrafttreten.....	18

1. Zielsetzung und Ausgangssituation des Bundesprogramms

1.1 Zielsetzung des Programms

Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z. B. Rassismus und Antisemitismus sind eine dauerhafte Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Die Aufdeckung der NSU-Morde hat insbesondere die Gefahren des Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus noch einmal deutlich vor Augen geführt. Verunsicherungen im Zuge von Globalisierung, Migration und sozialer Polarisierung werden auch weiterhin Anknüpfungsmöglichkeiten für menschenverachtende Ideologien und Ideologiefragmente bieten und zur vermeintlichen Rechtfertigung von Gewalt und in undemokratischer Form ausgetragenen politisierten Konflikten missbraucht werden. Zur wirksamen Begegnung bedarf es zielgerichteter Präventionsstrategien im Zusammenwirken von Kommunen, Ländern, dem Bund und der Zivilgesellschaft. Eine wirksame Arbeit gegen demokratiegefährdende gesellschaftliche Entwicklungen muss an den konkreten Problemen und Bedürfnissen vor Ort ansetzen.

Das Bundesprogramm „**Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit**“ will ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene fördern. Vereine, Projekte und Initiativen werden unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z. B. Rassismus und Antisemitismus arbeiten. Darüber hinaus können auch andere Formen von Demokratie- und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von politisierter oder vorgeblich politisch bzw. vorgeblich religiös legitimierter Gewalt, von Hass und politischer Radikalisierung Gegenstand präventiver Arbeit und damit Gegenstand der Förderung durch das Bundesprogramm sein.

Im Bundesprogramm sind die folgenden Programmbereiche vertreten:

- A. Bundesweite Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“;
- B. Förderung von Demokratiezentren zur landesweiten Koordinierung und Vernetzung sowie von Mobiler, Opfer- und Ausstiegsberatung;
- C. Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger;
- D. Förderung von Modellprojekten
 - zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und
 - zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum;
- E. Förderung von Modellprojekten zur Radikalisierungsprävention.
- F. Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt
- G. Demokratieförderung im Bildungsbereich
- H. Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft
- I. Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz
- J. Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe.¹

¹ Absatz zuletzt geändert am 13.09.2017 in Abweichung von der Leitlinie für das Förderjahr 2017

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf den Programmbereich A: „Bundesweite Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“. Für Maßnahmen zu den Förderbereichen B bis J werden gesonderte Förderleitlinien aufgestellt.

1.2 Ausgangssituation

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (nachfolgend: BMFSFJ bzw. Bundesministerium) hat im Rahmen der Bundesprogramme „**Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**“ (2007-2010) und **TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN** (2011-2014) die Entwicklung, Implementierung und Umsetzung sowie die Sicherung der Nachhaltigkeit von Lokalen Aktionsplänen (LAP) gefördert. Die Entwicklung dieser integrierten lokalen Strategien hat sich in den Jahren von 2007 bis 2014 als ein Erfolg versprechender Ansatz zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Förderung von Prozessen zur Demokratieentwicklung vor Ort sowie der nachhaltigen Entwicklung lokaler/regionaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus erwiesen.

Aufbauend auf bewährten Elementen soll die erfolgreiche Arbeit der Lokalen Aktionspläne der früheren Bundesprogramme nunmehr in Form von lokalen bzw. regionalen „Partnerschaften für Demokratie“ konzeptionell fortgesetzt und weiterentwickelt sowie auf weitere Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse übertragen werden.

In den lokalen und regionalen „Partnerschaften für Demokratie“ gilt es, insbesondere die bereits in den Vorgängerprogrammen formulierten Zielstellungen – Knüpfung und Mobilisierung von lokalen/regionalen Netzwerken, Entwicklung von Fachlichkeit und Stärkung von Kompetenzen sowie Gewinnung öffentlicher Unterstützung – weiter und nachhaltig auszubauen. Als Herausforderung wird hier einerseits der gezielte Know-How-Transfer in kommunale Verwaltungsstrukturen gesehen, um den kommunalen Umgang mit lokalen Problemlagen weiterzuentwickeln und zu einer selbstbewussten Auseinandersetzung zu ermutigen sowie andererseits der weitere Ausbau der Breitenwirksamkeit der Arbeit der gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure vor Ort und der damit verbundenen Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

In der wissenschaftlichen Auswertung der Arbeit der bisherigen Lokalen Aktionspläne wird darauf hingewiesen, dass diese integrierten lokalen Strategien erhebliche Potenziale in der präventiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und verwandten Problemlagen besitzen. Zugleich wird festgestellt, dass noch stärker als bisher eine systematische, kontinuierliche und anlassunabhängige Strategieplanung und Verstetigung des präventiven Vorgehens für die nachhaltige Anlage der Arbeit im lokalen und regionalen Kontext wesentlich ist.²

² vgl. „Abschlussbericht des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN: Abschnitt V. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung und der Programmevaluation“, BMFSFJ, Juni 2014, veröffentlicht unter www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de

2. Förderbereich

2.1 Allgemeine Grundsätze

Die „Partnerschaften für Demokratie“ sollen die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit sowie für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unterstützen und zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern beitragen. Im partnerschaftlichen Zusammenwirken, insbesondere von kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft, wird eine lebendige und vielfältige Demokratie vor Ort sowie eine Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders, der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung weiterentwickelt.

Die „Partnerschaft für Demokratie“ ist ein geeignetes Instrument, um die besonderen, situations- und kontextabhängigen Problemlagen und Bedarfe in der Auseinandersetzung mit Demokratie-, Rechtsstaats- und (gruppenbezogener) Menschenfeindlichkeit im Gemeinwesen zu erkennen, themenspezifische Aktivitäten zu entwickeln sowie demokratische und integrative Entwicklungsprozesse anzustoßen. Sie tragen zur (Weiter-)Entwicklung von Strategien und Konzepten der Förderung von Demokratie und Vielfalt vor Ort bei bzw. regen ggf. entsprechende Strategie- und Konzeptentwicklungsprozesse an und wirken an der kontinuierlichen Überprüfung und notwendigen Anpassung der partizipativ erarbeiteten Strategien mit.

Die „Partnerschaft für Demokratie“ hat als nachhaltig zu entwickelndes Bündnis den Auftrag, lokal/regional für Demokratie einzutreten sowie Rechtsextremismus, Gewalt und den unterschiedlichen Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegenzutreten. Das gilt selbstverständlich auch für andere Formen von demokratie- und rechtsstaatsfeindlichen bzw. gewaltförmigen Phänomenen. Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung einer „Partnerschaft für Demokratie“ richtet sich nach den lokalen und regionalen Erfordernissen. Schwerpunkte für strategische Ziele können daher sein:³

Förderung und Stärkung des programmrelevanten Engagements

- Stärkung einer lebendigen, vielfältigen demokratischen Zivilgesellschaft vor Ort;
- Etablierung und Weiterentwicklung von Verfahren der demokratischen Beteiligung, einschließlich Entwicklung und Erprobung innovativer Beteiligungsansätze;
- gesellschaftliche Sensibilisierung in Bezug auf rechtsextreme, antisemitische oder rassistische Aktivitäten sowie andere demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Phänomene und Stärkung des öffentlichen Engagements hiergegen;
- Aktivitäten gegen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere auch gegen Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit und Homo- und Transfeindlichkeit;
- Stärkung der Selbstorganisation und -hilfe im Themenfeld unter verstärktem Einbezug u. a. von Migrantenselbstorganisationen und muslimischen Gemeinden;
- Entwicklung einer Kultur der Unterstützung und Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements

³ Absatz zuletzt geändert am 13.09.2017 in Abweichung von der Leitlinie für das Förderjahr 2017

ments in allen Themenfeldern des Programms, insbesondere zum Abbau von Ressentiments und zur Prävention vor Gewalt, Hetze und Feindseligkeiten gegenüber Zuwanderinnen und Zuwanderern;

- Entwicklung von Konzepten „Sicherheit und Prävention“.

Förderung der Ausgestaltung einer vielfältigen lokalen Kultur des Zusammenlebens

- Weiterentwicklung von Ansätzen und Konzepten der intergenerativen Arbeit ausschließlich im Themenfeld;
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und einer aktiven Bürgerbeteiligung;
- Förderung des interkulturellen und interreligiösen Zusammenlebens;
- Förderung des demokratischen Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft;
- Förderung der Anerkennung vielfältiger Lebensformen (Diversity-Orientierung).

Förderung der Bearbeitung programmrelevanter lokaler Problemlagen

- Förderung der Reaktionsfähigkeit auf sozialräumliche Konfliktlagen;
- Verbesserung der soziokulturellen Integration.

Die Akteurinnen und Akteure analysieren und widmen sich – im Zusammenhang mit der Zielsetzung des Programms – lokalen und regionalen Konflikten und Problemen und erarbeiten partizipativ Konzepte für eine lebendige, demokratische Gesellschaft und zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort. Einbezogen werden sollen alle relevanten staatlichen und demokratischen nicht-staatlichen Organisationen und Institutionen auf lokaler und regionaler Ebene (Verwaltung, Politik, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine, Verbände, Initiativen, Polizei, Migrant*innenorganisationen, Jugendgruppen, Schulen, Wirtschaft, etc.). Diese bringen ihre jeweils spezifischen Kompetenzen und Möglichkeiten in die lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ ein.

Die „Partnerschaft für Demokratie“ ist partizipativ, paritätisch und gemeinwesenorientiert aufgebaut. Der strukturelle Kern dieses lokalen bzw. regionalen Bündnisses wird durch ein Federführendes Amt (s. u. 2.2), eine Koordinierungs- und Fachstelle (s. u. 2.3), einen Begleitausschuss (s. u. 2.4) und ein Jugendforum (s. u. 2.6) gebildet. Es werden ein Aktions- und Initiativfonds sowie ein Jugendfonds für Einzelmaßnahmen eingerichtet. Diese Fonds sollen auch Kleinstinitiativen und Träger, die in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen aktiv sind, ermöglichen, sich für die Ziele des Bundesprogramms und der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ einzusetzen. Weiterhin wird die Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit sowie ein Coaching (s. u. 2.5) gefördert.

Ein Konzept für eine „Partnerschaft für Demokratie“ muss konkrete Aussagen zu folgenden Punkten enthalten:

- Darstellung bisheriger Analysen vorhandener Problemlagen sowie Aussagen zu Entwicklungen im Themenfeld;
- Darstellung konkreter Schritte zur partizipativen Erarbeitung und Umsetzung einer lokalen, integrierten Handlungsstrategie, entsprechender Teilkonzepte und der dazu erforderlichen konkreten Umsetzungsprozesse;
- Beschreibung der im Themenfeld bereits vorhandenen Netzwerke und zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie weiterer möglicher Partner und Ressourcen;

- Darstellung wichtiger bisheriger Maßnahmen und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit sowie für die lokale bzw. regionale Demokratieentwicklung und deren fachliche Einschätzung;
- Aussagen zur Einbindung der „Partnerschaft für Demokratie“ in bestehende oder geplante kommunale Entwicklungskonzepte und Bündnisse;
- Beschreibung der Zielgruppen;
- Aussagen zur Öffentlichkeitsarbeit und zur (internen) Kommunikation zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren;
- Nennung zivilgesellschaftlicher Partnerinnen und Partner, die in die Arbeit der „Partnerschaft für Demokratie“ einbezogen werden sollen;
- Benennung einer Koordinierungs- und Fachstelle und Aussagen zu Konzept, Entwicklung und Einbindung in die Steuerungsebene der „Partnerschaft für Demokratie“;
- Benennung eines kommunalen Ansprechpartners oder einer Ansprechpartnerin im Federführenden Amt und Aussagen zu seiner Koordinierungsfunktion in Bezug auf die Umsetzung der „Partnerschaft für Demokratie“ und innerhalb der kommunalen Verwaltung;
- Aussagen zur Besetzung und zur Arbeitsweise des Begleitausschusses;
- Aussagen zu Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion;
- Aussagen zum Controlling der Entwicklung und Umsetzung der „Partnerschaft für Demokratie“ sowie zur Selbstevaluation und Qualitätssicherung der Einzelmaßnahmen.

Die Kommune als Gebietskörperschaft (Stadt, Landkreis, kommunaler Zusammenschluss) trägt die Verantwortung für die lokale bzw. regionale „Partnerschaft für Demokratie“. Sie bestimmt ein Federführendes Amt und einen konkreten Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin sowie eine Koordinierungs- und Fachstelle. Sie richtet einen Begleitausschuss und ggf. ein Jugendforum ein.

2.2 Federführendes Amt

Das Federführende Amt in der kommunalen Verwaltung ist Antragsteller und Zuwendungsempfänger der Förderung aus dem Bundesprogramm „**Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit**“. Es ist zentraler Ansprechpartner vor Ort einerseits für das Bundesministerium bzw. die Regiestelle im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (nachfolgend: BAFzA bzw. Bundesamt) und andererseits Anlaufstelle und Partner für die einzurichtende Koordinierungs- und Fachstelle. Das Federführende Amt ist insbesondere pflichtgemäß zuständig für:

- die rechtsverbindliche Antragstellung für die „Partnerschaft für Demokratie“ auf Zuwendung von Bundesmitteln aus dem Programm;
- die rechtliche und inhaltliche Verantwortung der Umsetzung der „Partnerschaften für Demokratie“, einschließlich der Organisation, Berufung bzw. Bereitstellung einer Koordinierungs- und Fachstelle und des Begleitausschusses;
- für die ordnungsgemäße Mittelverwendung;
- für die Weiterleitung der zugewendeten Bundesmittel an Dritte (u. a. Auszahlung der Mittel für die Fonds und der daraus finanzierten Einzelmaßnahmen), einschließlich der rechtsverbindlichen Mittelanforderung bei der Regiestelle und der Bereitstellung von Informationen

- über die jeweiligen Einzelmaßnahmen (Formblatt-Vorgabe der Regiestelle);
- für die administrativ-technische Beratung von Trägern von Projekten und Einzelmaßnahmen;
- die Abrechnung der Fördermittel gegenüber der Regiestelle (Verwendungsnachweis) und die damit zusammenhängende Erstprüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Bundesmittel – entsprechend der Regelungen nach Nr. 7.2 der Anlage 3 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-Gk).

2.3 Koordinierungs- und Fachstelle

Für die Umsetzung der „Partnerschaften für Demokratie“ wird – i. d. R. verwaltungsextern – eine Koordinierungs- und Fachstelle (bei einem freien Träger) eingerichtet. Diese kann in begründeten Ausnahmefällen auch in der kommunalen Verwaltung, bspw. im Federführenden Amt, angesiedelt werden, wenn dafür die Kommune selbst entsprechende Personal- und Sachaufwendungen zur Verfügung stellt und die fachlichen Ressourcen vorhanden sind (die Förderung von kommunalen Personal- und Sachausgaben aus Bundesmitteln des Programms ist ausgeschlossen).

Aufgaben der Koordinierungs- und Fachstelle sind:

- Erstansprechpartner bei Problemlagen entsprechend des Förderbereichs;
- Steuerung der Erstellung und Fortschreibung der „Partnerschaft für Demokratie“, in Zusammenarbeit mit dem Federführenden Amt, dem Begleitausschuss und weiteren Akteurinnen und Akteuren;
- Koordination sowie inhaltlich-fachliche Beratung von Projektträgern und Begleitung von Einzelmaßnahmen, auch in Hinblick auf eine stärkere Einbindung in die lokale Gesamtstrategie, ggf. einschließlich der Begleitung der Akteurinnen und Akteure und ihrer Aktivitäten im Jugendforum sowie der Wahrnehmung von Aufgaben bzgl. der Mittelverwendung und -abrechnung im Aktions- und Initiativfonds sowie im Jugendfonds (s. u. 2.6);
- Koordination der Arbeit des Begleitausschusses;
- Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Bundesprogramms und der „Partnerschaft für Demokratie“ vor Ort;
- Unterstützung der Vernetzung, Bekanntmachung und Inanspruchnahme von Angeboten auf Landesebene (insb. Demokratiezentren);
- Förderung der Vernetzungen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung, insbesondere Anregung und Unterstützung des Know-How-Transfers zum Umgang mit Problemlagen entsprechend des Förderbereichs (s. Abschnitt 2) in Verwaltungsstrukturen;
- Beratung und Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die demokratische Entwicklung des Gemeinwesens, für die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie für Teilhabe und kulturelle Vielfalt engagieren;
- Förderung fachlicher Qualifizierung von Akteurinnen und Akteuren in der „Partnerschaft für Demokratie“ und Vermittlung entsprechender Angebote;
- Weiterentwicklung der Arbeit in der Kommune im Themengebiet;
- Gewährleistung der Zusammenarbeit mit der Programmevaluation/wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms;
- Sicherstellung der Erfassung der Projektdaten und -ergebnisse;

- Teilnahme an inhaltlichen und qualifizierenden Maßnahmen des Bundesprogramms.

2.4 Begleitausschuss

Wesentliches Element für eine „Partnerschaft für Demokratie“ ist die Bildung eines lokalen bzw. regionalen Begleitausschusses, der neben Vertreterinnen und Vertretern aus möglichst allen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung und anderer staatlicher Institutionen mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft besetzt wird.

Der Begleitausschuss

- unterstützt und begleitet die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren in der „Partnerschaft für Demokratie“;
- legt die Eckpunkte der Gesamtstrategie nach Beratung in der Demokratiekonferenz fest;
- analysiert lokale bzw. regionale Unterstützungsmöglichkeiten und organisiert deren Einbindung;
- berät die Koordinierungs- und Fachstelle und das Federführende Amt in der praktischen Arbeit der „Partnerschaft für Demokratie“, insbesondere bei der Umsetzung und Fortschreibung sowie der nachhaltigen Verankerung und
- entscheidet, welche Einzelmaßnahmen aus dem Aktions- und Initiativfonds der Zielerreichung der „Partnerschaft für Demokratie“ dienen und spricht eine Förderempfehlung aus.

Der Begleitausschuss nimmt diese Aufgaben als strategisch handelndes und regelmäßig tagendes Gremium zur Entwicklung, Implementierung und Umsetzung sowie nachhaltigen Verankerung der „Partnerschaft für Demokratie“ wahr. Es wird empfohlen, sich eine Geschäftsordnung zu geben.

2.5 Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching

Lokale und regionale zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure im Themenfeld, Einrichtungen, Bündnisse und weitere Zusammenschlüsse werden in geeigneter Weise an der Entwicklung und Fortschreibung der „Partnerschaft für Demokratie“ aktiv beteiligt, bringen ihre Angebote und Ressourcen in die Arbeit ein und können darüber hinaus selbst als Träger von Einzelmaßnahmen fungieren.

Die Koordinierungs- und Fachstelle sowie das Federführende Amt laden mindestens einmal im Jahr alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, entsprechende Einrichtungen und Verantwortliche aus Politik und Verwaltung zu einer **Demokratiekonferenz** ein, um partizipativ den Stand, die Ziele und die Ausrichtung der weiteren Arbeit in der „Partnerschaft für Demokratie“ zu reflektieren und zu bestimmen. Die strategisch abgestimmte Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung ist ausdrücklich gewünscht; der Aufbau von Doppelstrukturen durch die Schaffung zusätzlicher Gremien/Netzwerke für die Umsetzung der „Partnerschaft für Demokratie“ soll dabei aber vermieden werden.

Innerhalb der ersten vier Monate nach Einrichtung einer Koordinierungs- und Fachstelle soll eine Auftaktkonferenz stattfinden, in deren Nachgang die Teilnehmenden in ggf. gebildeten bzw. vorhandenen Gremien, Netzwerken, Arbeitskreisen oder Fachgruppen partizipativ ein Konzept für die

strategische Ausgestaltung der „Partnerschaft für Demokratie“ entwickeln. Dieses Konzept wird regelmäßig, mindestens jährlich fortgeschrieben.

Die Umsetzung des Konzepts und ggf. erfolgende Veränderungen bzw. Ergänzungen sollen durch Beschlüsse der gewählten Kreis- oder Gemeindevertretungen (wie z. B. Kreistag, Stadtrat) legitimiert werden.

Durch geeignete Maßnahmen soll die Arbeit der „Partnerschaft für Demokratie“ einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht und für eine Mitwirkung geworben werden.

Da ein wesentliches Element der „Partnerschaften für Demokratie“ die Partizipation junger Menschen über das Instrument eines Jugendforums sein soll (s. u. 2.6), ist eine fachliche Anleitung und Begleitung im konkreten lokalen/regionalen Kontext förderlich und zweckmäßig. Hierfür notwendige Kosten (bspw. anteilige Personalkosten) können in einem geringen und angemessenen Umfang finanziert werden. Darüber hinaus können auch notwendige Verwaltungskosten, die sich auf die zweckentsprechende Verwendung und ordnungsgemäße Abrechnung bzw. Verwendungsnachweisführung der Mittel aus dem Aktions- und Initiativfonds sowie dem Jugendfonds beziehen, in Ansatz gebracht werden – jedoch nur für den Fall, dass nicht der Koordinierungs- und Fachstelle die o. g. Aufgaben übertragen wurden (s. o. 2.3).

Alle „Partnerschaften für Demokratie“ haben auch die Möglichkeit, auf der Basis eines festgestellten Unterstützungs- und Beratungsbedarfs sowie auftretender Problemstellungen, **Coaching-Leistungen** (Fach- und Prozessberatung) in Anspruch zu nehmen.

Ziel dieses Coachings ist, die kommunalen Träger und lokalen Akteurinnen und Akteure in Bezug auf die (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung ihrer „Partnerschaft für Demokratie“, in der Aufbau- und Ablauforganisation – über die grundsätzliche Programmberatung der Regiestelle hinaus – vor Ort zu unterstützen. Dazu kann der kommunale Träger, i. d. R. das Federführende Amt, individuell, eigenverantwortlich und selbständig einen Coach bzw. eine Coachin beauftragen. Dieser Coach bzw. die Coachin soll den Ratsuchenden helfen, im lokalen/regionalen Akteursfeld der „Partnerschaft für Demokratie“ kooperative und vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen und zu pflegen, um gemeinsam konstruktiv und zielorientiert zu wirken.

Die Kommune als Träger der „Partnerschaft für Demokratie“ wird direkte Auftraggeberin für das lokale Coaching und schließt unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen den Vertrag selbständig ab.

Die Umsetzung des Coachings (Ziele, Verfahren, Bestimmungen etc.) ist im **„Konzeptionellen Leitfaden für Beratung / Coaching in den ‚Partnerschaften für Demokratie‘“** (in der jeweils aktuell gültigen Fassung) näher beschrieben.

2.6 Jugendforum

Zur Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen an der „Partnerschaft für Demokratie“ wird ein Jugendforum eingerichtet. Dafür können vorhandene Strukturen, wie z. B. Jugendparlamente, Jugendbeiräte und/oder Jugendringe genutzt bzw. konzeptionell weiterentwickelt werden.

Das Jugendforum wird von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet. Dabei müssen – soweit vorhanden – unterschiedliche lokale Jugendszenen, die den zivilgesellschaftlichen Normen (Demokratie, Gewaltfreiheit, Respekt, ...) verpflichtet sind, repräsentativ vertreten sein. Die Einbezie-

hung von Jugendlichen im Sinne des Abschnittes 4.8 „Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion als Leitprinzipien“ ist zu gewährleisten.

Es wird empfohlen, dass sich das Jugendforum ein Statut/eine Geschäftsordnung gibt.

Das Jugendforum ist im Begleitausschuss angemessen personell und mit Stimmrecht vertreten. Es liefert eigene Beiträge zur Ausgestaltung der „Partnerschaft für Demokratie“.⁴

Die Verwendung der bereitgestellten Mittel des Jugendfonds wird durch einen Träger dieses Fonds verantwortet. Eine fachliche Begleitung der Akteurinnen und Akteure des Jugendforums wird empfohlen; dies kann die Koordinierungs- und Fachstelle im Rahmen ihrer Funktion in den „Partnerschaften für Demokratie“ übernehmen (s. o. 2.3). Sollte in der betreffenden „Partnerschaft für Demokratie“ die Begleitung des Jugendforums bzw. die Verwaltung des/der Fonds nicht gleichzeitig bei der Koordinierungs- und Fachstelle angesiedelt sein, so sind in angemessenem Umfang dafür auch entsprechende Mittel aus dem Zuschussbereich „Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching“ (s. o. 2.5) verwendbar.

Eine Verwendung von Fondsmitteln hierfür ist nicht möglich.

3. Zielgruppen

Die anzusprechenden Zielgruppen leiten sich aus den regionalen Erfordernissen, Ressourcen und Zielstellungen ab. Zielgruppen der „Partnerschaft für Demokratie“ und ihrer Einzelmaßnahmen können daher sein:

- Kinder
- Jugendliche bis 27 Jahre (§ 7 I Nr. 3 SGB VIII);
- Eltern und andere Erziehungsberechtigte;
- Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, andere pädagogische Fachkräfte;
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger;
- Lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure.

4. Voraussetzungen, Art und Umfang der Förderung

4.1 Allgemeine Fördergrundsätze

Das Bundesprogramm „**Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit**“ dient nicht der Reduzierung von Länderausgaben oder kommunalen Ausgaben. Im Antrag sind Abgrenzungen zu in der Region bereits existierenden Maßnahmen und die Alleinstellungsmerkmale des geplanten Vorhabens darzustellen.

Grundsätzlich gelten als Orientierung für die Förderung im Bundesprogramm die Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen und Leistungen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes (RL-KJP) vom 29.09.2016 (GMBI Nr. 41 vom 12.10.2016, S. 801).

⁴ Absatz zuletzt geändert am 13.09.2017 in Abweichung von der Leitlinie für das Förderjahr 2017

Nicht gefördert werden insbesondere Maßnahmen, die nach Inhalt, Methodik und Struktur überwiegend schulischen Zwecken, dem Hochschulstudium, der Berufsausbildung außerhalb der Jugendsozialarbeit, dem Breiten- und Leistungssport, der religiösen oder weltanschaulichen Erziehung, der parteiinternen oder gewerkschaftsinternen Schulung, der Erholung oder der Touristik dienen, Maßnahmen mit agitatorischen Zielen sowie Maßnahmen des internationalen Jugend- und Fachkräfteaustausches, wenn sie zu den Aufgabenbereichen von binationalen Jugendwerken gehören und der Art nach von diesen gefördert werden können sowie Maßnahmen, die zu den originären Aufgaben des Kinder- und Jugendplanes gehören und ebenfalls der Art nach von diesen gefördert werden können. Darüber hinaus werden keine Maßnahmen gefördert, die ihrem Charakter nach durch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und/oder durch länderspezifische Regelungen abgedeckt werden.

Die Träger der geförderten Einzelmaßnahmen haben sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu gewährleisten. Näheres wird im Zuwendungsbescheid geregelt.

Über die Gewährung der Zuwendung entscheidet das für das Programm zuständige Bundesministerium im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nach pflichtgemäßem Ermessen. Mit der Bewilligung und Umsetzung wird die Regiestelle im BAFzA beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht nicht.

Bei der Förderung wird die Eigenständigkeit des Zuwendungsempfängers gewahrt. Bei allen Veröffentlichungen ist in geeigneter Weise auf eine Förderung im Rahmen des Programms „**Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit**“ hinzuweisen. Die Logos des BMFSFJ sowie des Bundesprogramms sind gemeinsam mit dem entsprechenden Förderzusatz an geeigneter Stelle sichtbar und nach den gültigen Regelungen zum Corporate Design anzubringen. Näheres regelt der Zuwendungsbescheid.

Der Zuwendungsempfänger wird verpflichtet, in geeigneter Art und Weise Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und eine Abschlussdokumentation zu den Erfahrungen und Ergebnissen aus der Umsetzung der „Partnerschaft für Demokratie“ zu erstellen.

Der Zuwendungsempfänger wird verpflichtet, dem BMFSFJ sowie dem BAFzA das einfache und räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte Nutzungsrecht an allen urheberrechtlich geschützten Arbeitsergebnissen einzuräumen. Dies gilt auch bei gemeinsamer Förderung mehrerer öffentlicher Zuwendungsempfänger.

4.2 Zuwendungsempfänger

Erstempfänger der Bundesmittel für die Förderung der „Partnerschaften für Demokratie“ sind kommunale Gebietskörperschaften.

Als **Letztempfänger** – Zuwendungsempfänger für die Umsetzung der Koordinierungs- und Fachstelle sowie verantwortliche Träger für Einzelmaßnahmen im Rahmen der Fonds und im Bereich der Partizipations-, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit – kommen grundsätzlich nichtstaatliche Organisationen, mit Ausnahme des Coachings (s. u. 2.5), in Betracht, die nachfolgende Bedingungen erfüllen:

- a) Erfüllung der fachlichen Voraussetzungen für das geplante Projekt und entsprechende Er-

- fahrungen in der Thematik des Programms;
- b) Sicherung einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung, insbesondere Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) im Rahmen des Rechnungswesens;
 - c) Gewähr für eine zweckentsprechende, wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Fördermittel sowie bestimmungsgemäßer Nachweis derselben;
 - d) Nachweis der Gemeinnützigkeit gemäß §§ 51ff. Abgabenordnung (AO), ersatzweise zunächst der Nachweis der Stellung eines Antrags auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit gemäß §§ 51ff. AO bzw. grundsätzliche Vereinbarkeit des Gesellschaftervertrags / der Satzung mit den Anforderungen der Gemeinnützigkeit;
 - e) Kein Ausschluss der Vorschrift des § 181 BGB im Gesellschaftsvertrag und in etwaigen Geschäftsführerverträgen.

Werden im Zuschussbereich der Fonds bestimmte Initiativen gefördert, die keine juristischen Personen sind, bspw. Interessengemeinschaften, Bürgerbündnisse, Aktionskreise u. ä., ist grundsätzlich der Träger des Fonds (z. B. die Koordinierungs- und Fachstelle, der Jugendring bzw. ein geeigneter freier Träger der Jugendhilfe) im Sinne der anzuwendenden Verwaltungsvorschriften und als Empfänger der Bundesmittel unmittelbar für deren zweckentsprechende Verwendung verantwortlich. Genauere Verfahrensregeln sind im Rahmen der kommunalen Verantwortung festzulegen und ggf. mit der Regiestelle abzustimmen.

4.3 Fördervoraussetzungen

Im Rahmen dieser Leitlinie werden strukturelle Elemente und Einzelmaßnahmen in der Entwicklung, Implementierung und Umsetzung sowie der nachhaltigen Sicherung der „Partnerschaft für Demokratie“ gefördert, entsprechend der allgemeinen inhaltlichen Grundsätze unter Abschnitt 2.1. Voraussetzungen für die Förderung sind die Zusätzlichkeit und der Innovationsgehalt des beantragten Vorhabens oder – unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten – eine erhebliche Ausweitung bisheriger Aktivitäten, die eine Einordnung als neue, noch nicht begonnene Maßnahme rechtfertigen.

Weitere Voraussetzung für eine Förderung ist die Erbringung von Eigenanteilen durch die Kommunen: Eigenanteile sind die Bereitstellung von Personal sowie von Sachmitteln innerhalb der Kommunalverwaltung für die Steuerung der „Partnerschaft für Demokratie“ (Federführung in der Projektumsetzung sowie verantwortliche Beantragung, Verwendung und Abrechnung der Bundesmittel u. a. m.). Dafür müssen mindestens 0,5 Vollzeitäquivalente (VZÄ) zur Verfügung gestellt werden.

Ist in Ausnahmefällen die Ansiedlung der einzurichtenden Koordinierungs- und Fachstelle in der kommunalen Verwaltung selbst, bspw. im Federführenden Amt, vorgesehen, muss weiteres kommunales Personal mit mindestens 0,5 VZÄ und einer Eingruppierung mindestens in die Entgeltgruppe 9 nach TVÖD zur Verfügung gestellt werden⁵.

⁵ Da durch die Ausweitung der Aufgaben der (externen) Koordinierungs- und Fachstelle (s. u. 2.3) sowie einer Bundesförderung in Höhe von 45.000 € (s. u. 4.6) die Annahme einhergeht, dass damit mehr als 0,5 VZÄ bereitgestellt werden können, soll dies in Analogie praktisch auch auf die kommunal intern angesiedelten Koordinierungs- und Fachstellen zutreffen.

Es werden kommunale Gebietskörperschaften ab einer Größe von 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gefördert.

Ab dem zweiten Förderjahr ist die Förderung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ von einer Mitfinanzierung durch die Kommune (Eigenmittel) bzw. der Einbringung von Drittmitteln abhängig und zwar wie folgt:

- zweites und drittes Förderjahr: 5.000 Euro / Jahr
- ab dem vierten Förderjahr: 10.000 Euro / Jahr⁶

Darüber hinaus ist eine grundsätzliche Mitfinanzierung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ aus Mitteln der Kommunen, Länder, anderer Bundesressorts, der EU und/oder anderen Drittmitteln ausdrücklich erwünscht.

4.4 Förderungsart

Die Zuwendungen werden als Projektförderung auf der Grundlage des § 44 in Verbindung mit § 23 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) sowie der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 BHO zur Deckung von notwendigen Ausgaben des Zuwendungsempfängers für einzelne, abgegrenzte Projektvorhaben gewährt.

4.5 Finanzierungsarten

Die Zuwendungen werden grundsätzlich als Anteilsfinanzierung in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gewährt. Eine Zuwendung in Form einer Festbetragsfinanzierung ist ausgeschlossen.⁷

4.6 Dauer, Höhe und Umfang der Förderung

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist die Förderung von lokalen bzw. regionalen „Partnerschaften für Demokratie“ bis zu einer Höhe von 100.000,00 € an Bundesmitteln möglich. Unter Berücksichtigung der einzubringenden Eigen- bzw. Drittmittel (s. u. 4.3) ergibt sich dadurch eine Förderung von:

- Personal- und Sachausgaben der verwaltungsexternen **Koordinierungs- und Fachstelle** bei einem freien Träger in Höhe von bis zu 45.000 € pro Kalenderjahr;
- einem **Aktions- und Initiativfonds** zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen in Höhe von mindestens
 - 20.000 € im ersten Förderjahr
 - 24.000 € im zweiten und dritten Förderjahr
 - 28.000 € ab dem vierten Förderjahr
- einem **Jugendfonds** zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen in Höhe von mindestens
 - 5.000 € im ersten Förderjahr

⁶ Absatz zuletzt geändert am 13.09.2017 in Abweichung von der Leitlinie für das Förderjahr 2017

⁷ Absatz zuletzt geändert am 13.09.2017 in Abweichung von der Leitlinie für das Förderjahr 2017

- 6.000 € im zweiten und dritten Förderjahr
- 7.000 € ab dem vierten Förderjahr, unter der Voraussetzung, dass die partizipative Beteiligung von Jugendlichen konzeptionell und praktisch sichergestellt wird;
- Ausgaben für **Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching** in Höhe von bis zu 10.000 € pro Förderjahr.⁸

Die Dauer der Förderung ist bis zum 31. Dezember 2019 begrenzt. Die Bewilligung der Bundesmittel erfolgt kalenderjährlich. Die für das jeweilige Förderjahr bewilligten Bundesmittel sind nicht in Folgejahre übertragbar und stehen nur für Ausgaben im betreffenden Haushaltsjahr zur Verfügung.

4.7 Formblätter / Internet

Für die der Regiestelle im BAFzA vorzulegenden Interessenbekundungen, Projektanträge, Mittelanforderungen, Verwendungsnachweise und weiteren Mitteilungen sind die vorgegebenen Formulare der Regiestelle des Programms verbindlich.

Das Programm verfügt über eine eigene Website unter:

www.demokratie-leben.de

auf der alle programmrelevanten Informationen bereitgestellt werden.

4.8 Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion als Leitprinzipien

Gender Mainstreaming ist eine politische Strategie, die die Anliegen und Erfahrungen von Frauen und Mädchen ebenso wie die von Männern und Jungen in die Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung der Maßnahmen selbstverständlich einbezieht. Dazu ist Diversity als Menschenrechtsansatz zu beachten, der vielfältige, komplexe Lebenslagen und Erfahrungen anerkennt und auf gleiche Teilhabechancen und Rechte abzielt. Ansätze zur Förderung von Inklusion als Voraussetzung für Diversity Mainstreaming sollen jedem Menschen die Möglichkeit geben, sich an allen relevanten gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar unabhängig von individuellen Fähigkeiten, kultureller, ethnischer wie sozialer Herkunft, Religion, Geschlecht oder Alter.

Für die zu fördernden Projekte bedeutet dies, die Entwicklung, Organisation, Implementierung und Evaluierung von Entscheidungsprozessen, Beteiligungsformen und Maßnahmen so zu betreiben, dass in jedem Bereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und deren Auswirkungen für jede und jeden Einzelnen berücksichtigt werden.

Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion sind als leitende Prinzipien grundlegend für die Umsetzung des Programms „**Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit**“ und somit auch Bestandteil der Programmevaluation und wissenschaftlichen Auswertung.

⁸ Absatz zuletzt geändert am 13.09.2017 in Abweichung von der Leitlinie für das Förderjahr 2017

4.9 Nebenbestimmungen / Ausnahmeklausel

Der Förderung liegen ergänzend die Bundeshaushaltsordnung (BHO) und die Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung (VV-BHO) einschließlich der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) und der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) zugrunde.

Die Regiestelle im BAFzA kann in besonderen begründeten Ausnahmefällen und nach vorheriger Zustimmung durch das Bundesministerium von den Leitlinien zu diesem Programm abweichen.

5. Verfahren

5.1 Interessenbekundungsverfahren

Interessenbekundungen können – nach Aufforderung, bspw. im Rahmen einer Ausschreibung zu einem geplanten Förderverfahren – beim

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
Referat 304, Regiestelle „Demokratie leben!“
Spremberger Straße 31
02959 Schleife

eingereicht werden.

Näheres zu Zeitraum und Verfahren wird ggf. unter „www.demokratie-leben.de“ veröffentlicht.

5.2 Auswahlverfahren

Die im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens eingereichten Vorschläge zur Förderung einer lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ werden im Zuge der Datenverarbeitung in der Regiestelle intern statistisch erfasst und gespeichert.

Diese Vorschläge werden auf Vollständigkeit der einzureichenden Unterlagen geprüft, nach einem festgelegten Bewertungsraster vorbewertet und fachlich begutachtet. Die abschließende Entscheidung trifft das Bundesministerium.

5.3 Antragsverfahren

Die ausgewählten Kommunen werden zeitnah nach der Entscheidung über ihre Interessenbekundung zur Antragstellung aufgefordert. Interessenten, die keine Berücksichtigung finden konnten, werden ebenfalls zeitnah informiert.

Die ausgewählten Kommunen werden zur Einreichung eines detaillierten Förderantrags unter Nutzung der dazu vorgegebenen Formulare (s. u. 4.7) aufgefordert. Die Regiestelle berät die Antragsteller telefonisch, per E-Mail oder in einem persönlichen Beratungsgespräch.

Die ausgewählten Kommunen können jährlich im Herbst einen Förderantrag für das Folgejahr – nach den entsprechenden Vorgaben der Regiestelle – stellen. Dieser Folgeantrag beinhaltet auch einen (Ergebnis-)Berichtsteil zum jeweils aktuell laufenden Förderjahr, der u. a. als Prüf- und Bewertungsgrundlage dient. Näheres regelt der Zuwendungsbescheid.

5.4 Bewilligungsverfahren

Die Regiestelle im BAFzA bewilligt auf der Grundlage der Entscheidung des BMFSFJ den ausgewählten Kommunen Bundesmittel im Rahmen der zur Verfügung stehenden Fördermittelkontingente für das jeweilige Haushaltsjahr. Die Bewilligungen erfolgen durch schriftlichen Zuwendungsbescheid.

Die Zuwendungsbescheide werden in der Regel für die Dauer eines Jahres erlassen. In den Konzeptionen müssen daher klar abgrenzbare Arbeitsergebnisse für jedes bewilligte Jahr definiert sein.

Sofern eine gesicherte Ko-Finanzierung im Rahmen der Antragstellung nachgewiesen werden kann, auf deren Grundlage eine längerfristige Bewilligung möglich ist, kann der Bewilligungszeitraum im Zuwendungsbescheid mehrere Jahre umfassen. Die Jährlichkeit der zur Verfügung gestellten Bundesmittel bleibt hiervon unberührt.

Der Umfang der Fördermittelkontingente kann im Laufe des Haushaltsjahres nach Verfügbarkeit der Bundesmittel und Antragslage durch Festlegungen des BMFSFJ geändert werden.

5.5 Verwendungsnachweis

Der Nachweis der bestimmungsgemäßen Verwendung der Zuwendung hat durch Vorlage eines Verwendungsnachweises, der aus einem **Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis** besteht, zu erfolgen. Dem zahlenmäßigen Nachweis ist eine tabellarische Belegübersicht beizufügen, in der die Ausgaben nach Art und zeitlicher Reihenfolge getrennt aufgelistet sind (Belegliste).

Der Verwendungsnachweis ist abweichend von Nr. 6.1 der Anlage 3 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-Gk) innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes durch die Kommune als Zuwendungsempfänger (Erstempfänger der Bundesmittel) vorzulegen. Hierzu werden durch die Regiestelle entsprechende Formblätter vorgegeben (s. u. 4.7).

Durch Unterschrift bestätigt der Zuwendungsempfänger, dass die Fördermittel für förderfähige Maßnahmen im Sinne des Programms verwendet worden sind, die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben mit den Büchern und den Belegen übereinstimmen.

Auf die zwingende Notwendigkeit der kommunalen Erstprüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Bundesmittel (s. u. 2.2) sei hier ausdrücklich verwiesen. Entsprechende Zeitkontingente bei den kommunalen Prüfeinrichtungen im Rahmen der o. g. Frist sind hierfür einzuplanen. Die kommunale Prüfeinrichtung hat über das Ergebnis der Prüfung einen Prüfvermerk zu verfassen und diesen als Teil des Verwendungsnachweises vorzulegen (vgl. Nr. 7.2 ANBest-Gk).

Die Gliederung des Sachberichtes wird vorgegeben. Er muss Aussagen zur Projektwirkung und zur Zielerreichung, einschließlich der Querschnittsziele enthalten. Im Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung einerseits sowie die erzielten Ergebnisse andererseits im Einzelnen dar- und den vorgegebenen Zielen gegenüberzustellen (Erfolgskontrolle). Es ist auf die wichtigsten Positionen des zahlenmäßigen Nachweises einzugehen und die Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit zu erläutern. Das BMFSFJ führt im Rahmen des Bundesprogramms und seiner Förderschwerpunkte eine begleitende Erfolgskontrolle durch. Entsprechende Termine und notwendige Berichte werden mit dem Zuwendungsbescheid geregelt.

Eine Anpassung der Ziele an geänderte Umstände ist innerhalb des Förderzeitraumes nur in Absprache mit der Regiestelle zulässig.

6. Qualitätssicherung

6.1 Regiestelle

Mit der Umsetzung des Bundesprogramms „**Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit**“ ist die Regiestelle im BAFzA betraut. Sie hat die Aufgabe, die Implementierung des Programms sicherzustellen und zur Weiterentwicklung beizutragen. Wichtige Bestandteile der Arbeit der Regiestelle sind dabei die nähere Programmausgestaltung, die Programmumsetzung sowie eine programmbezogene Öffentlichkeitsarbeit.

6.2 Qualitätssicherung, Monitoring, Evaluation und Transfer

Die Sicherung der Qualität der Umsetzung der „Partnerschaften für Demokratie“ ist als eine ständige begleitende Aufgabe der Zuwendungsempfänger und der Regiestelle des Programms zu betrachten. Die Regiestelle stellt im Auftrag und in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium das zuwendungsrechtliche Monitoring sicher.

Durch die Zuwendungsempfänger sind die erforderlichen Ressourcen und Informationen sicherzustellen sowie effizient zu lenken und zu leiten, damit die gestellten Projektziele erreicht werden können und während der Durchführungsphase eine gezielte Steuerung im Sinne der Erreichung der Gesamtzielstellung möglich ist. Die Zuwendungsempfänger entwickeln und nutzen spezifische Systeme der Selbstevaluation und der Evaluation der Praxis seiner Tätigkeitsbereiche. Ziele, Praxis und Zielerreichung sind regelmäßig zu prüfen.

Die Zuwendungsempfänger sind darüber hinaus zur Teilnahme an qualitativen und quantitativen Erhebungen sowie ggf. Fachworkshops der Programmevaluation / wissenschaftlichen Begleitung verpflichtet. Näheres regelt der Zuwendungsbescheid.

Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich ferner zur Teilnahme am programmweiten Transfer. Hierfür ist u. a. die Teilnahme an den durch das BAFzA angebotenen Veranstaltungen einzuplanen.

7. Inkrafttreten

Die Leitlinie tritt vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2018 und der Bereitstellung von Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe zur Umsetzung des Bundesprogramms – wie im Regierungsentwurf enthalten – in Kraft.



Leitziel
Wir Menschen in der Region Stadt Ratzeburg und Amt Lauenburgische Seen leben in einer friedlichen, demokratischen, aktiven und vielfältigen Gesellschaft, die von Zuversicht geprägt ist.
Uns leiten die Werte unseres Grundgesetzes und der Wille, dem Menschen gerecht zu sein und ihm auf Augenhöhe zu begegnen.
Wir fördern gegenseitiges Verständnis, Teilhabe sowie die Verantwortung für uns und unsere Gesellschaft und machen dies erfahrbar.

<i>Demokratiestärkung</i>		<i>Bekämpfung von Extremismus</i>			<i>Integration von geflüchteten Menschen</i>			<i>Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft</i>		
M 1.1 Wir schaffen eine Mitbestimmungskultur, in der eine respektvolle, offene, einladende und transparente Diskussionskultur Wertschätzung findet.	M 1.2 Wir schaffen offene Gelegenheiten und Räume zur aktiven Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen und politischen Themen, die uns bewegen.	M 2.1 Wir stellen uns extremistischen Aktivitäten im öffentlichen Raum konsequent entgegen.	M 2.1 Wir fördern aktiv Bildungsarbeit, die über die verschiedenen Formen von Extremismus aufklärt und sensibilisiert und die präventiv gegen Radikalisierungsprozesse wirkt.	M 2.3 Wir fördern die Vernetzung und den Austausch von Akteuren in unserer Region, die sich der Arbeit gegen Extremismus verschrieben haben.	M 3.1 Wir fördern aktiv und kontinuierlich die Sprachfähigkeit von geflüchteten Menschen aller Altersstufen und schaffen Räume zur Verständigung.	M 3.2 Wir unterstützen geflüchtete Menschen auf ihren Wegen in unsere Gesellschaft, indem wir Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten ermöglichen und bei der beruflichen Orientierung helfen.	M 3.3 Wir schaffen Gelegenheiten für geflüchtete Menschen, ihre Interessen eigenständig zu artikulieren und zu vertreten, verantwortlich am Prozess der Integration mitzuwirken und dabei sich und ihre Fähigkeiten einzubringen und diese auch verbessern zu können.	M 3.4 Wir unterstützen ehrenamtliche Helfer*innen bei ihrer Arbeit mit geflüchteten Menschen.	M 4.1 Wir schaffen Gelegenheiten und Räume des gegenseitigen Kennenlernens und fördern aktiv gesellschaftliche Teilhabe von zugewanderten Menschen in unserer Gesellschaft.	M 4.2 Wir arbeiten kontinuierlich an der Verbesserung von Bildungschancen von zugewanderten Menschen.

Handlungsschwerpunkte	Mittlerziel	Handlungsziel 1	Handlungsziel 2	Handlungsziel 3	Handlungsziel 4
<i>Demokratiestärkung</i>	M 1.1 Wir schaffen eine Mitbestimmungskultur, in der eine respektvolle, offene, einladende und transparente Diskussionskultur Wertschätzung findet.	Es gibt öffentliche Räume der gesellschaftlichen Diskussion und Kontroverse vor Ort und im Netz.	Es gibt Projekte, die bestehende Strukturen der Mitbestimmung bekannt machen und stärken.	Es gibt Projekte, in denen Mitbestimmung ortsnah erfahrbar ist.	Es gibt Projekte, die Mitbestimmungsstrukturen im ländlichen Raum stärken..
	M 1.2 Wir schaffen offene Gelegenheiten und Räume zur aktiven Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen und politischen Themen, die uns bewegen.	Es gibt vielfältige, öffentliche, generationsübergreifende, politische Bildungsangebote in unterschiedlichen Formaten (Vorträge, Seminare, Ausstellungen, Diskussionen, Filme etc.), an unterschiedlichen Orten und mit niederschweligen Zugängen.	Es gibt Projekte die gezielt zum Themenfeld „Populismus“ informieren, Diskussionen führen sensibilisieren und dokumentieren.		
Handlungsschwerpunkte	Mittlerziel	Handlungsziel 1	Handlungsziel 2	Handlungsziel 3	Handlungsziel 4
<i>Bekämpfung von Extremismus</i>	M 2.1 Wir stellen uns extremistischen Aktivitäten im öffentlichen Raum konsequent entgegen.	Es gibt Kampagnen und öffentliche Aktionen gegen extremistische Aktivitäten in der Region.	Es gibt Ansätze der präventiven Jugendarbeit zur Vermeidung von Radikalisierung mit entsprechendem Wissenstransfer.	Es gibt Medienprojekte, die Extremismus im Internet dokumentieren, thematisieren und hierzu Medienkompetenz vermitteln.	Es gibt Informations- und Beratungsangebote im ländlichen Raum.
	M 2.2 Wir fördern aktiv Bildungsarbeit, die über die verschiedenen Formen von Extremismus aufklärt, sensibilisiert und	Es gibt generationsübergreifende Informations- und Bildungsangebote unterschiedlicher Formate zum Themenfeld „Extremismus“ an	Es gibt Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Mitarbeiter*innen von Kitas, Beschäftigte der Jugendarbeit im weitesten Sinne sowie		

	die präventiv gegen Radikalisierungsprozesse wirkt.	unterschiedlichen Orten und Einrichtungen.	ehrenamtlichen Aktive.			
Handlungsschwerpunkte	Mittlerziel	Handlungsziel 1	Handlungsziel2	Handlungsziel 3	Handlungsziel 4	
<i>Bekämpfung von Extremismus</i>	M 2.3 Wir fördern die Vernetzung und den Austausch von Akteuren in unserer Region, die sich der Arbeit gegen Extremismus verschrieben haben.	Es gibt Fortbildungs- und Austauschangebote für zivilgesellschaftliche Akteure und Gruppen, die sich aktiv gegen Extremismus engagieren.	Es gibt eine aktive Netzwerkarbeit mit überregionalen Akteuren in S.-H. und M.-V. zum Zwecke des Wissenstransfers und des regelmäßigen Austausch.	Es gibt eine transparente Erfassung und Dokumentation extremistischer Aktivitäten in der Region.		
Handlungsschwerpunkte	Mittlerziel	Handlungsziel 1	Handlungsziel2	Handlungsziel 3	Handlungsziel 4	
<i>Integration von geflüchteten Menschen</i>	M 3.1 Wir fördern aktiv und kontinuierlich die Sprachfähigkeit von geflüchteten Menschen aller Altersstufen und schaffen Räume zur Verständigung.	Es gibt unterschiedliche, aufeinander aufbauende Sprachangebote sowie unterstützenden und aufsuchende Sprachangebote (z.B. Sprachpatenschaften) in der Region.	Es gibt ein niederschwelliges, mobiles Sprachangebot in Kitas und Spielkreisen der Region.	Es gibt eine ergänzende Kinderbetreuung für die Sprachangebote.		
	M 3.2 Wir unterstützen geflüchtete Menschen auf ihren Wegen in unsere Gesellschaft, indem wir Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten ermöglichen und bei der beruflichen Orientierung helfen.	Es gibt niederschwellige „Schnupper“-Angebote im Vereinswesen, insbesondere im Sport und insbesondere für Kinder und Jugendliche.	Es gibt ein berufsorientierendes Netzwerk von haupt- und ehrenamtlichen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft zum Zwecke des Wissenstransfers und des regelmäßigen Austausch.	Es gibt eine öffentliche Plattform, auf der angebote der gesellschaftlichen Teilhabe und der beruflichen Orientierung werden regelmäßig bekanntgemacht.		
	M 3.3 Wir schaffen Gelegenheiten für geflüchtete Menschen, ihre Interessen eigenständig zu artikulieren und zu vertreten, verantwortlich am Prozess der Integration mitzuwirken und dabei sich ihren Fähigkeiten einzubringen und diese auch verbessern zu können.	Es gibt eine oder mehrere Interessensvertretung(en) von geflüchteten Menschen.	Es gibt Selbsthilfeangebote von Geflüchteten für Geflüchtete.	Es gibt Fortbildungsangebote für geflüchtete Menschen zur Erweiterung eigener Kompetenzen in den Bereichen Partizipation und Selbsthilfeangebote.		
	M 3.4 Wir unterstützen ehrenamtliche Helfer*innen bei ihrer Arbeit mit geflüchteten Menschen.	Es gibt Fortbildungs-, Austausch- und Motivationsangebote für ehrenamtlich Tätige in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit.				

Handlungsschwerpunkte	Mittlerziel	Handlungsziel 1	Handlungsziel 2	Handlungsziel 3	Handlungsziel 4	
<i>Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft</i>	M 4.1 Wir schaffen Gelegenheiten und Räume des gegenseitigen Kennenlernens und fördern aktiv gesellschaftliche Teilhabe von zugewanderten Menschen in unserer Gesellschaft.	Es gibt geschlechterspezifische, generationsübergreifende Angebote des interkulturellen Austauschs und der Begegnung auf Augenhöhe in unterschiedlichen, niederschweligen Formaten und verschiedenen Orten.	Es gibt regelmäßige Fortbildungsangebote zur Förderung von „interkulturellen Kompetenzen“.	Es gibt eine aktive Netzwerkarbeit zwischen den aktiven Akteuren zum Zwecke des Wissenstransfers, des regelmäßigen Austausch und der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit.		
Handlungsschwerpunkte	Mittlerziel	Handlungsziel 1	Handlungsziel 2	Handlungsziel 3	Handlungsziel 4	
<i>Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft</i>	M 4.2 Wir arbeiten kontinuierlich an der Verbesserung von Bildungschancen von zugewanderten Menschen.	Es gibt Projekte, in den die Kompetenzen und Ressourcen von geflüchteten Menschen einfließen, sichtbar werden und eine Stärkung erfahren.				

Gremium	Datum	Behandlung
Finanzausschuss	14.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Axel Koop

FB/Aktenzeichen: 20 35 30

Feuerwehrangelegenheiten; hier: Einnahme- und Ausgabeplan für das Haushaltsjahr 2018

Zielsetzung: Umsetzung des neuen Rechtsrahmens zur Behandlung des Sondervermögens für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr (Kameradschaftskasse)

Beschlussvorschlag:

Der **Finanzausschuss** empfiehlt,

der **Hauptausschuss** empfiehlt und

die **Stadtvertretung** beschließt,

den von den der Freiwilligen Feuerwehr Ratzeburg aufgestellten Einnahme- und Ausgabeplan für das Haushaltsjahr 2018 zuzustimmen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Axel Koop am 23.10.2017

Bürgermeister Voß am 24.10.2017

Sachverhalt:

Nach der letztjährigen Änderung des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (Brandschutzgesetz - BrSchG) wurden die Kameradschaftskassen der Freiwilligen Feuerwehren auf eine rechtssichere Basis gestellt. Die Feuerwehren sind verpflichtet für das gemeindliche Sondervermögen

nach § 2a BrSchG einen Einnahme- und Ausgabeplan für jedes Haushaltsjahr aufzustellen. Der in der Mitgliederversammlung beschlossene Plan tritt nach Zustimmung durch die Stadtvertretung in Kraft. Der Einnahme- und Ausgabeplan enthält den voraussichtlichen Bestand der Rücklage zu Beginn und zum Ende des Haushaltsjahres sowie alle im Haushaltsjahr zur Erfüllung der Aufgabe der Kameradschaftskasse voraussichtlich eingehenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben entsprechend des vom Landesfeuerwehrverband veröffentlichten Musters.

Die Ablehnung des Einnahme- und Ausgabeplans durch die Stadtvertretung wäre gemäß § 4 Absatz 3 der Satzung für Sondervermögen zu begründen. Bis zur einvernehmlichen Einigung zwischen Bürgermeister, Stadtvertretung und Wehrvorstand könnte dann die Freiwillige Feuerwehr gemäß § 6 Absatz 2 der Satzung für Sondervermögen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung wirtschaften.

Anmerkung zur Sitzung des Finanzausschusses am 14.11.2017:

Der entsprechende Einnahme- und Ausgabeplan für das Haushaltsjahr 2018 wird zur Sitzung des Finanzausschusses nachgereicht, da die Beratung und Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Ratzeburg erst nach Versand der Sitzungsunterlagen am 03.11.2017 stattfinden wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt: - keine -

Anlagenverzeichnis:

Einnahme- und Ausgabeplan für das Haushaltsjahr 2018 (*wird zur Sitzung des Finanzausschusses nachgereicht*)

Gesamtplan											
Nr.	Bezeichnung	Einnahmen Plan	Einnahmen Ist	Abweichung	Erläuterungen	Nr.	Bezeichnung	Ausgaben Plan	Ausgaben Ist	Abweichung	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
0	Zuwendungen von Mitgliedern	9.800,00 €	- €	- 9.800,00 €		8	Ausgaben für Kameradschaftspflege und Versammlungen	9.100,00 €	- €	- 9.100,00 €	
1	Zuwendungen von Dritten	3.100,00 €	- €	- 3.100,00 €		9	Ausgaben für Ehrungen, Geschenke und ähnliche Anlässe	3.200,00 €	- €	- 3.200,00 €	
2	Einnahmen aus Veranstaltungen	8.000,00 €	- €	- 8.000,00 €		10	Ausgaben für Veranstaltungen	13.300,00 €	- €	- 13.300,00 €	
3	Veräußerung von Vermögensgegenständen im Einzelwert ab 500 €	- €	- €	- €	Einnahmen für Abgänge aus der Bestandsliste	11	Erwerb von Vermögensgegenständen im Einzelwert ab 500 €	- €	- €	- €	Ausgaben für Zugänge zur Bestandsliste
4	Erstattung von Auslagen durch Gemeinde und Dritte	1.200,00 €	- €	- 1.200,00 €		12	Auslagen für Gemeinde und Dritte	300,00 €	- €	- 300,00 €	
5	Sonstige Einnahmen	7.100,00 €	- €	- 7.100,00 €		13	Sonstige Ausgaben	6.700,00 €	- €	- 6.700,00 €	
6	Einzahlungen der Gemeinde	2.000,00 €	- €	- 2.000,00 €		14	Auszahlungen an die Gemeinde	- €	- €	- €	
7	Entnahme aus der Rücklage	1.400,00 €	- €	- 1.400,00 €	Automatische Buchung	15	Zuführung zur Rücklage	- €	- €	- €	Automatische Buchung
0-7	Gesamteinnahmen	32.600,00 €	- €	- 32.600,00 €		8-15	Gesamtausgaben	32.600,00 €	- €	- 32.600,00 €	

Entwicklung der Rücklage	Plan	Ist	Abweichung
Stand der Rücklage am 1.1.2017	8.036,36 €	- €	- 8.036,36 €
Entnahme	1.400,00 €	- €	- 1.400,00 €
Zuführung	- €	- €	- €
Stand der Rücklage am 31.12.2017	6.636,36 €	- €	- 6.636,36 €

Gremium	Datum	Behandlung
Finanzausschuss	14.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Axel Koop

FB/Aktenzeichen: 20 13 50

Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung)

Beschlussvorschlag:

Der **Finanzausschuss** empfiehlt,

der **Hauptausschuss** empfiehlt,

und die **Stadtvertretung** beschließt,

die der Vorlage beigefügte Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Ratzeburg (Hebesatzsatzung).

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Axel Koop am 23.10.2017

Bürgermeister Voß am 24.10.2017

Sachverhalt:

Nachdem in früheren Jahren die Hebesätze für die Realsteuern zwingend in der Haushaltssatzung festgesetzt werden mussten, wurde mit einer Änderung der Gemeindeordnung die Möglichkeit geschaffen, diese in einer separaten Hebesatzsatzung festzusetzen, um die Steuerveranlagung vom Inkrafttreten der Haushaltssatzung zu entkoppeln. Da die Hebesatzsatzung keine genehmigungspflichtigen Teile enthält, kann die öffentliche Bekanntmachung somit umgehend nach Beschluss der städtischen Gremien erfolgen.

Ratzeburg erfüllt nach den Richtlinien zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfswweisungen (§§ 12 und 13 FAG) die aktuellen Vorgaben des Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten und liegt mit jeweils 10 Prozentpunkten bei der Grundsteuer A und B über den geforderten Mindestsätzen.

Zur umfassenden Information ist der Beschlussvorlage der Realsteuer-Atlas 2017 der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck beigefügt. .

Finanzielle Auswirkungen:

In den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2018 sind die Ansätze mit den bestehenden Hebesätzen eingerechnet.

Anlagenverzeichnis:

Satzung der Stadt Ratzeburg über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Ratzeburg (Hebesatzsatzung)
Realsteuer-Atlas 2017 der IHK zu Lübeck



9

Satzung der Stadt Ratzeburg
über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Ratzeburg
(Hebesatzsatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H., Seite 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.03.2017 (GVOBl. Schl.-H., S. 140), des § 25 des Grundsteuergesetzes vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 38 des Gesetzes vom 19.12.2008 (BGBl. I, S. 2794) und des § 16 des Gewerbesteuergesetzes vom 15.10.2002 (BGBl. I, S. 4167), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27.06.2017 (BGBl. I, S. 2074) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 11.12.2017 folgende Satzung erlassen:

§ 1

Erhebungsgrundsatz

Die Stadt Ratzeburg erhebt auf den in ihrem Stadtgebiet liegenden Grundbesitz eine Grundsteuer nach den Vorschriften des Grundsteuergesetzes und von den Gewerbetreibenden eine Gewerbesteuer nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes.

§ 2

Hebesätze

Die Hebesätze für die Realsteuern werden für das Jahr 2018 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 380 v. H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 400 v. H.

2. für die Gewerbesteuer auf 370 v. H.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2018 in Kraft.

Ratzeburg, __.12.2017

Stadt Ratzeburg
Der Bürgermeister

Voß
Bürgermeister

Realsteueratlas 2017

Ergebnisse der Realsteuerhebesatzumfrage
der IHK Schleswig-Holstein



Realsteuerhebesatzumfrage 2017

Die IHK Schleswig-Holstein hat eine Umfrage zu den Realsteuerhebesätzen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B bei Gemeinden mit einer Einwohneranzahl von über 2.000 vorgenommen. Die hieraus resultierende Übersicht gibt ansässigen, aber auch ansiedlungs- und umsiedlungsinteressierten Unternehmen eine standortpolitische Orientierungshilfe.

Die Ergebnisse und Bewertungen der Umfrage werden in dieser Präsentation dargestellt. Den Realsteueratlas 2017 mit allen erhobenen Daten finden Sie unter folgendem Download: www.ihk-sh.de/realsteueratlas.

Für die Beantwortung von Detailfragen erteilt die jeweilige IHK beziehungsweise die jeweilige Gemeindeverwaltung Auskunft.

Kontakt:

Industrie- und Handelskammer zu Flensburg
Viola Meineke

Tel.: (0461) 806-520

Fax: (0461) 806-9520

E-Mail: meineke@flensburg.ihk.de

Industrie- und Handelskammer zu Kiel
Karina Kwasigroch

Telefon: (0431) 5194-237

Telefax: (0431) 5194-510

E-Mail: kwasigroch.recht@kiel.ihk.de

Industrie- und Handelskammer zu Lübeck
Dr. Axel Job

Tel.: (0451) 6006-237

Fax: (0451) 6006-4237

E-Mail: job@ihk-luebeck.de

Belastungsbeispiel: Gewerbesteuer und Grundsteuer B

	Gewerbesteuer	Grundsteuer B
Eine mittelständische GmbH mit einem Jahresgewinn*) von 500.000 Euro und einem Einheitswert für das Betriebsgrundstück von 1 Mio. Euro		
Lübeck (GewSt Hebesatz 450 %) (GrStB Hebesatz 500 %)	78.750 Euro	17.500 Euro
Bosau (GewSt Hebesatz 267 %) (GrStB Hebesatz 360 %)	46.725 Euro	12.600 Euro
Differenz	32.025 Euro	4.900 Euro

*) Der Jahresgewinn entspricht aus Vereinfachungsgründen dem Gewerbeertrag.

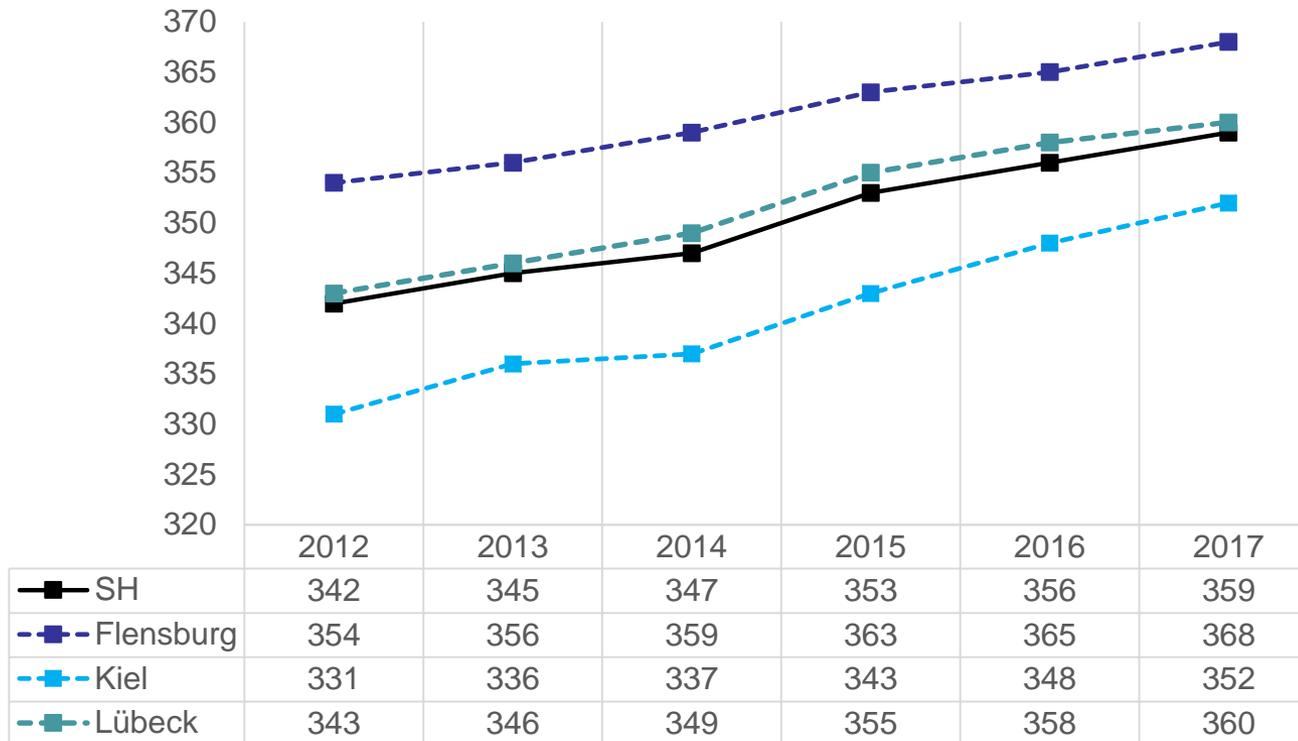
Wesentliche Ergebnisse des Realsteueratlases 2017

		Gewerbesteuer	Grundsteuer B
Durchschnittlicher Hebesatz *)	2017 2016	359 % 356 %	363 % 356 %
Hebesatzerhöhungen von insgesamt 213 (2016: 212) befragten Gemeinden	2017 2016	18 % (38 Gemeinden) 17 % (36 Gemeinden)	20 % (42 Gemeinden) 23 % (49 Gemeinden)
Hebesatzsenkungen	2017 2016	0 1 (Molfsee)	0 0
Höchster Hebesatz	2017 2016	450 % Kiel, Lübeck 450 % Lübeck	700 % Glücksburg 500 % Kiel, Lübeck
Niedrigster Hebesatz	2017 2016	267 % Bosau 255 % Bosau	250 % Rellingen 250 % Rellingen/Wankendorf
Kreis mit der höchsten durchschnittlichen Belastung	2017 2016	371 % Nordfriesland 371 % Nordfriesland	389 % Herzogtum Lauenburg 381 % Herzogtum Lauenburg
Kreis mit der niedrigsten durchschnittlichen Belastung	2017 2016	347 % Steinburg 346 % Steinburg	342 % Pinneberg 339 % Pinneberg

- Der kontinuierliche Aufwärtstrend bei der Gewerbesteuer und Grundsteuer B setzt sich fort.
- Im Vergleich zu 2016 gab es eine ähnliche Anzahl von Erhöhungen bei der Gewerbesteuer und Grundsteuer B.
- Der höchste Grundsteuer B-Hebesatz in Schleswig-Holstein (700 % Glücksburg) hat sich im Vergleich zu 2016 (500 % Kiel, Lübeck) deutlich erhöht.

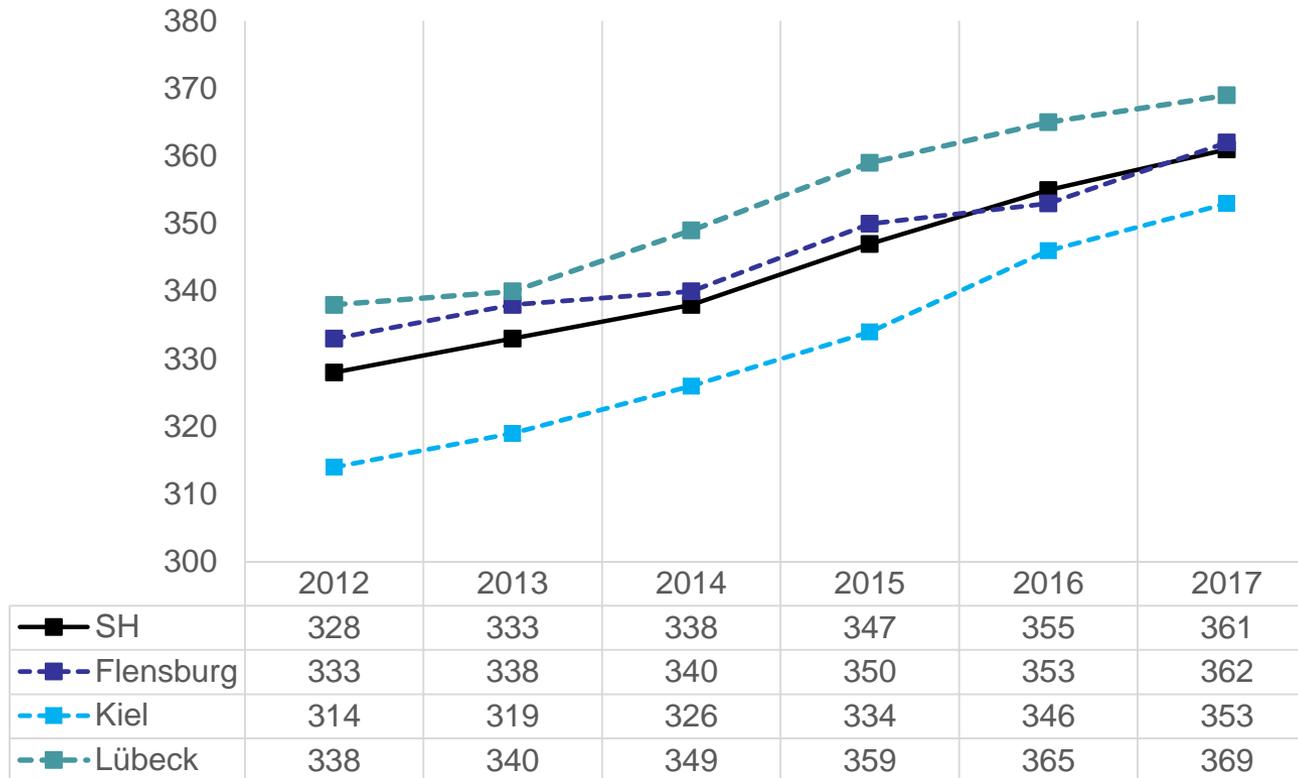
*) Der Durchschnittswert aller Gemeinden wurde unabhängig von der Einwohneranzahl ermittelt. Es ist daher keine Gewichtung vorgenommen worden.

Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze in den Bezirken der IHK Schleswig-Holstein



- Bei der Gewerbesteuer ist für den Zeitraum 2012 bis 2017 insgesamt eine Steigerung des durchschnittlichen Hebesatzes von 17 Prozentpunkten für Schleswig-Holstein zu verzeichnen.
- Ein stärkerer Anstieg ist bei der Grundsteuer B zu beobachten. Dort sind es im gleichen Zeitraum 33 Prozentpunkte.

Entwicklung der Grundsteuerhebesätze in den Bezirken der IHK Schleswig-Holstein

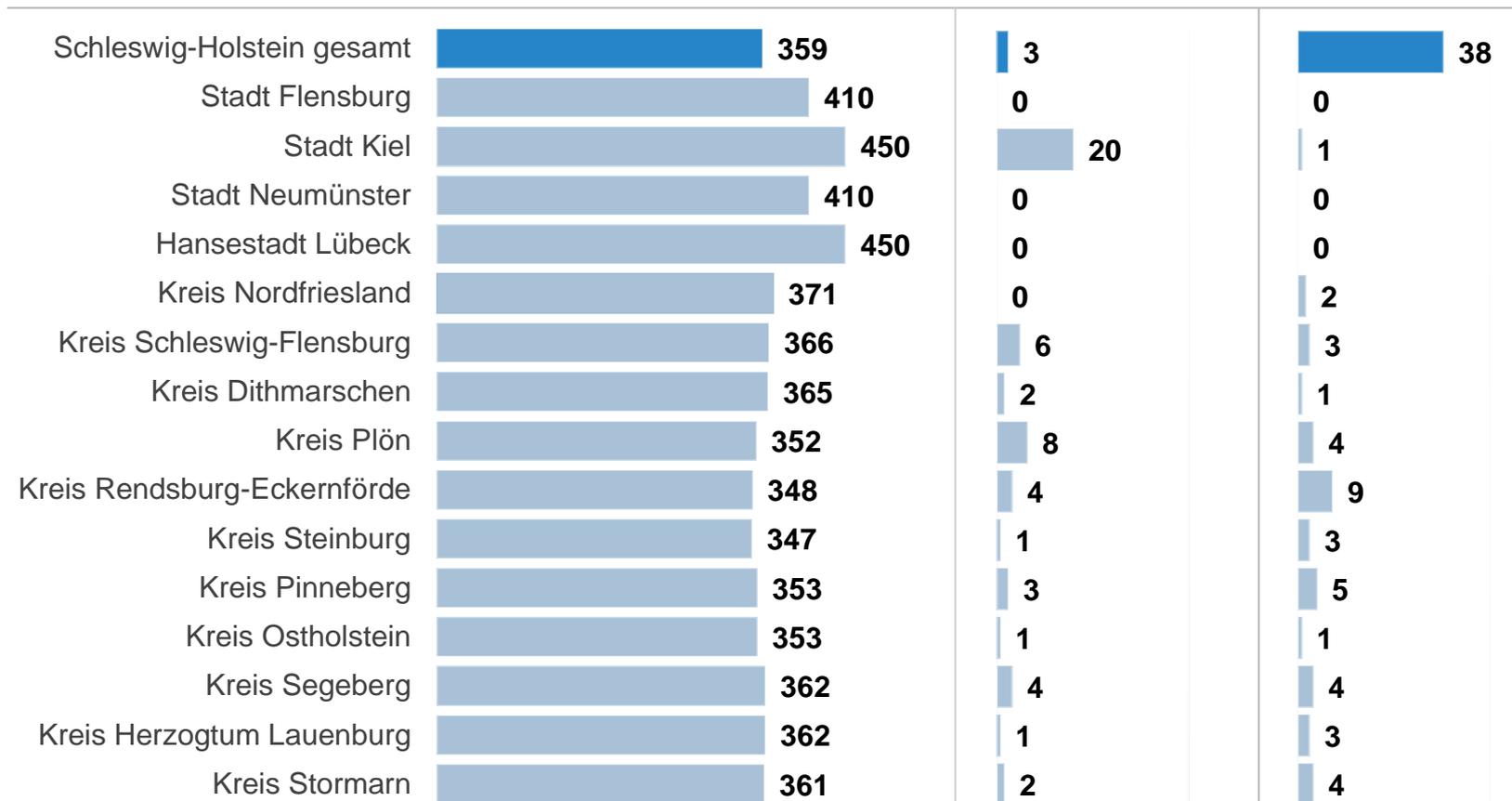


Gewerbesteuerhebesätze

Durchschnittlicher Gewerbesteuerhebesatz
der Kreise/kreisfreien Städte

Veränderung in
Punkten 2016/17

Anzahl der
Erhöhungen 2016/17

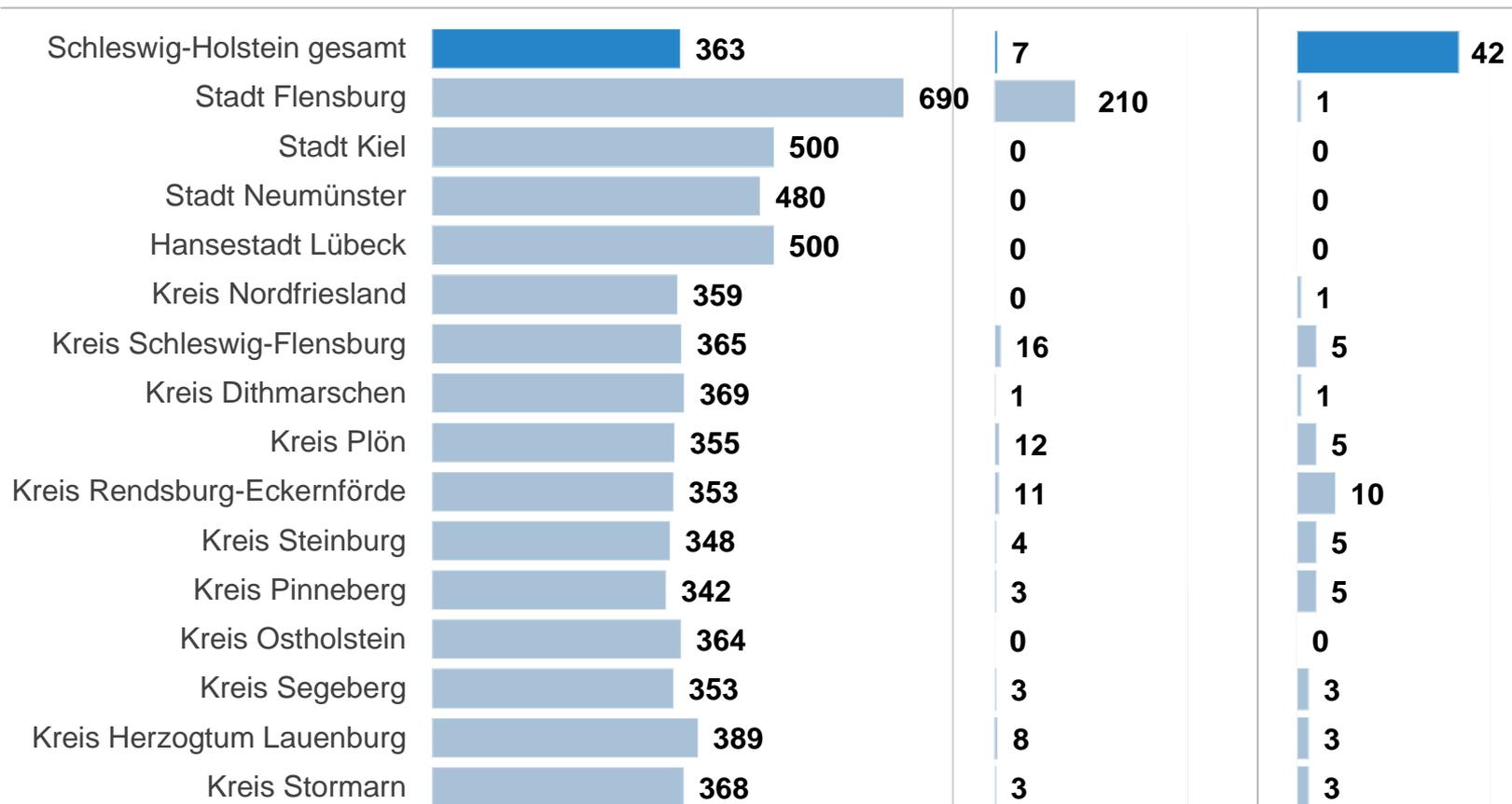


Grundsteuer B - Hebesätze

Durchschnittlicher Hebesatz Grundsteuer B
der Kreise/kreisfreien Städte

Veränderung in
Punkten 2016/17

Anzahl der
Erhöhungen 2016/17



Gewerbesteuerhebesätze in Schleswig-Holstein

Max-Werte

Gemeinde	Hebesatz (Vorjahr)	Kreis
Kiel	450 (430)	
Lübeck	450	
Norderstedt	440	Segeberg
Flensburg	410	
Neumünster	410	
Itzstedt	400	Segeberg
Nahe	400	Segeberg
Geesthacht	400 (375)	Herzogtum Lauenburg
Glinde	400	Stormarn
Schwarzenbek	395	Herzogtum Lauenburg
Lauenburg	395	Herzogtum Lauenburg

Norderstedt hat den Gewerbesteuerhebesatz 2015 auf 440 %, Lübeck 2016 auf 450 % und Kiel 2017 ebenfalls auf 450 % erhöht.

Min-Werte

Gemeinde	Hebesatz (Vorjahr)	Kreis
Bosau	267	Ostholstein
Oststeinbek	290 (285)	Stormarn
Lütjenburg	300	Plön
Berkenthin	300	Herzogtum Lauenburg
Moorrege	310	Pinneberg
Wasbek	310	Rendsburg-Eckernförde
Tangstedt	310	Pinneberg
Bönebüttel	310	Plön
Sankt Michaelisdonn	310	Dithmarschen
Fockbek	310	Rendsburg-Eckernförde
Horst	310	Steinburg
Ellerbek	310	Pinneberg
Groß Grönau	310	Herzogtum Lauenburg
Wankendorf	310 (290)	Herzogtum Lauenburg

Hebesätze Grundsteuer B in Schleswig-Holstein

Max-Werte

Gemeinde	Hebesatz (Vorjahr)	Kreis
Glücksburg	700 (480)	Schleswig-Flensburg
Flensburg	690 (480)	
Kiel	500	
Lübeck	500	
Neumünster	480	
Lauenburg	470	Herzogtum Lauenburg
Schleswig	450 (370)	Schleswig-Flensburg
Schwarzenbek	450	Herzogtum Lauenburg
Pinneberg	450	Pinneberg
Wentorf	450	Herzogtum Lauenburg
Dänischen- hagen	450	Rendsburg-Eckernförde
Altenholz	450 (370)	Rendsburg-Eckernförde
Bad Segeberg	425	Segeberg
Schwedeneck	420	Rendsburg-Eckernförde
Delingsdorf	420	Stormarn

Min-Werte

Gemeinde	Hebesatz (Vorjahr)	Kreis
Rellingen	250	Pinneberg
Schenefeld	260	Pinneberg
Moorrege	260	Pinneberg
Wasbek	260	Rendsburg-Eckernförde
Tangstedt	270	Pinneberg
Wankendorf	270 (250)	Plön
Lütjenburg	270	Plön
Ascheberg	280	Plön
Brokstedt	280	Steinburg
Bönebüttel	280 (260)	Plön
Sankt Michaelisdonn	285	Dithmarschen

Hervorzuheben ist der sprunghafte Anstieg der Hebesätze von Glücksburg auf 700 % (+ 220 Punkte) und Flensburg auf 690 % (+ 210 Punkte) im Jahr 2017.

Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt

Schleswig-Holstein			Bundesdurchschnitt	
	2017*) (mehr als 20.000 Einwohner)	2017 (mehr als 2.000 Einwohner)		2017*) (mehr als 20.000 Einwohner)
Gewerbesteuer	414 %	359 %	Gewerbesteuer	435 %
Grundsteuer B	461 %	363 %	Grundsteuer B	534 %

*) Grundlage ist eine Umfrage des DIHK zu den Realsteuerhebesätzen 2017 von Gemeinden mit über 20.000 Einwohnern.

DIHK-Hebesatzumfrage 2017:

Gewerbesteuer: Hamburg (470%) liegt mit Nordrhein-Westfalen (469 %) an der Spitze der Bundesländer. In Brandenburg besteht mit 384 % die niedrigste Belastung.

Grundsteuer B: In Berlin besteht mit 810 % die höchste Belastung. Der geringste durchschnittliche Hebesatz ist in Rheinland-Pfalz (431 %) zu finden.



Realsteuerhebesätze Gewerbe- und Grundsteuer B

in ausgewählten Städten und Gemeinden des Landes Schleswig-Holstein

Die IHK Schleswig-Holstein hat im Juli 2017 eine Umfrage zu den Realsteuerhebesätzen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B in Gemeinden über 2.000 Einwohner Schleswig-Holsteins durchgeführt.

Im IHK-Bezirk Flensburg wurden neben der kreisfreien Stadt Flensburg 15 Gemeinden im Kreis Dithmarschen, 23 Gemeinden im Kreis Schleswig-Flensburg und 18 Gemeinden im Kreis Nordfriesland befragt.

Im IHK-Bezirk Kiel wurden 25 Gemeinden im Kreis Pinneberg, 13 Gemeinden im Kreis Plön, 28 Gemeinden im Kreis Rendsburg-Eckernförde und 14 Gemeinden im Kreis Steinburg und die kreisfreien Städte Kiel und Neumünster befragt.

Außer der kreisfreien Stadt Lübeck wurden im IHK-Bezirk Lübeck 14 Gemeinden im Kreis Herzogtum Lauenburg, 20 Gemeinden im Kreis Ostholstein, 19 Gemeinden im Kreis Segeberg und 20 Gemeinden im Kreis Stormarn befragt.

Die Gewerbesteuer und die Grundsteuer stellen im Bereich des Steuerrechts insoweit eine Besonderheit dar, als es sich um kommunale Steuern handelt. D. h. zum einen, dass das Aufkommen aus der Gewerbesteuer und der Grundsteuer den Gemeinden zusteht. Es bedeutet zum anderen aber auch, dass diese Steuern aufgrund des kommunalen Hebesatzrechts in den verschiedenen Gemeinden – je nach Hebesatz – unterschiedlich hoch sind. Damit stellen diese Steuerarten einen wichtigen Standortfaktor für Unternehmen dar. Die Übersicht über die Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B ist mithin als standortpolitische Orientierungshilfe für ansiedlungs- oder umsiedlungsinteressierte gewerbliche Unternehmen, für Wirtschaftsorganisationen und nicht zuletzt auch für die Kommunen selbst gedacht.

Die von den schleswig-holsteinischen IHKs durchgeführten Umfragen sind einheitlich durchgeführt worden. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde die Umfrage auf die Gewerbesteuer und Grundsteuer B beschränkt. Für weitergehende Informationen steht die jeweilige IHK gern zur Verfügung. Für die Beantwortung von Detailfragen bitten wir den Leser, sich an die jeweilige Gemeindeverwaltung zu wenden.

Nach § 80 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung in Verbindung mit den Ausführungsanweisungen § 25 Grundsteuergesetz und § 16 Gewerbesteuergesetz können Realsteuerhebesätze noch bis zum 30.06. des Jahres erhöht werden, wenn sie vom 1. Januar des ablaufenden Jahres gelten sollen.

Die Angaben erfolgten nach Mitteilungen der Städte, Gemeinden und Kreise. Ihnen möchten wir für ihre Mitwirkung herzlich danken.

Für die Richtigkeit der hier enthaltenen Angaben können wir trotz sorgfältiger Prüfung keine Gewähr übernehmen.



Schleswig-Holstein
Flensburg · Kiel · Lübeck

Herausgeber:

IHK Schleswig-Holstein

Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu Flensburg, zu Kiel und zu Lübeck

Bergstraße 2, Haus der Wirtschaft, 24103 Kiel

Telefon: (0431) 5194-0

Telefax: (0431) 5194-234

ihk@kiel.ihk.de

www.ihk-schleswig-holstein.de

Ansprechpartner:

Industrie- und Handelskammer zu Flensburg

Viola Meineke

Tel.: (0461) 806-520

Fax: (0461) 806-9520

E-Mail: meineke@flensburg.ihk.de

Industrie- und Handelskammer zu Kiel

Karina Kwasigroch

Telefon: (0431) 5194-237

Telefax: (0431) 5194-510

E-Mail: kwasigroch.recht@kiel.ihk.de

Industrie- und Handelskammer zu Lübeck

Dr. Axel Job

Tel.: (0451) 6006-237

Fax: (0451) 6006-4237

E-Mail: job@ihk-luebeck.de

Stand: Oktober 2017

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	1
Erläuterungen zur Umfrage Gewerbesteuer	4
Tabellen Hebesätze Gewerbesteuer	7
Stadt Flensburg	7
Kreis Schleswig-Flensburg	7
Kreis Dithmarschen	8
Kreis Nordfriesland	9
Stadt Kiel	10
Stadt Neumünster	10
Kreis Pinneberg	10
Kreis Plön	11
Kreis Rendsburg-Eckernförde	12
Kreis Steinburg	13
Hansestadt Lübeck	14
Kreis Herzogtum Lauenburg	14
Kreis Ostholstein	15
Kreis Segeberg	16
Kreis Stormarn	17
Erläuterungen zur Umfrage Grundsteuer B	18
Tabellen Hebesätze Grundsteuer B	19
Stadt Flensburg	19
Kreis Schleswig-Flensburg	19
Kreis Dithmarschen	20
Kreis Nordfriesland	21
Stadt Kiel	22
Stadt Neumünster	22
Kreis Pinneberg	22
Kreis Plön	23
Kreis Rendsburg-Eckernförde	24
Kreis Steinburg	25
Hansestadt Lübeck	26
Kreis Herzogtum Lauenburg	26
Kreis Ostholstein	27
Kreis Segeberg	28
Kreis Stormarn	29

Sie können diese Broschüre auch im Internet unter <http://www.ihk-schleswig-holstein.de> unter dem Stichwort »Realsteuerhebesätze« finden.

Erläuterungen zur Umfrage »Realsteuerhebesätze«

Gewerbsteuer

1. Allgemeines

Die Gewerbesteuer ist eine »Gemeindesteuer« und die wichtigste originäre Einnahmequelle der Kommunen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben. Bund und Länder werden durch eine Umlage an der Gewerbesteuer beteiligt. Die Besteuerung beruht auf dem Gewerbesteuergesetz (GewStG). Zur Klärung von Zweifels- oder Auslegungsfragen sind Gewerbesteuer-Richtlinien als allgemeine Verwaltungsvorschriften herausgegeben worden.

2. Gewerbesteuerpflicht

Jeder inländische Gewerbebetrieb ist gewerbesteuerpflichtig. Die Gewerbeordnung definiert den Begriff des Gewerbebetriebes nicht. Eine nähere Beschreibung findet sich im Einkommensteuergesetz. Danach ist eine selbständige nachhaltige Betätigung, die mit der Absicht, Gewinn zu erzielen, unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt, als Gewerbebetrieb zu qualifizieren, wenn die Betätigung weder als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft noch als Ausübung eines freien Berufes noch als selbständige Tätigkeit anzusehen ist.

3. Steuergegenstand

Steuergegenstand der Gewerbesteuer ist der Gewerbebetrieb mit seiner objektiven Ertragskraft. Es ist gleichgültig, wem der Betrieb gehört und wem die Erträge des Betriebes zufließen.

4. Bemessungsgrundlage

Besteuerungsgrundlage ist der Gewerbeertrag. Das ist der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes zu ermittelnde Gewinn aus dem Gewerbebetrieb, vermehrt und vermindert um bestimmte Beträge, die dem Objektsteuercharakter der Gewerbesteuer Rechnung tragen und eine Doppelbelastung mit Gewerbesteuer und Grundsteuer vermeiden sollen.

5. Hebesatzhöhe

Die Gewerbesteuer wird von der Gemeinde aufgrund des Steuermessbetrages – im Falle der Zerlegung aufgrund des Zerlegungsanteils – mit einem Hundertsatz (Hebesatz) festgesetzt und erhoben, der von der heheberechtigten Gemeinde zu bestimmen ist. Dabei beträgt der Mindesthebesatz 200 Prozent.

6. Berechnung der Gewerbesteuer

a. Bemessungsgrundlage

Der Gewerbeertrag ist die alleinige Besteuerungsgrundlage. Ausgangspunkt für dessen Ermittlung ist der Gewinn, der der Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer zugrunde gelegt wird. Bei der Ermittlung des Gewerbeertrages sind dem Gewinn bestimmte Beträge wieder hinzuzurechnen, die bei der Gewinnermittlung abgezogen wurden (§ 8 GewStG). Die Summe des Gewinns und der Hinzurechnungen wird wiederum um die in § 9 GewStG vorgesehen Beträge gekürzt. Hieraus ergibt sich dann der maßgebende Gewerbeertrag nach § 10 GewStG, von dem der Gewerbeverlust abzuziehen ist, um den Gewerbeertrag zu erhalten.

b. Steuermessbetrag

Bei der Berechnung der Gewerbesteuer ist von einem Steuermessbetrag auszugehen. Dieser ist durch Anwendung eines Hundertsatzes von regelmäßig 3,5 % (Steuermesszahl) auf den Gewerbeertrag zu ermitteln. Für die Feststellung der Besteuerungsgrundlagen und für die Festsetzung und Zerlegung des Steuermessbetrages sind die Finanzämter zuständig. Der Steuermessbetrag ist zu zerlegen, wenn im Erhebungszeitraum (Kalenderjahr) Betriebsstätten in mehreren Gemeinden unterhalten worden sind. Als Zerlegungsmaßstab werden grundsätzlich die Arbeitslöhne herangezogen.

Beispiele für den Steuermessbetrag:

Gewerbeertrag 100.000 Euro bei einer **natürlichen Person oder Personengesellschaft**

	Gewerbeertrag 100.000 EUR	Steuermesszahl	
Freibetrag	24.500 EUR x	frei	
Gewerbeertrag nach Freibetrag	75.500 EUR x	3,5 v. H.	
Steuermessbetrag			2.642,5

Gewerbeertrag 100.000 Euro bei **Kapitalgesellschaften**

	Gewerbeertrag 100.000 EUR	Steuermesszahl	
Gewerbeertrag	100.000 EUR	3,5 v. H.	
Steuermessbetrag			3.500

c. Berechnung

Multipliziert man den Gewerbesteuermessbetrag mit dem individuellen Hebesatz der Gemeinde, ergibt sich die zu zahlende Gewerbesteuer.

$$\begin{aligned} \text{Gewerbesteuer} &= \text{Gewerbeertrag} \times 3,5 \% \times \text{Hebesatz} && \text{bzw.} \\ &= \text{Steuermessbetrag} \times \text{Hebesatz} \end{aligned}$$

Bei einer **Personengesellschaft** mit einem Gewerbeertrag in Höhe von 100.000 EUR, einem Freibetrag in Höhe von 24.500 EUR und einem Hebesatz von 400 % ergibt sich folgende Berechnung:

$$\begin{aligned} 75.500 \times 3,5 : 100 & \times 400 : 100 &= 10.570 \text{ EUR} && \text{bzw.} \\ & 2.642,5 \times 400 : 100 &= 10.570 \text{ EUR} \end{aligned}$$

Bei einer **Kapitalgesellschaft** mit einem Gewerbeertrag in Höhe von 100.000 EUR und einem Hebesatz von 400 % ergibt sich folgende Berechnung:

$$100.000 \times \frac{3,5}{3.500} \times \frac{400}{400} = 14.000 \text{ EUR} \quad \text{bzw.}$$

$$100.000 \times \frac{3,5}{3.500} \times \frac{400}{400} = 14.000 \text{ EUR}$$

7. Gewerbesteuer ist Standortfaktor und belastet Unternehmen

Die Gewerbesteuer ist als festes Band zwischen den Gemeinden und der gewerblichen Wirtschaft Ausdruck der wechselseitigen Abhängigkeit. Attraktive Realsteuerhebesätze sind vorteilhaft für ansiedlungs- und investitionsbereite Unternehmen und dadurch auch für Gemeinden in Krisenzeiten ebenso wie in Zeiten normaler wirtschaftlicher Entwicklung. Die Gewerbesteuerzahlungen der Unternehmen zählen zu den wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinden.

Nach Inkrafttreten der Unternehmenssteuerreform 2008 hat die Gewerbesteuer erheblich an Bedeutung gewonnen. Betriebsausgaben - wie Zinsen, Mieten und Pachten sowie Lizenzgebühren wurden verstärkt in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer mit einbezogen. Hieraus resultiert eine Mehrbelastung für Unternehmen mit der Gewerbesteuer, da sie mit einer ertragsunabhängigen Komponente belastet werden. Zwar wurden durch die Festlegung eines Freibetrages von 100.000 Euro zumindest kleinere Unternehmen von der Hinzurechnung verschont. Für größere Unternehmen bedeutet diese Erweiterung jedoch eine erhebliche Zusatzbelastung, die sich dann auch bei Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze bemerkbar macht.

Jede Erhöhung des Hebesatzes belastet unmittelbar alle **Kapitalgesellschaften**. Für sie gilt kein Freibetrag. Außerdem besteht anders als bei Personengesellschaften keine Möglichkeit der Anrechnung bei den Gesellschaftern, was sich durch den Wegfall des Betriebsausgabenabzuges noch verschärft. Während die Körperschaftsteuer und der Solidaritätszuschlag konstant 15,83 % betragen, ist die Gewerbesteuerbelastung abhängig von dem konkreten Hebesatz einer Gemeinde. Bei einem Hebesatz von 200 % hat sie einen Anteil von 31 % an der Gesamtbelastung (7 von 22,8 Prozentpunkten). Dieser Anteil steigt bei einem Hebesatz von 380 % auf einen Anteil von 46 % (13,3 von 29,1 Prozentpunkten).

Unterschiedliche Hebesätze haben damit enorme Auswirkungen auf die steuerliche Gesamtbelastung einzelner Kapitalgesellschaften.

Bei **Personengesellschaften** wird die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer der Gesellschafter angerechnet. Die Anrechnung ist aber nur bis zu einem Hebesatz von 380 % vollständig möglich. Darüber hinaus bleibt auch bei Gesellschaftern einer Personengesellschaft eine definitive Belastung. Die Anrechnung setzt aber voraus, dass ausreichend Ausgleichsvolumen vorhanden ist. Hieran kann es insbesondere fehlen, wenn für Zwecke der Einkommensteuer Verlustvorträge vorliegen. In diesen Fällen läuft das Anrechnungspotential ins Leere und es kommt infolgedessen zu einer Steuerbelastung, die durch die fehlende Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe noch zusätzlich verschärft wird.

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn.	Gewerbsteuer						
		31.12.15	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Stadt Flensburg	85.942	<u>405</u>	405	405	<u>410</u>	410	410	410
Kreis Schleswig-Flensburg								
Busdorf	2.037	320	320	320	320	320	320	<u>360</u>
Eggebek	2.248	380	380	380	380	380	380	380
Fahrdorf	2.492	310	310	310	310	310	310	<u>360</u>
Glücksburg, Stadt	5.850	<u>380</u>	380	380	380	380	380	380
Großenwiehe	2.983	380	380	380	380	380	380	380
Handewitt	10.968	340	<u>350</u>	350	350	350	<u>360</u>	360
Harrislee	11.285	350	350	350	350	350	<u>360</u>	360
Husby	2.296	330	330	330	330	330	330	<u>360</u>
Jübek	2.649	350	350	350	350	350	350	350
Kappeln, Stadt	8.709	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Kropp	6.483	<u>340</u>	340	340	340	340	380	380
Mittelangeln*	5.117			345	<u>360</u>	360	360	360
Oeversee	3.374	330	330	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Schafflund	2.489	380	380	380	380	380	380	380
Schleswig, Stadt	24.266	350	350	<u>360</u>	360	360	<u>370</u>	370
Schuby	2.567	<u>350</u>	350	350	350	350	350	350
Silberstedt	2.139	<u>350</u>	350	350	350	350	350	350
Sörup	4.188	<u>330</u>	<u>340</u>	340	340	<u>360</u>	360	360
Steinbergkirche**	2.761			350	350	350	350	350
Süderbrarup	4.203	330	<u>380</u>	380	380	380	380	380
Tarp	5.372	320	<u>340</u>	340	340	340	340	340
Wanderup	2.395	<u>380</u>	380	380	380	380	380	380
Wees	2.350	<u>380</u>	380	380	380	380	380	380
<u>Änderungen unterstrichen</u>								

* Zum 01.03.2013 haben sich die Gemeinden Satrup, Havetoftlojt und Rüde zur Gemeinde Mittelangeln zusammengeschlossen.

** 2013 haben sich die Gemeinde Steinbergkirche und die Gemeinde Quern zur Gemeinde Steinbergkirche zusammengeschlossen.

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Gewerbsteuer						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Dithmarschen								
Albersdorf	3.482	350	350	350	<u>360</u>	<u>370</u>	370	370
Brunsbüttel, Stadt	12.740	<u>360</u>	360	360	<u>380</u>	380	380	380
Büsum	4.786	350	350	350	<u>360</u>	<u>370</u>	370	370
Burg	4.147	340	340	340	<u>370</u>	370	370	370
Friedrichskoog	2.565	340	340	<u>360</u>	360	360	<u>380</u>	380
Heide, Stadt	21.422	<u>360</u>	360	360	360	<u>380</u>	380	380
Hemmingstedt	2.833	350	350	350	<u>360</u>	<u>370</u>	370	370
Lohe-Rickelshof	2.096	310	310	310	<u>360</u>	<u>370</u>	370	370
Marne, Stadt	5.690	350	350	350	<u>360</u>	<u>370</u>	370	370
Meldorf, Stadt	7.267	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Nordhastedt	2.775	350	350	350	<u>360</u>	<u>370</u>	370	370
St. Michaelisdonn	3.432	310	310	310	310	310	310	310
Tellingstedt	2.658	310	310	310	310	<u>320</u>	320	320
Weddingstedt	2.289	340	340	340	340	340	340	<u>370</u>
Wesselburen, Stadt	3.149	350	350	350	<u>360</u>	<u>370</u>	370	370
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Gewerbsteuer						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Nordfriesland								
Bredstedt, Stadt	5.224	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Breklum	2.348	370	370	<u>360</u>	<u>380</u>	380	380	380
Friedrichstadt, Stadt	2.466	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Garding, Stadt	2.597	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Hattstedt	2.557	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Husum, Stadt	22.430	<u>350</u>	350	350	350	350	350	350
Langenhorn	3.172	<u>340</u>	<u>380</u>	380	380	380	380	380
Leck	7.601	380	380	380	380	380	380	380
Mildstedt	3.796	350	350	350	350	350	350	350
Niebüll, Stadt	9.905	360	360	360	360	360	<u>380</u>	380
Nordstrand	2.201	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Risum-Lindholm	3.739	380	380	380	380	380	380	380
St. Peter-Ording	3.968	380	380	380	380	380	380	380
Süderlügum	2.300	380	380	380	380	380	380	380
Sylt	13.453	350	350	350	350	350	350	350
Tönning, Stadt	4.895	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Viöl	2.153	<u>350</u>	<u>380</u>	380	380	380	380	380
Wyk auf Föhr, Stadt	4.206	360	360	360	360	360	360	360
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Gewerbsteuer						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Stadt Kiel	246.306	430	430	430	430	430	430	<u>450</u>
Stadt Neumünster	79.197	<u>390</u>	390	390	390	<u>410</u>	410	410
Kreis Pinneberg	307.471							
Appen	4.854	320	320	320	320	<u>330</u>	330	<u>340</u>
Barmstedt, Stadt	10.184	360	360	360	360	<u>370</u>	370	370
Bönningstedt	4.554	310	310	310	<u>320</u>	320	<u>370</u>	370
Borstel-Hohenraden	2.317	<u>330</u>	330	330	330	330	330	330
Ellerbek	4.106	310	310	310	310	310	310	310
Elmshorn, Stadt	48.684	<u>380</u>	<u>380</u>	<u>380</u>	<u>380</u>	<u>390</u>	390	390
Halstenbek	17.250	330	<u>380</u>	380	380	380	380	380
Hasloh	3.568	330	330	330	330	<u>370</u>	<u>380</u>	380
Heidgraben	2.634	<u>340</u>	340	340	<u>360</u>	<u>370</u>	370	370
Heist	2.849	310	310	310	310	<u>330</u>	330	<u>336</u>
Holm	3.188	310	310	310	310	<u>322</u>	<u>330</u>	<u>336</u>
Klein Nordende	3.295	310	310	310	310	310	<u>355</u>	355
Klein Offenseth-Sparrieshoop	2.996	<u>320</u>	<u>330</u>	330	330	330	330	330
Kölln-Reisiek	3.209	330	330	330	330	330	330	330
Kummerfeld	2.259	310	310	310	310	310	<u>330</u>	330
Moorrege	4.193	310	310	310	310	310	310	310
Pinneberg, Stadt	42.266	350	350	390	390	390	390	390
Prisdorf	2.322	<u>350</u>	350	350	350	350	350	350
Quickborn, Stadt	20.608	290	290	<u>320</u>	320	<u>330</u>	330	<u>380</u>
Rellingen	14.089	300	300	300	300	<u>320</u>	320	320
Schenefeld, Stadt	19.152	310	310	310	310	<u>350</u>	350	350
Tangstedt	2.247	310	310	310	310	310	310	310
Tornesch, Stadt	12.946	<u>350</u>	350	<u>380</u>	380	380	380	<u>390</u>
Uetersen, Stadt	18.101	350	350	<u>360</u>	<u>370</u>	<u>380</u>	<u>390</u>	390
Wedel, Stadt	32.890	310	<u>360</u>	<u>380</u>	380	380	380	380

Änderungen unterstrichen

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Gewerbsteuer						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Plön	128.304							
Ascheberg	2.989	300	300	<u>320</u>	320	320	320	320
Bönebüttel	2.052	310	310	310	310	310	310	310
Heikendorf	8.150	350	350	360	360	<u>370</u>	370	370
Laboe	4.922	350	350	350	350	<u>370</u>	370	370
Lütjenburg, Stadt	5.739	300	300	300	300	300	300	300
Mönkeberg	4.111	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Plön, Stadt	8.806	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	<u>380</u>
Preetz, Stadt	15.895	<u>350</u>	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Probsteierhagen	2.038	<u>350</u>	350	350	<u>370</u>	370	370	370
Schönberg	6.208	350	350	350	<u>360</u>	360	360	360
Schönkirchen	6.548	<u>310</u>	310	310	<u>320</u>	320	320	<u>370</u>
Schwentinental, Stadt	13.575	320	320	320	320	<u>350</u>	350	<u>380</u>
Wankendorf	2.918	290	290	290	290	290	290	<u>310</u>
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Gewerbsteuer						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Rendsburg-Eckernförde	270.378							
Altenholz	9.901	350	350	350	350	350	350	<u>370</u>
Aukrug	3.770	310	310	310	310	310	<u>320</u>	320
Bordesholm	7.454	330	330	<u>340</u>	340	340	340	340
Büdelndorf, Stadt	10.110	330	330	350	350	350	350	370
Dänischenhagen	3.908	330	330	330	330	330	<u>380</u>	380
Eckernförde, Stadt	21.859	<u>340</u>	340	340	340	340	340	<u>370</u>
Felde	2.110	310	310	310	310	310	<u>320</u>	<u>336</u>
Fleckeby	2.148	340	340	340	340	340	340	340
Flintbek	7.305	<u>330</u>	330	330	<u>350</u>	350	350	350
Fockbek	6.193	310	310	310	310	310	310	310
Gettorf	7.375	<u>330</u>	330	330	330	330	<u>360</u>	360
Hanerau-Hademarschen	2.990	320	320	320	320	320	<u>360</u>	360
Hohenwestedt	5.229	310	310	310	310	310	310	<u>320</u>
Hohn	2.413	330	330	330	330	330	330	330
Jevenstedt	3.262	310	310	310	310	310	310	320
Kronshagen	11.807	<u>380</u>	380	380	380	380	380	380
Molfsee	4.884	310	310	310	310	<u>350</u>	<u>330</u>	330
Nortorf, Stadt	6.650	350	350	350	350	<u>360</u>	360	360
Osdorf	2.349	310	310	310	310	<u>330</u>	330	330
Osterrönfeld	5.110	320	320	320	320	<u>330</u>	330	<u>336</u>
Owschlag	3.671	320	<u>340</u>	340	340	<u>370</u>	370	370
Rendsburg, Stadt	27.617	<u>350</u>	<u>360</u>	<u>380</u>	<u>370</u>	370	370	370
Rieseby	2.671	340	340	340	340	340	<u>380</u>	380
Schacht-Audorf	4.742	320	320	320	320	<u>330</u>	330	<u>336</u>
Schwedeneck	2.790	310	<u>330</u>	330	330	330	<u>380</u>	380
Wasbek	2.298	310	310	310	310	310	310	310
Wattenbek	2.976	340	<u>360</u>	360	360	360	<u>365</u>	<u>375</u>
Westerrönfeld	4.933	320	320	320	320	320	320	320
<u>Änderungen unterstrichen</u>								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Gewerbsteuer						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Steinburg	131.457							
Brokstedt	2.040	320	320	320	320	320	320	320
Glückstadt, Stadt	11.228	350	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370
Hohenaspe	2.004	285	285	285	<u>285</u>	310	330	330
Hohenlockstedt	6.159	310	310	310	<u>325</u>	325	<u>335</u>	<u>345</u>
Horst (Holstein)	5.583	300	300	<u>310</u>	310	310	310	310
Itzehoe, Stadt	31.771	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Kellinghusen, Stadt	8.092	350	350	<u>360</u>	360	360	360	<u>370</u>
Kiebitzreihe	2.126	300	300	<u>310</u>	310	310	<u>325</u>	<u>336</u>
Krempe, Stadt	2.400	<u>350</u>	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Krempferheide	2.352	310	310	<u>320</u>	320	320	<u>330</u>	330
Lägerdorf	2.635	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Schenefeld	2.528	<u>325</u>	325	325	325	<u>340</u>	340	340
Wilster, Stadt	4.354	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Wrist	2.438	330	330	330	330	330	330	330
<u>Änderungen unterstrichen</u>								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn.	Gewerbsteuer						
	31.12.15	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Hansestadt Lübeck	216.253	430	430	430	430	430	<u>450</u>	<u>450</u>
Kreis Herzogtum Lauenburg	192.999							
Aumühle	3.156	330	330	330	330	<u>350</u>	350	350
Berkenthin	2.075	300	300	300	300	300	300	300
Börnsen	4.431	330	330	330	<u>370</u>	370	370	370
Büchen	5.686	350	350	<u>360</u>	360	360	360	360
Dassendorf	3.255	320	320	320	320	<u>350</u>	350	350
Escheburg	3.431	<u>330</u>	330	330	330	330	330	330
Geesthacht, Stadt	30.030	<u>360</u>	<u>375</u>	375	375	375	375	<u>400</u>
Groß Grönau	3.692	280	280	<u>330</u>	<u>310</u>	310	310	310
Lauenburg, Stadt	11.398	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	<u>395</u>	395
Mölln, Stadt	18.856	340	<u>350</u>	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370
Ratzeburg, Stadt	14.230	350	350	360	360	370	370	370
Schwarzenbek, Stadt	15.933	380	380	<u>395</u>	395	395	395	395
Wentorf b. Hamburg	12.550	330	330	330	330	<u>370</u>	370	<u>390</u>
Wohltorf	2.410	330	330	330	330	<u>350</u>	350	<u>380</u>
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Gewerbsteuer						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Ostholstein	199.574							
Ahrensböök	8.297	330	330	<u>340</u>	340	340	<u>350</u>	350
Bad Schwartau, Stadt	19.945	330	330	330	330	330	330	330
Bad Malente	10.493	360	360	360	360	<u>380</u>	380	380
Bosau	3.382	235	235	<u>240</u>	240	<u>255</u>	255	<u>267</u>
Eutin, Stadt	16.979	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Grömitz	7.150	340	340	340	<u>350</u>	350	350	350
Großenbrode	2.160	320	320	320	360	360	370	370
Heiligenhafen, Stadt	9.126	350	350	350	350	350	350	350
Lensahn	4.967	320	320	320	320	320	320	320
Neustadt, Stadt	15.041	<u>350</u>	350	350	<u>370</u>	370	370	370
Oldenburg, Stadt	9.771	350	350	<u>360</u>	360	360	360	360
Ratekau	15.283	330	330	330	330	<u>350</u>	350	350
Scharbeutz	10.908	<u>360</u>	360	360	360	360	360	360
Schashagen	2.142	<u>360</u>	360	360	360	360	360	360
Schönwalde	2.569	350	<u>360</u>	360	360	360	360	360
Fehmarn, Stadt	12.467	<u>360</u>	360	360	360	360	360	360
Stockelsdorf	16.800	320	<u>330</u>	330	<u>340</u>	340	340	340
Süsel	5.108	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Timmendorfer Strand	8.864	350	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370
Wangels	2.188	350	350	350	<u>370</u>	370	370	370
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Gewerbsteuer						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Segeberg	267.503							
Alveslohe	2.717	310	310	<u>340</u>	340	340	340	340
Bad Bramstedt, Stadt	13.906	<u>370</u>	<u>380</u>	380	380	<u>390</u>	390	390
Bad Segeberg, Stadt	17.176	350	350	<u>360</u>	360	<u>370</u>	<u>380</u>	380
Boostedt	5.326	295	295	295	295	<u>320</u>	320	320
Bornhöved	3.286	320	<u>350</u>	<u>360</u>	360	<u>370</u>	370	370
Ellerau	6.035	320	320	320	320	<u>350</u>	350	<u>380</u>
Großenaspe	2.883	350	350	350	350	350	350	350
Henstedt-Ulzburg	27.705	310	310	310	310	<u>322</u>	322	<u>336</u>
Itzstedt	2.380	400	400	400	400	400	400	400
Kaltenkirchen, Stadt	20.331	310	310	310	310	<u>325</u>	325	325
Kisdorf	3.812	310	310	310	310	<u>320</u>	<u>325</u>	<u>340</u>
Lentförden	2.482	310	<u>340</u>	340	340	340	340	340
Nahe	2.356	400	400	400	400	400	400	400
Norderstedt, Stadt	76.712	<u>420</u>	420	420	420	<u>440</u>	440	440
Rickling	3.134	325	325	325	325	<u>330</u>	330	<u>350</u>
Seedorf	2.2.165	350	350	350	350	350	350	350
Sülfeld	3.175	340	340	340	340	340	340	340
Trappenkamp	5.137	350	350	<u>360</u>	360	360	360	360
Wahlstedt, Stadt	9.347	<u>360</u>	360	360	360	<u>370</u>	370	370
<u>Änderungen unterstrichen</u>								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Gewerbsteuer						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Stormarn	239.614							
Ahrensburg	32.606	350	350	350	350	350	<u>380</u>	380
Ammersbek	9.721	<u>380</u>	<u>360</u>	360	360	360	360	<u>370</u>
Bad Oldesloe, Stadt	24.938	350	350	<u>360</u>	360	360	360	<u>370</u>
Bargfeld-Stegen	2.899	330	<u>330</u>	350	350	350	350	350
Bargtheide, Stadt	16.029	330	<u>350</u>	350	350	350	350	350
Barsbüttel	12.477	355	<u>360</u>	360	<u>390</u>	390	390	390
Delingsdorf	2.180	350	<u>360</u>	<u>380</u>	380	380	380	380
Elmenhorst	2.537	340	340	340	340	340	<u>370</u>	370
Glinde	18.122	350	<u>380</u>	380	380	380	400	400
Großhansdorf	9.319	315	315	315	315	315	315	315
Hoisdorf	3.491	330	330	330	330	330	330	330
Lütjensee	3.347	350	350	350	350	<u>360</u>	360	360
Oststeinbek	8.858	275	275	275	275	<u>285</u>	285	<u>290</u>
Reinbek	27.048	<u>360</u>	<u>370</u>	370	370	<u>390</u>	390	390
Reinfeld	8.963	350	350	<u>360</u>	360	360	360	360
Siek	2.323	310	310	310	310	<u>320</u>	320	320
Steinburg	2.726	330	330	330	330	330	<u>370</u>	370
Tangstedt	6.449	360	360	360	360	360	360	<u>370</u>
Tremsbüttel	2.020	350	350	<u>370</u>	370	370	370	370
Trittau	8.725	350	350	350	350	<u>380</u>	380	380
Änderungen unterstrichen								

Erläuterungen zur Umfrage »Realsteuerhebesätze«

Grundsteuer B – sonstige Grundstücke

1. Allgemeines

Auch die Grundsteuer B ist eine Gemeindesteuer. Sie bezieht sich als Realsteuer auf die Beschaffenheit und den Wert eines Grundstücks. Rechtsgrundlage für ihre Erhebung ist das Grundsteuergesetz vom 7. August 1973 in seiner jeweiligen Fassung. Besteuerungsgrundlage ist grundsätzlich der Einheitswert nach den Bestimmungen des Bewertungsgesetzes. Ausgehend vom Einheitswert setzt das Finanzamt den Steuermessbetrag fest.

Die Steuermesszahlen, die zur Berechnung des Steuermessbetrags auf den Einheitswert anzuwenden sind, betragen für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B; keine land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke) grundsätzlich 3,5 v.T. Die Gemeinde wendet auf den Steuermessbetrag den vom Gemeindeparlament beschlossenen Hebesatz an und setzt die Grundsteuer durch Bescheid fest.

2. Hebesatzhöhe

Anders als bei der Gewerbesteuer gibt es bei der Grundsteuer B keinen Mindesthebesatz.

3. Berechnung

Grundstückswert von sonstigem Grundstück 100.000 Euro; Hebesatz 400 %

Grundsteuermessbetrag	=	Grundstückswert	x	Steuermesszahl
350	=	100.000	x	3,5 : 1000
Grundsteuer	=	Grundsteuermessbetrag	x	Hebesatz
1.400 Euro	=	350 Euro	x	400 : 100

Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Grundsteuer B						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Stadt Flensburg	85.942	<u>480</u>	480	480	480	480	480	<u>690</u>
Kreis Schleswig-Flensburg								
Busdorf	2.037	310	310	310	310	310	310	<u>330</u>
Eggebek	2.248	<u>340</u>	340	340	340	340	340	340
Fahrdorf	2.492	280	280	280	280	280	280	<u>330</u>
Glücksburg, Stadt	5.850	<u>380</u>	380	380	<u>420</u>	<u>480</u>	480	<u>700</u>
Großenwiehe	2.983	290	<u>330</u>	<u>370</u>	370	370	370	370
Handewitt	10.968	290	<u>300</u>	300	300	300	<u>330</u>	330
Harrislee	11.285	290	290	290	290	290	<u>330</u>	330
Husby	2.296	310	310	310	310	310	310	<u>340</u>
Jübek	2.649	<u>370</u>	370	370	370	370	370	370
Kappeln, Stadt	8.709	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Kropp	6.483	<u>310</u>	310	310	310	320	<u>390</u>	390
Mittelangeln*	5.117			315	<u>340</u>	<u>360</u>	360	360
Oeversee	3.374	300	300	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Schafflund	2.489	290	290	290	<u>340</u>	340	340	340
Schleswig	24.266	370	370	<u>400</u>	400	400	400	<u>450</u>
Schuby	2.567	<u>350</u>	350	350	350	350	350	350
Silberstedt	2.139	<u>370</u>	370	370	370	370	370	370
Sörup	4.188	270	<u>300</u>	300	300	<u>320</u>	320	320
Steinbergkirche**	2.761			310	310	310	<u>320</u>	320
Süderbrarup	4.203	300	300	300	300	300	300	300
Tarp	5.372	290	<u>300</u>	<u>320</u>	320	320	320	320
Wanderup	2.395	300	300	300	300	330	330	330
Wees	2.350	<u>330</u>	<u>300</u>	<u>330</u>	330	330	330	330
Änderungen unterstrichen								

* Zum 01.03.2013 haben sich die Gemeinden Satrup, Havetoftlojt und Rüde zur Gemeinde Mittelangeln zusammengeschlossen.

** 2013 haben sich die Gemeinde Steinbergkirche und die Gemeinde Quern zur Gemeinde Steinbergkirche zusammengeschlossen.

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Grundsteuer B						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Dithmarschen								
Albersdorf	3.482	<u>370</u>	370	370	<u>380</u>	<u>390</u>	390	390
Brunsbüttel, Stadt	12.740	<u>370</u>	370	370	<u>380</u>	<u>380</u>	<u>390</u>	390
Büsum	4.786	<u>370</u>	370	370	<u>380</u>	<u>390</u>	390	390
Burg	4.147	310	310	310	<u>340</u>	340	340	340
Friedrichskoog	2.565	310	310	<u>360</u>	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390
Heide, Stadt	21.422	<u>380</u>	380	380	<u>380</u>	<u>390</u>	390	390
Hemmingstedt	2.833	<u>370</u>	370	370	<u>380</u>	<u>390</u>	390	390
Lohe-Rickelshof	2.096	270	270	270	<u>380</u>	<u>390</u>	390	390
Marne, Stadt	5.690	<u>370</u>	370	370	<u>380</u>	<u>390</u>	390	390
Meldorf, Stadt	7.267	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Nordhastedt	2.775	370	370	370	<u>380</u>	<u>390</u>	390	390
St. Michaelisdonn	3.432	285	285	<u>275</u>	<u>285</u>	285	285	285
Tellingstedt	2.658	260	260	260	260	<u>295</u>	295	295
Weddingstedt	2.289	270	270	270	270	<u>310</u>	310	<u>330</u>
Wesselburen, Stadt	3.149	<u>370</u>	370	370	<u>380</u>	<u>390</u>	390	390
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Grundsteuer B						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Nordfriesland								
Bredstedt, Stadt	5.224	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Breklum	2.348	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Friedrichstadt, Stadt	2.466	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	<u>400</u>	400	400
Garding, Stadt	2.597	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Hattstedt	2.557	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Husum, Stadt	22.430	<u>370</u>	370	<u>370</u>	370	<u>370</u>	370	370
Langenhorn	3.172	315	315	315	315	315	315	<u>325</u>
Leck	7.601	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
List	1.531	310	310	310	310	<u>330</u>	330	330
Mildstedt	3.796	350	350	350	350	350	350	350
Niebüll, Stadt	9.905	320	320	320	320	320	<u>350</u>	350
Nordstrand	2.201	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Risum-Lindholm	3.739	310	310	310	310	310	310	310
St. Peter-Ording	3.968	<u>370</u>	370	370	370	370	370	370
Süderlügum	2.300	<u>300</u>	300	300	300	300	300	300
Sylt	13.453	330	330	330	330	330	330	330
Tönning, Stadt	4.895	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Viöl	2.153	290	290	290	290	290	290	290
Wyk auf Föhr, Stadt	4.206	340	340	340	340	340	340	340
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Grundsteuer B						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Stadt Kiel	246.306	<u>500</u>	500	500	500	500	500	500
Stadt Neumünster	79.197	<u>450</u>	450	450	450	<u>480</u>	480	480
Kreis Pinneberg	307.471							
Appen	4.854	300	300	300	300	<u>320</u>	320	<u>330</u>
Barmstedt, Stadt	10.184	350	350	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Bönningstedt	4.554	270	270	270	<u>340</u>	340	<u>390</u>	390
Borstel-Hohenraden	2.317	<u>310</u>	310	310	310	310	310	310
Ellerbek	4.106	230	230	230	230	230	<u>310</u>	310
Elmshorn, Stadt	48.684	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Halstenbek	17.250	300	300	300	300	<u>390</u>	390	390
Hasloh	3.568	300	300	300	<u>330</u>	<u>390</u>	390	390
Heidgraben	2.634	<u>310</u>	310	310	<u>330</u>	<u>340</u>	<u>390</u>	390
Heist	2.849	270	270	270	270	<u>310</u>	310	<u>325</u>
Holm	3.188	<u>270</u>	270	<u>280</u>	<u>295</u>	<u>311</u>	<u>320</u>	<u>325</u>
Klein Nordende	3.295	295	295	295	295	295	<u>335</u>	335
Klein Offenseth-Sparrieshoop	2.996	<u>290</u>	<u>310</u>	310	310	310	<u>319</u>	319
Kölln-Reisiek	3.209	280	280	280	280	280	<u>319</u>	319
Kummerfeld	2.259	260	260	260	260	260	<u>300</u>	300
Moorrege	4.193	260	260	260	260	260	260	260
Pinneberg, Stadt	42.266	<u>370</u>	370	400	400	400	<u>450</u>	450
Prisdorf	2.322	<u>300</u>	300	300	300	300	300	<u>325</u>
Quickborn, Stadt	20.608	340	340	340	340	<u>350</u>	350	350
Rellingen	14.089	220	220	220	220	<u>250</u>	250	250
Schenefeld, Stadt	19.152	260	260	260	260	260	260	260
Tangstedt	2.247	270	270	270	270	270	270	270
Tornesch, Stadt	12.946	290	290	290	<u>350</u>	350	350	<u>390</u>
Uetersen, Stadt	18.101	350	350	<u>380</u>	<u>390</u>	<u>400</u>	<u>410</u>	410
Wedel, Stadt	32.890	290	<u>350</u>	350	<u>380</u>	380	380	380

Änderungen unterstrichen

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Grundsteuer B						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Plön	128.304							
Ascheberg	2.989	250	250	<u>280</u>	280	280	280	280
Bönebüttel	2.052	260	260	260	260	260	260	<u>280</u>
Heikendorf	8.150	<u>370</u>	<u>380</u>	380	380	<u>390</u>	390	390
Laboe	4.922	<u>370</u>	370	370	370	<u>390</u>	390	390
Lütjenburg, Stadt	5.739	270	270	270	270	270	270	270
Mönkeberg	4.111	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Plön, Stadt	8.806	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	<u>400</u>
Preetz, Stadt	15.895	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Probsteierhagen	2.038	<u>370</u>	370	370	<u>390</u>	390	390	390
Schönberg	6.208	350	350	350	<u>380</u>	380	380	380
Schönkirchen	6.548	300	300	300	<u>320</u>	320	<u>360</u>	<u>390</u>
Schwentinental, Stadt	13.575	280	280	280	280	<u>320</u>	320	<u>390</u>
Wankendorf	2.918	250	250	250	250	250	250	270
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Grundsteuer B						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Rendsburg- Eckernförde	270.378							
Altenholz	9.901	<u>370</u>	370	370	370	370	370	450
Aukrug	3.770	300	300	300	300	300	<u>320</u>	320
Bordesholm	7.454	280	280	<u>290</u>	<u>295</u>	<u>315</u>	<u>320</u>	<u>325</u>
Büdelndorf, Stadt	10.110	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	380	380	380
Dänischenhagen	3.908	300	300	<u>360</u>	360	360	<u>450</u>	450
Eckernförde, Stadt	21.859	<u>320</u>	320	320	320	320	320	<u>390</u>
Felde	2.110	<u>270</u>	270	270	<u>295</u>	<u>311</u>	311	<u>325</u>
Fleckeby	2.148	340	340	340	340	340	340	340
Flintbek	7.305	<u>300</u>	300	300	<u>340</u>	340	340	340
Fockbek	6.193	270	270	270	270	270	<u>290</u>	290
Gettorf	7.375	<u>330</u>	330	330	330	330	<u>370</u>	370
Hanerau-Hademarschen	2.990	260	260	260	260	260	<u>320</u>	320
Hohenwestedt	5.229	260	260	260	260	260	<u>320</u>	320
Hohn	2.413	340	<u>320</u>	320	320	320	320	320
Jevenstedt	3.262	300	300	300	300	300	300	<u>320</u>
Kronshagen	11.807	<u>330</u>	330	330	330	330	330	<u>380</u>
Molfsee	4.884	290	290	290	<u>295</u>	<u>350</u>	350	350
Nortorf, Stadt	6.650	<u>330</u>	330	330	330	<u>360</u>	360	360
Osdorf	2.349	300	300	300	300	300	<u>330</u>	330
Osterrönfeld	5.110	300	300	300	300	<u>315</u>	315	<u>325</u>
Owschlag	3.671	280	<u>300</u>	300	<u>320</u>	<u>390</u>	390	390
Rendsburg, Stadt	27.617	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390	390
Rieseby	2.671	340	340	340	340	340	<u>380</u>	380
Schacht-Audorf	4.742	290	290	290	290	<u>311</u>	311	<u>325</u>
Schwedeneck	2.790	370	370	370	370	370	<u>420</u>	420
Wasbek	2.298	260	260	260	260	260	260	260
Wattenbek	2.976	290	<u>320</u>	<u>340</u>	340	340	<u>345</u>	<u>350</u>
Westerrönfeld	4.933	320	<u>320</u>	<u>320</u>	320	320	320	<u>360</u>
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Grundsteuer B						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Steinburg	131.457							
Brokstedt	2.040	280	280	280	280	280	280	280
Glückstadt, Stadt	11.228	<u>370</u>	370	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390
Hohenaspe	2.004	260	260	260	<u>260</u>	310	<u>330</u>	<u>350</u>
Hohenlockstedt	2.004	300	300	300	<u>330</u>	330	<u>340</u>	350
Horst (Holstein)	6.159	260	260	<u>290</u>	290	290	290	290
Itzehoe, Stadt	5.583	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Kellinghusen, Stadt	31.771	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	380	380	<u>390</u>
Kiebitzreihe	8.092	260	260	<u>290</u>	290	290	<u>319</u>	<u>325</u>
Krempe, Stadt	2.126	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Krempferheide	2.400	260	<u>280</u>	<u>290</u>	290	290	<u>320</u>	320
Lägerdorf	2.352	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Schenefeld	2.635	<u>275</u>	275	275	<u>290</u>	290	290	310
Wilster, Stadt	2.528	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Wrist	4.354	300	300	300	300	300	300	300
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn.	Grundsteuer B						
		31.12.15	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Hansestadt Lübeck	216.253	<u>500</u>	500	500	500	500	500	500
Kreis Herzogtum Lauenburg	192.999							
Aumühle	3.156	<u>330</u>	330	330	330	<u>360</u>	360	360
Berkenthin	2.075	<u>260</u>	260	260	260	<u>280</u>	280	<u>300</u>
Börnsen	4.431	<u>350</u>	350	350	<u>390</u>	390	390	390
Büchen	5.686	<u>370</u>	370	380	380	380	380	380
Dassendorf	3.255	<u>350</u>	350	350	<u>370</u>	370	370	370
Escheburg	3.431	<u>300</u>	300	300	<u>350</u>	350	350	350
Geesthacht, Stadt	30.030	<u>310</u>	360	360	360	360	<u>390</u>	400
Groß Grönau	3.692	350	350	<u>290</u>	<u>350</u>	<u>370</u>	370	370
Lauenburg, Stadt	11.398	<u>370</u>	370	<u>390</u>	390	<u>400</u>	<u>470</u>	470
Mölln, Stadt	18.856	310	340	340	<u>380</u>	380	390	390
Ratzeburg, Stadt	14.230	<u>370</u>	<u>370</u>	<u>380</u>	<u>380</u>	<u>400</u>	<u>400</u>	<u>400</u>
Schwarzenbek, Stadt	15.933	<u>370</u>	370	<u>390</u>	390	<u>410</u>	<u>450</u>	450
Wentorf b. Hamburg	12.550	310	310	310	310	<u>370</u>	370	<u>450</u>
Wohltorf	2.410	300	300	300	<u>330</u>	330	<u>360</u>	360
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Grundsteuer B						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Ostholstein	199.574							
Ahrensböök	8.297	300	300	320	320	320	<u>340</u>	340
Bad Schwartau, Stadt	19.945	310	310	310	310	310	310	310
Bad Malente	10.493	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>400</u>	400	400
Bosau	3.382	310	310	<u>320</u>	<u>330</u>	<u>360</u>	360	360
Eutin, Stadt	16.979	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Grömitz	7.150	330	330	330	<u>370</u>	370	370	370
Großenbrode	2.160	<u>320</u>	320	320	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390
Heiligenhafen, Stadt	9.126	320	<u>350</u>	350	350	350	350	350
Lensahn	4.967	315	315	315	<u>325</u>	325	325	325
Neustadt, Stadt	15.041	<u>350</u>	350	350	<u>390</u>	390	390	390
Oldenburg, Stadt	9.771	350	350	<u>380</u>	380	380	380	380
Ratekau	15.283	<u>310</u>	310	310	310	<u>330</u>	330	330
Scharbeutz	10.908	<u>350</u>	350	350	350	350	350	350
Schashagen	2.142	<u>380</u>	380	380	380	380	380	380
Schönwalde	2.569	330	<u>380</u>	380	380	380	380	380
Fehmarn, Stadt	12.467	<u>350</u>	350	350	350	350	350	350
Stockelsdorf	16.800	280	<u>300</u>	300	<u>330</u>	330	330	330
Süsel	5.108	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	390	390
Timmendorfer Strand	8.864	330	330	330	<u>350</u>	350	<u>370</u>	370
Wangels	2.188	350	350	350	<u>390</u>	390	390	390
<u>Änderungen unterstrichen</u>								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Grundsteuer B						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Segeberg	267.503							
Alveslohe	2.717	260	260	<u>300</u>	300	300	<u>320</u>	320
Bad Bramstedt, Stadt	13.906	<u>370</u>	<u>380</u>	380	380	<u>390</u>	390	390
Bad Segeberg, Stadt	17.176	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	<u>390</u>	<u>425</u>	425
Boostedt	5.326	275	275	275	275	<u>300</u>	300	300
Bornhöved	3.286	280	<u>320</u>	<u>350</u>	<u>360</u>	<u>390</u>	390	390
Ellerau	6.035	300	300	300	300	<u>330</u>	330	<u>350</u>
Großenaspe	2.883	330	330	330	330	330	330	330
Henstedt-Ulzburg	27.705	275	275	275	275	<u>311</u>	311	311
Itzstedt	2.380	350	350	350	350	350	350	350
Kaltenkirchen, Stadt	20.331	260	<u>280</u>	280	280	<u>315</u>	315	315
Kisdorf	3.812	270	270	<u>280</u>	280	<u>310</u>	<u>320</u>	<u>340</u>
Lentförden	2.482	240	<u>290</u>	290	290	290	<u>310</u>	310
Nahe	2.356	350	350	350	350	350	350	350
Norderstedt, Stadt	76.712	<u>410</u>	410	410	410	410	410	410
Rickling	3.134	290	290	290	290	<u>320</u>	320	<u>350</u>
Seedorf	2.165	350	350	350	350	350	350	350
Sülfeld	3.175	350	350	350	350	350	350	350
Trappenkamp	5.137	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	380	380	380
Wahlstedt, Stadt	9.347	<u>380</u>	380	380	380	<u>390</u>	390	390
Änderungen unterstrichen								

Hebesätze								
Gemeinde	Einwohn. 31.12.15	Grundsteuer B						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kreis Stormarn	239.614							
Ahrensburg	32.606	300	300	300	<u>350</u>	350	350	350
Ammersbek	9.721	350	<u>380</u>	380	380	380	380	<u>390</u>
Bad Oldesloe, Stadt	24.938	<u>370</u>	370	<u>380</u>	380	380	380	<u>390</u>
Bargfeld-Stegen	2.899	310	<u>310</u>	330	330	<u>350</u>	350	350
Bargtheide, Stadt	16.029	320	<u>340</u>	340	340	340	340	340
Barsbüttel	12.477	<u>320</u>	<u>330</u>	330	<u>380</u>	380	380	380
Delingsdorf	2.180	<u>350</u>	<u>380</u>	<u>400</u>	400	<u>420</u>	420	420
Elmenhorst	2.537	310	310	310	310	<u>330</u>	<u>390</u>	390
Glinde	18.122	350	<u>380</u>	380	380	380	<u>400</u>	400
Großhansdorf	9.319	330	330	330	330	<u>350</u>	350	350
Hoisdorf	3.491	300	300	300	300	300	300	300
Lütjensee	3.347	350	350	350	350	<u>390</u>	390	390
Oststeinbek	8.858	200	200	200	<u>295</u>	295	<u>319</u>	<u>319</u>
Reinbek	27.048	<u>350</u>	<u>370</u>	370	370	<u>390</u>	390	390
Reinfeld	8.963	<u>370</u>	370	<u>380</u>	<u>390</u>	390	390	390
Siek	2.323	260	260	260	260	<u>310</u>	310	310
Steinburg	2.726	350	350	350	350	350	<u>390</u>	390
Tangstedt	6.449	350	350	350	350	350	350	<u>390</u>
Tremsbüttel	2.020	310	310	<u>320</u>	320	<u>340</u>	340	340
Trittau	8.725	330	<u>350</u>	350	350	<u>380</u>	380	380
Änderungen unterstrichen								

Ö 10.1

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 02.11.2017

SR/BeVoSr/528/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Finanzausschuss	14.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Axel Koop

FB/Aktenzeichen: 20 12 01/2018

Haushaltsplan 2018; hier: Auswirkungen des Schulverbandshaushaltes auf den Haushalt der Stadt

Zielsetzung: Beratung und Beschlussfassung über die anteilig von der Stadt Ratzeburg zu tragende Umlagelast des Schulverbandshaushaltes 2018

Beschlussvorschlag:

Der **Finanzausschuss** empfiehlt,

der **Hauptausschuss** empfiehlt

und die **Stadtvertretung** beschließt,

den Schulverbandsumlagen gemäß Entwurf des Haushaltsplan 2018 des Schulverbandes Ratzeburg

a) zuzustimmen, oder

b) nur begrenzt (bis zu einer Höhe von _____ EUR) zuzustimmen, oder

c) nicht zuzustimmen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Axel Koop am 02.11.2017

Bürgermeister Voß am 02.11.2017

Sachverhalt:

Für den Schulverband Ratzeburg ist der Entwurf des Haushaltsplanes 2018 erstellt und den Mitgliedsgemeinden zur Kenntnis gegeben worden, damit diese die finanziellen Auswirkungen auf ihre Haushalte prüfen und bewerten können. Ebenso wird parallel ein Nachtragshaushalt 2017 aufgestellt, der alle Änderungen des laufenden Haushaltsjahres erfassen soll.

Der Hauptausschuss des Schulverbandes wird sich in seiner Sitzung am 22.11.2017 erstmalig mit dem vorgelegten Entwurfshaushalt befassen und eine Beschlussempfehlung für die kommende Sitzung der Schulverbandsversammlung am 14.12.2017 aussprechen.

Eine direkte Einflussnahme auf Veranschlagungen im Haushalt steht den Mitgliedsgemeinden nicht zu, jedoch können sie gemäß § 9 Absatz 6 Ziffer 5 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (kurz: GkZ) ihren Vertretern in der Verbandsversammlung Weisungen zur Höhe der festzusetzenden Umlagen erteilen.

Für die Stadt Ratzeburg ergeben sich folgende Schulverbandsumlagen:

Jahr	Schullast	Schulbaulast	Gesamt
2017 (gem. NT-HH)	1.733.420,34 €	751.460,71 €	2.484.881,05 €
2018	1.818.090,47 €	799.655,18 €	2.617.745,65 €
2019	-	-	2.653.445,17 €
2020	-	-	2.656.949,42 €
2021	-	-	2.691.699,87 €

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Schulverbandshaushalt ergibt sich für 2018 aus den Anmeldungen der einzelnen Fachbereiche und Schulen; für die Finanzplanungsjahre 2019 bis 2021 wurden zunächst die Werte aus 2018 angenommen und entsprechend der im Haushaltserlass vom Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein empfohlenen Werte fortgeschrieben. Die auf Ratzeburg entfallenden Umlagen sind im städtischen Entwurfshaushalt eingearbeitet.

Aufgrund des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt werden die veranschlagten Investitionen über entsprechende Kreditaufnahmen und nicht über eine Umlage im Vermögenshaushalt finanziert. Dies führt zu einer Erhöhung der Baulastumlage im Verwaltungshaushalt der kommenden Jahre; die Umlagebelastung ist bereits in dem vorliegenden Entwurf der Finanzplanung dargestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Minderausgaben in 2017 in Höhe von 59.087,80 € durch Senkung der Schulverbandsumlagen im Nachtragshaushalt 2017 und je nach Beschlussvorschlag keine Auswirkungen für 2018, da Beträge bereits im städtischen Haushaltsentwurf enthalten sind, oder ggf. Verbesserung um den nicht beschlossenen Teilbetrag der Umlagen.

Anlagenverzeichnis:

Entwurfshaushalt des Schulverbandshaushaltes 2018 mit Darstellung der Werte aus dem I. Nachtragshaushalt 2017

mitgezeichnet haben:

Schulverband Ratzeburg

Ö
10.1

Haushaltssatzung Haushaltsplan 2018

Entwurf 02.11.2017

Haushaltssatzung des Schulverbandes Ratzeburg für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund des § 56 des Schulgesetzes für Schleswig-Holstein in Verbindung mit § 14 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit und der §§ 77 ff der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (alle Bestimmungen in der zurzeit gültigen Fassung) wird nach Beschlussfassung in der Schulverbandsversammlung vom 14.12.2017 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

1. im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme	auf	5.229.100,00 Euro
in der Ausgabe	auf	5.229.100,00 Euro

und

2. im Vermögenshaushalt

in der Einnahme	auf	1.309.400,00 Euro
in der Ausgabe	auf	1.309.400,00 Euro

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	auf	347.300,00 Euro
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	auf	0,00 Euro
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite	auf	0,00 Euro
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen	auf	___,___ Stellen

§ 3

Die Schulverbandsumlagen betragen:

für den Verwaltungshaushalt	3.585.700,00 Euro
für den Vermögenshaushalt	0,00 Euro

und werden nach Maßgabe des Verteilungsschlüssels auf die Schulverbandsgemeinden verteilt.

23909 Ratzeburg, __.12.2017

Schulverband Ratzeburg

(V o B)

Schulverbandsvorsteher

Vorbericht

zum Haushaltsplan des Haushaltsjahres 2018 des Schulverbandes Ratzeburg

(gemäß § 2 Abs. 2 Ziff. 1 i.V.m. § 3 GemHVO-Kameral)

Der Vorbericht ist gemäß § 2 Abs. 2 Ziff. 1 der Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines kameralen Haushaltsplanes der Gemeinden [Gemeindehaushaltsverordnung-Kameral (GemHVO-Kameral) vom 30. August 2012] dem Haushaltsplan beizufügen; er ist also nicht Bestandteil des Haushaltsplanes, sondern nur Anlage.

Nach § 3 GemHVO-Kameral gibt er einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft und dient auf diesem Wege sowohl der Information der Stadtvertretung als auch der Öffentlichkeit.

Zur Erfüllung dieses Informationszweckes werden in vorgeschriebenen Übersichten die unterschiedlichsten Angaben in konzentrierter Form aufgelistet und erläutert.

I. Entwicklung der Schülerzahlen

Gemeinde	Grundschulstandort Vorstadt			Schnitt	Grundschulstandort St. Georgsberg			Schnitt	Gemeinschafts- schule			Schnitt	Pestalozzi- schule			Schnitt	Gesamt			Schnitt
	2015	2016	2017		2015	2016	2017		2015	2016	2017		2015	2016	2017		2015	2016	2017	
Albsfelde	0	0	0	0,00	0	1	1	0,67	1	1	1	1,00	0	0	0	0,00	1	2	2	1,67
Bäk	36	32	36	34,00	0	0	0	0,00	35	31	32	32,67	0	1	2	1,00	71	64	70	68,33
Buchholz	0	0	0	0,00	7	8	11	8,67	2	4	5	3,67	0	0	0	0,00	9	12	16	12,33
Einhaus	1	0	0	0,50	10	15	17	14,00	8	11	9	9,33	0	0	1	0,33	19	26	27	24,00
Fredeburg	1	1	1	1,00	0	0	0	0,00	2	1	1	1,33	0	0	0	0,00	3	2	2	2,33
Giesensdorf	0	1	0	0,50	2	4	6	4,00	3	3	1	2,33	0	0	0	0,00	5	8	7	6,67
Gr. Disnack	0	0	0	0,00	2	0	4	2,00	2	2	2	2,00	0	0	0	0,00	4	2	6	4,00
Gr.Sarau	0	0	0	0,00	1	2	1	1,33	6	8	7	7,00	2	2	1	1,67	9	12	9	10,00
Harmsdorf	0	0	0	0,00	14	16	16	15,33	11	9	10	10,00	0	0	0	0,00	25	25	26	25,33
Kittlitz	1	3	3	2,00	0	0	0	0,00	4	5	5	4,67	1	1	1	1,00	6	9	9	8,00
Kulpin	1	0	0	0,50	8	7	10	8,33	3	3	4	3,33	1	1	0	0,67	13	11	14	12,67
Mechow	2	3	2	2,50	0	0	0	0,00	5	4	5	4,67	0	0	0	0,00	7	7	7	7,00
Mustin	10	7	7	8,50	0	0	0	0,00	30	31	33	31,33	1	1	1	1,00	41	39	41	40,33
Pogeez	0	0	0	0,00	6	12	14	10,67	11	14	13	12,67	0	1	1	0,67	17	27	28	24,00
Ratzeburg	233	215	217	224,00	260	298	276	278,00	427	429	431	429,00	25	27	21	24,33	945	969	945	953,00
Römnitz	0	0	0	0,00	0	0	0	0,00	0	0	0	0,00	0	0	0	0,00	0	0	0	0,00
Schmilau	17	15	12	16,00	0	2	0	0,67	15	13	13	13,67	2	1	0	1,00	34	31	25	30,00
Ziethen	31	30	30	30,50	0	0	2	0,67	41	36	35	37,33	0	0	1	0,33	72	66	68	68,67
Gesamt	333	307	308	320,00	310	365	358	344,33	606	605	607	606,00	32	35	29	32,00	1.281	1.312	1.302	1.298,33
Gastschüler	7	6	8	6,50	2	7	2	3,67	95	111	114	103,00	27	36	36	31,50	131	160	160	145,50
Gesamt	340	313	316	326,50	312	372	360	348,00	701	716	721	708,50	59	71	65	63,50	1.412	1.472	1.462	1.443,83

II. Entwicklung der Einwohnerz (jeweils am 31.03. des angegebenen Jahres)

Gemeinde	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013**	2014	2015	2016	2017***
Albsfelde	54	57	57	58	61	62	64	72	76	76	76
Bäk	851	840	815	830	838	841	855	880	881	886	886
Buchholz	228	227	234	236	234	236	228	234	238	240	240
Einhaus	387	387	384	382	379	367	366	374	380	380	380
Fredeburg	42	39	44	38	32	35	41	46	47	42	42
Giesensdorf	89	90	85	92	106	119	119	134	139	161	161
Gr. Disnack	86	88	86	87	90	88	83	81	83	79	79
Gr. Sarau *	898	915	904	920	925	923	945	935	943	957	957
Harmsdorf	265	277	268	280	288	292	297	317	307	311	311
Kittlitz	249	244	250	246	258	266	265	242	234	246	246
Kulpin	233	233	231	226	225	228	224	206	219	208	208
Mechow	90	92	98	105	109	111	109	117	118	114	114
Mustin	690	692	717	729	727	729	721	748	760	771	771
Pogeez	380	378	367	358	366	378	388	381	399	421	421
Ratzeburg	13.848	13.753	13.665	13.694	13.643	13.648	13.718	13.922	14.135	14.401	14.401
Römnitz	60	73	66	63	58	62	59	64	62	55	55
Schmilau	604	606	605	599	578	578	565	546	538	550	550
Ziethen	1001	1.001	988	982	1.007	1.003	1.007	996	1.002	996	996
Gesamt	20.055	19.992	19.864	19.925	19.924	19.966	20.054	20.295	20.561	20.894	20.894

*) Für die Gemeinde Groß Sarau wird hier die vollständige Einwohnerzahl aufgeführt, um einen Abgleich mit den Daten des statistischen Landesamtes zu ermöglichen, obwohl bei der Berechnung der Schulverbandsumlagen ortsteilbezogene Einwohnerzahlen zu berücksichtigen sind.

***) Einwohner/innen am 31.03.2013 (vgl. Regelung zum Finanzausgleichsjahr 2014 gem. Haushaltserlass 2014)

***) Einwohner/innen am 31.03.2016 (Einwohnerzahlen zum 31.03.2017 noch nicht vorliegend)

III. Größe des Gemeindegebietes :

Das Gebiet des Schulverbandes Ratzeburg setzt sich aus den Gemeindegebieten der Schulverbandsmitglieder zusammen.

IV. Sonderlasten :

Sonderlasten sind vom Schulverband nicht zu tragen.

**V. Übersicht über die Rechnungsergebnisse der letzten drei abgeschlossenen Haushaltsjahre :
(Gesamthaushalt)**

Haushaltsjahr 2014	=	5.331.300,66 €
Haushaltsjahr 2015	=	6.066.446,98 €
Haushaltsjahr 2016	=	5.982.354,98 €

VI. Steuereinnahmen :

Steuereinnahmen sind nicht darstellbar, da sich der Schulverband Ratzeburg zum großen Teil über die Schulverbandsumlagen der Mitgliedsgemeinden finanziert und nicht über eigene Steuereinnahmen verfügt.

VII. Abweichungen des Haushaltsplanes vom Finanzplan :

- keine wesentlichen Abweichungen -

VIII. Erhebliche Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2018 und deren finanziellen Auswirkungen auf die Folgejahre :

- keine -

IX. Übersicht über die Entwicklung der Schulden in den letzten drei abgeschlossenen Haushaltsjahren sowie deren voraussichtliche Entwicklung im Vorjahr, im Haushaltsjahr und in den drei folgenden Jahren:

(§ 3 Nr. 2 GemHVO-Kameral)

Haushaltsjahre	Schuldenstand am 01.01.	plus Kreditaufnahmen	minus Tilgung	Schuldenstand am 31.12.				nachrichtl.: Restkredit-ermächtigt. ¹⁾
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	€ / Einw.	davon: ²⁾		TEUR
						Inn. Darlehen TEUR	andere Schulden TEUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ist - 2014	9.603	272	455	9.420	464,15	0	9.420	1.069
Ist - 2015	9.420	1.300	679	10.041	488,35	0	10.041	826
Ist - 2016	10.041	826	748	10.119	484,30	0	10.119	390
Soll - 2017	10.119	905 *	889	10.135	485,07	0	10.135	0
Soll im Haushaltsjahr	10.135	347	962	9.520	455,63	0	9.520	
Soll - 2018	9.520	88	978	8.630	413,04			
Soll - 2019	8.630	89	968	7.751	370,97			
Soll - 2020	7.751	89	972	6.868	328,71			

¹⁾ Summen der Spalten 7 und 8 ergibt Spalte 5

²⁾ Restkreditermächtigung, die in das Folgejahr übertragen wird

* davon Restkreditermächtigung aus 2016 (Haushaltseinnahmerest) in Höhe von rd. 390 T€ sowie in 2017 vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von rd. 515 T€

X. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen

(§ 3 Nr. 4 GemHVO-Kameral)

- in TEUR -

	Stand zum Beginn des Haushaltsjahres ¹⁾	Zuführung		Entnahme	Stand zum Ende des Haushaltsjahres ¹⁾
		Zuf.betrag	Zinsen ²⁾		
1. <u>Allgemeine Rücklage *</u>	0	0	0	0	0
2. <u>Sonderrücklage</u> § 19 Abs. 4 Nr. 1	0	0	0	0	0
3. <u>Sonderrücklagen</u> § 19 Abs. 4 Nr. 2	0	0	0	0	0
4. <u>Sonderrücklagen</u> § 19 Abs. 4 Nr. 3	0	0	0	0	0
5. <u>Finanzausgleichsrücklage</u> § 19 Abs. 4 Nr. 4	0	0	0	0	0
6. <u>Sonstige Sonderrücklagen</u>	0	0	0	0	0

¹⁾ Soll-Bestände

²⁾ Der Zinsbetrag enthält sowohl die Zinsen aus der Anlage der Sonderrücklagen, als auch die Zinsgutschriften für die Nutzung der Sonderrücklagen als innere Darlehen.

^{*}) Im Rahmen der Neuordnung der Schullandschaft durch Zusammenschluss der Schulen zu einer Gemeinschaftsschule zum 2. Schulhalbjahr 2009 wurden die einzelnen Schulrücklagen ebenfalls zu nur noch einer Gesamtrücklage zusammen geführt.

XI.	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen fällig werdenden Ausgaben - in EUR -
-----	--

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres:	Voraussichtlich fällige Ausgaben				
	2019	2020	2021	2022	künftige Jahre
1	2	3	4	5	6
2018	0	0	0	0	0
2017	0	0	0	0	0
2016	0	0	0	0	0
2015	0	0	0	0	0
2014	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0
<i>Nachrichtlich:</i>	0	0	0	0	0
im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen	87.500	88.500	88.500	0	

XII. Einzelerläuterungen

(Wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ab 5.000,00 € sowie neue Haushaltsstellen)

Verwaltungshaushalt :

Haushaltsstelle	Begründung
200.1623 Schulverbandsumlage - Schullast -	Zur Finanzierung der in allen Unterabschnitten nicht durch andere Einnahmen gedeckten Kosten wird eine Schulverbandsumlage in der veranschlagten Höhe erhoben.
200.1624 Schulverbandsumlage - Schulbaulast -	Die Schulverbandsumlage für die Schulbaulast wird in Höhe der Zins- und Tilgungsleistungen für alle noch zu bedienenden Darlehen veranschlagt.
200.6753 Erstattung von Betriebs- u. Verwaltungskosten	Für die Geschäftsführung des Schulverbandes Ratzeburg ist gemäß Vereinbarung ein Betrag in Höhe von 10,4 % des Ausgabevolumens des Verwaltungshaushaltes an die Stadt Ratzeburg zu entrichten. Der Beitrag beläuft sich auf 492.600 €. Grund hierfür ist u. a. die Veranschlagung von Abschreibungen im Schulverbandshaushalt, die zu einem erhöhten Gesamtausgabevolumen im Verwaltungshaushalt beitragen, jedoch in einem kameral geführten System durch die Gegenveranschlagung als Einnahme im Unterabschnitt 910 zu keiner tatsächlichen Mehrbelastung führen. Die Schulverbandsversammlung könnte daher gemäß § 12 Abs. 3 der Verbandsatzung eine abweichende Regelung beschließen.
UA 2813 Offene Ganztagschule	Die gestiegenen Teilnehmerzahlen am offenen Ganztagsangebot lassen die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um 34.600 € steigen. Ebenso ergeben sich dadurch auch erhöhte Ausgaben in Höhe von insgesamt 75.500 €.
UA 290 Schülerbeförderung	Für die laufenden Schülerbeförderungskosten (HHSt. 290.6390) erhält der Schulverband vom Kreis eine Zuweisung in Höhe von 2/3 der Kosten. Darüber hinaus werden seit 2013 die ÖPNV-Kosten von 82.000 € separat im Haushalt dargestellt (HHSt. 290.6394). Die saldierten Kosten im UA 290 belaufen sich auf 183.500 €.
xxx.4140-4440 Personalausgaben	Die Gesamt-Personalkosten steigen im Vergleich zum Vorjahr um 88.600 €. Grund hierfür sind personelle Veränderungen gemäß Stellenplan, tarifliche Stufensteigerungen sowie tarifliche Entgelterhöhungen für alle Beschäftigten.

Verwaltungshaushalt :

<u>Haushaltsstelle</u>	<u>Begründung</u>
910.8070 Zinsen	Die Zinsbelastung für das HH-Jahr 2018 beträgt voraussichtlich 146.300 € und ist abhängig von der Höhe der aufzunehmenden Kredite und dem Zeitpunkt einer möglichen Kreditaufnahme.
910.8600 Zuführung zum Vermögenshaushalt	Bei der Zuführung zum Vermögenshaushalt handelt es sich um die Mindestzuführung in Höhe der in 2018 voraussichtlich zu leistenden Tilgungsbeträge von 962.100 €.

Vermögenshaushalt

211.9350	Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € für die Ergänzung und Erneuerung des vorhandenen Klassenmobiliars (Stühle, Tische, Klassenschränke usw.) an der Grundschule Ratzeburg .
211.032.9400	Veranschlagung von Ausgaben für die Sanierung der WC-Anlage im Gebädetrakt 4 des Grundschulstandortes St. Georgsberg in Höhe von 85.000 €. Die Maßnahme steht unter dem Vorbehalt der anteiligen Förderung seitens des Bundes in Höhe von min. 50 % der Gesamtkosten; ein Zuwendungsbescheid liegt zurzeit noch nicht vor.
2153.9350	Zur Reinigung des Sporthallenschutzbelages der Riemannhalle ist die Anschaffung eines Industriestaubsaugers vorgesehen. Damit wäre unter großer Zeitersparnis eine intensivere Reinigung als bisher möglich. Die Kosten hierfür betragen rd. 5.000 €.
2153.012.9400	Die ca. 35 Jahre alte Lautsprecheranlage in der Riemannhalle ist abgängig. Nach Veranstaltungen wurde immer wieder der Wunsch an die Verwaltung herangetragen, Möglichkeiten für eine neue funktionsfähige ELA aufzuzeigen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rd. 10.000 €.
2153.013.9400	Für eine Komplettsanierung der ca. 40 Jahre alten Dusch-/u. Waschbereiche in der kleinen Turnhalle in der Vorstadt werden Haushaltsmittel in Höhe von 125.000 € benötigt. Nach einer vorherigen Entkernung muss ein kompletter Neuaufbau der beiden Duschbereiche angestrebt werden. Hier soll u. a. eine neue Befliesung von Fußboden und Wand sowie ein Neuaufbau der haustechnischen Infrastruktur erfolgen. Die Maßnahme steht unter dem Vorbehalt der anteiligen Förderung seitens des Bundes in Höhe von min. 50% der Gesamtkosten; ein Zuwendungsbescheid liegt aktuell noch nicht vor.

Vermögenshaushalt**Haushaltsstelle****Begründung**

270.9356, 270.001.9355 Pestalozzischule	Mit den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln in Höhe von zusammen 7.900 € sollen Neu- oder Ersatzanschaffungen (Kleininventar und Lehrmittel ab Wertgrenze 150,- € netto) realisiert werden. Unter anderem werden Whiteboards, Tablets benötigt. Ebenfalls ist die Installation eines WLAN-Netzes vorgesehen.
2812.9350-9356 Gemeinschaftsschule	Für die Beschaffung diverser Lehrmittel sowie die Ergänzung des Inventars (Möbiliar, Laptop, Tischbohrmaschine, Whiteboards usw.) werden insgesamt Haushaltsmittel in Höhe von 64.800 € bereitgestellt.
910.3000	Analog zur Veranschlagung im Verwaltungshaushalt erfolgt hier die entsprechende Veranschlagung der Zuführung vom Verwaltungshaushalt (siehe auch HH-Stelle: 910.8600).
910.3778	Wegen der Langlebigkeit der Baumaßnahmen erfolgt die Finanzierung der Maßnahmen im Vermögenshaushalt aufgrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt über die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von voraussichtlich 347.300 €.
910.9778	Für die Tilgung von Darlehen werden die erforderlichen Haushaltsmittel von 962.100 € bereitgestellt.

V e r w a l t u n g s h a u s h a l t 2018 mit Fortschreibung bis 2021

(gemäß § 2 Absatz 1 Ziffer 2 i. V. m. § 5 GemHVO-Kameral)

HH-Stelle	Bezeichnung	RE 2016	Ansatz 2017	Nachtrag (+/-)	Ansatz 2017	2018		2019	2020	2021
					neu	(aus F-Plan)	(neuer Bedarf)			
211 5760	Lernmittel	21.664,29	22.000		22.000	22.000	22.000	22.000	23.000	22.000
211 5803	Kosten für besondere Verwaltungsanlässe	101,53	400		400	400	400	400	400	400
211 5820	Lehrmittel	8.766,28	8.000		8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
211 5901	Schulwanderungen, Veranstaltungen	2.975,88	3.000		3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
211 5902	Kosten Musikklassen	7.401,96	14.000		14.000	14.000	14.000	14.000	15.000	14.000
211 5912	Sonstige Betriebsausgaben	942,64	800		800	800	800	800	800	800
211 5913	Kosten Leistungen Bauhof	0,00	3.600		3.600	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600
211 6027	Sachkosten "Schulsozialarbeit"	781,69	1.000		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
211 6393	Kosten für schulische Frühförderung	154,00	500		500	500	500	600	600	500
211 6500	Geschäftsausgaben	6.749,87	5.500		5.500	6.000	6.000	6.000	6.500	6.500
211 6520	Post- und Fernmeldegebühren	4.563,22	4.700		4.700	4.700	4.700	4.700	4.700	4.700
211 6523	Gebühren "Landesnetz Bildung"	48,00	300	100	400	300	400	400	400	400
211 6540	Reisekosten	411,60	400	100	500	400	400	400	400	400
211 6541	Reisekosten (Schulsozialarbeit)	102,90	200		200	200	200	200	200	200
211 6555	Arbeitsmedizinische Betreuung	158,78	600		600	600	600	600	600	600
211 6556	Sicherheitstechnische Betreuung	176,19	400		400	400	400	400	400	400
211 6558	Beratungskosten Drogenmißbrauch	3.000,00	3.000		3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
211 6559	Prüfung Elektrogeräte	2.041,09	2.000		2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
211 6610	Beiträge an Verbände, Vereine	176,37	300		300	300	300	300	300	300
211 6611	Vermischte Ausgaben	0,00	100		100	100	100	100	100	100
211 6800	Kalkulatorische Abschreibung	0,00	0	137.100	137.100	0	137.100	137.100	137.100	137.100
211 7120	Kostenanteil Sportplatz St. Georgsberg	5.590,51	3.700		3.700	3.700	4.900	4.900	4.900	4.900
211 7124	Kostenanteil Sporthallen	42.015,75	55.100	7.700	62.800	54.700	59.100	60.400	59.900	61.000
211 7125	Kostenanteil Sportplatzanlage 'Riemannstraße'	16.342,33	14.100		14.100	14.100	15.300	15.300	15.300	15.300
	<i>Ausgaben</i>	650.190,13	781.900	115.300	897.200	788.200	917.300	928.000	933.600	938.400
	<i>Saldo</i>	-586.297,88	-734.100	-70.500	-804.600	-740.400	-839.000	-849.700	-855.300	-889.900
UA 2153	Sporthallen Vorstadt									
2153 1107	Benutzungsentgelte Teppichboden	500,00	100		100	500	500	100	500	500
2153 1400	Miete Riemannhalle	0,00	100		100	2.500	2.500	100	2.500	100
2153 1401	Miete Kleine Turnhalle	100,00	100		100	100	100	100	100	100
2153 1502	Erst. Versicherungsschäden Riemannhalle	2.043,92	500		500	500	500	500	500	500
2153 1506	Erst. Versicherungsschäden, Kleine Turnhalle	0,00	300		300	300	300	300	300	300
2153 1508	Zahlung für Schadenfälle	0,00	100		100	100	100	100	100	100
2153 1629	Kostenausgleich Schulen	138.128,47	181.300	24.700	206.000	179.700	194.100	198.200	196.500	200.100
2153 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	0	14.000	14.000	0	14.000	14.000	14.000	14.000
	<i>Einnahmen</i>	140.772,39	182.500	38.700	221.200	183.700	212.100	213.400	214.500	215.700
2153 5000	Gebäudeunterhaltung Riemannhalle	40.000,00	40.000		40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
2153 5020	Gebäudeunterhaltung Kl. Sporthalle	20.640,45	5.000		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
2153 5200	Unterhaltung/Erg. Inventar Riemannhalle	312,56	500		500	500	500	500	500	500
2153 5204	Unterhaltung Turngeräte Riemannhalle	2.373,50	3.000		3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
2153 5205	Unterhaltung Turngeräte Kleine Turnhalle	740,48	2.000		2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
2153 5224	Versicherungsschäden Riemannhalle	436,94	500		500	500	500	500	500	500
2153 5225	Versicherungsschäden Kleine Sporthalle	0,00	300		300	300	300	300	300	300
2153 5409	Reinigung Teppichboden	500,00	500		500	500	500	500	500	500
2153 5412	Reinigungskosten Riemannhalle	28.851,27	29.800	9.200	39.000	30.100	30.100	30.400	30.700	31.000
2153 5413	Reinigungskosten kleine Turnhalle	1.842,60	7.700		7.700	7.700	7.700	7.700	7.800	7.900
2153 5414	Heizungskosten "Kleine Turnhalle"	-1.878,42	15.800	-5.900	9.900	16.000	12.000	12.200	12.300	12.400
2153 5415	Stromkosten "Kleine Turnhalle"	-1.768,30	6.700		6.700	6.800	6.800	6.800	6.900	7.000
2153 5416	Heizungskosten "Riemannhalle"	31.529,24	39.000	-6.700	32.300	39.400	35.000	35.400	35.700	36.100
2153 5417	Stromkosten "Riemannhalle"	10.193,67	19.700		19.700	19.900	17.500	17.700	17.900	18.100
2153 5418	Wasser-/Abwasserkosten "Riemannhalle"	2.237,15	4.800		4.800	4.800	2.000	2.100	2.100	2.100
2153 5419	Wasser, Abwasser Kleine Turnhalle	1.177,83	1.600		1.600	1.600	1.500	1.600	1.600	1.600
2153 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung, Riemannsporthalle	3.384,34	4.600		4.600	4.600	4.600	4.600	4.600	4.600
2153 5421	Steuern, Abgaben, Versicherung, Kleine Turnhalle	0,00	800		800	800	800	800	800	800
2153 6520	Post- und Fernmeldegebühren	199,08	200		200	200	200	200	200	200
2153 6800	Kalkulatorische Abschreibung	0,00	0	42.100	42.100	0	42.100	42.100	42.100	42.100
	<i>Ausgaben</i>	140.772,39	182.500	38.700	221.200	183.700	212.100	213.400	214.500	215.700
	<i>Saldo</i>	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0
UA 270	Pestalozzischule									
270 1502	Erstattung Versicherungsschäden	0,00	500		500	500	500	500	500	500
270 1627	Erstattung Schulkostenbeiträge	113.545,12	108.300	21.700	130.000	108.300	118.700	118.700	118.700	118.700
270 1711	Zuweisung Land (Schulsozialarbeit)	15.000,00	0		0	0	0	0	0	0
270 1760	Spenden	0,00	100	300	400	100	100	100	100	100
	<i>Einnahmen</i>	128.545,12	108.900	22.000	130.900	108.900	119.300	119.300	119.300	119.300
270 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	73.112,73	64.200		64.200	65.200	66.400	67.300	68.400	69.400
270 4340	Beiträge Versorg.Kassen Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	4.648,89	4.100		4.100	4.200	4.200	4.200	4.300	4.400
270 4440	Beiträge Sozialversicherung Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	13.516,26	11.400		11.400	11.600	11.900	12.000	12.200	12.400

HH-Stelle	Bezeichnung	RE 2016	Ansatz 2017	Nachtrag (+/-)	Ansatz 2017		2018		2019	2020	2021
					neu	(aus F-Plan)	(neuer Bedarf)				
2812 5205	Unterhaltung/Ergänzung Kleinsportgeräte	873,70	4.200		4.200	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
2812 5224	Versicherungsschäden	110.667,25	500		500	500	500	500	500	500	500
2812 5302	Miete Büromaschinen	7.224,12	9.000	1.000	10.000	9.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
2812 5412	Reinigungskosten	100.836,49	103.500		103.500	104.500	104.500	105.600	106.600	107.600	107.600
2812 5413	Verbrauchskosten "Heizung"	60.609,63	71.600		71.600	72.300	72.300	73.000	73.800	74.500	74.500
2812 5414	Verbrauchskosten "Strom"	26.867,08	40.800		40.800	41.200	35.000	32.600	36.100	36.600	36.600
2812 5415	Verbrauchskosten "Wasser/Abwasser"	2.355,65	1.900		1.900	2.000	4.300	4.400	4.400	4.500	4.500
2812 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	24.299,26	25.000		25.000	25.200	25.200	25.500	25.700	25.900	25.900
2812 5500	Haltung von Fahrzeugen	227,58	900		900	900	900	900	900	900	900
2812 5600	Ergänzung Dienst- und Schutzkleidung	97,94	200		200	200	200	200	200	200	200
2812 5620	Fortbildung des Personals	0,00	600		600	600	600	600	600	600	600
2812 5621	Fortbildung des Personals (Schulsozialarbeit)	30,00	200	600	800	200	700	700	700	700	700
2812 5705	Schädlingsbekämpfung	220,15	200		200	200	200	200	200	200	200
2812 5708	Darstellendes Spiel (Unterricht)	289,92	500		500	500	500	500	500	500	500
2812 5709	Hauswirtschaftlicher Unterricht	2.899,31	5.000		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
2812 5710	Werkunterricht	2.722,19	4.500		4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500
2812 5711	Schulbücherei/Zeitschriften	874,17	1.000		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2812 5712	Kunsterziehung	1.995,40	2.000		2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
2812 5713	Textiles Werken	716,11	1.000		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2812 5714	Benutzung Hallenbad	18.563,00	15.200		15.200	15.200	18.600	18.600	18.600	18.600	18.600
2812 5760	Lernmittel	30.486,41	49.900		49.900	49.900	49.900	49.900	49.900	49.900	49.900
2812 5803	Kosten für besondere Verwaltungsanlässe	457,36	700		700	700	700	700	700	700	700
2812 5820	Lehrmittel	10.424,32	12.000		12.000	12.000	14.000	12.000	12.000	12.000	12.000
2812 5901	Schulwanderungen, Veranstaltungen	965,11	4.000		4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
2812 5912	Sonstige Betriebsausgaben	397,89	400		400	400	400	400	400	400	400
2812 5916	Überwachungskosten	0,00	3.700		3.700	3.700	3.700	3.700	3.700	3.700	3.700
2812 6024	Verpflegungskosten Mittagessen	-62,00	100		100	100	100	100	100	100	100
2812 6027	Sachkosten "Schulsozialarbeit"	196,56	200		200	200	200	200	200	200	200
2812 6500	Geschäftsausgaben	5.155,07	5.000		5.000	5.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
2812 6503	Geschäftsausgaben EDV-Anlage	877,04	7.500		7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500
2812 6520	Post- und Fernmeldegebühren	7.228,78	8.000		8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
2812 6523	Gebühren "Landesnetz Bildung"	0,00	700		700	700	700	700	700	700	700
2812 6530	Bekanntmachungskosten	1.562,89	200		200	200	200	200	200	200	200
2812 6540	Reisekosten	117,30	400		400	400	400	400	400	400	400
2812 6541	Reisekosten (Schulsozialarbeit)	62,40	200	100	300	200	300	300	300	300	300
2812 6550	Sachverständigen-/Gerichts- u.ä. Kosten	300,00	0		0	0	0	0	0	0	0
2812 6555	Arbeitsmedizinische Betreuung	35,29	300		300	300	300	300	300	300	300
2812 6556	Sicherheitstechnische Betreuung	39,15	200		200	200	200	200	200	200	200
2812 6558	Beratungskosten Drogenmissbrauch	5.700,00	5.700		5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700
2812 6559	Prüfung Elektrogeräte	4.529,94	5.000		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
2812 6726	Erstattung Personalkosten Schulsozialpädagoge	20.220,70	0		0	0	0	0	0	0	0
2812 6610	Beiträge an Verbände, Vereine	131,73	200		200	200	200	200	200	200	200
2812 6611	Vermischte Ausgaben	145,23	300		300	300	300	300	300	300	300
2812 6800	Kalkulatorische Abschreibung	0,00	0	204.000	204.000	0	204.000	204.000	204.000	204.000	204.000
2812 7120	Kostenanteil Sportplatz St. Georgsberg	582,08	300		300	300	500	500	500	500	500
2812 7124	Kostenanteil Sporthallen	96.112,72	126.200	17.000	143.200	125.000	135.000	137.800	136.600	139.100	139.100
2812 7125	Kostenanteil Sportplatzanlage 'Riemannstraße'	23.830,56	13.300	6.100	19.400	13.300	29.000	29.000	29.000	29.000	29.000
	Ausgaben	820.937,43	791.300	228.800	1.020.100	793.500	1.030.900	1.033.700	1.040.500	1.047.800	1.047.800
	Saldo	-510.885,17	-555.500	-200.800	-756.300	-557.700	-792.100	-794.900	-801.700	-809.000	-809.000
UA 2813	Offene Ganztagschule										
2813 1121	Elternbeiträge offene Ganztagschule	202.559,43	225.000	4.400	229.400	225.000	260.000	260.000	260.000	260.000	260.000
2813 1122	Essensbeiträge offene Ganztagschule	71.120,30	82.200	2.000	84.200	82.200	82.200	82.200	82.200	82.200	82.200
2813 1670	Erstattung Fernmeldegebühren (Stellwerk)	434,92	500		500	500	600	500	500	500	500
2813 1701	Zuweisung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket	12.387,50	2.100		2.100	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100
2813 1715	Zuweisung des Landes (offene Ganztagschule)	54.242,50	54.200	14.900	69.100	54.200	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000
2813 1760	Spenden	0,00	100		100	100	100	100	100	100	100
2813 1765	Einnahmen aus zweckgeb. Spenden (Gartenprojekt)	0,00	100		100	100	100	100	100	100	100
2813 1766	Einnahmen aus zweckgeb. Spenden (Kursangebote)	429,73	100		100	100	100	100	100	100	100
2813 1767	Einnahmen aus zweckgeb. Spenden (Kinderhilfsfonds)	0,00	0	100	100	0	100	100	100	100	100
	Einnahmen	341.174,38	364.300	21.400	385.700	364.300	420.300	420.200	420.200	420.200	420.200
2813 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	322.850,92	357.300	14.700	372.000	362.700	430.600	437.000	443.600	450.200	450.200
2813 4163	Honorare offene Ganztagschule	20.692,50	28.800		28.800	29.300	28.800	29.200	29.700	30.100	30.100
2813 4340	Beiträge Versorg. Kassen Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	19.755,18	24.900		24.900	25.300	30.100	30.600	31.000	31.500	31.500
2813 4440	Beiträge Sozialversicherung Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	60.690,27	68.100	3.900	72.000	69.200	82.100	83.300	84.500	85.800	85.800
2813 5200	Unterhaltung u. Ergänzung des Inventars	4.425,13	2.300		2.300	2.300	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500

V e r m ö g e n s h a u s h a l t
2018 inkl. Investitionsprogramm bis 2021

(gemäß § 2 Absatz 1 Ziffer 2 i. V. m. § 5 GemHVO-Kameral)

Schulverband Ratzeburg - Vmö.-Haushalt 2016 mit Investitionsprogramm bis 2021

HH-Stelle	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Grundschule (zwei Standorte)							
211 9350	Erwerb von beweglichen Sachen	6.000	13.000	10.000	10.000	10.000	10.000
211 9355	Erwerb/Ergänzung Inventar (ab Wertgrenze 150 € ohne USt.)	35.000	37.000	30.000	30.000	30.000	30.000
211 9356	Erwerb/Ergänzung Lehrmittel (ab Wertgrenze 150 € ohne USt.)	8.000	6.000	6.000	6.000	7.000	7.000
211 26 9400	Erneuerung Lüftungsanlage GS Vorstadt	80.000					
211 27 9400	Wärmedämmung (Sporthalle St. Georgsberg)	18.000					
211 28 9400	Energetische Sanierung Klassentrakt 4 (St. Georgsberg)	463.000	0				
211 29 9400	Installation Schulnetzwerk und Amoktechnik (Vorstadt)		165.000				
211 30 9400	Installation Schulnetzwerk (St. Georgsberg)		75.000				
211 31 9400	Errichtung Fluchttreppe (St. Georgsberg)		45.000				
211 32 9400	Sanierung WC-Anlage (Trakt 4, St. Georgsberg)			85.000			
<i>Ausgaben</i>		610.000	341.000	131.000	46.000	47.000	47.000
Sporthallen Vorstadt							
2153 9350	Erwerb von beweglichen Sachen			5.000			
2153 1 9500	Zaunanlage Riemannhalle	10.000					
2153 7 9400	Wärmedämmung Kleine Turnhalle Vorstadt	12.000					
2153 8 9400	Aufzugsinstallation	80.000					
2153 9 9400	Erneuerung Eingangstüren Riemannhalle	22.500					
2153 10 9400	Sicherheitsbeleuchtung Riemannhalle		130.000				
2153 11 9400	Erwerb/Installation einer Fertiggarage (Riemannhalle)		15.000				
2153 12 9400	Lautsprecheranlage Riemannhalle			10.000			
2153 13 9400	Sanierung Sanitärräume Kleine Turnhalle Vorstadt			125.000			
<i>Ausgaben</i>		124.500	145.000	140.000	0	0	0
Pestalozzischule							
270 9356	Erwerb/Ergänzung Lehrmittel (ab Wertgrenze 150 € ohne USt.)	700	3.500	3.900	1.000	1.000	1.000
270 1 9350	Erwerb von beweglichen Sachen (Allgemeines)	800	5.100	1.000	1.000	1.000	1.000
270 9 9351	Erwerb/Erweiterung EDV-Anlage (WLAN-Installation)			3.000			
<i>Ausgaben</i>		1.500	8.600	7.900	2.000	2.000	2.000
Gemeinschaftsschule							
2812 9350	Erwerb von beweglichen Sachen	8.100	13.200	14.300	8.000	8.000	8.000
2812 9355	Erwerb/Ergänzung Inventar (ab Wertgrenze 150 € ohne USt.)	31.500	38.500	40.500	20.000	20.000	20.000
2812 9356	Erwerb/Ergänzung Lehrmittel (ab Wertgrenze 150 € ohne USt.)	12.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
2812 1 9400	Neubau Gemeinschaftsschule Vorstadt	27.700					
2812 5 3450	Ersatzleistungen für Vermögensschäden (Schulbushaltestellen)		52.000				
2812 neu 9400	Bau- und Planungskosten (Ausbau WLAN-Struktur)		25.000				
2812 neu 3610	Zuweisung Land (Ausbau WLAN-Struktur)		16.000				
<i>Einnahmen</i>		0	68.000	0	0	0	0
<i>Ausgaben</i>		79.300	86.700	64.800	38.000	38.000	38.000
2813 9350	OGS ; Erwerb von beweglichen Sachen	1.500	1.500	3.000	1.500	1.500	1.500
2813 9351	Erwerb/Erweiterung EDV-Anlage	0		600			
<i>Ausgaben</i>		1.500	1.500	3.600	1.500	1.500	1.500
910 3000	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	747.700	889.100	962.100	977.900	967.800	972.000
910 3778	Darlehen private Unternehmen	816.800	514.800	347.300	87.500	88.500	88.500
<i>Einnahmen</i>		1.564.500	1.403.900	1.309.400	1.065.400	1.056.300	1.060.500
910 9778	Tilgung private Unternehmen/Kreditmarkt	747.700	889.100	962.100	977.900	967.800	972.000
<i>Ausgaben</i>		747.700	889.100	962.100	977.900	967.800	972.000

HH-Stelle	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Einnahmen VMH	1.564.500	1.471.900	1.309.400	1.065.400	1.056.300	1.060.500
	Ausgaben VMH	1.564.500	1.471.900	1.309.400	1.065.400	1.056.300	1.060.500
	Saldo (Fehlbedarf)	0	0	0	0	0	0

Umlagebeschluss

Umlagebeschluss des Schulverbandes Ratzeburg für das Haushaltsjahr 2018

Die Schulverbandsversammlung des Schulverbandes Ratzeburg hat in ihrer Sitzung am 14.12.2017 beschlossen:

Nach dem festgestellten Haushaltsplan für das Jahr 2018 entfallen auf die den Schulverband Ratzeburg bildenden Gemeinden

	im Verwaltungshaushalt EUR	im Vermögenshaushalt EUR
Schulverbandsumlage - Schullast -	2.477.300,00	0,00
Schulverbandsumlage - Schulbaulast -	1.108.400,00	0,00
Gesamt	3.585.700,00	0,00

Die Verteilung der Schulverbandsumlagen gemäß § 56 Abs. 2 des Schulgesetzes (SchulG) auf die Mitgliedsgemeinden ist auf den nachstehenden Seiten näher dargestellt.

23909 Ratzeburg, __.12.2017

Schulverband Ratzeburg

(V o ß)
Schulverbandsvorsteher

Schulverbandsumlagen

inklusive Zusammenstellung

Berechnung der Schulverbandsumlage -Schullast- für das Haushaltsjahr 2018

Verwaltungshaushalt

Lfd. Nr.	Gemeinde	Anzahl der Schulkinder im September des Jahres				Durchschnitt	in %	2.477.300
		2015	2016	2017	Summe			Umlage nach Schülerzahlen
1	Albsfelde	1	2	2	5	1,67	0,13%	3.220,49 €
2	Bäk	71	64	70	205	68,33	5,26%	130.305,98 €
3	Buchholz	9	12	16	37	12,33	0,95%	23.534,35 €
4	Einhaus	19	26	27	72	24,00	1,85%	45.830,05 €
5	Fredeburg	3	2	2	7	2,33	0,18%	4.459,14 €
6	Giesensdorf	5	8	7	20	6,67	0,51%	12.634,23 €
7	Gr. Disnack	4	2	6	12	4,00	0,31%	7.679,63 €
8	Gr. Sarau	9	12	9	30	10,00	0,77%	19.075,21 €
9	Harmsdorf	25	25	26	76	25,33	1,95%	48.307,35 €
10	Kittlitz	6	9	9	24	8,00	0,62%	15.359,26 €
11	Kulpin	13	11	14	38	12,67	0,98%	24.277,54 €
12	Mechow	7	7	7	21	7,00	0,54%	13.377,42 €
13	Mustin	41	39	41	121	40,33	3,11%	77.044,03 €
14	Pogeez	17	27	28	72	24,00	1,85%	45.830,05 €
15	Ratzeburg	945	969	945	2.859	953,00	73,39%	1.818.090,47 €
16	Römnitz	0	0	0	0	0,00	0,00%	- €
17	Schmilau	34	31	25	90	30,00	2,31%	57.225,63 €
18	Ziethen	72	66	68	206	68,67	5,29%	131.049,17 €
	Gesamt	1.281	1.312	1.302	3.895	1.298,33	100,00%	2.477.300,00 €

Berechnung der Schulverbandsumlage -Schulbaulast- für das Haushaltsjahr 2018

- Verwaltungshaushalt -

Lfd. Nr.	Gemeinde	Anzahl der Schulkinder im September des Jahres				Durch- schnitt	in %	Hälfte der Umlage nach Schülerzahl	Finanzkraft	in %	Hälfte der Umlage nach Finanzkraft	1.108.400
		2015	2016	2017	Summe							Gesamt- umlage
1	Albsfelde	1	2	2	5	1,67	0,13%	720,46 €	77.349,00 €	0,35%	1.939,70 €	2.660,16 €
2	Bäk	71	64	70	205	68,33	5,26%	29.150,92 €	918.063,00 €	4,15%	22.999,30 €	52.150,22 €
3	Buchholz	9	12	16	37	12,33	0,95%	5.264,90 €	261.932,00 €	1,18%	6.539,56 €	11.804,46 €
4	Einhaus	19	26	27	72	24,00	1,85%	10.252,70 €	431.326,00 €	1,95%	10.806,90 €	21.059,60 €
5	Fredeburg	3	2	2	7	2,33	0,18%	997,56 €	43.082,00 €	0,19%	1.052,98 €	2.050,54 €
6	Giesensdorf	5	8	7	20	6,67	0,51%	2.826,42 €	151.167,00 €	0,68%	3.768,56 €	6.594,98 €
7	Gr. Disnack	4	2	6	12	4,00	0,31%	1.718,02 €	90.277,00 €	0,41%	2.272,22 €	3.990,24 €
8	Gr. Sarau	9	12	9	30	10,00	0,77%	4.267,34 €	200.600,57 €	0,91%	5.043,22 €	9.310,56 €
9	Harmsdorf	25	25	26	76	25,33	1,95%	10.806,90 €	330.013,00 €	1,49%	8.257,58 €	19.064,48 €
10	Kittlitz	6	9	9	24	8,00	0,62%	3.436,04 €	253.876,00 €	1,15%	6.373,30 €	9.809,34 €
11	Kulpin	13	11	14	38	12,67	0,98%	5.431,16 €	228.359,00 €	1,03%	5.708,26 €	11.139,42 €
12	Mechow	7	7	7	21	7,00	0,54%	2.992,68 €	127.855,00 €	0,58%	3.214,36 €	6.207,04 €
13	Mustin	41	39	41	121	40,33	3,11%	17.235,62 €	775.231,00 €	3,50%	19.397,00 €	36.632,62 €
14	Pogeez	17	27	28	72	24,00	1,85%	10.252,70 €	771.811,00 €	3,49%	19.341,58 €	29.594,28 €
15	Ratzeburg	945	969	945	2.859	953,00	73,39%	406.727,38 €	15.682.527,00 €	70,90%	392.927,80 €	799.655,18 €
16	Römnitz	0	0	0	0	0,00	0,00%	0,00 €	60.834,00 €	0,28%	1.551,76 €	1.551,76 €
17	Schmilau	34	31	25	90	30,00	2,31%	12.802,02 €	633.411,00 €	2,86%	15.850,12 €	28.652,14 €
18	Ziethen	72	66	68	206	68,67	5,29%	29.317,18 €	1.083.125,00 €	4,90%	27.155,80 €	56.472,98 €
Gesamt		1.281	1.312	1.302	3.895	1.298,33	100,00%	554.200,00 €	22.120.838,57 €	100,00%	554.200,00 €	1.108.400,00 €

Zusammenstellung der Schulverbandsumlagen für das Haushaltsjahr 2018

Lfd. Nr.	Gemeinde	Verwaltungshaushalt		Summe	Vermögens- haushalt	Summe Ansatz 2018	Summe Nachtrag 2017	mehr/ weniger (-)
		-Schullast-	-Schulbaulast-					
1	Albsfelde	3.220,49 €	2.660,16 €	5.880,65 €	0,00 €	5.880,65 €	6.277,14 €	-396,49 €
2	Bäk	130.305,98 €	52.150,22 €	182.456,20 €	0,00 €	182.456,20 €	175.229,75 €	7.226,45 €
3	Buchholz	23.534,35 €	11.804,46 €	35.338,81 €	0,00 €	35.338,81 €	30.611,73 €	4.727,08 €
4	Einhaus	45.830,05 €	21.059,60 €	66.889,65 €	0,00 €	66.889,65 €	58.153,32 €	8.736,33 €
5	Fredeburg	4.459,14 €	2.050,54 €	6.509,68 €	0,00 €	6.509,68 €	7.269,16 €	-759,48 €
6	Giesensdorf	12.634,23 €	6.594,98 €	19.229,21 €	0,00 €	19.229,21 €	16.881,49 €	2.347,72 €
7	Gr. Disnack	7.679,63 €	3.990,24 €	11.669,87 €	0,00 €	11.669,87 €	8.101,40 €	3.568,47 €
8	Gr. Sarau	19.075,21 €	9.310,56 €	28.385,77 €	0,00 €	28.385,77 €	27.277,78 €	1.107,99 €
9	Harmsdorf	48.307,35 €	19.064,48 €	67.371,83 €	0,00 €	67.371,83 €	60.269,27 €	7.102,56 €
10	Kittlitz	15.359,26 €	9.809,34 €	25.168,60 €	0,00 €	25.168,60 €	21.567,82 €	3.600,78 €
11	Kulpin	24.277,54 €	11.139,42 €	35.416,96 €	0,00 €	35.416,96 €	30.691,61 €	4.725,35 €
12	Mechow	13.377,42 €	6.207,04 €	19.584,46 €	0,00 €	19.584,46 €	19.203,00 €	381,46 €
13	Mustin	77.044,03 €	36.632,62 €	113.676,65 €	0,00 €	113.676,65 €	107.421,28 €	6.255,37 €
14	Pogeez	45.830,05 €	29.594,28 €	75.424,33 €	0,00 €	75.424,33 €	62.726,91 €	12.697,42 €
15	Ratzeburg	1.818.090,47 €	799.655,18 €	2.617.745,65 €	0,00 €	2.617.745,65 €	2.484.881,05 €	132.864,60 €
16	Römnitz	0,00 €	1.551,76 €	1.551,76 €	0,00 €	1.551,76 €	1.404,40 €	147,36 €
17	Schmilau	57.225,63 €	28.652,14 €	85.877,77 €	0,00 €	85.877,77 €	88.662,27 €	-2.784,50 €
18	Ziethen	131.049,17 €	56.472,98 €	187.522,15 €	0,00 €	187.522,15 €	180.570,62 €	6.951,53 €
	Gesamt	2.477.300,00 €	1.108.400,00 €	3.585.700,00 €	0,00 €	3.585.700,00 €	3.387.200,00 €	198.500,00 €

Berechnung der Schulverbandsumlage -Schullast und Schulbaulast- für die Jahre 2018 - 2021

- Verwaltungshaushalt -

lfd. Nr.	Gemeinde	3.585.700 €	Anteil in %	3.634.600 €	3.639.400 €	3.687.000 €
		2018		2019	2020	2021
1	Albsfelde	5.880,65 €	0,16%	5.960,85 €	5.968,72 €	6.046,78 €
2	Bäk	182.456,20 €	5,09%	184.944,45 €	185.188,69 €	187.610,79 €
3	Buchholz	35.338,81 €	0,99%	35.820,74 €	35.868,05 €	36.337,17 €
4	Einhaus	66.889,65 €	1,87%	67.801,86 €	67.891,40 €	68.779,36 €
5	Fredeburg	6.509,68 €	0,18%	6.598,46 €	6.607,17 €	6.693,59 €
6	Giesensdorf	19.229,21 €	0,54%	19.491,45 €	19.517,19 €	19.772,46 €
7	Gr. Disnack	11.669,87 €	0,33%	11.829,02 €	11.844,64 €	11.999,56 €
8	Gr. Sarau	28.385,77 €	0,79%	28.772,88 €	28.810,88 €	29.187,70 €
9	Harmsdorf	67.371,83 €	1,88%	68.290,61 €	68.380,80 €	69.275,16 €
10	Kittlitz	25.168,60 €	0,70%	25.511,84 €	25.545,53 €	25.879,64 €
11	Kulpin	35.416,96 €	0,99%	35.899,96 €	35.947,37 €	36.417,53 €
12	Mechow	19.584,46 €	0,55%	19.851,54 €	19.877,76 €	20.137,74 €
13	Mustin	113.676,65 €	3,17%	115.226,92 €	115.379,09 €	116.888,14 €
14	Pogeez	75.424,33 €	2,10%	76.452,93 €	76.553,90 €	77.555,15 €
15	Ratzeburg	2.617.745,65 €	73,01%	2.653.445,17 €	2.656.949,42 €	2.691.699,87 €
16	Römnitz	1.551,76 €	0,04%	1.572,92 €	1.575,00 €	1.595,60 €
17	Schmilau	85.877,77 €	2,40%	87.048,93 €	87.163,89 €	88.303,91 €
18	Ziethen	187.522,15 €	5,23%	190.079,48 €	190.330,51 €	192.819,86 €
	Gesamt	3.585.700 €	100,00%	3.634.600 €	3.639.400 €	3.687.000 €

Ö 10.2

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 17.11.2017

SR/BeVoSr/531/2017/1

Gremium	Datum	Behandlung
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Axel Koop

FB/Aktenzeichen: FB 1/030 03-2018

Haushaltsplan 2018; hier: Stellenplan 2018

Zielsetzung:

Nach den gesetzlichen Vorschriften ist der Stellenplan ein wesentlicher Bestandteil des Haushaltsplanes und daher im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Der **Hauptausschuss** empfiehlt,

und die **Stadtvertretung** beschließt,

den Stellenplan 2018 gemäß Entwurf zur Vorlage.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Axel Koop am 16.11.2017

Maren Lubenow am 17.11.2017

Bürgermeister Voß am 17.11.2017

Sachverhalt:

Gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 4 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO-Kameral) in Verbindung mit § 78 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein ist der Stellenplan Bestandteil des Haushaltsplanes.

Neben den lt. Ursprungsvorlage SR/BeVoSr/531/2017 ersichtlichen Veränderungen und Anpassungen, hat der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 14.11.2017 folgende Änderungen beschlossen:

Zu lfd. Nr. 30a (Ordnungswesen):

Zusätzliche Vollzeitstelle im Bereich des Fachdienstes Bürgerdienste, die für den Aufgabenbereich „Ruhender Verkehr, Abwicklung Ordnungswidrigkeiten“ befristet auf 3 Jahre benötigt wird.

Zu lfd. Nr. 61 (offene Jugendarbeit):

Der bisherige Stelleninhaber wird vertragsgemäß ab 01.01.2018 von der Diakonie übernommen, sodass die Planstelle künftig entfallen kann (kw-Vermerk).

Zu lfd. Nr. 76a und 76b (Kindergarten Domhof):

Gemäß Beschluss des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport (ASJS) vom 09.11.2017 wurden die Rahmenbedingungen für die Personalbedarfsberechnung der Kindertagesstätten in Ratzeburg angepasst. Demzufolge ist eine personelle Aufstockung im Bereich des städtischen Kindergartens Domhof erforderlich. Gemäß aktuellen Berechnungen des Fachbereiches Schulen, Sport, Familien, Jugend und Senioren (FB 4) beinhaltet der personelle Mehrbedarf insgesamt 1,5 Stellen.

Neben einer zusätzlichen Planstelle für Erzieher/-innen ist eine halbe Stelle für die Sozialpädagogische Assistenz (SPA) vorgesehen.

Bei Zusammenfassung aller Stundenkontingente und Umrechnung auf Vollzeitstellen ergibt sich gegenüber dem II. Nachtragsstellenplan 2017 eine Veränderung der Gesamtzahl an Vollzeitstellen von bisher 77,20 auf nunmehr 79,20 Vollzeitstellen. (+2,0 Stellen).

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Sämtliche Personalkosten sind in den Personalkosten für 2018 (Sammelnachweis 01) bereits enthalten.

Anlagenverzeichnis:

- Entwurf Stellenplan 2018, Stand: 16.11.2017

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	Stellenplan Amts- / Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen									Vermerke kw = künftig wegfallend ku = künftig umwandeln ATZ = Altersteilzeit
			Anzahl und Bewertung im Vorjahr 2017			tatsächliche Besetzung am 30.06.2017			Stellenplan 2018			
			B = Beamte			GR = Besoldungs-/Entgeltgruppe						
			B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	
St. Pl. 2018	St. Pl. 2017											
		<u>Bürgermeister/ Gemeindeorgane</u>										
1	1	Bürgermeister	1	-	A 16	1	-	A 16	1	-	A 16	
2	2	Verw.-Angestellte	-	1	6	-	1	6	-	1	6	
3	3	Verw.-Angestellter	-	1	9a	-	1	9a	-	1	9a	
		<u>Fachbereich 1 Zentrale Steuerung und Bürgerdienste</u>										
4	4	Oberamtsrätin	1	-	A 13	1	-	A 13	1	-	A 13	Fachbereichsleitung/ Büroleitende Beamtin
		<u>Fachdienst 1 - Personal/Organisation</u>										
5	5	Verw.-Angestellter	-	1	10	-	1	10	-	1	10	Fachdienstleitung
6	6	Verw.-Angestellter	-	1	11	-	1	11	-	1	11	IT-Administrator
7	7	Verw.-Angestellte	-	1	8	-	1	8	-	1	8	zzt. 20 Wochenstunden (befristet bis 31.12.2019)
8	8	Verw.-Angestellte	-	0,5	6	-	0,5	6	-	0,5	6	
9	9	Stadtamtsfrau/-mann	1	-	A 11	-	-	-	-	-	-	kw (s. neue lfd. Nr. 11)
10	10	Verw.-Angestellter	-	0,5	9a	-	-	-	-	0,5	9a	IT-Mitarbeiter
11	-	Verw.-Angestellte (neu)	-	-	-	-	-	-	-	1	10	Betriebliches Gesundheits-/ Eingliederungsmanagement

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	Stellenplan Amts- / Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen									Vermerke kw = künftig wegfallend ku = künftig umwandeln ATZ = Altersteilzeit
			Anzahl und Bewertung im Vorjahr 2017			tatsächliche Besetzung am 30.06.2017			Stellenplan 2018			
			B = Beamte			GR = Besoldungs-/Entgeltgruppe						
			B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	
		<u>Stadtbücherei</u>										
12	11	Diplom-Bibliothekarin	-	0,72	9b	-	0,72	9	-	0,72	9b	Büchereileitung (28 W.-Std. ab 01/2013) 30 Wochenstunden ab 01/2017
13	12	Diplom-Bibliothekarin	-	0,77	9b	-	0,77	9	-	0,77	9b	
14	13	Verw.-Angestellte	-	1	5	-	1	5	-	1	5	
15	14	Verw.-Angestellte	-	0,5	5	-	0,5	5	-	0,5	5	
		<u>Fachdienst 2 - Finanzen</u>										
16	16	Verw.-Angestellter	-	1	12	-	1	12	-	1	12	Fachdienstleitung
17	17	Verw.-Angestellte	-	1	9b	-	1	8	-	1	9b	Haushaltssachbearb./ Anlagenbuchhaltung
18	18	Betriebswirt/in	-	1	11	-	-	-	-	1	11	(Projektsteuerung Doppik) (zzt. unbesetzt)
		<u>Steuern und Abgaben</u>										
19	19	Verw.-Angestellte	-	1	7	-	1	6	-	1	7	
20	20	Verw.-Angestellte	-	0,51	7	-	0,51	6	-	0,51	7	20 Wochenstunden
		<u>Stadtkasse</u>										
21	21	Verw.-Angestellte	-	1	9a	-	1	9a	-	1	9a	Kassenverwalterin
22	22	Verw.-Angestellte	-	0,77	6	-	0,77	6	-	0,77	6	30 W.-Std. ab 03/2011
23	23	Verw.-Angestellte	-	0,77	6	-	0,77	6	-	0,77	6	30 W.-Std. ab 05/2010 (Vollstreckungsaußend.)

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	Stellenplan Amts- / Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen									Vermerke kw = künftig wegfallend ku = künftig umwandeln ATZ = Altersteilzeit
			Anzahl und Bewertung im Vorjahr 2017			tatsächliche Besetzung am 30.06.2017			Stellenplan 2018			
			B = Beamte			GR = Besoldungs-/Entgeltgruppe						
			B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	
St. Pl. 2018	St. Pl. 2017											
24	25	<u>Fachdienst 3 - Bürgerdienste</u> Verw.-Angestellte	-	1	9a	-	-	-	-	1	9a	Fachdienstleitung (Zul. E10 bis Stellenbewert.)
			(befristet vom 11.12.2016 bis 10.12.2018 mit 32 Wochenstunden, danach wieder Vollzeit)									
		<u>Empfangsbereich (Bürgerservicebüro)</u>										
25	26	Verw.-Angestellte	-	0,77	5	-	0,77	5	-	0,77	5	30 Wochenstunden
26	27	Verw.-Angestellter	-	0,5	5	-	0,5	5	-	0,5	5	(ab 04/2017 Stundenverlagerung auf Nr. 37 + 45)
			(Besetzung Empfangsbüro in den Nachmittagsstunden)									
		<u>Ordnungswesen</u>										
27	28	Verw.-Angestellte	-	1	9a	-	1	9a	-	1	9a	
28	29	Verw.-Angestellte	-	1	8	-	1	8	-	1	8	
29	30	Verw.-Angestellte	-	0,82	8	-	1	8	-	0,82	8	(ab 15.07.2017 mit 32 W.-Stunden)
30	31	Verw.-Angestellter	-	0,75	6	-	0,75	6	-	0,75	6	29,25 Wochenstunden
30a	-	Verw.-Angestellter	-	-	-	-	-	-	-	1	8	ruhender Verkehr/OwiG-Angelegenheiten
31	32	Verkehrsüberwacherin	-	0,5	3	-	0,5	3	-	0,5	3	19,5 Wochenstunden (ruhender Verkehr)
32	33	Verkehrsüberwacherin	-	0,5	3	-	0,5	3	-	0,5	3	19,5 Wochenstunden (ruhender Verkehr)
33	34	Verkehrsüberwacherin	-	0,5	3	-	0,5	3	-	0,5	3	19,5 Wochenstunden (ruhender Verkehr)
34	35	Verkehrsüberwacherin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	(zzt. 450,-€-Basis für Überwachung Leinenpflicht Hunde)
		<u>Einwohnermeldewesen</u>										
35	36	Verw.-Angestellte	-	1	6	-	1	6	-	1	6	(ab 01.08.2017 in Vollzeit)
36	37	Verw.-Angestellte	-	0,72	6	-	0,72	6	-	1	6	(ab 07/2017 mit 39 Std.)

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	Stellenplan Amts- / Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen									Vermerke
			Anzahl und Bewertung im Vorjahr 2017			tatsächliche Besetzung am 30.06.2017			Stellenplan 2018			
			B = Beamte			GR = Besoldungs-/Entgeltgruppe						
			B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	
St. Pl. 2018	St. Pl. 2017										kw = künftig wegfallend ku = künftig umwandeln ATZ = Altersteilzeit	
		<u>Standesamt (Personenstandswesen)</u>										
37	38	Verw.-Angestellte	-	1	9a	-	1	9a	-	1	9a	
38	39	Verw.-Angestellter	-	1	8	-	-	-	-	1	8	
		<u>Soziales</u>										
39	40	Verw.-Angestellter	-	0,9	8	-	-	-	-	0,90	8	(zzt. 35 W.-Stunden)
40	41	Verw.-Angestellte	-	0,5	9a	-	0,5	9a	-	0,5	9a	zzt. 15 Wochenstunden (19,5 Std. ab 05/2017)
41	42	Verw.-Angestellter	-	1	8	-	1	8	-	1	8	
42	43	Verw.-Angestellte	-	1	8	-	1	8	-	1	8	SB Wohngeld/BuT
43	44	Verw.-Angestellte	-	0,5	9a	-	0,5	9a	-	0,5	9a	19,5 W.-Stunden
44	45	Verw.-Angestellter	-	1	8	-	1	8	-	1	8	SB Asylbewerber
45	46	Flüchtlingskoordinatorin	-	1	6	-	1	6	-	1	6	je 50% für städtische und schulische Angelegenh.
46	47	Verw.-Angestellte	-	1	8	-	1	8	-	1	8	Abordn. Jobcenter (kw) (Zulage nach EG 9c)
47	48	Verw.-Angestellter	-	1	6	-	1	6	-	1	6	Abordn. Jobcenter (kw) (Zulage nach EG 8)
48	49	Verw.-Angestellter	-	1	9b	-	1	9	-	1	9b	Abordn. Jobcenter (kw) (Zulage nach EG 11)
		<u>Freiwillige Feuerwehr RZ</u>										
49	50	Hauptamtl. Gerätewart	-	1	5	-	1	5	-	1	5	
50	51	Feuerwehrtechn. Verw.-Mitarbeiter/in (n.n.)	-	1	6	-	-	-	-	1	6	ku (Befristung 3 Jahre)

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	Stellenplan Amts- / Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen									Vermerke
			Anzahl und Bewertung im Vorjahr 2017			tatsächliche Besetzung am 30.06.2017			Stellenplan 2018			
			B = Beamte			GR = Besoldungs-/Entgeltgruppe						
			B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	
		Fachbereich 4 Verwaltung										
51	52	Oberamtsrat	1	-	A 13	1	-	A 13	1	-	A 13	Fachbereichsleitung
		<u>Schule und Sport</u>										
52	53	Verw.-Angestellte	-	0,72	9	-	0,72	9	-	0,72	9	28 Wochenstunden
53	54	Stadtoberinspektorin	1	-	A 10	1	-	A 10	1	-	A 10	(ab 01.08.2017 in Vollzeit)
54	55	Bautechniker/-Ingenieur	-	1	10	-	1	10	-	1	10	(zugl. Energienamangement)
55	56	Verw.-Angestellte	-	0,82	6	-	0,82	6	-	0,82	6	32 Wochenstunden
		<u>Lauenb. Gelehrtenschule</u>										
56	57	Schulsekretärin	-	1	5	-	1	5	-	1	5	
57	58	Schulsekretärin	-	0,77	5	-	0,77	5	-	0,77	5	30 Wochenstunden
58	59	Schulsozialarbeiter	-	1	10	-	1	10	-	1	10	
		<u>Jugendpflege</u>										
59	60	Stadtjugendpfleger	-	1	S 15	-	1	S 15	-	1	S 15	
60	61	Erzieher	-	1	S 8b	-	1	S 8b	-	1	S 8 b	Abordnung Diakonie
61	62	Erzieher (19,5 W.-Std.)	-	0,5	S 8b	-	0,5	S 8b	-	-	-	kw. (Übernahme Diakonie)

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	Stellenplan Amts- / Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen									Vermerke kw = künftig wegfallend ku = künftig umwandeln ATZ = Altersteilzeit
			Anzahl und Bewertung im Vorjahr 2017			tatsächliche Besetzung am 30.06.2017			Stellenplan 2018			
			B = Beamte			GR = Besoldungs-/Entgeltgruppe						
			B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	
62	63	<u>Kindergarten "Domhof"</u> Kindergartenleiterin	-	1	S 15	-	1	S 15	-	1	S 15	
63	64	Erzieherin	-	0,9	S 8a	-	0,9	S 8a	-	0,9	S 8a	35 Wochenstunden
64	65	Kinderpflegerin	-	1	S 3	-	1	S 3	-	1	S 3	
65	66	Erzieherin	-	1	S 8a	-	1	S 8a	-	1	S 8a	Elternzeitvertretung (01.08.2016 - 08/2020)
66	67	Erzieherin/stellv. Leiterin	-	1	S 8a	-	1	S 8a	-	1	S 8a	39 Wochenstunden
67	68	Kinderpflegerin	-	0,68	S 3	-	0,68	S 3	-	0,68	S 3	26,34 Wochenstunden
68	69	Kinderpflegerin	-	0,65	S 8a	-	0,65	S 8a	-	0,65	S 8a	25,33 Wochenstunden (+ 4,0 Std. Elternzeitvertr.)
69	70	Erzieherin	-	1	S 8a	-	1	S 8a	-	1	S 8a	
70	71	Erzieherin	-	0,67	S 8a	-	0,67	S 8a	-	0,67	S 8a	26 Wochenstunden (+ 4,0 Std. Elternzeitvertr.)
71	72	Küchenhilfe	-	0,32	1	-	0,26	1	-	0,32	1	(ab 08/2017 mit 12,5 W.-Std.)
72	73	Erzieherin	-	1	S 8a	-	1	S 8a	-	1	S 8a	zzt. 31 Stunden (16.07.2016-16.07.2021)
73	74	Erzieherin	-	0,5	S 8a	-	0,5	S 8a	-	0,5	S 8a	
74	75	Erzieherin	-	1	S 8a	-	1	S 8a	-	1	S 8a	(Rückkehr aus der Elternzeit ab 04/2017)
75	76	Sozialpädagog. Assistentin	-	1	S 3	-	1	S 3	-	1	S 3	
76	77	Erzieher/in	-	0,69	S 8a	-	-	-	-	0,69	S 8a	(ab 08/2017 mit 27 W.Std.)

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	Stellenplan Amts- / Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen									Vermerke kw = künftig wegfallend ku = künftig umwandeln ATZ = Altersteilzeit
			Anzahl und Bewertung im Vorjahr 2017			tatsächliche Besetzung am 30.06.2017			Stellenplan 2018			
			B = Beamte			GR = Besoldungs-/Entgeltgruppe						
			B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	
76a	-	Erzieher/in	-	-	-	-	-	-	-	1	S 8a	(gem. geänderter Rahmenbedingungen für die Personalbedarfsberechnung KiTa's)
76b	-	Sozialpädag. Assistent/in	-	-	-	-	-	-	0,5	S 3		
		Fachbereich 6 Stadtplanung, Bauen und Liegenschaften										
77	79	Dipl.-Ingenieur	-	1	14	-	1	14	-	1	14	Fachbereichsleitung
78	80	Verw.-Angestellte	-	1	6	-	1	6	-	1	6	
		Fachdienst Bauverwaltung/Liegenschaften										
79	82	Verw.-Angestellter	-	1	9a	-	1	9a	-	1	9a	Fachdienstleitung (ku nach Stellenneubewertung)
80	83	Verw.-Angestellte	-	1	6	-	1	6	-	1	6	(ab 04/2017 in Vollzeit) (ku nach Stellenneubewertung)
81	84	Verw.-Angestellte	-	0,72	6	-	0,72	6	-	0,72	6	(ab 04/2017 mit 28 W.-Stunden) (ku nach Stellenneubewertung)
82	85	Bauingenieurin	-	1	10	-	1	10	-	1	10	(Krankheitsvertretung ab 15.06.2017)
83	86	Raumpflegerin	-	0,54	2	-	0,54	2	-	0,54	2	21 Wochenstunden
84	87	Raumpflegerin	-	0,55	2	-	0,55	2	-	0,55	2	21,27 Wochenstunden
85	88	Hausmeister	-	1	5	-	1	5	-	1	5	

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	Stellenplan Amts- / Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen									Vermerke kw = künftig wegfallend ku = künftig umwandeln ATZ = Altersteilzeit
			Anzahl und Bewertung im Vorjahr 2017			tatsächliche Besetzung am 30.06.2017			Stellenplan 2018			
			B = Beamte			GR = Besoldungs-/Entgeltgruppe						
			B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	
St. Pl. 2018	St. Pl. 2017											
		<u>Fachdienst Hochbau/Planung</u>										
86	89	Bauingenieurin	-	1	12	-	-	-	-	1	12	(zukünftig FD-Leitung) (zzt. GR 10)
87	90	Bauzeichnerin	-	0,68	6	-	0,68	6	-	0,68	6	26,6 Wochenstunden
88	91	Bauzeichnerin	-	0,47	6	-	0,47	6	-	0,47	6	18,23 Wochenstunden
		<u>Fachdienst Tiefbau</u>										
89	92	Bauingenieur	-	1	12	-	1	12	-	1	12	Fachdienstleitung
90	93	Landschaftspfleger (Ing.)	-	1	11	-	1	11	-	1	11	
91	94	Bautechniker	-	1	9b	-	1	9	-	1	9b	(zu je 50 % Hochbau und Tiefbau)
		(100% Freistellung des Stelleninhabers ab dem 01.04.2017, und zwar befristet für die Dauer der Personalratsarbeit, längstens bis zum Ablauf der laufenden Wahlperiode des Personalrates im Mai 2019.)										
92	95	Bautechniker	-	1	9a/9b	-	-	-	-	1	9a/9b	(befristet bis Mai 2019)
		(Im Zusammenhang mit der befristeten Freistellung des Stelleninhabers zu lfd. Nr. 91 erfolgt die Ausweisung dieser zusätzlichen Stelle ebenfalls befristet bis zum Ablauf der laufenden Wahlperiode des Personalrates im Mai 2019.)										

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	Stellenplan Amts- / Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen									Vermerke
			Anzahl und Bewertung im Vorjahr 2017			tatsächliche Besetzung am 30.06.2017			Stellenplan 2018			
			B = Beamte			GR = Besoldungs-/Entgeltgruppe						
			B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	B	Beschäftigte	GR	
93	96	<u>Dienstleistungen für Dritte</u> (RZ-Wirtschaftsbetriebe) Geschäftsführung zugl. stellv. Werkleitung	1	-	A 13	-	-	-	1	-	A 13	(Nachbesetzung ab 07/2017 mit (Stadtoberinspektor A 10, zzt. mit 38 W.-Stunden bis 06/2018) -ku nach Stellenneubewertung-
Gesamtzahl der Planstellen			6	85	-	6	76	-	5	86	-	
Anzahl in Vollzeitstellen			5,93	71,27	-	6	63,51	-	4,93	74,27	-	
Gesamt :			77,20			69,51			79,20			
<u>Darin enthaltene Planstellen der Einrichtungen:</u>												
Stadtbücherei			-	4	-	-	4	-	-	4	-	Lfd. Nr. 12 - 15
Abordnungen Jobcenter			-	3	-	-	3	-	-	3	-	Lfd. Nr. 46 - 48
Feuerwehr			-	2	-	-	1	-	-	2	-	Lfd. Nr. 49 - 50
Lbg. Gelehrtenschule			-	3	-	-	3	-	-	3	-	Lfd. Nr. 56 - 58
Stadtjugendpflege/OGS			-	1	-	-	1	-	-	1	-	Lfd. Nr. 59
Abordnungen Diakonie			-	2	-	-	2	-	-	1	-	Lfd. Nr. 60 - 61
städt. Kindergarten			-	15	-	-	14	-	-	17	-	Lfd. Nr. 62 - 76b
Gesamtzahl der Stellen			-	30	-	-	28	-	-	31	-	
Anzahl in Vollzeitstellen			-	25,66	-	-	23,91	-	-	25,66	-	
Gesamt :			25,66			23,91			25,66			
<u>Nachrichtlich:</u>												
Auszubildende			-	3	-	-	1	-	-	-	-	1 x Ausb.-Beginn 01.08.2015
Verw.-Angestellte												2 x Ausb.-Beginn 01.08.2017

Ö 10.3

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 16.11.2017

SR/BeVoSr/529/2017/1

Gremium	Datum	Behandlung
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Axel Koop

FB/Aktenzeichen: 20 11 02/2018

Haushaltsplan 2018; hier: Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, Satzungsbeschluss

Zielsetzung: Mit Beschluss der Haushaltssatzung wird die Verwaltung von der Stadtvertretung ermächtigt, die im Haushaltsplan enthaltenen Ansätze nach Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde zu bewirtschaften.

Beschlussvorschlag:

Der **Hauptausschuss** empfiehlt,

und die **Stadtvertretung** beschließt,

1. die Änderungen der Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt in einem III. Nachtragshaushalt 2017 festzusetzen und die daraus resultierende III. Nachtragshaushaltssatzung 2017 gemäß Entwurf,
2. den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie die daraus resultierende Haushaltssatzung 2018 gemäß Entwurf.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Axel Koop am 16.11.2017

Bürgermeister Voß am 16.11.2017

Sachverhalt:

Die Aufstellung der Unterlagen zum Haushaltsplan 2018 erfolgte wie in den Vorjahren nicht mehr budgetorientiert, sondern nach dem herkömmlichen Verfahren. So wurde für jede einzelne Haushaltsstelle des Verwaltungshaushaltes der Bedarf bzw.

die voraussichtliche Einnahme ermittelt und per Einzeldruck als Haushaltsvoranschlag dem Entwurfshaushalt zugrunde gelegt.

Nachdem der erste Entwurfshaushalt mit einem Soll-Fehlbedarf (planmäßiges Defizit) im Verwaltungshaushalt von rd. 1,2 Mio. € abschloss, wurde in der Sitzung des Finanzausschusses am 14.11.2017 über zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen berichtet, die nach Einarbeitung in den Entwurfshaushalt, eine Senkung des Soll-Fehlbedarfes auf rd. 61 T€ ermöglichten. Durch weitere Kürzungen konnte sodann in den Beratungen des Finanzausschusses ein Ausgleich des Verwaltungshaushaltes erzielt werden.

Ermöglicht wird der Ausgleich u.a. durch die Veranschlagung einer Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage, die aufgrund der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen im laufenden Haushaltsjahr gebildet werden kann. Dieses Verfahren setzt voraus, dass zeitgleich mit dem Haushaltsplan 2018 ein weiterer Nachtragshaushaltsplan 2017 verabschiedet wird, der entsprechende Einnahmeverbesserungen und die Zuführung zur Allgemeinen Rücklage berücksichtigt. Ebenfalls entfällt durch den III. Nachtragshaushaltsplan 2017 der bislang vorgesehene Kreditbedarf im Vermögenshaushalt in Höhe von 761.500 €, sodass ein Schuldenabbau im lfd. Haushaltsjahr realisiert werden kann.

Der beigefügte Entwurfshaushalt 2018 berücksichtigt neben den beschlossenen Änderungen aus der Sitzung des Finanzausschusses auch die Veranschlagung der Mehrkosten für die personelle Aufstockung im Bereich des städtischen Kindergartens Domhof, die aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen für die Personalbedarfsberechnung der Kindertagesstätten, vorzuhalten sind. Der anteilige Mehrbedarf für die Monate März-Dezember 2018 beläuft sich auf insgesamt 60.100 € (1,0x Erzieher/in = 41.900 €, 0,5x Sozialpädagogische Assistenz = 18.200 €). Der hierfür zu berücksichtigende Personalkostenzuschuss des Kreises kann zurzeit noch nicht beziffert werden, da das Kreiskontingent an Landesmitteln erst im Frühjahr 2018 feststeht. Auf eine Veranschlagung etwaiger Zuschussmittel wird daher zunächst verzichtet.

Im Übrigen wird auf die textlichen Ausführungen der Ursprungsvorlage SR/BeVoSr/529/2017 verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine, da es sich um den Beschluss des Haushaltes handelt.

Anlagenverzeichnis:

- Haushaltspräsentation 2018
- III. Nachtragshaushaltsplan 2017 sowie
- Haushaltsplan 2018

mitgezeichnet haben:

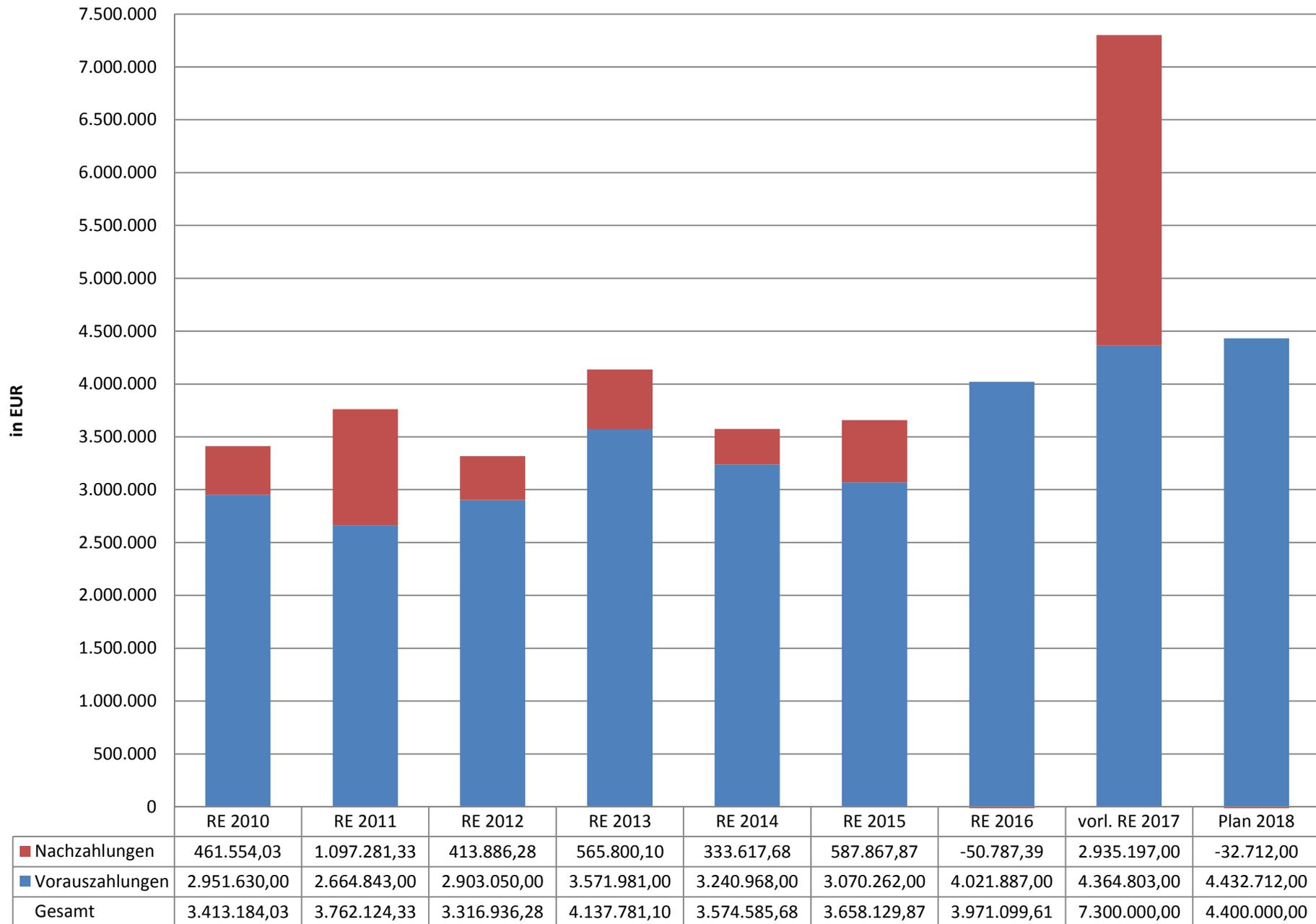
Entwicklung Schlüsselzuweisungen

Entwicklung Gewerbesteuer

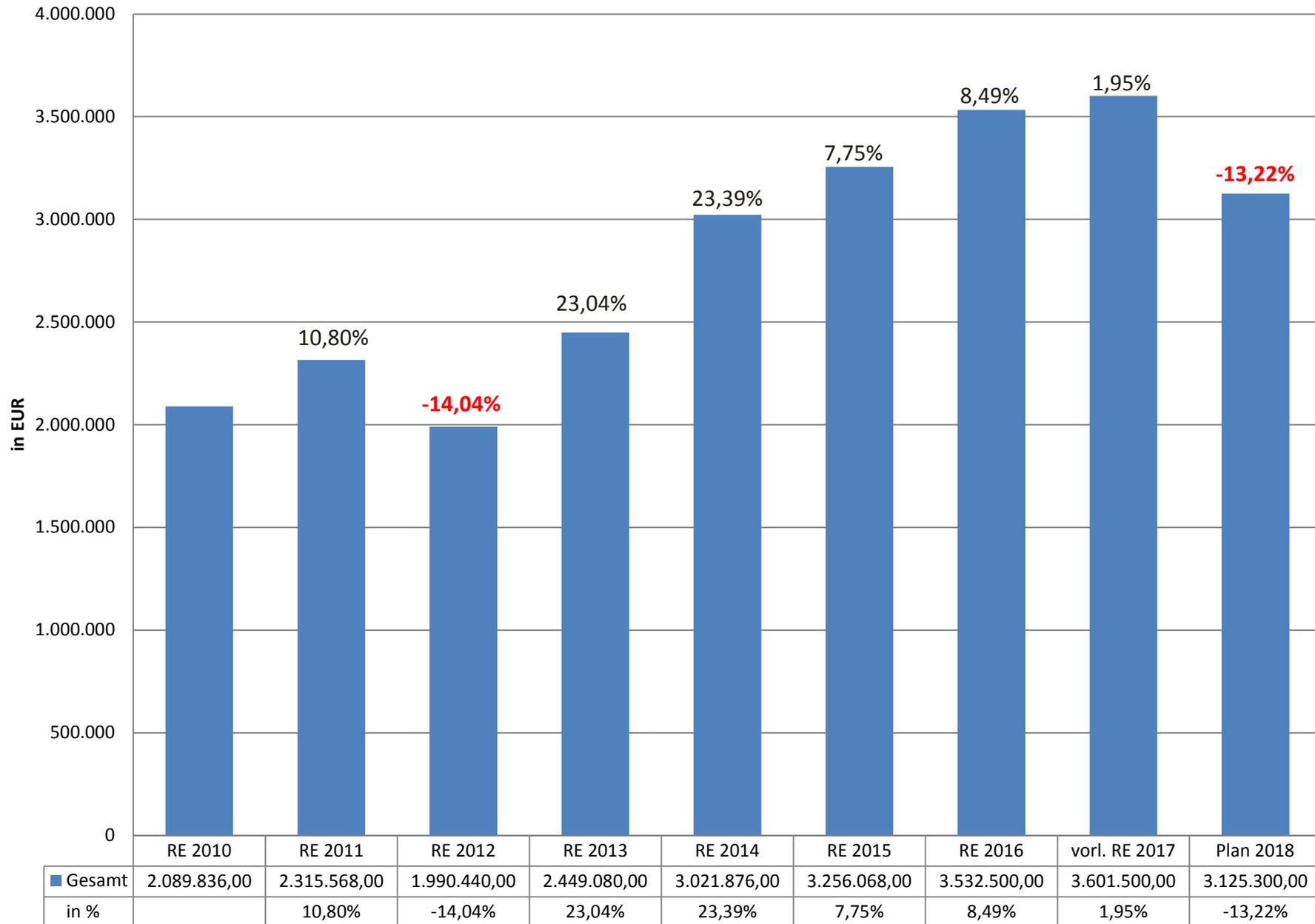
Haushalt 2018

Stadt Ratzeburg

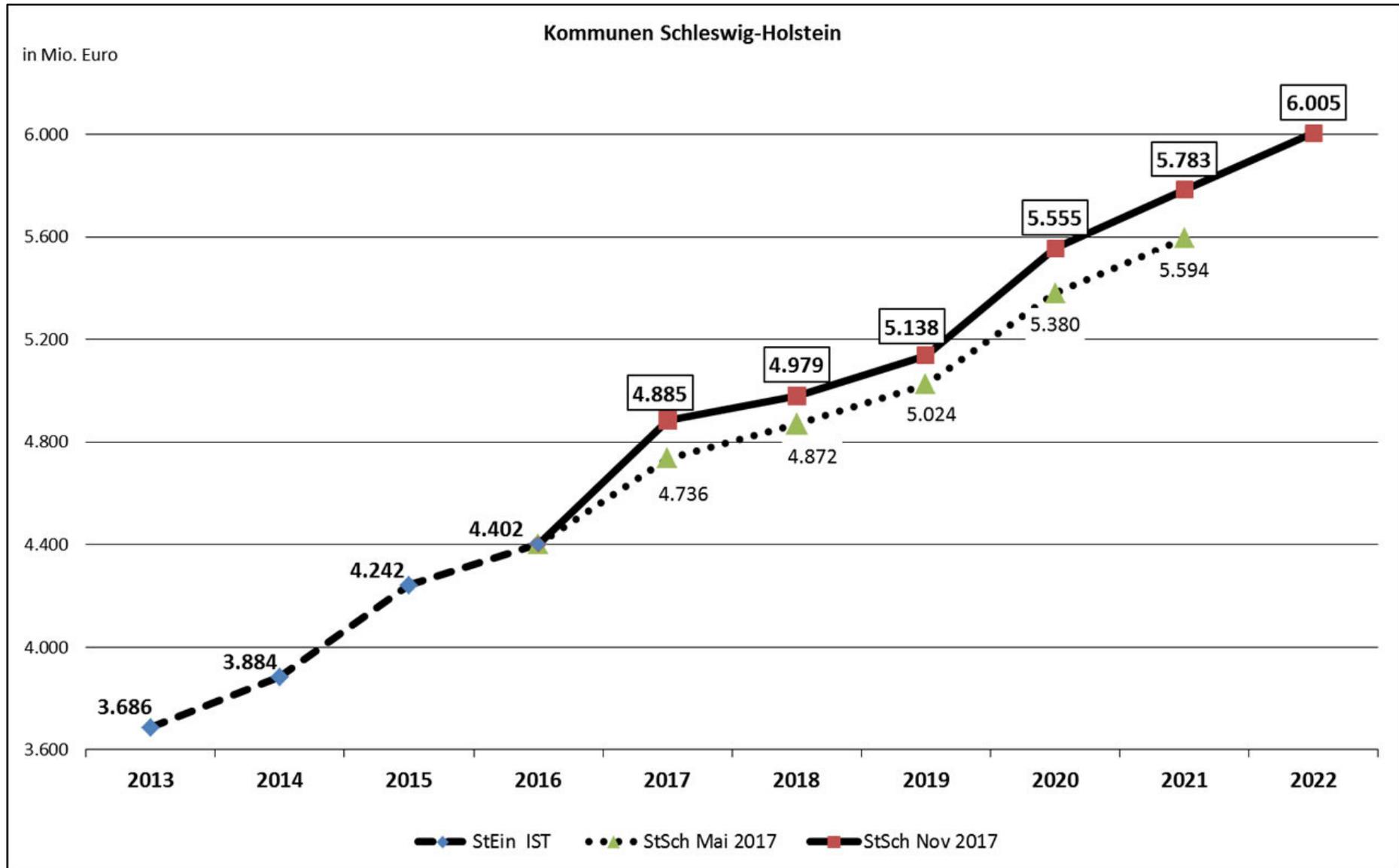
Entwicklung Gewerbesteuer



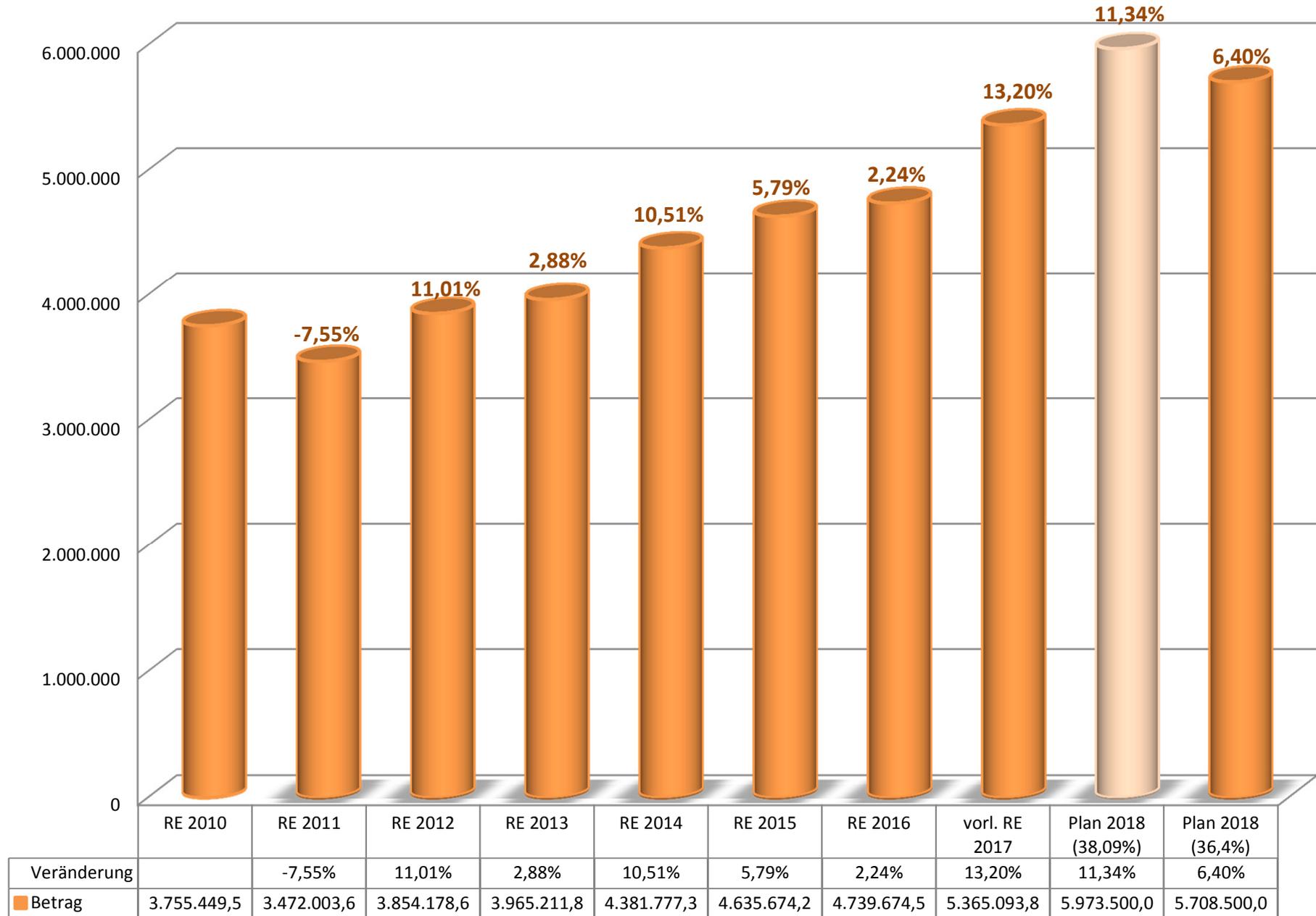
Entwicklung Schlüsselzuweisungen



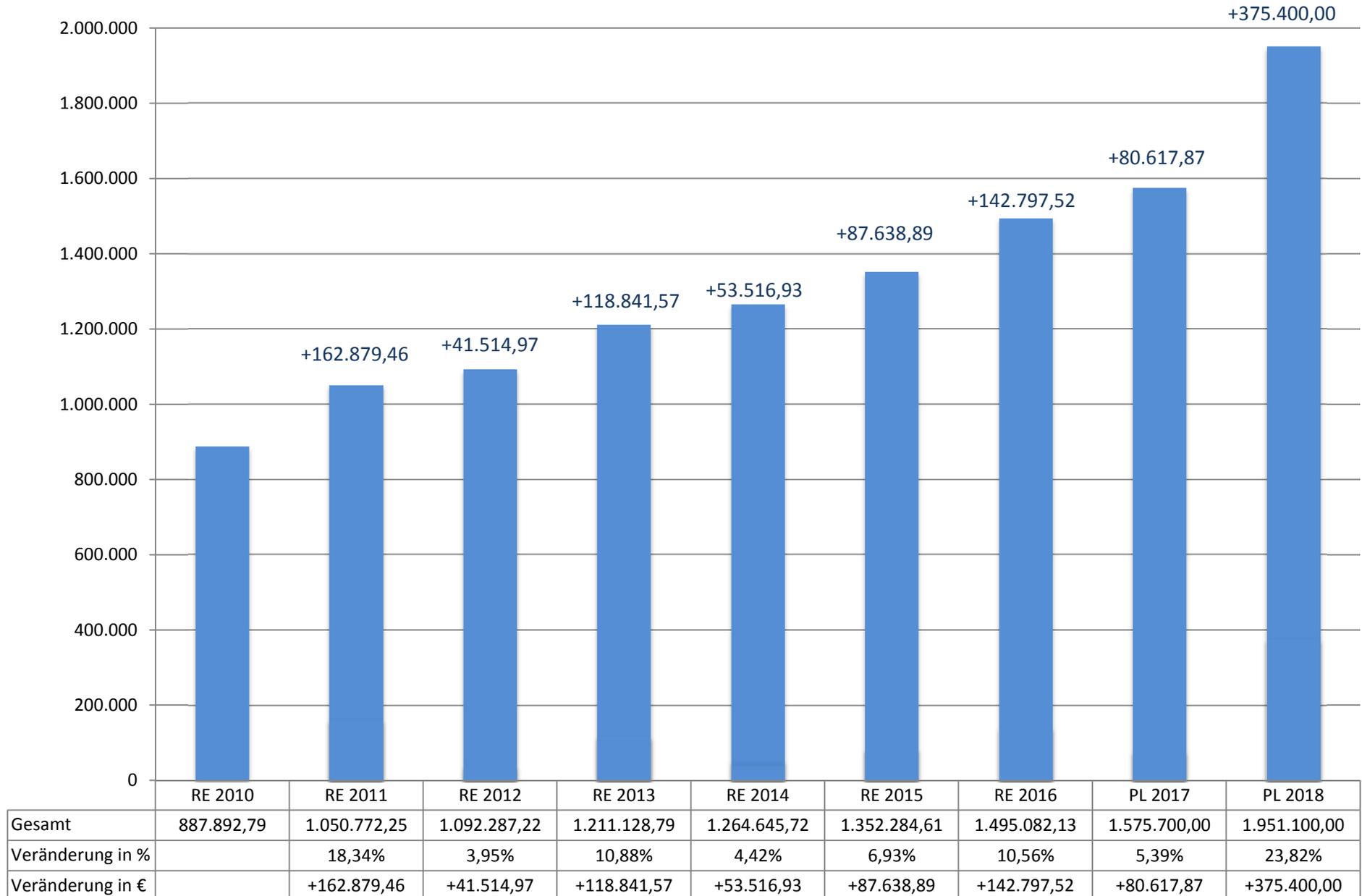
Nov.-Steuerschätzung 2017



Entwicklung Kreisumlage



Kostenentwicklung KiTa's



Haushalt 2018

- **Soll-Fehlbedarf** im Verwaltungshaushalt in Höhe von **1.182.000 €**
- **Senkung des Fehlbedarfes** durch Entnahme aus der „**Allgemeinen Rücklage**“ möglich
 - ↓ vorausgesetzt
- planmäßige Zuführung zur Allgemeinen Rücklage -> **III. Nachtragshaushalt 2017**

III. Nachtragshaushalt 2017

- Veranschlagung von Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer sowie
- Veranschlagung weiterer Verbesserungen aufgrund der Nov.-Steuerschätzung 2017

- Zuführung des Soll-Überschusses an den Vermögenshaushalt

- **Senkung der Kreditaufnahme auf 0 €** (in 2017)

III. Nachtragshaushalt 2017

- verbleibender Überschuss im Vermögenshaushalt wird der **Allgemeinen Rücklage** zugeführt
- **grundsätzlich** Senkung Kreditbedarf in 2018

- **jedoch** Zuführung zum Verwaltungshaushalt zulässig (§ 21 Abs. 3 GemHVO-Kameral)

Neuer Entwurf 2018

- Berücksichtigung zwischenzeitlicher Veränderungen (**orange** gekennzeichnet)
- u. a. Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage, Steuereinnahmen, Kreisumlage, Personalkosten usw.
- **Ausgleich** des Verwaltungshaushaltes nunmehr möglich



*III. Nachtragshaushaltssatzung
III. Nachtragshaushaltsplan*

2017

Entwurf zum Hauptausschuss am
27.11.2017

Erläuterungen zum III. Nachtragshaushaltsplan 2017

Übersichten zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2017 sind den Unterlagen zum Haushaltsplan 2018 beigelegt. Die geänderten Haushaltsansätze sind orange gekennzeichnet und in der nachstehenden Kurzübersicht dargestellt.

HHSt.	Bezeichnung	Ansatz (bisher)	Nachtrag (+/-)	Ansatz (neu)
030.6581	Verwarentgelte	0,00 €	+5.000,00 €	5.000,00 €
900.0030	Gewerbesteuer	5.804.000,00 €	+1.496.000,00 €	7.300.000,00 €
900.0100	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	5.244.000,00 €	+106.000,00 €	5.350.000,00 €
900.8100	Gewerbesteuerumlage	1.200.000,00 €	+189.000,00 €	1.389.000,00 €
910.8083	Zinsen Kassenkredite	10.000,00 €	-6.500,00 €	3.500,00 €
910.8600	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Soll-Überschuss)	802.300,00 €	+1.414.500,00 €	2.216.800,00 €
	Veränderung: Einnahmen VerwHH.		+1.602.000,00 €	
	Veränderung: Ausgaben VerwHH.		+1.602.000,00 €	
	Saldo VerwHH.		0,00 €	
910.3000	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Soll-Überschuss)	2.342.300,00 €	+1.414.500,00 €	3.756.800,00 €
	<u>Vermögenshaushalt</u>			
020.017.9350	Neue Telefonanlage mit Standortvernetzung	58.000,00 €	+25.000,00 €	83.000,00 €
910.3778	Darlehen private Unternehmen (Kreditbedarf)	761.500,00 €	-761.500,00 €	0,00 €
910.9100	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	0,00 €	+628.000,00 €	628.000,00 €

II. Nachtragshaushaltssatzung
der Stadt Ratzeburg für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund des § 80 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 11.12.2017 -und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde- folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht	vermindert	und damit der Gesamtbetrag des Haushalts- planes einschließlich der Nachträge	
			gegenüber bisher	nunmehr festge- setzt auf
1. im Verwaltungshaushalt				
die Einnahmen	1.602.000,00 €	0,00 €	28.454.500,00 €	30.056.500,00 €
die Ausgaben	1.602.000,00 €	0,00 €	28.454.500,00 €	30.056.500,00 €
2. im Vermögenshaushalt				
die Einnahmen	653.000,00 €	0,00 €	4.774.200,00 €	5.427.200,00 €
die Ausgaben	653.000,00 €	0,00 €	4.774.200,00 €	5.427.200,00 €

§ 2

Es werden neu festgesetzt :

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	von bisher	761.500,00 €	auf	0,00 €
--	------------	--------------	-----	--------

Ratzeburg, __.__.____

 (V o B)
 Bürgermeister



*Haushaltssatzung
Haushaltsplan*

2018

Entwurf zum HA am 27.11.2017

Haushaltssatzung
der Stadt Ratzeburg für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund der §§ 77 ff der Gemeindeordnung wird nach Beschluss der Stadtvertretung vom 11. Dezember 2017 - und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde vom __.__.____- folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

1. im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme	auf	28.329.700,00 €
in der Ausgabe	auf	28.329.700,00 €

und

2. im Vermögenshaushalt

in der Einnahme	auf	5.521.100,00 €
in der Ausgabe	auf	5.521.100,00 €

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	auf	1.003.700,00 €
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	auf	0,00 €
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite	auf	6.000.000,00 €
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen	auf	79,20 Stellen.

§ 3

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin ihre oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 65 GO i.V.m. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 5.000,00 Euro.
Die Genehmigung der Stadtvertretung gilt in diesen Fällen als erteilt.

Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist verpflichtet, der Stadtvertretung mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu berichten.

Ratzeburg, __.__._____

Stadt Ratzeburg

VoB
Bürgermeister

Verwaltungshaushalt - Haushalt 2018 (neuer Entwurf zum HA 27.11.17)

		Fehlbedarf/-betrag bzw. Soll-Überschuss:		0,00	1.356.300,00	2.770.800,00	0,00	
FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.	
	UA 000	Gemeindeorgane						
1	000 4000	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	65.609,20	65.000,00	65.000,00	61.200,00	Änderungen	
1	000 4100	Bezüge der Beamten	85.385,08	87.500,00	87.500,00	90.000,00	lt. Verwaltungs- entwurf	
1	000 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	87.480,74	93.800,00	93.800,00	97.900,00		
1	000 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	32.245,02	34.100,00	34.100,00	35.100,00		
1	000 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	6.028,70	6.600,00	6.600,00	6.800,00	Änderungen	
1	000 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	17.671,30	18.500,00	18.500,00	19.100,00	FA 14.11.17	
1	000 5803	Kosten für besondere Verwaltungsanlässe	5.384,84	5.000,00	5.000,00	6.000,00		
1	000 6012	Sachkosten "Behindertenbeauftragte"	-1.593,57	900,00	900,00	0,00	Nachmeldungen	
1	000 6022	Sachkosten Seniorenbeirat	30,60	400,00	400,00	200,00	HA 27.11.17	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00		
		Ausgaben	298.241,91	311.800,00	311.800,00	316.300,00	(Personalausg.)	
		Saldo	-298.241,91	-311.800,00	-311.800,00	-316.300,00	KiTa Domnhof	
	UA 020	Fachbereich Zentrale Dienste						
6	020 1400	Miete Büroräume Rathaus (Wirtsch.Betriebe)	25.313,44	25.500,00	25.500,00	25.000,00		
6	020 1402	Ersätze Betriebskosten (Wirtsch.Betriebe)	6.810,48	6.900,00	6.900,00	7.000,00		
1	020 1500	Erstattung Fernsprech-/Postgebühren	165,97	100,00	100,00	100,00		
1	020 1509	Erstattung VBL	76.866,21	0,00	0,00	0,00		
1	020 1510	vermischte Einnahmen	25,00	0,00	0,00	0,00		
4	020 1633	Erstattung Verw.-Kosten vom Schulverband	407.800,00	433.900,00	433.900,00	492.600,00		
1	020 1640	Arzneimittelrabatte von der VAK Schl.-H.	138,54	300,00	300,00	300,00		
1	020 1651	Erstattung Verw.- und Betriebskosten Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe	347.335,58	257.800,00	257.800,00	257.800,00		
1	020 1652	Erstattung Verwaltungskosten (BuT)	7.381,07	5.900,00	5.900,00	6.000,00		
1	020 1656	Kostenerstattung Bezügerechnung (RZ-WB)	4.800,00	5.200,00	5.200,00	5.200,00		
2	020 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00		
1	020 4100	Bezüge der Beamten	35.107,09	65.200,00	65.200,00	63.500,00		
1	020 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	179.811,20	247.100,00	247.100,00	266.100,00		
1	020 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	29.988,75	32.800,00	32.800,00	28.400,00		
1	020 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	12.047,12	17.000,00	17.000,00	18.500,00		
1	020 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	36.989,92	49.100,00	49.100,00	53.100,00		
1	020 4500	Beihilfen	12.335,93	23.500,00	23.500,00	25.100,00		
1	020 4600	Personal-Nebenausgaben	357,20	1.500,00	1.500,00	1.500,00		
6	020 5001	kleine Bauunterhaltung Hausmeister	387,92	500,00	500,00	200,00		
6	020 5006	Gebäudeunterhaltung Rathaus U. d. Linden	131.126,29	40.000,00	40.000,00	25.000,00		
6	020 5011	Unterhaltung Außenanlagen	2.889,99	2.800,00	2.800,00	2.800,00		
1	020 5200	Unterhaltung u. Ergänzung des Inventars	1.321,81	1.700,00	1.700,00	1.200,00		
1	020 5201	Unterhaltung EDV-Anlage	58.175,43	55.700,00	55.700,00	69.200,00		
1	020 5301	Unterhaltung u. Miete Telefonanlage	6.349,16	6.500,00	6.500,00	6.500,00		
1	020 5302	Miete Büromaschinen	12.115,80	11.800,00	11.800,00	13.800,00		
1	020 5315	Leasingkosten Dienstfahrzeuge	13.409,39	13.400,00	13.400,00	13.000,00		
6	020 5410	Heizung, Beleuchtung, Versorgung	28.859,75	59.400,00	59.400,00	40.000,00	-4.200 €	
6	020 5412	Reinigungskosten	8.591,79	10.500,00	10.500,00	10.500,00		
6	020 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	9.358,89	9.500,00	9.500,00	9.500,00		
1	020 5435	Aktenvernichtung	481,95	400,00	400,00	400,00		
1	020 5500	Haltung von Fahrzeugen	8.690,61	6.000,00	6.000,00	6.000,00		
1	020 5725	Künstlersozialabgabe	466,79	400,00	400,00	400,00		
1	020 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	2.616,60	1.500,00	1.500,00	1.000,00		
1	020 5915	Umzugskosten	1.420,20	0,00	0,00	0,00		
1	020 6400	Versicherungen	31.395,31	35.100,00	35.100,00	35.200,00		
6	020 6401	Versicherung EDV-Anlage	192,12	500,00	500,00	500,00		
1	020 6500	Geschäftsausgaben	8.573,85	9.200,00	9.200,00	8.500,00		
1	020 6501	Geschäftsausgaben Druckerei	4.059,44	4.700,00	4.700,00	4.500,00		
1	020 6503	Geschäftsausgaben EDV-Anlage	7.125,46	7.000,00	7.000,00	7.000,00		
1	020 6504	Geschäftsausgaben EDV-Anlage (für Standortvernetzung TK-Anlage)	0,00	0,00	0,00	9.400,00		
1	020 6506	EDV-Programmbetreuung	29.705,73	29.600,00	29.600,00	30.000,00		
1	020 6510	Bücher und Zeitschriften	9.278,23	9.300,00	9.300,00	9.300,00		
1	020 6520	Postgebühren (Briefporto)	27.233,38	23.000,00	23.000,00	23.000,00		
1	020 6522	Fernmeldegebühren	26.859,35	32.200,00	32.200,00	32.200,00		
1	020 6524	Rundfunkbeiträge	1.259,88	1.300,00	1.300,00	1.300,00		
1	020 6530	Bekanntmachungskosten	15.313,28	18.100,00	18.100,00	12.500,00		
1	020 6540	Reisekosten	985,98	2.500,00	2.500,00	2.500,00		
1	020 6541	Wegstreckenentschädigung	1.427,40	1.100,00	1.100,00	1.100,00		
1	020 6550	Sachverständigen-/Gerichts- u.ä. Kosten	7.868,91	9.800,00	9.800,00	7.800,00		
6	020 6559	Prüfung Elektrogeräte	1.225,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00		
1	020 6609	Beitrag kommunale Beihilfekasse	3.002,40	1.000,00	1.000,00	2.400,00		
1	020 6610	Mitgliedsbeiträge (Beitragserhöhung Städteverband SH ab 2018)	15.227,77	15.300,00	15.300,00	16.700,00	+1.100 €	
1	020 6611	Vermischte Ausgaben	190,00	300,00	300,00	300,00		
1	020 6720	Erstattung Personalkosten Datenschutzbeauftragte/r Kreis	0,00	6.700,00	6.700,00	6.700,00		
1	020 6725	Kostenerstattung Bezügerechnung	17.846,40	21.400,00	21.400,00	22.400,00		
2	020 6800	Abschreibungen	0,00	73.600,00	73.600,00	73.600,00		
		Einnahmen	876.636,29	743.600,00	743.600,00	802.000,00		
		Ausgaben	801.669,47	959.500,00	959.500,00	964.100,00		
		Saldo	74.966,82	-215.900,00	-215.900,00	-162.100,00		
	UA 022	Personalamt (Pensionäre u.a./Alters-TZ)						
1	022 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	31.821,91	32.800,00	32.800,00	33.600,00		
1	022 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	75.535,36	146.200,00	146.200,00	150.800,00		
1	022 4301	Versorgungsanteile für Pensionäre (Dienstherrenanteil)	37.710,85	74.700,00	74.700,00	74.700,00		
1	022 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	3.012,56	2.300,00	2.300,00	2.300,00		
1	022 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	8.235,43	6.500,00	6.500,00	6.700,00		
1	022 4500	Beihilfen	85.187,98	44.500,00	44.500,00	82.400,00		
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00		
		Ausgaben	241.504,09	307.000,00	307.000,00	350.500,00		
		Saldo	-241.504,09	-307.000,00	-307.000,00	-350.500,00		

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
1	UA 025	Gleichstellungsbeauftragte					
1	025 4000	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	0,00	3.200,00	3.200,00	4.300,00	
1	025 5620	Fortbildung des Personals	0,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	0,00	4.700,00	4.700,00	5.800,00	
		Saldo	0,00	-4.700,00	-4.700,00	-5.800,00	
	UA 030	Fachdienst Finanzen					
2	030 2612	Mahngebühren PK (kassenintern)	34.718,16	40.000,00	40.000,00	40.000,00	
2	030 2613	Mahngebühren (Sachkonto)	12.031,39	10.000,00	10.000,00	10.000,00	
1	030 4100	Bezüge der Beamten -neu-	49.757,95	0,00	0,00	0,00	
1	030 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	147.935,36	217.400,00	217.400,00	226.700,00	
1	030 4300	Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte	26.058,50	0,00	0,00	0,00	
1	030 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	10.095,11	15.200,00	15.200,00	15.800,00	
1	030 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	30.150,34	43.400,00	43.400,00	45.200,00	
2	030 6551	Kosten f. Beratungsleistungen (Vermögenserfassung u. -bewertung)	-5.420,05	39.000,00	39.000,00	0,00	
2	030 6580	Kontogebühren	9.174,65	9.000,00	9.000,00	9.500,00	
2	030 6581	Verwahrentgelte (Negativzinsen auf Guthaben, Trennung v. HHSt. 910.8083)	0,00	0,00	5.000,00	5.000,00	+5.000 €
		Einnahmen	46.749,55	50.000,00	50.000,00	50.000,00	
		Ausgaben	267.751,86	324.000,00	329.000,00	302.200,00	
		Saldo	-221.002,31	-274.000,00	-279.000,00	-252.200,00	
	UA 034	Steuerverwaltung					
2	034 1650	Erstattung Verwaltungskosten	25,00	100,00	100,00	200,00	
1	034 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	64.473,81	64.300,00	64.300,00	64.200,00	
1	034 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	4.495,64	4.500,00	4.500,00	4.500,00	
1	034 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	12.838,81	13.000,00	13.000,00	12.800,00	
2	034 6550	Sachverständigen-/Gerichts- u.ä. Kosten	0,00	100,00	100,00	100,00	
		Einnahmen	25,00	100,00	100,00	200,00	
		Ausgaben	81.808,26	81.900,00	81.900,00	81.600,00	
		Saldo	-81.783,26	-81.800,00	-81.800,00	-81.400,00	
	UA 035	Liegenschaftsverwaltung					
6	035 1000	Verwaltungsgebühren	550,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
1	035 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	184.641,48	161.000,00	161.000,00	202.500,00	
1	035 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	13.205,20	11.300,00	11.300,00	14.200,00	
1	035 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	34.818,84	32.100,00	32.100,00	41.000,00	
6	035 6530	Bekanntmachungskosten	0,00	500,00	500,00	100,00	
		Einnahmen	550,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
		Ausgaben	232.665,52	204.900,00	204.900,00	257.800,00	
		Saldo	-232.115,52	-203.900,00	-203.900,00	-256.800,00	
	UA 050	Standesamt, Statistik, Wahlen					
3	050 1000	Verwaltungsgebühren	32.366,85	33.000,00	33.000,00	35.000,00	
3	050 1300	Verkaufserlöse (Stammbücher)	1.079,50	1.200,00	1.200,00	1.200,00	
3	050 1510	Vermischte Einnahmen	70,00	100,00	100,00	100,00	
3	050 1610	Erstattung Wahlkosten	0,00	5.000,00	5.000,00	9.000,00	
1	050 4100	Bezüge der Beamten	0,00	0,00	0,00	0,00	
1	050 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	120.553,85	154.000,00	154.000,00	162.200,00	
1	050 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	0,00	0,00	0,00	0,00	
1	050 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	8.301,13	10.900,00	10.900,00	11.400,00	
1	050 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	24.235,57	30.600,00	30.600,00	32.400,00	
3	050 5719	Beschaffung Familienstammbücher	1.492,54	1.300,00	1.300,00	1.300,00	
3	050 5720	Ausschmückung der Trauzimmer (Blumen u.ä.)	89,48	200,00	200,00	400,00	
3	050 6504	Geschäftsausgaben für Wahlen	-53,46	20.000,00	20.000,00	14.000,00	
		Einnahmen	33.516,35	39.300,00	39.300,00	45.300,00	
		Ausgaben	154.619,11	217.000,00	217.000,00	221.700,00	
		Saldo	-121.102,76	-177.700,00	-177.700,00	-176.400,00	
	UA 080	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige					
1	080 1118	Benutzungsentgelte Behördenparkplatz	4.100,00	4.000,00	4.000,00	4.500,00	
1	080 1657	Kosterstattung arbeitsmediz. Betreuung	1.446,69	1.800,00	1.800,00	1.800,00	
1	080 1658	Erstattung sicherh.-techn. Betreuung	1.605,27	1.500,00	1.500,00	1.500,00	
6	080 5000	Gebäudeunterhaltung	9.293,49	4.500,00	4.500,00	5.000,00	
6	080 5134	Unterhaltung/Wartung Schrankenanlage Behördenparkplatz	850,11	500,00	500,00	500,00	
6	080 5316	Mietkosten Verwaltungsräume (Am Markt 6)	6.388,50	22.000,00	22.000,00	15.400,00	
6	080 5317	Betriebskosten Verwaltungsräume (Am Markt 6)	2.486,75	7.000,00	7.000,00	7.000,00	
6	080 5410	Heizung, Beleuchtung, Versorgung	0,00	3.000,00	3.000,00	2.000,00	
6	080 5412	Reinigungskosten	1.301,88	10.500,00	10.500,00	10.800,00	
6	080 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	0,00	0,00	0,00	100,00	
1	080 5620	Fortbildung des Personals	19.723,21	30.000,00	30.000,00	30.000,00	
1	080 5623	Ausbildung des Personals	2.150,65	4.000,00	4.000,00	3.800,00	
1	080 5625	EDV-Fortbildung	6.428,90	5.500,00	5.500,00	4.000,00	
1	080 6555	Arbeitsmedizinische Betreuung	7.130,17	6.800,00	6.800,00	6.800,00	
1	080 6556	Sicherheitstechnische Betreuung	3.367,15	3.500,00	3.500,00	3.500,00	
		Einnahmen	7.151,96	7.300,00	7.300,00	7.800,00	
		Ausgaben	59.120,81	97.300,00	97.300,00	88.900,00	
		Saldo	-51.968,85	-90.000,00	-90.000,00	-81.100,00	
	UA 081	Personalrat					
1	081 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,00	40.400,00	40.400,00	51.600,00	
1	081 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	0,00	2.900,00	2.900,00	3.600,00	
1	081 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	0,00	8.100,00	8.100,00	10.300,00	
PR	081 5620	Fortbildung des Personals	3.764,23	6.000,00	6.000,00	6.000,00	
PR	081 6500	Geschäftsausgaben	986,85	300,00	300,00	300,00	
PR	081 6540	Reisekosten	911,70	200,00	200,00	200,00	
PR	081 6550	Sachverständigen-/Gerichts- u.ä. Kosten	0,00	100,00	100,00	100,00	
PR	081 6610	Beiträge an Verbände, Vereine	200,00	200,00	200,00	200,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	5.862,78	58.200,00	58.200,00	72.300,00	

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
		Saldo	-5.862,78	-58.200,00	-58.200,00	-72.300,00	
		UA 110 öffentliche Ordnung					
3	110 1000	Verwaltungsgebühren EMA	85.777,54	80.000,00	80.000,00	80.000,00	
1	110 1001	Schiedsmannsgebühren	20,00	100,00	100,00	0,00	
3	110 1002	Verwaltungsgebühren verkehrsrechtl. Anordnungen/Ausn.-Genehmigungen	2.515,00	2.800,00	2.800,00	4.500,00	
3	110 1003	Verwaltungsgebühren Sondernutzung	5.998,55	6.000,00	6.000,00	6.000,00	
3	110 1004	Verwaltungsgebühren Gewerbe	7.898,57	6.000,00	6.000,00	6.000,00	
3	110 1005	Verwaltungsgebühren Fischereiangelegenheiten	6.350,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	
3	110 1006	Sonstige Verwaltungsgebühren	266,45	400,00	400,00	100,00	
3	110 1301	Erlöse aus Fundsachen	100,94	300,00	300,00	300,00	
3	110 1400	Nutzungsentgelte Wertstoffsammelbehälter (Container-Standorte)	1.080,00	1.000,00	1.000,00	700,00	
3	110 1510	Einnahmen Bewohnerparkausweise	5.598,00	5.500,00	5.500,00	5.500,00	
3	110 2600	Buß- und Zwangsgelder	3.668,25	3.900,00	3.900,00	1.500,00	
3	110 2601	Bußgelder Verkehrsordnungswidrigkeiten	179.601,57	180.000,00	180.000,00	180.000,00	
3	110 2602	Verwarnungs- und Bußgelder (WoGG)	240,00	200,00	200,00	300,00	
1	110 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (zusätzl. Stelle FD 3)	260.671,38	228.200,00	228.200,00	258.700,00	+33.100 €
1	110 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	17.813,56	16.300,00	16.300,00	18.200,00	+ 2.300 €
1	110 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	52.589,05	46.400,00	46.400,00	52.600,00	+ 6.600 €
6	110 5000	Gebäudeunterhaltung Hundezwingeranlage	0,00	3.500,00	3.500,00	1.000,00	
3	110 5200	Unterhaltung u. Ergänzung des Inventars	706,32	300,00	300,00	1.300,00	
3	110 5202	Unterhaltung Rettungsgeräte	0,00	100,00	100,00	100,00	
3	110 5600	Dienst- und Schutzkleidung	766,61	2.500,00	2.500,00	2.500,00	
3	110 5705	Rattenbekämpfung	3.650,62	4.000,00	4.000,00	2.000,00	
3	110 5723	Immissionsuntersuchung	0,00	200,00	200,00	200,00	
3	110 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	2.890,05	2.000,00	2.000,00	2.000,00	
1	110 6010	Sachausgaben Schiedsmann	0,00	100,00	100,00	100,00	
3	110 6507	Kosten für Reisepässe und Pers.-Ausweise	48.432,54	50.300,00	50.300,00	54.000,00	
3	110 6509	Verwaltungskosten OWiG	2.404,86	2.500,00	2.500,00	2.500,00	
3	110 6520	Postgebühren (Briefporto) ruhender Verkehr	8.558,21	16.500,00	16.500,00	17.000,00	
3	110 6550	Sachverständigen-/Gerichts- u.ä. Kosten	0,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
3	110 6611	Vermischte Ausgaben	99,95	300,00	300,00	300,00	
3	110 6700	Erstattung Gebühren, Verwaltungskosten	4.384,12	4.500,00	4.500,00	4.600,00	
3	110 6710	Erstattung Gebühren, Verwaltungskosten Fischereiangelegenheiten	4.387,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00	
2	110 6800	Abschreibungen	0,00	300,00	300,00	300,00	
3	110 7002	Zuschuss Tierauffangstelle	34.706,67	37.000,00	37.000,00	37.000,00	
		Einnahmen	299.114,87	292.200,00	292.200,00	290.900,00	
		Ausgaben	442.060,94	420.500,00	420.500,00	459.900,00	
		Saldo	-142.946,07	-128.300,00	-128.300,00	-169.000,00	
		UA 130 Brandschutz					
3	130 1620	Erstattungen Feuerwehreinsätze	10.044,60	11.000,00	11.000,00	20.000,00	
3	130 1621	Erstattungen Löschhilfe	3.471,23	4.300,00	4.300,00	4.300,00	
3	130 1760	Spenden	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	130 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00	
1	130 4000	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	4.414,50	5.100,00	5.100,00	6.200,00	
3	130 4102	Dienstjubiläen FF-Mitglieder	694,76	700,00	700,00	700,00	
1	130 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	35.307,30	45.200,00	45.200,00	73.200,00	
1	130 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	2.425,45	3.300,00	3.300,00	5.200,00	
1	130 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	7.229,90	9.100,00	9.100,00	14.700,00	
6	130 5002	Gebäudeunterhaltung Feuerwache	46.199,35	50.800,00	50.800,00	85.800,00	
3	130 5107	Unterhaltung/Wartung Reinigungsmaschinen	1.206,24	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
3	130 5200	Unterhaltung u. Ergänzung des Inventars	0,00	3.600,00	3.600,00	4.000,00	
3	130 5203	Unterh. und Ergänz. d. Geräte/Ausrüstung	14.117,34	25.000,00	25.000,00	30.000,00	
6	130 5410	Heizung, Beleuchtung, Versorgung	27.526,39	28.000,00	28.000,00	28.000,00	
6	130 5412	Reinigungskosten	9.157,15	8.500,00	8.500,00	9.000,00	
6	130 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	7.027,95	7.000,00	7.000,00	7.000,00	
3	130 5500	Haltung von Fahrzeugen	42.523,09	35.000,00	35.000,00	45.000,00	
3	130 5501	Serviceleistung Digitalfunk	0,00	0,00	0,00	2.700,00	
3	130 5600	Dienst- und Schutzkleidung Gerätewart	213,30	200,00	200,00	400,00	
3	130 5621	Aus- und Fortbildung	7.206,48	9.900,00	9.900,00	9.900,00	
3	130 5622	Aus- und Fortbildung Jugendwehr	399,00	400,00	400,00	400,00	
3	130 5701	Ausgaben für Jubiläen usw.	10.809,80	0,00	0,00	0,00	
3	130 5707	Löschmittel und Ölbinder	574,48	1.500,00	1.500,00	1.300,00	
3	130 5708	Kosten für Untersuchungen	2.299,23	2.500,00	2.500,00	2.500,00	
3	130 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	711,34	800,00	800,00	1.000,00	
3	130 6400	Versicherungen	31.746,08	32.000,00	32.000,00	31.000,00	
3	130 6522	Fernmeldegebühren	2.754,22	3.300,00	3.300,00	2.000,00	
3	130 6605	Ausgaben aus zweckgebundenen Spendenaufkommen	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	130 6611	Vermischte Ausgaben	69,96	100,00	100,00	100,00	
3	130 6753	Erstatt. von Personalausgaben (Verdienstausschlag)	472,04	800,00	800,00	800,00	
2	130 6800	Abschreibungen	0,00	173.400,00	173.400,00	173.400,00	
3	130 7003	Zuschuss Kameradschaftskasse	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
3	130 7132	Umlagen Kreisfeuerwehrverband	4.969,29	5.000,00	5.000,00	0,00	
		Einnahmen	13.515,83	18.100,00	18.100,00	27.100,00	
		Ausgaben	261.054,64	453.200,00	453.200,00	536.300,00	
		Saldo	-247.538,81	-435.100,00	-435.100,00	-509.200,00	
		UA 140 Katastrophenschutz					
6	140 5103	Unterhaltung Notversorgungsbrunnen	47,86	300,00	300,00	2.200,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	47,86	300,00	300,00	2.200,00	
		Saldo	-47,86	-300,00	-300,00	-2.200,00	
		UA 200 Allgemeine Schulverwaltung					
1	200 4100	Bezüge der Beamten	60.071,84	62.000,00	62.000,00	63.100,00	
1	200 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	133.086,09	135.500,00	135.500,00	139.800,00	
1	200 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	26.058,50	27.500,00	27.500,00	28.400,00	
1	200 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	9.197,74	9.500,00	9.500,00	9.800,00	

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
1	200 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	26.025,47	27.000,00	27.000,00	27.900,00	
4	200 7130	Schulverbandsumlage, Schullast	1.777.575,34	1.749.900,00	1.749.900,00	1.818.100,00	
4	200 7131	Schulverbandsumlage, Schulbaulast	649.509,84	794.200,00	794.200,00	799.700,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	2.681.524,82	2.805.600,00	2.805.600,00	2.886.800,00	
		Saldo	-2.681.524,82	-2.805.600,00	-2.805.600,00	-2.886.800,00	
	UA 211	Grundschulen (zwei Schulen)					
4	211 7134	Schulkostenbeiträge	42.311,12	60.000,00	60.000,00	48.000,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	42.311,12	60.000,00	60.000,00	48.000,00	
		Saldo	-42.311,12	-60.000,00	-60.000,00	-48.000,00	
	UA 230	Lauenburgische Gelehrtenschule					
4	230 1510	Teilnehmerbeiträge	1.765,00	1.700,00	1.700,00	100,00	
4	230 1627	Erstattung Schulkostenbeiträge	803.523,84	856.400,00	856.400,00	866.500,00	
4	230 1630	Erstattung vom Schulverband (Schulsozialarbeit)	20.220,70	0,00	0,00	0,00	
4	230 1650	Erstattung Verwaltungskosten	1.062,50	100,00	100,00	100,00	
4	230 1674	Erstattung Wartungskosten Küchenausstattung	4.861,87	6.500,00	6.500,00	5.800,00	
4	230 1710	Zuweisung Land (Schulsozialarbeit, FAG-Mittel)	31.731,64	29.600,00	29.600,00	28.000,00	
4	230 1721	Erstattung Kreis (für ÖPP LG)	1.000.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00	
4	230 1724	Zuweisung des Kreises (Verpflegungskosten)	420,00	500,00	500,00	500,00	
4	230 1725	Zuweisung Kreis für Projekte	6.200,00	6.700,00	6.700,00	100,00	
4	230 1760	Spenden	0,00	100,00	100,00	100,00	
2	230 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	13.200,00	13.200,00	13.200,00	
1	230 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	116.862,67	122.000,00	122.000,00	125.200,00	
1	230 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	8.073,05	8.600,00	8.600,00	8.800,00	
1	230 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	23.335,21	24.300,00	24.300,00	25.000,00	
4	230 5023	Unterhaltung/Wartung Küchenausstattung	10.430,70	12.500,00	12.500,00	13.000,00	
4	230 5024	Unterhaltung/Wartung Klimaanlage Serverraum	440,15	500,00	500,00	500,00	
4	230 5200	Unterhaltung u. Ergänzung des Inventars	5.193,38	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
4	230 5201	Unterhaltung EDV-Anlage	32.256,70	24.500,00	24.500,00	24.500,00	
4	230 5301	Unterhaltung u. Miete Telefonanlage	4.969,53	3.700,00	3.700,00	3.700,00	
4	230 5302	Miete Büromaschinen	13.637,40	14.400,00	14.400,00	14.400,00	
4	230 5370	Kosten für ÖPP-Raten	1.432.693,20	1.432.700,00	1.432.700,00	1.432.700,00	
4	230 5400	Bewirtschaftungskosten (Energie, Reinigung, Wasser/Abw.)	969.800,88	1.002.400,00	1.002.400,00	974.000,00	
4	230 5430	Bewachungskosten Schulgebäude	8.193,60	8.500,00	8.500,00	9.000,00	
4	230 5620	Fortbildung des Personals	0,00	500,00	500,00	500,00	
4	230 5621	Fortbildung des Personals (Schulsozialarbeit)	105,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
4	230 5711	Schulbücherei/Zeitschriften	1.672,08	1.700,00	1.700,00	1.700,00	
4	230 5714	Benutzung Hallenbad	21.100,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	
4	230 5724	Benutzung Ruderakademie	1.790,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00	
4	230 5760	Lernmittel	32.590,87	37.000,00	37.000,00	37.000,00	
4	230 5803	Kosten für besondere Verwaltungsanlässe	500,78	500,00	500,00	500,00	
4	230 5820	Lehrmittel	28.719,45	35.000,00	35.000,00	35.000,00	
4	230 5901	Schulwanderungen, Veranstaltungen	3.191,69	2.200,00	2.200,00	2.300,00	
4	230 5912	Sonstige Betriebsausgaben	45,80	200,00	200,00	200,00	
4	230 6014	Sachkosten Austauschschüler/innen	115,30	500,00	500,00	500,00	
4	230 6024	Verpflegungskosten Mittagessen	420,00	500,00	500,00	500,00	
4	230 6027	Sachkosten "Schulsozialarbeit"	8.255,18	500,00	500,00	500,00	
4	230 6028	Sachkosten "Schulsozialarbeit" (Projekte)	0,00	8.800,00	8.800,00	100,00	
1	230 6400	Versicherungen	48.761,02	50.400,00	50.400,00	50.500,00	
4	230 6500	Geschäftsausgaben	10.655,82	12.000,00	12.000,00	12.000,00	
4	230 6503	Geschäftsausgaben EDV-Anlage	9.622,93	6.500,00	6.500,00	6.500,00	
4	230 6520	Post- und Fernmeldegebühren	6.334,46	7.500,00	7.500,00	7.700,00	
4	230 6542	Reisekosten Schulsozialarbeit	18,60	200,00	200,00	200,00	
4	230 6550	Sachverständigen-/Gerichts- u.ä. Kosten	3.957,85	5.000,00	5.000,00	400,00	
4	230 6558	Drogen-/Suchtprävention	2.940,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	
4	230 6559	Prüfung Elektrogeräte	6.797,28	7.500,00	7.500,00	7.500,00	
4	230 6610	Beiträge an Verbände, Vereine	339,94	400,00	400,00	400,00	
4	230 6611	Vermischte Ausgaben	45,00	500,00	500,00	500,00	
2	230 6800	Abschreibungen	0,00	429.300,00	429.300,00	429.300,00	
4	230 7134	Schulkostenbeiträge	16.368,40	18.000,00	18.000,00	27.000,00	
		Einnahmen	1.869.785,55	1.914.800,00	1.914.800,00	1.914.400,00	
		Ausgaben	2.830.233,92	3.312.600,00	3.312.600,00	3.285.400,00	
		Saldo	-960.448,37	-1.397.800,00	-1.397.800,00	-1.371.000,00	
	UA 231	Sportplatz Lauenburgische Gelehrtenschule					
6	231 1400	Mieten, Pachten	5.220,00	5.300,00	5.300,00	5.300,00	
6	231 1402	Ersätze Betriebskosten	1.567,22	2.400,00	2.400,00	2.400,00	
4	231 1631	Kostenanteil Schulverband Sportplatznutzung	6.172,59	4.000,00	4.000,00	5.300,00	
4	231 1676	Kostenanteil Dritter Sportplatznutzung	1.817,97	1.900,00	1.900,00	1.900,00	
4	231 5000	Gebäudeunterhaltung	4.785,83	10.000,00	10.000,00	10.000,00	
6	231 5104	Unterhaltung Außenanlagen Sportpl. Fuchswald	12.100,08	20.000,00	20.000,00	20.000,00	
6	231 5203	Unterh. und Ergänz. d. Geräte/Ausrüstung	0,00	500,00	500,00	500,00	
6	231 5410	Heizung, Beleuchtung, Versorgung (Dusch-/Umkleidegeb. Sportpl.)	6.602,66	15.000,00	15.000,00	10.000,00	
6	231 5412	Reinigungskosten (Dusch-/Umkleidegeb. Sportpl.)	3.208,31	4.500,00	4.500,00	4.500,00	
6	231 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	15.396,78	15.500,00	15.500,00	15.500,00	
4	231 5430	Bewachungskosten	4.118,20	4.500,00	4.500,00	4.500,00	
6	231 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	51.800,00	56.700,00	56.700,00	55.600,00	
2	231 6800	Abschreibungen	0,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00	
		Einnahmen	14.777,78	13.600,00	13.600,00	14.900,00	
		Ausgaben	98.011,86	128.600,00	128.600,00	122.500,00	
		Saldo	-83.234,08	-115.000,00	-115.000,00	-107.600,00	
	UA 270	Sonder-/Förderschulen des allgemein bildenden Bereichs					
4	270 7134	Schulkostenbeiträge	379,08	18.500,00	18.500,00	11.000,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	379,08	18.500,00	18.500,00	11.000,00	

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
		Saldo	-379,08	-18.500,00	-18.500,00	-11.000,00	
		UA 2812 Gemeinschaftsschule					
4	2812 7134	Schulkostenbeiträge	67.265,79	77.500,00	77.500,00	77.000,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	67.265,79	77.500,00	77.500,00	77.000,00	
		Saldo	-67.265,79	-77.500,00	-77.500,00	-77.000,00	
		UA 290 Schülerbeförderung					
4	290 1130	Eigenanteil Schülerbeförderung	11.856,80	11.900,00	11.900,00	11.900,00	
4	290 1720	Zuweisung Kreis	86.260,00	97.400,00	97.400,00	98.000,00	
4	290 6390	Schülerbeförderung	142.200,00	146.100,00	146.100,00	147.000,00	
4	290 6391	Schülerbeförderung (nicht förđ.fähig)	14.274,16	14.100,00	14.100,00	14.100,00	
4	290 6392	Kostenbeteiligung (ehemals ZAB)	6.117,50	6.200,00	6.200,00	6.300,00	
4	290 6393	Schülerbeförderung (Steinfeld-Schule Mölln)	-5.200,00	26.000,00	26.000,00	31.200,00	
4	290 6394	Schülerbeförderung (Kosten für ÖPNV)	67.735,18	80.000,00	80.000,00	72.000,00	
		Einnahmen	98.116,80	109.300,00	109.300,00	109.900,00	
		Ausgaben	225.126,84	272.400,00	272.400,00	270.600,00	
		Saldo	-127.010,04	-163.100,00	-163.100,00	-160.700,00	
		UA 295 Sonstige schulische Aufgaben					
4	295 7125	Schulkostenbeiträge (auswärt. sonst. Schulen)	32.574,00	38.000,00	38.000,00	36.000,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	32.574,00	38.000,00	38.000,00	36.000,00	
		Saldo	-32.574,00	-38.000,00	-38.000,00	-36.000,00	
		UA 300 Kultur- und Bildungszentrum Ernst-Barlach-Schule					
6	300 1400	Mieten, Pachten	2.400,00	2.400,00	2.400,00	2.400,00	
6	300 1502	Erstattung Versicherungsschäden	15.288,57	0,00	0,00	0,00	
6	300 1630	Erstattung vom Schulverband (Investitionskostenanteil)	17.750,00	16.000,00	16.000,00	16.200,00	
6	300 1631	Erstattung vom Schulverband (Bewirtschaftungs- und Betriebskosten)	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
2	300 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	5.300,00	5.300,00	5.300,00	
6	300 5000	Gebäudeunterhaltung	5.910,99	20.000,00	20.000,00	20.000,00	
6	300 5001	kleine Bauunterhaltung Hausmeister	447,04	500,00	500,00	500,00	
6	300 5011	Unterhaltung Außenanlagen	0,00	2.600,00	2.600,00	2.600,00	
6	300 5022	Unterhaltung/Wartung Einbruchmeldeanlage	4.096,96	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
6	300 5224	Versicherungsschäden	15.288,57	0,00	0,00	0,00	
6	300 5410	Heizung, Beleuchtung, Versorgung	26.252,44	27.000,00	27.000,00	27.000,00	
6	300 5412	Reinigungskosten	26.478,80	29.000,00	29.000,00	30.500,00	
6	300 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	8.798,71	8.500,00	8.500,00	9.000,00	
6	300 5422	Überwachungskosten	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	300 6800	Abschreibungen	0,00	49.600,00	49.600,00	49.600,00	
		Einnahmen	40.438,57	28.700,00	28.700,00	28.900,00	
		Ausgaben	87.273,51	142.200,00	142.200,00	144.200,00	
		Saldo	-46.834,94	-113.500,00	-113.500,00	-115.300,00	
		UA 320 Ernst-Barlach-Museum (und Stadtarchiv)					
6	320 5316	Mietkosten Verwaltungsräume	0,00	0,00	0,00	0,00	
6	320 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Saldo	0,00	0,00	0,00	0,00	
		UA 3210 Ernst-Barlach-Museum (bisher: UA 320)					
6	3210 5000	Gebäudeunterhaltung	292,67	2.000,00	2.000,00	2.000,00	
6	3210 5011	Unterhaltung Außenanlagen	382,60	1.200,00	1.200,00	1.200,00	
6	3210 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	485,89	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	1.161,16	4.200,00	4.200,00	4.200,00	
		Saldo	-1.161,16	-4.200,00	-4.200,00	-4.200,00	
		UA 3211 Stadtarchiv (bisher: UA 320)					
1	3211 1000	Verwaltungsgebühren	109,50	100,00	100,00	100,00	
1	3211 5205	Unterhaltung Stadtarchiv	556,78	900,00	900,00	1.500,00	
6	3211 5412	Reinigungskosten Stadtarchiv	1.042,39	1.200,00	1.200,00	1.200,00	
1	3211 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	0,00	200,00	200,00	200,00	
1	3211 6303	Kosten für Veranstaltungen	0,00	200,00	200,00	200,00	
1	3211 6701	Erstattung Personalkosten	23.964,28	23.200,00	23.200,00	25.000,00	
		Einnahmen	109,50	100,00	100,00	100,00	
		Ausgaben	25.563,45	25.700,00	25.700,00	28.100,00	
		Saldo	-25.453,95	-25.600,00	-25.600,00	-28.000,00	
		UA 331 Theater, Konzerte, Musikpflege (bisher: UA 330)					
4	331 1117	Benutzungsentgelte Bühnenteile	100,00	100,00	100,00	100,00	
4	331 5200	Unterhaltung u. Ergänzung des Inventars	0,00	500,00	500,00	500,00	
6	331 6410	Versicherung Kabinettorgel	54,55	100,00	100,00	100,00	
		Einnahmen	100,00	100,00	100,00	100,00	
		Ausgaben	54,55	600,00	600,00	600,00	
		Saldo	45,45	-500,00	-500,00	-500,00	
		UA 350 Volkshochschule					
4	350 1103	Hörergebühren	56.604,45	60.000,00	60.000,00	60.000,00	
4	350 1104	Gebühren Einzelveranstaltungen	0,00	100,00	100,00	100,00	
4	350 1600	Erstattung für Deutschkurse (Bundesagentur für Arbeit)	40.320,00	7.000,00	7.000,00	0,00	
4	350 1710	Zuweisung Land	2.297,80	3.400,00	3.400,00	3.400,00	
4	350 1714	Zuweisung Land "Sprachkurse"	0,00	0,00	0,00	0,00	
4	350 1715	Zuweisung Land für Projekt "Politische Bildung"	3.701,30	500,00	500,00	500,00	
4	350 1720	Zuweisung Kreis	4.924,44	3.000,00	3.000,00	1.200,00	
4	350 1760	Spenden	0,00	0,00	0,00	0,00	
4	350 1761	Spenden "Sprachkurse"	9.910,64	0,00	0,00	0,00	
4	350 1781	Zuweisung Landesverband Sprachkurse	5.057,99	0,00	0,00	0,00	

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
1	350 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10.932,00	11.000,00	11.000,00	16.600,00	
4	350 4161	Honorare	43.860,00	52.000,00	52.000,00	50.000,00	
1	350 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	0,00	300,00	300,00	400,00	
1	350 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	1.438,92	3.100,00	3.100,00	4.800,00	
4	350 5200	Unterhaltung u. Ergänzung des Inventars	540,56	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
1	350 5201	Unterhaltung EDV-Anlage	2.052,22	1.300,00	1.300,00	1.000,00	
4	350 5620	Fortbildung des Personals	372,80	800,00	800,00	500,00	
4	350 5725	Künstlersozialabgabe	324,53	400,00	400,00	400,00	
4	350 5803	Kosten für besondere Verwaltungsanlässe	53,00	200,00	200,00	200,00	
4	350 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	0,00	100,00	100,00	100,00	
4	350 6001	Werbung	6.644,46	7.000,00	7.000,00	7.000,00	
4	350 6013	Sachkosten "Projekt: Politische Bildung"	0,00	500,00	500,00	500,00	
4	350 6014	Sachkosten "Sprachkurse"	5.057,99	0,00	0,00	0,00	
4	350 6015	Sachkosten für Deutschkurse (Bundesagentur für Arbeit)	26.777,48	7.000,00	7.000,00	0,00	
4	350 6304	Einzelveranstaltungen	0,00	100,00	100,00	100,00	
1	350 6400	Versicherungen	266,20	300,00	300,00	300,00	
4	350 6500	Geschäftsausgaben	15,85	200,00	200,00	200,00	
1	350 6503	Geschäftsausgaben EDV-Anlage	311,60	400,00	400,00	400,00	
4	350 6520	Post- und Fernmeldegebühren	124,83	200,00	200,00	200,00	
4	350 6521	Gebühren Internetanschluss	142,68	200,00	200,00	200,00	
4	350 6541	Wegstreckenentschädigung	3.160,40	3.500,00	3.500,00	3.500,00	
4	350 6606	Ausgaben aus zweckgeb. Spenden (Sprachkurse)	9.910,64	0,00	0,00	0,00	
4	350 6610	Beiträge an Verbände, Vereine	966,30	500,00	500,00	600,00	
4	350 6611	Vermischte Ausgaben	95,62	100,00	100,00	100,00	
		Einnahmen	122.816,62	74.000,00	74.000,00	65.200,00	
		Ausgaben	113.048,08	90.200,00	90.200,00	88.100,00	
		Saldo	9.768,54	-16.200,00	-16.200,00	-22.900,00	
	UA 352	Stadtbücherei					
1	352 1101	Eintrittsgelder Veranstaltungen	176,00	200,00	200,00	200,00	
1	352 1105	Mahngebühren für Bücher	3.652,54	4.000,00	4.000,00	3.600,00	
1	352 1111	Benutzungsgebühren	14.441,80	15.200,00	15.200,00	14.500,00	
1	352 1300	Verkaufserlöse	1.777,00	1.600,00	1.600,00	1.800,00	
1	352 1720	Zuweisung Kreis	24.606,88	24.900,00	24.900,00	24.300,00	
1	352 1771	Zuschuss Büchereizentrale	22.196,99	24.000,00	24.000,00	24.400,00	
1	352 1772	Zuschuss Büchereizentrale (Kinder- u. Jugendbuchwoche)	78,00	100,00	100,00	100,00	
2	352 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	6.500,00	6.500,00	6.500,00	
1	352 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	122.188,08	131.100,00	131.100,00	129.700,00	
1	352 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	9.819,52	9.000,00	9.000,00	9.200,00	
1	352 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	24.964,63	25.800,00	25.800,00	25.900,00	
6	352 5000	Gebäudeunterhaltung	27.953,32	15.000,00	15.000,00	15.000,00	
6	352 5022	Unterhaltung/Wartung Einbruchmeldeanlage	1.424,87	2.000,00	2.000,00	2.000,00	
1	352 5200	Unterhaltung u. Ergänzung des Inventars	579,74	800,00	800,00	1.900,00	
1	352 5206	Unterhaltung u. Ergänzung Medien	615,94	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
6	352 5302	Unterhaltung und Miete Brandmeldeanlage (neue HHSt.)	0,00	2.300,00	2.300,00	2.500,00	
1	352 5308	Betriebskosten "Onleihe"	1.485,12	1.600,00	1.600,00	1.800,00	
6	352 5410	Heizung, Beleuchtung, Versorgung	4.051,64	8.500,00	8.500,00	8.500,00	
6	352 5412	Reinigungskosten	4.837,60	5.800,00	5.800,00	6.500,00	
6	352 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	1.697,12	1.800,00	1.800,00	1.800,00	
1	352 6009	Literatur-Lesungen	1.226,86	1.500,00	1.500,00	1.500,00	
1	352 6500	Geschäftsausgaben	1.695,18	2.000,00	2.000,00	1.600,00	
1	352 6524	Rundfunkbeiträge	69,96	100,00	100,00	100,00	
1	352 6610	Beiträge an Verbände, Vereine	75,00	100,00	100,00	100,00	
1	352 6800	kalkulatorische Abschreibung	12.800,00	28.400,00	28.400,00	28.400,00	
1	352 6850	Verzinsung des Anlagekapitals	43.300,00	10.800,00	10.800,00	10.800,00	
		Einnahmen	66.929,21	76.500,00	76.500,00	75.400,00	
		Ausgaben	258.784,58	247.600,00	247.600,00	248.300,00	
		Saldo	-191.855,37	-171.100,00	-171.100,00	-172.900,00	
	UA 360	Heimspflege					
6	360 1760	Spenden (Sicherung Ehrenmal Röpersberg)	0,00	0,00	0,00	0,00	
6	360 5124	Sicherung Ehrenmal Röpersberg	0,00	0,00	0,00	0,00	
6	360 5125	Unterhaltung Schiffsanleger	-1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
6	360 6724	Baumpflege- und -schutzmaßnahmen	953,40	8.500,00	8.500,00	5.000,00	
6	360 7000	Zuschuss Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	1.000,00	0,00	0,00	0,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	953,40	9.500,00	9.500,00	6.000,00	
		Saldo	-953,40	-9.500,00	-9.500,00	-6.000,00	
	UA 400	Allgemeine Sozialverwaltung					
1	400 1628	Erstattungen Personalkosten (Alg II/Hartz IV)	186.509,40	188.600,00	188.600,00	213.000,00	
1	400 4100	Bezüge der Beamten	43.675,49	21.900,00	21.900,00	0,00	
1	400 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	304.260,26	319.500,00	319.500,00	400.800,00	
1	400 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	19.464,75	10.300,00	10.300,00	0,00	
1	400 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	20.494,99	22.200,00	22.200,00	27.900,00	
1	400 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	61.291,03	63.500,00	63.500,00	79.900,00	
		Einnahmen	186.509,40	188.600,00	188.600,00	213.000,00	
		Ausgaben	449.186,52	437.400,00	437.400,00	508.600,00	
		Saldo	-262.677,12	-248.800,00	-248.800,00	-295.600,00	
	UA 435	Soziale Einrichtungen für Obdachlose					
6	435 1100	Raumnutzungsentgelte	22.547,69	15.000,00	15.000,00	17.000,00	
6	435 5000	Gebäudeunterhaltung	0,00	2.500,00	2.500,00	15.000,00	
6	435 5706	Obdachlosenunterbringung	11.440,61	12.000,00	12.000,00	12.000,00	
3	435 5707	Ordnungsrechtliche Bestattungen	9.920,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	
		Einnahmen	22.547,69	15.000,00	15.000,00	17.000,00	
		Ausgaben	21.360,61	24.500,00	24.500,00	37.000,00	
		Saldo	1.187,08	-9.500,00	-9.500,00	-20.000,00	
	UA 4361	Unterbringung von Asylbewerbern					

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
3	4361 1400	Mieten, Pachten	508.936,54	255.000,00	255.000,00	200.000,00	
3	4361 1622	Erstattung des Kreises (Integrationspauschale)	109.783,12	33.900,00	33.900,00	35.000,00	
3	4361 1623	Erstattung des Kreises (ehrenamtl. Betreuung)	2.550,00	0,00	0,00	0,00	
3	4361 1624	Erstattung Sozialabteilung	15.542,60	4.700,00	4.700,00	0,00	
3	4361 1625	Erstattung Sozialabteilung (Verpflegungskosten)	450,90	0,00	0,00	0,00	
1	4361 4000	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	2.577,01	0,00	0,00	0,00	
1	4361 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	74.362,31	81.800,00	81.800,00	76.100,00	
1	4361 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	4.994,80	5.800,00	5.800,00	5.400,00	
1	4361 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	15.623,92	16.800,00	16.800,00	15.200,00	
6	4361 5200	Erstausrüstung Hausrat	3.654,15	200,00	200,00	0,00	
6	4361 5313	Unterbringungskosten (Mietkosten)	529.806,24	300.000,00	300.000,00	250.000,00	
3	4361 6024	Verpflegungskosten Mittagessen	8.341,38	0,00	0,00	0,00	
		Einnahmen	637.263,16	293.600,00	293.600,00	235.000,00	
		Ausgaben	639.359,81	404.600,00	404.600,00	346.700,00	
		Saldo	-2.096,65	-111.000,00	-111.000,00	-111.700,00	
	UA 4514	Straßensozialarbeit					
4	4514 5313	Mietkosten Streetworker	7.078,59	9.300,00	9.300,00	9.300,00	
4	4514 6023	Sachkosten "Straßensozialarbeit"	5.531,98	0,00	0,00	0,00	
4	4514 6721	Erstattung an den Kreis	23.500,00	32.900,00	32.900,00	32.900,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	36.110,57	42.200,00	42.200,00	42.200,00	
		Saldo	-36.110,57	-42.200,00	-42.200,00	-42.200,00	
	UA 4515	Sonstige Jugendarbeit					
4	4515 1107	Benutzungsentgelte	0,00	100,00	100,00	100,00	
1	4515 1630	Erstattung vom Schulverband	54.440,78	54.900,00	54.900,00	57.500,00	
1	4515 1720	Zuweisung Kreis	17.100,00	17.100,00	17.100,00	17.100,00	
4	4515 1780	Zuschuss Kreisjugendring (Aktion Ferienpass)	304,95	300,00	300,00	0,00	
4	4515 4001	Sitzungsentschädigungen (Jugendbeirat)	1.595,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	
1	4515 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	57.555,03	58.600,00	58.600,00	60.300,00	
4	4515 4161	Honorare	1.174,77	1.700,00	1.700,00	1.700,00	
1	4515 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	3.940,22	4.100,00	4.100,00	4.200,00	
1	4515 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	11.092,46	11.700,00	11.700,00	12.100,00	
4	4515 5200	Unterhaltung u. Ergänzung des Inventars	5.989,45	5.500,00	5.500,00	5.500,00	
4	4515 5223	Unterhaltung Spielmobil	384,55	800,00	800,00	800,00	
4	4515 5313	Mietkosten (Lagerräume)	600,00	700,00	700,00	700,00	
4	4515 5433	Entsorgungskosten	0,00	100,00	100,00	100,00	
4	4515 5500	Haltung von Fahrzeugen	219,45	900,00	900,00	900,00	
4	4515 5620	Fortbildung des Personals	180,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00	
4	4515 5718	Öffentlichkeitsarbeit/Fachliteratur	404,25	400,00	400,00	400,00	
4	4515 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	73,68	1.000,00	1.000,00	500,00	
4	4515 6008	Veranstaltungen Stadtjugendpflege	3.162,78	3.000,00	3.000,00	3.000,00	
4	4515 6018	Veranstaltung "Aktion Ferienpass"	2.574,24	2.500,00	2.500,00	2.500,00	
1	4515 6400	Versicherungen	213,80	300,00	300,00	300,00	
4	4515 6500	Geschäftsausgaben Jugendbeirat	980,17	800,00	800,00	1.000,00	
4	4515 6521	Gebühren Internetanschluß	286,77	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
4	4515 6610	Beiträge an Verbände, Vereine	80,00	200,00	200,00	100,00	
		Einnahmen	71.845,73	72.400,00	72.400,00	74.700,00	
		Ausgaben	90.506,62	97.200,00	97.200,00	99.000,00	
		Saldo	-18.660,89	-24.800,00	-24.800,00	-24.300,00	
	UA 4601	Ratzburger Jugendzentren					
6	4601 1502	Erstattung Versicherungsschäden	0,00	0,00	0,00	0,00	
1	4601 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Wegfall Stelle 61, Diakonie)	73.189,36	72.500,00	72.500,00	53.300,00	-21.300 €
1	4601 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	4.972,63	5.100,00	5.100,00	3.700,00	-1.500 €
1	4601 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	14.836,52	14.500,00	14.500,00	10.700,00	-4.200 €
4	4601 5000	Gebäudeunterhaltung	5.857,85	2.000,00	2.000,00	2.000,00	
4	4601 5022	Unterhaltung/Wartung Einbruchmeldeanlage	2.335,36	1.900,00	1.900,00	2.000,00	
6	4601 5410	Heizung, Beleuchtung, Versorgung	0,00	1.000,00	1.000,00	500,00	
6	4601 5412	Reinigungskosten	6.981,86	7.000,00	7.000,00	7.000,00	
6	4601 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	536,67	800,00	800,00	800,00	
4	4601 7174	Zuschuss "Projekt Gleis 21"	77.200,18	121.800,00	121.800,00	123.400,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	185.910,43	226.600,00	226.600,00	203.400,00	
		Saldo	-185.910,43	-226.600,00	-226.600,00	-203.400,00	
	UA 4602	Jugend- und Sportheim Riemannstraße					
4	4602 1108	Benutzungsentgelte Ju.-/Sportheim	5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	
6	4602 1400	Mieten, Pachten	13.291,20	13.300,00	13.300,00	13.300,00	
6	4602 1402	Ersätze Betriebskosten	8.356,34	12.500,00	12.500,00	12.500,00	
6	4602 1403	Pachtzahlungen (Kantinenpacht)	9.600,00	9.600,00	9.600,00	9.600,00	
6	4602 1502	Erstattung Versicherungsschäden	0,00	6.800,00	6.800,00	0,00	
2	4602 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00	
4	4602 5000	Gebäudeunterhaltung	52.531,18	25.000,00	25.000,00	25.000,00	
6	4602 5224	Versicherungsschäden	471,36	6.800,00	6.800,00	0,00	
6	4602 5410	Heizung, Beleuchtung, Versorgung	28.429,65	29.500,00	29.500,00	45.000,00	
6	4602 5412	Reinigungskosten	22.387,80	28.000,00	28.000,00	28.000,00	
6	4602 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	9.878,97	9.500,00	9.500,00	9.500,00	
6	4602 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	1.738,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00	
4	4602 6800	kalkulatorische Abschreibung	6.400,00	7.300,00	7.300,00	7.300,00	
2	4602 6850	Verzinsung des Anlagekapitals	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
		Einnahmen	37.147,54	51.700,00	51.700,00	44.900,00	
		Ausgaben	121.836,96	112.900,00	112.900,00	121.600,00	
		Saldo	-84.689,42	-61.200,00	-61.200,00	-76.700,00	
	UA 463	Freizeit- u. Segelzentrum CVJM					
6	463 1400	Mieten, Pachten	4.800,00	4.800,00	4.800,00	4.800,00	
2	463 6800	Abschreibungen	0,00	9.300,00	9.300,00	9.300,00	
		Einnahmen	4.800,00	4.800,00	4.800,00	4.800,00	

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
		Ausgaben	0,00	9.300,00	9.300,00	9.300,00	
		Saldo	4.800,00	-4.500,00	-4.500,00	-4.500,00	
	UA 4640	Kindergarten "Domhof"					
4	4640 1108	Benutzungsentgelte	153.570,35	177.500,00	177.500,00	199.200,00	
4	4640 1115	Entgelt für integrative Sonderbetreuung	42.776,43	41.900,00	41.900,00	43.700,00	
4	4640 1121	Verpflegungsbeträge Mittagessen	0,00	0,00	0,00	41.700,00	
4	4640 1400	Mieten, Pachten	0,00	0,00	0,00	0,00	
4	4640 1502	Erstattung Versicherungsschäden	2.060,80	0,00	0,00	0,00	
4	4640 1701	Zuweisung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket	443,80	1.000,00	1.000,00	2.000,00	
4	4640 1710	Zuweisung Land (U3-Förderung)	80.364,20	75.300,00	75.300,00	68.000,00	
4	4640 1711	Zuweisung Land (spezielle, präventive Sprachförderung)	6.111,77	6.100,00	6.100,00	0,00	
4	4640 1720	Zuweisung Kreis (inkl. Landesförderung)	118.408,63	101.800,00	101.800,00	95.000,00	
4	4640 1721	Erstattung Kreis	77.025,90	65.100,00	65.100,00	56.000,00	
4	4640 1722	Kostenanteil anderer Wohngemeinden	11407,5	2.700,00	2.700,00	14.500,00	
4	4640 1724	Zuweisung Kreis für pädagogische Fachberatung	1.809,10	1.900,00	1.900,00	700,00	
4	4640 1760	Spenden	361,13	0,00	0,00	0,00	
2	4640 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	3.700,00	3.700,00	3.700,00	
1	4640 4100	Bezüge der Beamten	37.476,67	38.500,00	38.500,00	42.300,00	
1	4640 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	510.230,15	524.700,00	524.700,00	499.200,00	+47.200 €
1	4640 4300	Beiträge zu Vorsorg.-kassen für Beamte	20.019,26	21.200,00	21.200,00	21.800,00	
1	4640 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	34.506,32	36.800,00	36.800,00	35.400,00	+3.400 €
1	4640 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	86.288,17	104.300,00	104.300,00	99.600,00	+9.500 €
4	4640 5000	Gebäudeunterhaltung	7.289,07	5.000,00	5.000,00	5.000,00	=+60.100 €
6	4640 5011	Unterhaltung Außenanlagen	3.680,88	4.000,00	4.000,00	4.000,00	
6	4640 5112	Unterhaltung Spielgeräte	1.835,97	3.000,00	3.000,00	3.000,00	
4	4640 5200	Unterhaltung u. Ergänzung des Inventars	2.199,61	2.700,00	2.700,00	2.000,00	
6	4640 5224	Versicherungsschäden	1.727,57	0,00	0,00	0,00	
6	4640 5410	Heizung, Beleuchtung, Versorgung	12.391,30	18.500,00	18.500,00	18.500,00	
6	4640 5412	Reinigungskosten	25.542,82	27.500,00	27.500,00	29.000,00	
6	4640 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	2.467,65	2.500,00	2.500,00	2.500,00	
4	4640 5716	Arbeitsmaterial	2.198,23	2.200,00	2.200,00	2.200,00	
4	4640 6011	Veranstaltungen Kindergarten	696,91	900,00	900,00	900,00	
4	4640 6023	Kosten für spez./präventive Sprachförderung (Personal-/Sachkosten)	4.970,00	6.200,00	6.200,00	0,00	
4	4640 6024	Verpflegungskosten Mittagessen	441,00	1.200,00	1.200,00	43.700,00	
1	4640 6400	Versicherungen	5.403,39	8.400,00	8.400,00	6.000,00	
4	4640 6510	Bücher und Zeitschriften	499,36	500,00	500,00	500,00	
4	4640 6524	Rundfunkbeiträge	210,00	300,00	300,00	100,00	
4	4640 6605	Ausgaben aus zweckgebundenen Spendenaufkommen	361,13	0,00	0,00	0,00	
4	4640 6610	Beiträge an Verbände, Vereine	52,22	100,00	100,00	100,00	
4	4640 6770	Betreuungskosten Integrationskinder	0,00	0,00	0,00	0,00	
4	4640 6771	pädagogische Fachberatung	2.467,58	2.500,00	2.500,00	1.900,00	
4	4640 6800	kalkulatorische Abschreibung	15.300,00	16.300,00	16.300,00	16.300,00	
4	4640 6850	Verzinsung des Anlagekapitals	24.700,00	14.400,00	14.400,00	14.400,00	
4	4640 7126	Rückzahlung von Kreiszuweisungen	0,00	9.900,00	9.900,00	100,00	
		Einnahmen	494.339,61	477.000,00	477.000,00	524.500,00	
		Ausgaben	802.955,26	851.600,00	851.600,00	848.500,00	
		Saldo	-308.615,65	-374.600,00	-374.600,00	-324.000,00	
	UA 4641	Kindertagesstätte "Wilde 13" (Arbeiterwohlfahrt)					
6	4641 1400	Mieten, Pachten	42.400,00	42.400,00	42.400,00	42.400,00	
6	4641 1502	Erstattung Versicherungsschäden	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	4641 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	800,00	800,00	800,00	
4	4641 5000	Gebäudeunterhaltung	3.426,43	15.000,00	15.000,00	15.000,00	
6	4641 5224	Versicherungsschäden	0,00	0,00	0,00	0,00	
4	4641 6800	kalkulatorische Abschreibung	17.900,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00	
4	4641 6850	Verzinsung des Anlagekapitals	57.600,00	500,00	500,00	500,00	
4	4641 7175	Zuschuss zu den Betriebskosten	298.600,00	298.600,00	298.600,00	433.500,00	
		Einnahmen	42.400,00	43.200,00	43.200,00	43.200,00	
		Ausgaben	377.526,43	316.000,00	316.000,00	450.900,00	
		Saldo	-335.126,43	-272.800,00	-272.800,00	-407.700,00	
	UA 4642	Kindertagesstätte "Zipfelmütze" (Kirchengemeinde St. Georgsberg)					
4	4642 1400	Mieten, Pachten	44.368,63	44.300,00	44.300,00	44.300,00	
4	4642 5000	Gebäudeunterhaltung	5.265,43	5.000,00	5.000,00	15.000,00	
6	4642 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	670,64	800,00	800,00	800,00	
4	4642 6800	Kalkulatorische Abschreibung	29.700,00	65.500,00	65.500,00	65.500,00	
2	4642 6850	Verzinsung des Anlagekapitals	0,00	5.500,00	5.500,00	5.500,00	
4	4642 7175	Zuschuss zu den Betriebskosten	247.900,00	206.700,00	206.700,00	278.300,00	
		Einnahmen	44.368,63	44.300,00	44.300,00	44.300,00	
		Ausgaben	283.536,07	283.500,00	283.500,00	365.100,00	
		Saldo	-239.167,44	-239.200,00	-239.200,00	-320.800,00	
	UA 4643	Verein "Kinderbetreuung für Ratzeburg e.V."					
4	4643 7040	Zuschuss zu den Betriebskosten	138.200,00	102.500,00	102.500,00	172.700,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	138.200,00	102.500,00	102.500,00	172.700,00	
		Saldo	-138.200,00	-102.500,00	-102.500,00	-172.700,00	
	UA 4644	Montessori Kinderhaus Ratzeburg					
6	4644 1400	Mieten, Pachten	0,00	0,00	0,00	24.000,00	
6	4644 5000	Gebäudeunterhaltung	0,00	0,00	0,00	3.500,00	
4	4644 7080	Zuschuss zu den Betriebskosten	140.992,48	161.300,00	161.300,00	184.200,00	
4	4644 7081	Zuschuss zu den Betriebskosten (Inselhaus)	0,00	41.600,00	41.600,00	135.800,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	24.000,00	
		Ausgaben	140.992,48	202.900,00	202.900,00	323.500,00	
		Saldo	-140.992,48	-202.900,00	-202.900,00	-299.500,00	
	UA 4645	Kindergärten anderer Träger					
4	4645 1722	Kostenanteil anderer Wohngemeinden	35.457,50	31.000,00	31.000,00	35.800,00	

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
4	4645 7017	Zuschuss an Kirchengemeinde St. Petri (KiGa Hasselholt)	241.400,00	252.000,00	252.000,00	320.400,00	+4.500 €
4	4645 7121	Kostenausgleich (§ 25 KiTaG) öff. Träger	63.836,63	91.200,00	91.200,00	134.900,00	
		Einnahmen	35.457,50	31.000,00	31.000,00	35.800,00	
		Ausgaben	305.236,63	343.200,00	343.200,00	455.300,00	
		Saldo	-269.779,13	-312.200,00	-312.200,00	-419.500,00	
	UA 4646	Kindertagespflege					
4	4646 7175	Zuschuss zur Finanzierung der Kindertagespflege	63.201,00	71.500,00	71.500,00	71.500,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	63.201,00	71.500,00	71.500,00	71.500,00	
		Saldo	-63.201,00	-71.500,00	-71.500,00	-71.500,00	
	UA 468	übrige Einrichtungen der Jugendhilfe					
4	468 1760	Spenden	0,00	0,00	0,00	0,00	
6	468 5100	Unterhaltung Kinderspielplätze	11.372,68	14.000,00	14.000,00	11.000,00	
6	468 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	68.200,00	69.300,00	69.300,00	77.700,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	79.572,68	83.300,00	83.300,00	88.700,00	
		Saldo	-79.572,68	-83.300,00	-83.300,00	-88.700,00	
	UA 470	Förderung der Wohlfahrtshilfe					
1	470 4100	Bezüge der Beamten	2.082,09	2.200,00	2.200,00	2.400,00	
1	470 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	1.112,18	1.200,00	1.200,00	1.300,00	
1	470 7031	Eigenanteil Bundesprogramm "Demokratie leben!" (50% Übernahme Amt)	0,00	0,00	0,00	2.500,00	-2.500 €
4	470 7039	Zuschussbeträge nach Maßgabe des ASJS	8.500,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	-5.000 €
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	11.694,27	13.400,00	13.400,00	16.200,00	
		Saldo	-11.694,27	-13.400,00	-13.400,00	-16.200,00	
	UA 482	Grundsicherung nach SGB II					
3	482 6910	Kosten der Unterkunft/Heizung (KdU)	3.000,00	0,00	0,00	0,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	3.000,00	0,00	0,00	0,00	
		Saldo	-3.000,00	0,00	0,00	0,00	
	UA 550	Förderung des Sports					
4	550 1760	Spenden	0,00	0,00	0,00	0,00	
1	550 4100	Bezüge der Beamten	2.081,85	2.200,00	2.200,00	2.400,00	
1	550 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	1.112,18	1.200,00	1.200,00	1.300,00	
4	550 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	7.504,36	7.900,00	7.900,00	7.900,00	
4	550 6015	Sportlerehrung	588,18	1.000,00	1.000,00	2.000,00	
4	550 6605	Ausgaben aus zweckgebundenen Spendenaufkommen	0,00	0,00	0,00	0,00	
4	550 7019	Beihilfen für Ehrenpreise	186,91	300,00	300,00	300,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	11.473,48	12.600,00	12.600,00	13.900,00	
		Saldo	-11.473,48	-12.600,00	-12.600,00	-13.900,00	
	UA 551	Ruderakademie					
6	551 1502	Erstattung Versicherungsschäden	272,62	0,00	0,00	0,00	
2	551 1702	Zuweisung Bund (BBN) 2016 (vorher: BBN 2012)	46.415,00	3.200,00	3.200,00	0,00	
2	551 1705	Zuweisung Bund (BBN) 2015 (vorher: BBN 2011)	6.580,00	8.500,00	8.500,00	0,00	
2	551 1707	Zuweisung Bund (BBN) 2017 (vorher: BBN 2007)	0,00	48.000,00	48.000,00	6.000,00	
2	551 1708	Zuweisung Bund (BBN) 2018 (vorher: BBN 2018)	0,00	0,00	0,00	48.000,00	
4	551 1710	Zuweisung Land (BBN)	29.007,50	25.800,00	25.800,00	30.000,00	
2	551 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	64.800,00	64.800,00	64.800,00	
4	551 5006	Gebäudeunterhaltung (BBN) 2016 (vorher: BBN 2012)	116.400,00	0,00	0,00	0,00	
4	551 5007	Gebäudeunterhaltung (BBN) 2017	0,00	121.000,00	121.000,00	0,00	
6	551 5008	Gebäudeunterhaltung (BBN) 2018 (vorher: BBN 2008)	0,00	0,00	0,00	120.000,00	
6	551 5011	Unterhaltung Außenanlagen	0,00	500,00	500,00	500,00	
4	551 5224	Versicherungsschäden	272,62	0,00	0,00	0,00	
6	551 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	0,00	500,00	500,00	100,00	
6	551 6550	Sachverständigen-/Gerichts- u.ä. Kosten	0,00	13.900,00	13.900,00	0,00	
6	551 6800	Abschreibungen	0,00	77.000,00	77.000,00	77.000,00	
4	551 7025	Zuschuss an Deutschen Ruderverband	27.899,90	27.900,00	27.900,00	27.900,00	
		Einnahmen	82.275,12	150.300,00	150.300,00	148.800,00	
		Ausgaben	146.387,61	240.800,00	240.800,00	225.500,00	
		Saldo	-64.112,49	-90.500,00	-90.500,00	-76.700,00	
	UA 560	Sportplatz Riemannstraße					
4	560 1631	Kostenanteil Schulverband (Nutzung Riemannsportplatz)	40.172,89	39.900,00	39.900,00	51.100,00	
4	560 1676	Kostenanteil Sportvereine	9.732,03	0,00	0,00	10.600,00	
1	560 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	18.071,44	18.600,00	18.600,00	19.200,00	
1	560 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	1.227,35	1.300,00	1.300,00	1.300,00	
1	560 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	3.137,38	3.700,00	3.700,00	3.900,00	
6	560 5105	Unterhaltung Riemannsportplatz	38.801,93	20.000,00	20.000,00	20.000,00	
6	560 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	117,29	200,00	200,00	200,00	
6	560 5913	Kosten Leistungen Bauhof	63.650,00	70.500,00	70.500,00	74.400,00	
6	560 5914	Kosten Leistungen Bauhof (Riemannstr. 1 - 3)	1.581,56	3.300,00	3.300,00	3.300,00	
		Einnahmen	49.904,92	39.900,00	39.900,00	61.700,00	
		Ausgaben	126.586,95	117.600,00	117.600,00	122.300,00	
		Saldo	-76.682,03	-77.700,00	-77.700,00	-60.600,00	
	UA 580	Park- und Gartenanlagen					
1	580 4100	Bezüge der Beamten	18.033,60	11.300,00	11.300,00	22.400,00	
1	580 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	18.071,65	18.600,00	18.600,00	19.200,00	
1	580 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	17.329,25	5.200,00	5.200,00	14.100,00	
1	580 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	1.227,32	1.300,00	1.300,00	1.300,00	
1	580 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	3.137,09	3.700,00	3.700,00	3.900,00	
6	580 5106	Unterhaltung/Wartung Tütenautomaten für Hundekotbeseitigung	3.164,69	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
6	580 5109	Unterhaltung Park-/Grünanlagen, Uferwege	11.895,00	14.500,00	14.500,00	34.000,00	
6	580 5212	Unterhaltung u. Ersatz Fahnen/Bänke	395,92	1.000,00	1.000,00	1.000,00	

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
6	580 5437	Abfallentsorgung Grünanlagen	40.700,00	46.400,00	46.400,00	60.500,00	
6	580 5912	sonstige Betriebsausgaben	0,00	100,00	100,00	100,00	
6	580 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	702.900,00	714.300,00	714.300,00	801.700,00	
6	580 5914	Kosten Leistungen Dritter	19.619,09	20.000,00	20.000,00	20.000,00	
6	580 6611	Vermischte Ausgaben	23,50	100,00	100,00	100,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	836.497,11	841.500,00	841.500,00	983.300,00	
		Saldo	-836.497,11	-841.500,00	-841.500,00	-983.300,00	
	UA 590	Parkanlagen und öffentliche Grünflächen					
6	590 1760	Spenden	25,00	0,00	0,00	0,00	
1	590 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	18.071,65	18.600,00	18.600,00	19.200,00	
1	590 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	1.227,41	1.300,00	1.300,00	1.300,00	
1	590 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	3.137,58	3.700,00	3.700,00	3.900,00	
6	590 5025	Schadensregulierung "Grün"	0,00	2.000,00	2.000,00	20.000,00	
6	590 5135	Kosten für Ersatzpflanzungen	2.617,34	2.000,00	2.000,00	5.000,00	
		Einnahmen	25,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	25.053,98	27.600,00	27.600,00	49.400,00	
		Saldo	-25.028,98	-27.600,00	-27.600,00	-49.400,00	
	UA 591	Kleingartenwesen					
6	591 1400	Mieten, Pachten	3.441,09	3.500,00	3.500,00	2.200,00	
6	591 5110	Unterhaltung Kleingärten	0,00	300,00	300,00	300,00	
6	591 5111	Unterhaltung Wasserversorgung	137,60	300,00	300,00	300,00	
6	591 5910	Betriebskosten Wasserversorgung	314,80	300,00	300,00	300,00	
		Einnahmen	3.441,09	3.500,00	3.500,00	2.200,00	
		Ausgaben	452,40	900,00	900,00	900,00	
		Saldo	2.988,69	2.600,00	2.600,00	1.300,00	
	UA 592	Naturparks					
1	592 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	18.071,65	18.600,00	18.600,00	19.200,00	
1	592 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	1.227,41	1.300,00	1.300,00	1.300,00	
1	592 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	3.137,58	3.700,00	3.700,00	3.900,00	
6	592 5113	Unterhaltung Wanderwege	4.300,17	3.000,00	3.000,00	13.000,00	
6	592 7123	Zuschuss Kreisforsten	2.560,00	2.600,00	2.600,00	2.600,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	29.296,81	29.200,00	29.200,00	40.000,00	
		Saldo	-29.296,81	-29.200,00	-29.200,00	-40.000,00	
	UA 600	Bauverwaltung					
6	600 1000	Verwaltungsgebühren	587,00	600,00	600,00	600,00	
6	600 1002	Gebühren Negativzeugnisse	8.150,00	4.000,00	4.000,00	3.000,00	
1	600 4100	Bezüge der Beamten	0,00	0,00	0,00	0,00	
1	600 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	84.056,03	85.800,00	85.800,00	215.600,00	
1	600 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	0,00	0,00	0,00	0,00	
1	600 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	5.769,82	5.900,00	5.900,00	14.800,00	
1	600 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	16.910,75	17.100,00	17.100,00	43.000,00	
6	600 5305	Miete Archivräume (Schule St. Georgsberg)	480,00	500,00	500,00	500,00	
6	600 5306	Anerkennungsentgelte	5,11	100,00	100,00	100,00	
6	600 6550	Sachverständigen-/Gerichts- u.ä. Kosten	0,00	100,00	100,00	100,00	
		Einnahmen	8.737,00	4.600,00	4.600,00	3.600,00	
		Ausgaben	107.221,71	109.500,00	109.500,00	274.100,00	
		Saldo	-98.484,71	-104.900,00	-104.900,00	-270.500,00	
	UA 610	Orts- und Regionalplanung					
6	610 1580	Ersatz Planungs- und Bauleitkosten f. Einzelmaßnahmen des VermHH	0,00	100,00	100,00	100,00	
6	610 1653	Erstattung RZ-WB (maßnahmebed. Einnahmen, Städtebauförderung)	68.283,74	0,00	0,00	0,00	
1	610 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	121.707,01	144.700,00	144.700,00	49.500,00	
1	610 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	8.157,18	10.100,00	10.100,00	3.500,00	
1	610 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	22.154,78	28.800,00	28.800,00	9.900,00	
6	610 5913	Kosten für Leistungen Bauhof (Grundstückspflege Röpersberg)	222,31	1.000,00	1.000,00	500,00	
6	610 6508	Planungskosten	0,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	
6	610 6550	Sanierungsträgervergütung (Städtebauförderung)	0,00	0,00	0,00	75.000,00	-25.000 €
6	610 7180	Erstattung Sonderkonto (maßnahmebed. Einnahmen, Städtebauförderung)	69.128,33	500,00	500,00	0,00	
6	610 8410	Zweckentfremdungs-/Verzugszinsen (Erstattung an Land)	11.649,58	60.000,00	60.000,00	40.000,00	
		Einnahmen	68.283,74	100,00	100,00	100,00	
		Ausgaben	233.019,19	247.100,00	247.100,00	180.400,00	
		Saldo	-164.735,45	-247.000,00	-247.000,00	-180.300,00	
	UA 620	Wohnungsbauförderung					
2	620 2071	Zinsen Baudarlehen	7.757,09	4.400,00	4.400,00	3.700,00	
2	620 6721	Erstattung an den Kreis	1.734,15	1.000,00	1.000,00	600,00	
		Einnahmen	7.757,09	4.400,00	4.400,00	3.700,00	
		Ausgaben	1.734,15	1.000,00	1.000,00	600,00	
		Saldo	6.022,94	3.400,00	3.400,00	3.100,00	
	UA 630	Gemeindestraßen					
3	630 1520	Schadensersatz für Ölspurbeseitigungen	0,00	1.200,00	1.200,00	0,00	
2	630 2710	Auflösung von Sonderposten	0,00	245.100,00	245.100,00	245.100,00	
1	630 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	95.757,46	79.600,00	79.600,00	94.400,00	
1	630 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für tariflich Beschäftigte	6.526,31	4.600,00	4.600,00	6.500,00	
1	630 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	17.277,66	13.500,00	13.500,00	18.900,00	
6	630 5115	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze, Buswartehäuser und Fahrradunterstände	358.019,66	505.000,00	505.000,00	535.000,00	-50.000 €
6	630 5116	Unterhaltung Brücken	-4.304,87	10.000,00	10.000,00	16.300,00	
6	630 5118	Verkehrszeichen und Straßenschilder	14.487,34	11.800,00	11.800,00	12.000,00	
3	630 5432	Ölspurbeseitigungen	11.970,58	20.000,00	20.000,00	15.000,00	
6	630 5438	Straßenreinigungskosten (Öffentlichkeitsanteil)	91.800,00	97.200,00	97.200,00	99.900,00	
6	630 5439	Gebühr Oberflächenentwässerung	378.034,65	308.000,00	308.000,00	334.300,00	
6	630 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	192.300,00	195.400,00	195.400,00	208.000,00	
6	630 6553	Lärmaktionsplanung	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	630 6800	Abschreibungen	0,00	794.100,00	794.100,00	794.100,00	

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
		Einnahmen	0,00	246.300,00	246.300,00	245.100,00	
		Ausgaben	1.161.868,79	2.039.200,00	2.039.200,00	2.134.400,00	
		Saldo	-1.161.868,79	-1.792.900,00	-1.792.900,00	-1.889.300,00	
		UA 650 Kreisstraßen					
6	650 1621	Erstattung des Kreises	4.818,63	7.300,00	7.300,00	7.300,00	
1	650 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.783,43	7.800,00	7.800,00	8.200,00	
1	650 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	526,58	600,00	600,00	600,00	
1	650 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	1.273,90	1.600,00	1.600,00	1.700,00	
6	650 5119	Unterhaltung Ortsdurchfahrt L II O	9.372,11	7.300,00	7.300,00	70.600,00	
6	650 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	13.300,00	13.500,00	13.500,00	13.800,00	
		Einnahmen	4.818,63	7.300,00	7.300,00	7.300,00	
		Ausgaben	32.256,02	30.800,00	30.800,00	94.900,00	
		Saldo	-27.437,39	-23.500,00	-23.500,00	-87.600,00	
		UA 660 Bundes- und Landesstraßen					
6	660 1600	Erstattung des Bundes	68.731,86	67.000,00	67.000,00	67.000,00	
6	660 1613	Erstattung des Landes	8.078,77	10.400,00	10.400,00	10.400,00	
1	660 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	23.349,86	23.300,00	23.300,00	24.400,00	
1	660 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	1.579,56	1.600,00	1.600,00	1.700,00	
1	660 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	3.821,70	4.700,00	4.700,00	4.900,00	
6	660 5120	Unterhaltung Ortsdurchfahrt B 208	68.731,86	67.000,00	67.000,00	67.000,00	
6	660 5121	Unterhaltung Ortsdurchfahrt L I O	8.078,77	10.400,00	10.400,00	10.400,00	
6	660 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	53.000,00	53.900,00	53.900,00	54.800,00	
		Einnahmen	76.810,63	77.400,00	77.400,00	77.400,00	
		Ausgaben	158.561,75	160.900,00	160.900,00	163.200,00	
		Saldo	-81.751,12	-83.500,00	-83.500,00	-85.800,00	
		UA 670 Straßenbeleuchtung					
1	670 4140	Vergütung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.782,93	7.800,00	7.800,00	8.200,00	
1	670 4340	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	526,57	600,00	600,00	600,00	
1	670 4440	Beiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	1.273,86	1.600,00	1.600,00	1.700,00	
6	670 5122	Unterhaltung u. Reinig. Straßenbeleucht.	78.672,71	85.000,00	85.000,00	88.000,00	
6	670 5431	Stromkosten	110.459,25	112.000,00	112.000,00	115.000,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	198.715,32	207.000,00	207.000,00	213.500,00	
		Saldo	-198.715,32	-207.000,00	-207.000,00	-213.500,00	
		UA 700 Abwasserbeseitigung					
2	700 2150	Verzinsung des Anlagekapitals	0,00	100,00	100,00	0,00	
1	700 4100	Bezüge der Beamten	18.033,47	11.300,00	11.300,00	22.400,00	
1	700 4300	Beiträge zu Versorg.-kassen für Beamte	17.329,25	5.200,00	5.200,00	14.100,00	
		Einnahmen	0,00	100,00	100,00	0,00	
		Ausgaben	35.362,72	16.500,00	16.500,00	36.500,00	
		Saldo	-35.362,72	-16.400,00	-16.400,00	-36.500,00	
		UA 701 Öffentliche Toilettenanlagen					
2	701 7156	Verlustabdeckung	55.600,00	77.100,00	77.100,00	108.000,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	55.600,00	77.100,00	77.100,00	108.000,00	
		Saldo	-55.600,00	-77.100,00	-77.100,00	-108.000,00	
		UA 760 Anschlagwesen					
6	760 1400	Mieten, Pachten	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Saldo	0,00	0,00	0,00	0,00	
		UA 790 Tourismus- und Wirtschaftsförd.					
2	790 1200	Tourismusabgabe	150.538,56	150.000,00	150.000,00	150.000,00	
6	790 1760	Spenden	500,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
6	790 6007	Kosten für Anstrahlungen	2.156,79	2.500,00	2.500,00	3.000,00	
2	790 6300	Kosten für Tourismusförderung	250.000,00	300.500,00	300.500,00	305.000,00	
		Einnahmen	151.038,56	151.000,00	151.000,00	151.000,00	
		Ausgaben	252.156,79	303.000,00	303.000,00	308.000,00	
		Saldo	-101.118,23	-152.000,00	-152.000,00	-157.000,00	
		UA 821 Industriestammgleis					
6	821 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	230,48	300,00	300,00	300,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	230,48	300,00	300,00	300,00	
		Saldo	-230,48	-300,00	-300,00	-300,00	
		UA 830 Kombi. Versorg.- u. Verkehrsunternehmen					
2	830 2100	Gewinnanteile Stadtwerke Ratzeburg GmbH	168.350,00	650.000,00	650.000,00	650.000,00	+50.000 €
2	830 2200	Konzessionsabgaben	506.462,49	523.700,00	523.700,00	510.000,00	
2	830 2350	Schuldendienstleistungen Investitionskostenzuschuss	180.944,14	176.100,00	176.100,00	171.300,00	
2	830 2620	Bürgschaftsprovisionen	785,00	300,00	300,00	100,00	
2	830 7170	Zuschuss an RMVB (ÖPNV Stadtgebiet)	55.000,00	50.000,00	50.000,00	45.000,00	
		Einnahmen	856.541,63	1.350.100,00	1.350.100,00	1.331.400,00	
		Ausgaben	55.000,00	50.000,00	50.000,00	45.000,00	
		Saldo	801.541,63	1.300.100,00	1.300.100,00	1.286.400,00	
		UA 855 Stadtforst					
6	855 1304	Erlöse Holzverkauf	25.175,39	15.700,00	15.700,00	11.400,00	
6	855 1590	Umsatzsteuer	0,00	300,00	300,00	300,00	
6	855 1730	Zuweisung Landwirtschaftskammer	0,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
6	855 5131	Unterhaltung Waldwege	1.323,97	1.500,00	1.500,00	1.500,00	
6	855 5133	Holzerntekosten	11.886,45	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
6	855 5138	Forstschutz	46,17	500,00	500,00	500,00	
6	855 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	17,48	200,00	200,00	100,00	
6	855 6405	Umsatzsteuer-Zahllast	0,00	100,00	100,00	100,00	

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
6	855 6550	Sachverständigen-/Gerichts- u.ä. Kosten	0,00	500,00	500,00	500,00	
6	855 6722	Beförderungskosten	6.285,63	6.900,00	6.900,00	7.000,00	
6	855 6723	Durchforstungskosten/Baumeinschlag	8.565,45	7.000,00	7.000,00	7.000,00	
		Einnahmen	25.175,39	17.000,00	17.000,00	12.700,00	
		Ausgaben	28.125,15	21.700,00	21.700,00	21.700,00	
		Saldo	-2.949,76	-4.700,00	-4.700,00	-9.000,00	
	UA 880	Allgemeines Grundvermögen					
6	880 1400	Mieten	14.436,52	6.700,00	1.400,00	7.000,00	
6	880 1401	Pachtzahlungen	13.447,44	14.400,00	15.400,00	14.400,00	
6	880 1402	Ersätze Betriebskosten	3.235,53	3.000,00	1.500,00	3.000,00	
6	880 1405	Pachten Ackerland, Plätze	11.062,44	75.700,00	138.400,00	24.200,00	
6	880 1407	anteilige Jagdpacht	240,00	300,00	300,00	300,00	
6	880 1408	Erbbauszinsen, Kanon	43.291,25	44.000,00	44.000,00	41.000,00	
6	880 1409	Pachten für Tankstellengrundstücke	20.500,00	20.500,00	20.500,00	22.500,00	
6	880 1410	Anerkennungsentgelte	60,00	1.500,00	1.500,00	100,00	
6	880 1510	vermischte Einnahmen	941,00	3.500,00	6.100,00	1.000,00	
6	880 5000	Gebäudeunterhaltung	15.437,60	25.100,00	30.200,00	7.500,00	
6	880 5410	Heizung, Beleuchtung, Versorgung	-152,57	4.700,00	4.700,00	4.000,00	
6	880 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	12.711,33	13.500,00	13.500,00	13.500,00	
6	880 5913	Kosten für Leistungen Bauhof	6.063,54	6.600,00	6.600,00	6.600,00	
6	880 5914	Kosten Leistungen Dritter (Grünpflege)	19.173,59	17.000,00	17.000,00	17.000,00	
6	880 6552	Gerichtskosten, Katasteramtsgebühren	217,83	3.500,00	3.500,00	3.500,00	
2	880 6800	Abschreibungen	0,00	3.500,00	7.000,00	3.500,00	
		Einnahmen	107.214,18	169.600,00	169.600,00	113.500,00	
		Ausgaben	53.451,32	73.900,00	73.900,00	55.600,00	
		Saldo	53.762,86	95.700,00	95.700,00	57.900,00	
	UA 890	Stiftung Ratzeburger Wohltäter					
2	890 2051	Zinsen Rücklagenbestand	3,11	100,00	100,00	100,00	
4	890 7161	Zuwendung an Stiftungsberechtigte	83,14	0,00	0,00	0,00	
		Einnahmen	3,11	100,00	100,00	100,00	
		Ausgaben	83,14	0,00	0,00	0,00	
		Saldo	-80,03	100,00	100,00	100,00	
	UA 891	Stiftung Altenhilfe Ratzeburg (bisher UA 430)					
6	891 1400	Mieten, Pachten	11.328,72	11.300,00	11.300,00	11.400,00	
2	891 2051	Zinsen Rücklagenbestand	17,38	100,00	100,00	100,00	
6	891 5000	Gebäudeunterhaltung	2.072,80	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
6	891 5420	Steuern, Abgaben, Versicherung	145,73	200,00	200,00	200,00	
2	891 6800	Abschreibungen	0,00	2.700,00	2.700,00	2.700,00	
		Einnahmen	11.346,10	11.400,00	11.400,00	11.500,00	
		Ausgaben	2.218,53	7.900,00	7.900,00	7.900,00	
		Saldo	9.127,57	3.500,00	3.500,00	3.600,00	
	UA 892	Hans-Jürgen-Wohlfahrt-Stiftung (neu)					
2	892 1006	Sonstige Verwaltungsgebühren (Nutzungsentgelte etc.)	0,00	0,00	0,00	100,00	
2	892 1760	Zuwendungen Dritter	0,00	2.800,00	2.800,00	0,00	
		Einnahmen	0,00	2.800,00	2.800,00	100,00	
		Ausgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Saldo	0,00	2.800,00	2.800,00	100,00	
	UA 900	Steuern, allgem. Zuweisungen u. Umlagen					
2	900 0000	Grundsteuer A	11.493,82	11.500,00	11.500,00	10.600,00	
2	900 0010	Grundsteuer B	2.156.362,58	2.160.000,00	2.160.000,00	2.170.000,00	
2	900 0030	Gewerbesteuer	3.971.099,61	5.804.000,00	7.300.000,00	4.400.000,00	+100.000 €
2	900 0100	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Nov.-Steuerschätzung 2017)	4.961.953,00	5.244.000,00	5.350.000,00	5.619.000,00	+145.600 €
2	900 0120	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (Nov.-Steuerschätzung 2017)	552.275,00	686.500,00	686.500,00	855.100,00	+13.100 €
2	900 0210	Vergütungssteuer f. das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten	155.245,50	150.000,00	150.000,00	155.000,00	
2	900 0220	Hundesteuer	102.036,99	100.000,00	100.000,00	98.500,00	
2	900 0270	Zweitwohnungssteuer	8.953,83	8.900,00	8.900,00	10.000,00	
2	900 0410	Schlüsselzuweisungen	3.532.500,00	3.601.500,00	3.601.500,00	3.125.300,00	
2	900 0510	Fehlbetragszuweisung	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	900 0611	Zuweisung übergemeindliche Aufgaben	1.271.064,00	1.471.000,00	1.471.000,00	1.525.500,00	
2	900 0612	Konnexitätsmittel des Landes	21.303,00	21.000,00	21.000,00	21.000,00	
2	900 0910	Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich	467.664,00	479.400,00	479.400,00	490.800,00	
2	900 8100	Gewerbesteuerumlage	709.000,00	1.200.000,00	1.389.000,00	814.600,00	+18.500 €
2	900 8320	Kreisumlage (Senkung Umlagesatz um 1,69% ab 01.01.2018)	4.739.674,56	5.365.100,00	5.365.100,00	5.708.500,00	-265.000 €
		Einnahmen	17.211.951,33	19.737.800,00	21.339.800,00	18.480.800,00	
		Ausgaben	5.448.674,56	6.565.100,00	6.754.100,00	6.523.100,00	
		Saldo	11.763.276,77	13.172.700,00	14.585.700,00	11.957.700,00	
	UA 910	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft					
2	910 2050	Zinsen aus Geldanlagen	1,32	0,00	0,00	0,00	
2	910 2140	Dividenden	74,15	100,00	100,00	100,00	
6	910 2611	Stundungs- und Verzugszinsen	1.129,77	100,00	100,00	100,00	
2	910 2660	Zinsen auf Steueransprüche	53.572,60	120.000,00	120.000,00	40.000,00	
2	910 2700	kalkulatorische Abschreibungen	82.100,00	1.734.100,00	1.734.100,00	1.734.100,00	
2	910 2750	Verzinsung des Anlagekapitals	125.600,00	36.200,00	36.200,00	36.200,00	
2	910 2800	Zuführung vom Vermögenshaushalt (hier: Finanzausgleichsrücklage)	83,14	0,00	0,00	554.000,00	
2	910 2810	Zuführung vom Vermögenshaushalt (Mittel aus der Allgemeinen Rücklage)	0,00	0,00	0,00	619.800,00	+628.000 €
1	910 4110	Zuführung zur Versorgungsrücklage (Dienstbezüge)	7.754,41	8.600,00	8.600,00	8.600,00	-8.200 €
1	910 4210	Zuführung zur Versorgungsrücklage (Versorgungsbezüge)	15.726,36	17.700,00	17.700,00	17.700,00	("Puffer")
2	910 6810	Auflösung von Sonderposten	0,00	353.800,00	353.800,00	353.800,00	
2	910 8000	Zinsen Bundesdarlehen	1.081,01	1.100,00	1.100,00	1.100,00	
2	910 8080	Zinsen übrige Bereiche	245.526,77	219.600,00	219.600,00	201.500,00	
2	910 8083	Zinsen Kassenkredite (Verwahrentgelte siehe HHSt. 030.6581)	3.412,12	10.000,00	3.500,00	4.000,00	-6.000 €
2	910 8460	Zinsen auf Steueransprüche	28.924,50	16.000,00	16.000,00	10.000,00	
2	910 8600	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Pflichtzuführung i. H. der Tilgung)	1.455.519,50	986.000,00	986.000,00	1.047.400,00	
2	910 8601	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Stiftung Altenhilfe)	11.732,10	5.200,00	5.200,00	6.300,00	
2	910 8602	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Stiftung Ratzeburger Wohltäter)	3,11	100,00	100,00	100,00	

FB	HH-Stelle	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis 2016	Ansatz 2017 (bisher)	Ansatz 2017 (neu)	Ansatz 2018	Erläut.
2	910 8603	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Hans-Jürgen-Wohlfahrt-Stiftung)	0,00	2.800,00	2.800,00	100,00	
		Einnahmen	262.560,98	1.890.500,00	1.890.500,00	2.984.300,00	
		Ausgaben	1.769.679,88	1.620.900,00	1.614.400,00	1.650.600,00	
		Saldo	-1.507.118,90	269.600,00	276.100,00	1.333.700,00	
	UA 920	Abwicklung der Vorjahre					
2	920 8920	Deckung von Soll-Fehlbeträgen	164.330,05	0,00	0,00	0,00	
		Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		Ausgaben	164.330,05	0,00	0,00	0,00	
		Saldo	-164.330,05	0,00	0,00	0,00	
		Einnahmen Verwaltungshaushalt	23.994.897,64	28.454.500,00	30.056.500,00	28.329.700,00	
		Ausgaben Verwaltungshaushalt	23.994.897,64	27.098.200,00	27.285.700,00	28.329.700,00	
		Saldo	0,00	1.356.300,00	2.770.800,00	0,00	
				↓	↓		
2	910 8600	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Soll-Überschuss)	0,00	802.300,00	2.216.800,00	0,00	
2	910 8600	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Finanzausgleichsrücklage)	0,00	554.000,00	554.000,00	0,00	
		Einnahmen Verwaltungshaushalt	23.994.897,64	28.454.500,00	30.056.500,00	28.329.700,00	
		Ausgaben Verwaltungshaushalt	23.994.897,64	28.454.500,00	30.056.500,00	28.329.700,00	
		Saldo	0,00	0,00	0,00	0,00	

Vermögenshaushalt 2017 - 2021

		0	43.700	0	0	565.600	
HH-Stelle	Bezeichnung	Plan 2017 (inkl. NT-Entw.)	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Änderungen (+/-)
UA 020	Fachbereich Zentrale Dienste						
020 9350	Erwerb von beweglichen Sachen	8.900	20.500	5.600	5.600	5.600	2018: +14.900 €
020 9351	Erwerb/Erweiterung EDV-Anlage	11.000	14.100	11.000	11.000	11.000	2018: +3.100 €
020 5 9351	Erwerb Dokumenten-Management-System		50.000				2018: +50.000 €
020 13 9351	Erwerb/Erweiterung EDV-Anlage (elektronische Erfassung im Gewerbebereich)	700					
020 16 9351	Erwerb/Erweiterung EDV-Anlage (Anlagenbuchhaltung)	11.800					
020 17 9350	Erwerb von beweglichen Sachen (Neue Telefonanlage mit Standortvernetzung)	83.000	0				2018: +25.000 €
020 18 9350	Erwerb von beweglichen Sachen (Möblierung Ratssaal)		50.000	25.000			auf 2017 verschoben
020 19 9400	Energetische Sanierung Rathaus	0	0	15.000	30.000		um jeweils 1 Jahr verschoben
020 20 9351	Erwerb Erweiterung EDV Anlage (Technik Ratssaal)			25.000			
	Einnahmen	0	0	0	0	0	
	Ausgaben	115.400	134.600	81.600	46.600	16.600	
	Saldo	-115.400	-134.600	-81.600	-46.600	-16.600	
UA 080	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige						
080 1 9400	Bau- und Planungskosten (Ladestation Elektrodienstfahrzeuge)	6.600					
	Einnahmen	0	0	0	0	0	
	Ausgaben	6.600	0	0	0	0	
	Saldo	-6.600	0	0	0	0	
UA 130	Brandschutz						
130 3620	Zuschuss Kreis (allgemeine Besch.)	14.400	5.000	5.000	5.000	5.000	
130 9350	Erwerb von beweglichen Sachen	67.400	59.000	60.000	60.000	60.000	2018: -1.000 €
130 9355	Erwerb Digitalfunk	65.900					
130 3621	Zuschuss Kreis (Erwerb Digitalfunk)	17.200					
130 11 9400	Bau- und Planungskosten (Dachsanierung)	65.000					
130 12 9400	Bau- und Planungskosten (Notstromversorgung Feuerwache)	55.000					auf 2020 verschoben
130 13 9350	Erwerb von beweglichen Sachen (Beschaffung Vorausrüstwagen VRW/KdoW)	0	13.000		88.000		2018: Alternativbes.
130 14 9350	Erwerb von beweglichen Sachen (Beschaffung Tanklöschfahrzeug TLF)		10.000	420.000			2018 +2T€, 2019 -80T€
130 14 3450	Verkaufserlös "altes TLF"			5.000			
130 14 3620	Zuschuss Kreis (Feuerschutzsteuer)			40.000			2019: -20.500 €
130 14 3610	Zuschuss Land (Sonderbedarfszuweisung)			140.000			2019: +40.000 €
130 15 9350	Erwerb von beweglichen Sachen (Persönliche Schutzausrüstung)		100.000	100.000			2018/2019: je +20T€
130 15 3620	Zuschuss Kreis zur Persönlichen Schutzausrüstung (Feuerschutzsteuer)			30.000			
130 neu 9350	Erwerb von beweglichen Sachen (Beschaffung Einsatzboot)				58.000		
130 neu 3620	Zuschuss Kreis (Feuerschutzsteuer, Einsatzboot)					5.000	2021: +5.000 €
	Einnahmen	31.600	5.000	220.000	5.000	10.000	
	Ausgaben	253.300	182.000	580.000	206.000	60.000	
	Saldo	-221.700	-177.000	-360.000	-201.000	-50.000	
UA 160	Rettungsdienst						
160 9881	Zuschuss an DLRG (Einführung Digitalfunk)	9.000					
	Einnahmen	0	0	0	0	0	
	Ausgaben	9.000	0	0	0	0	
	Saldo	-9.000	0	0	0	0	
UA 230	Lauenburgische Gelehrtenschule						
230 9350	Erwerb von beweglichen Sachen	25.000	45.000	25.000	25.000	25.000	2018: +20.000 €
230 3610	Zuweisung des Landes (Partnerschule Leistungssport)	4.900					
230 3675	Kostenanteile Dritter (Partnerschule Leistungssport)	1.700					
230 9352	Anschaffung langlebiger Sportgeräte/med. Geräte (Partnerschule Leistungssport)	5.000					
230 10 3675	Auflösung von Einbehaltungen	65.400					

HH-Stelle	Bezeichnung	Plan 2017 (inkl. NT-Entw.)	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Änderungen (+/-)
230 10 9400	Erneuerung Sporthallenboden	75.000					
	Einnahmen	72.000	0	0	0	0	
	Ausgaben	105.000	45.000	25.000	25.000	25.000	
	Saldo	-33.000	-45.000	-25.000	-25.000	-25.000	
UA 352	Stadtbücherei						
352 3620	Zuweisung Kreis	6.600	6.600	6.600	6.600	6.600	
352 3670	Zuweisung von Gesellsch./Körperschaften	6.600	6.600	6.600	6.600	6.600	
352 9350	Erwerb von beweglichen Sachen	500	300	500	500	500	2018: -200 €
352 9351	Erwerb/Erweiterung EDV-Anlage	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	
352 9353	Anschaffung Bücher/Medien	26.500	26.500	26.500	26.500	26.500	
352 9400	Energetische Sanierung	0	0	35.000			auf 2019 verschoben
	Einnahmen	13.200	13.200	13.200	13.200	13.200	
	Ausgaben	28.000	27.800	63.000	28.000	28.000	
	Saldo	-14.800	-14.600	-49.800	-14.800	-14.800	
UA 4602	Jugend- und Sportheim Riemannstraße						
4602 8 9400	Sanierung der WC-Anlagen	36.000	15.000				2018: +15.000 €
4602 neu 9400	Erneuerung WC-Außentüren		17.000				2018: +17.000 €
4602 neu 9400	Lüftungsanlage Dusch- u. Umkleieräume		0	75.000	75.000		2018/2019: je +15 T€
4602 neu 9400	Erneuerung der Fenster- und Außentürerlemente		0	118.000			2018: +118.000 €
	Einnahmen	0	0	0	0	0	(um jeweils 1 Jahr verschoben)
	Ausgaben	36.000	32.000	193.000	75.000	0	
	Saldo	-36.000	-32.000	-193.000	-75.000	0	
UA 4640	Kindergarten Domhof						
4640 9350	Erwerb von beweglichen Sachen	5.500	2.000				2018: +2.000 €
4640 8 9400	Bau- und Planungskosten (Erneuerung Hebeschiebetüren)		0	30.000			2018: +30.000 €
4640 9 9350	Erwerb von beweglichen Sachen (Ausstattung Ganztagsfamiliengruppe)	4.000					2019: +30.000 €
4640 9 9400	Bau- und Planungskosten (Einrichtung Ganztagsfamiliengruppe)	55.000					
4640 9 3620	Zuweisung des Kreises (Ausstattung Ganztagsfamiliengruppe)	2.900					
	Einnahmen	2.900	0	0	0	0	
	Ausgaben	64.500	2.000	30.000	0	0	
	Saldo	-61.600	-2.000	-30.000	0	0	
UA 4641	AWO-KiTa "Die Wilde 13"						
4641 4 9350	Erwerb von beweglichen Sachen (Erstausstattung Anbau)	19.700					
4641 4 9400	Anbau Krippengruppe	443.000					
4641 4 3610	Zuweisung des Landes (U3-Fördermittel)			100.000			
4641 5 9400	Erneuerung Fußbodenbeläge	22.500	22.500				
	Einnahmen	0	0	100.000	0	0	
	Ausgaben	485.200	22.500	0	0	0	
	Saldo	-485.200	-22.500	100.000	0	0	
UA 4642	KiTa "Zipfelmütze" (Kirchengemeinde St. Georgsberg)						
4642 1 9400	Klimatisierung Leitungsbüro	0					
	Einnahmen	0	0	0	0	0	
	Ausgaben	0	0	0	0	0	
	Saldo	0	0	0	0	0	
UA 4644	Montessori Kinderhaus						
4644 1 9400	Bau- und Planungskosten (Umbau Schulstraße, Seminarweg 'Inselhaus')	130.000					
	Einnahmen	0	0	0	0	0	
	Ausgaben	130.000	0	0	0	0	
	Saldo	-130.000	0	0	0	0	
UA 468	übrige Einrichtungen der Jugendhilfe						
468 9350	Erwerb v. beweglichen Sachen (Spielgeräte allgemein)	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	

HH-Stelle	Bezeichnung	Plan 2017 (inkl. NT-Entw.)	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Änderungen (+/-)
	Einnahmen	0	0	0	0	0	
	Ausgaben	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	
	Saldo	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	
UA 560	Sportplatz Riemannstraße						
560 neu 9400	Erwerb und Installation einer Flutlichtanlage		10.000				2018: +10T€
560 2 9500	Tennenlaufbahn Riemannsportplatz	0		100.000			
560 2 3610	Zuschuss Land (Sondervermögen IMPULS, Spielfeld- u. Laufbahnrichtlinie)			50.000			2019: +50 T€
	Einnahmen	0	0	50.000	0	0	
	Ausgaben	0	10.000	100.000	0	0	
	Saldo	0	-10.000	-50.000	0	0	
UA 580	Park- und Gartenanlagen						
580 9350	Erwerb von beweglichen Sachen (Papierkörbe)	8.000	5.000	5.000	5.000	5.000	
580 9357	Erwerb von Sitzbänken	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	
	Einnahmen	0	0	0	0	0	
	Ausgaben	13.000	10.000	10.000	10.000	10.000	
	Saldo	-13.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	
UA 610	Orts- und Regionalplanung						
610 9407	Ortsplanung	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	
610 3 3600	Zuweisung Bund (Städtebauförderung "Kleinere Städte und Gemeinden")	469.100	726.000	100.700	653.300	850.000	2019: je -675.300 €
610 3 3610	Zuweisung Land (Städtebauförderung "Kleinere Städte und Gemeinden")	469.100	726.000	100.700	653.300	850.000	2020: je -482.700 €
610 3 9402	Umsetzung d. Städtebauförderungsmaßnahmen "Kleinere Städte u. Gemeinden")	1.492.100	2.209.600	336.100	2.010.200	2.587.600	2019: -2.025.900 €
610 4 9500	Errichtung Pegelbrunnen "Alte Meierei" (Altlasten)						2020: -1.448.100 €
610 5 3600	Zuweisung Bund (Städtebauförderung "Denkmalschutz Domhof")	40.000	50.000	66.000			
610 5 3610	Zuweisung Land (Städtebauförderung "Denkmalschutz Domhof")	40.000	50.000	66.000			
610 5 9402	Umsetzung d. Städtebauförderungsmaßnahmen ("Denkmalsch. Domhof")	121.800	152.200	200.900			
	Einnahmen	1.018.200	1.552.000	333.400	1.306.600	1.700.000	
	Ausgaben	1.643.900	2.391.800	567.000	2.040.200	2.617.600	
	Saldo	-625.700	-839.800	-233.600	-733.600	-917.600	
UA 620	Wohnungsbauförderung						
620 3271	Tilgung Baudarlehen	429.400	8.300	8.300	8.300	8.300	
620 9823	Rückzahlung Kreismittel	211.200	4.200	4.200	4.200	4.200	
	Einnahmen	429.400	8.300	8.300	8.300	8.300	
	Ausgaben	211.200	4.200	4.200	4.200	4.200	
	Saldo	218.200	4.100	4.100	4.100	4.100	
UA 630	Gemeindestraßen						
630 1 3520	Ablösung Einstellplätze						
630 8 9500	Ausbau- und Planungskosten (Anbindung Gewerbegebiet B 208)						
630 33 9500	Bau- und Planungskosten (Uferpromenade Reeperbahn)	0	110.000	0			2018: +110 T€,
630 33 3615	Zuschuss EU-Mittel (Aktiv-Region)		40.000				2018: +40 T€
630 51 3600	Zuweisung Bund						2019: -110 T€
630 51 3650	Zuweisung (anteilig) Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe						
630 51 3510	KAG-Beiträge (Ausbau Südliche Sammelstraße)	0	500.000				2018: +393.800 €
630 51 9500	Ausbau- und Planungskosten Südliche Sammelstraße						2018: +106.200 €
630 69 9500	Radwegesanierung	0		189.000			
630 88 9500	Behindertenparkplätze	20.000					
630 neu 9500	Bau- und Planungskosten (Umbau Bushaltestelle Mechower Str./Riemannstraße)		159.000				2018: +159 T€
630 neu 3610	Zuweisung des Landes (GVFG - Mittel, Bushaltestelle Mechower Str./Riemannstr.)		53.000				2018: +53 T€
	Einnahmen	0	593.000	0	0	0	
	Ausgaben	20.000	269.000	189.000	0	0	
	Saldo	-20.000	324.000	-189.000	0	0	

HH-Stelle	Bezeichnung	Plan 2017 (inkl. NT-Entw.)	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Änderungen (+/-)
UA 670	Straßenbeleuchtung						
670 9600	Erneuerung abgängiger Straßenbeleuchtung	40.000	57.500				
	Einnahmen	0	0	0	0	0	
	Ausgaben	40.000	57.500	0	0	0	
	Saldo	-40.000	-57.500	0	0	0	
UA 690	Wasserläufe, Wasserbau						
690 2 9400	Bau- und Planungskosten	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	
	Einnahmen	0	0	0	0	0	
	Ausgaben	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	
	Saldo	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	
UA 880	Allgemeines Grundvermögen						
880 3400	Erlöse aus Grundstücksverkäufen	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	
	Einnahmen	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	
	Ausgaben	0	0	0	0	0	
	Saldo	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	
UA 891	Stiftung Altenhilfe						
891 1 9400	Sanierung Hospital zum Heiligen Geist	65.000	80.000	0	0	0	
	Einnahmen	0	0	0	0	0	
	Ausgaben	65.000	80.000	0	0	0	
	Saldo	-65.000	-80.000	0	0	0	
UA 910	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft						
910 3000	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	3.756.800	1.047.400	1.112.900	1.096.900	1.092.500	2017: +1.414.500 €
910 3000	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Soll-Überschuss 2021 gem. Finanzplanung)					498.000	
910 3001	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Stiftung Altenhilfe)	5.200	6.300	6.300	6.300	6.300	
910 3002	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Stiftung Ratzeburger Wohltäter)	100	100	100	100	100	
910 3003	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Hans-Jürgen-Wohlfahrt-Stiftung)	2.800	100	100	100	100	
910 3100	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage		628.000				2018: +628.000 €
910 3140	Entnahme aus der Finanzausgleichsrücklage	0	554.000				
910 3190	Entnahme aus Stiftungsrücklagen	0	0	100	0	0	
910 3191	Entnahme Stiftungsrücklage 'Altenhilfe'	65.000	80.000	0			
910 3778	Darlehen privaten Unternehmen	0	1.003.700	1.112.900	1.096.900	526.900	2017: -761.500 €
910 9000	Zuführung zum Verwaltungshaushalt (Finanzausgleichsrücklage)	0	554.000	100	0	0	2018: -172.400 €
910 9001	Zuführung zum Verwaltungshaushalt (Allgemein)		619.800				2018: +628.000 €
910 9100	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	628.000					abzgl. 8.200 €
910 9140	Zuführung an die Finanzausgleichsrücklage	554.000	0				"Puffer"
910 9190	Zuführung an die Stiftungsrücklage (Stiftung Altenhilfe)	5.200	6.300	6.300	6.300	6.300	
910 9191	Zuführung an die Stiftungsrücklage (Stiftung Ratzeburger Wohltäter)	100	100	100	100	100	
910 9192	Zuführung an die Stiftungsrücklage (Hans-Jürgen-Wohlfahrt-Stiftung)	2.800	100	100	100	100	
910 9708	Tilgung Bundesdarlehen	5.400	5.400	5.400	5.400	5.500	
910 9788	Tilgung übrige Bereiche	980.600	1.042.000	1.107.500	1.091.500	1.087.000	
	Einnahmen	3.829.900	3.319.600	2.232.400	2.200.300	2.123.900	
	Ausgaben	2.176.100	2.227.700	1.119.500	1.103.400	1.099.000	
	Saldo	1.653.800	1.091.900	1.112.900	1.096.900	1.024.900	
	Einnahmen VMH	5.427.200	5.521.100	2.987.300	3.563.400	3.885.400	
	Ausgaben VMH	5.427.200	5.521.100	2.987.300	3.563.400	3.885.400	
	Saldo = Mehr(-)/Minder(+) bedarf Kreditaufnahme	0	0	0	0	0	
benötigte Kreditaufnahme (Gesamt)		0	1.003.700	1.112.900	1.096.900	526.900	
Tilgung		986.000	1.047.400	1.112.900	1.096.900	1.092.500	
Differenz		986.000	43.700	0	0	565.600	

Ö 10.4

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 16.11.2017

SR/BeVoSr/530/2017/1

Gremium	Datum	Behandlung
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Axel Koop

FB/Aktenzeichen: 20 10 11

Haushaltsplan 2018; hier: Investitionsprogramm 2017 bis 2021

Zielsetzung:

Nach § 75 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein sind Kommunen verpflichtet, ihre Haushaltswirtschaft so zu planen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Mit dem vorgelegten Finanzplan und dem ihm zu Grunde gelegten Investitionsprogramm wird durch Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben der Finanzrahmen dargestellt.

Beschlussvorschlag:

Der **Hauptausschuss** empfiehlt,

und die **Stadtvertretung** beschließt,

das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2017 bis 2021 gemäß Entwurf. Das Investitionsprogramm ist als Bestandteil sowohl dem III. Nachtragshaushaltsplan 2017 als auch dem Haushaltsplan 2018 zugrunde zu legen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Axel Koop am 16.11.2017

Bürgermeister Voß am 16.11.2017

Sachverhalt:

Nach § 83 der Gemeindeordnung hat die Gemeinde ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen, welche wiederum auf einem Investitionsprogramm basiert. Das Investitionsprogramm ist separat zu beschließen.

Als Anlage beigefügt ist der Finanzplan; das Investitionsprogramm ergibt sich aus der Anlage zum Vermögenshaushalt und ist hier nicht noch einmal beigefügt. Es enthält die Fortschreibung des letztjährigen Programms mit den erkennbaren Änderungen; die eingeplanten Kreditaufnahmen bedürfen der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht.

Der Finanzplan basiert auf dem Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2018 und ist mit den Empfehlungen aus dem Haushaltserlass unter Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten hochgerechnet.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine, da es sich um den Beschluss des Haushaltes handelt.

Anlagenverzeichnis:

Finanzplan

1. Einnahmen und Ausgaben nach Arten - in TEUR-

Gruppierungs- Nummer	Einnahme- bzw. Ausgabeart	2017 (inkl. III. NT-HH)	2018	2019	2020	2021
0 - 2	<u>Einnahmen des Verwaltungshaushalts</u>					
0	Steuern, steuerähnliche Einnahmen, allgemeine Zuweisungen und Umlagen					
000, 001 003	Grundsteuer A und B Gewerbsteuer (brutto)	2.171 7.300	2.181 4.400	2.202 4.400	2.224 4.400	2.246 4.400
	Summe Gruppe 00	9.471	6.581	6.602	6.624	6.646
010 012	Gemeindeanteil an d. Einkommensteuer (Nov.St-Schätzung 2017) Gemeindeanteil an d. Umsatzsteuer (Nov.St-Schätzung 2017)	5.350 686	5.619 855	5.927 820	6.265 855	6.621 876
	Summe Gruppe 01	6.036	6.474	6.747	7.120	7.497
02, 03	Andere Steuern, steuerähnliche Einnahmen	259	263	263	263	263
	Summe Gruppen 02, 03	259	263	263	263	263
04 - 06	<u>Allgemeine Zuweisungen:</u>					
060 041, 051, 061 062	vom Bund vom Land von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0 5.094 0	0 4.672 0	0 5.004 0	0 5.097 0	0 5.351 0
	Summe Gruppen 04 - 06	5.094	4.672	5.004	5.097	5.351
07 091	Allgemeine Umlagen Ausgleichsleistungen Fam.Leist.Ausgl. (§ 31a FAG)	0 479	0 491	0 505	0 520	0 536
0	Summe der Steuern, steuerähnlichen Ein- nahmen, allgem. Zuweisungen und Umlagen	21.339	18.481	19.121	19.624	20.293

1. Einnahmen und Ausgaben nach Arten - in TEUR-

Gruppierungs- Nummer	Einnahme- bzw. Ausgabeart	2017 (inkl. III. NT-HH)	2018	2019	2020	2021
1	<u>Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb</u>					
10, 11, 12	Gebühren und ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben	626	695	695	695	695
13, 14, 15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonstige Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen	644	542	542	542	542
16, 17	Erstattungen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke:	3.613	3.707	3.710	3.712	3.714
	<u>davon:</u>					
160, 170	vom Bund	135	123	125	127	129
161, 171	vom Land	156	149	150	150	150
162, 163, 172, 173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden, von Zweckverbänden und dergleichen	3.013	3.118	3.118	3.118	3.118
164-169, 174-178	von übrigen Bereichen	309	317	317	317	317
1	Summe der Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb:	4.883	4.944	4.947	4.949	4.951
2	<u>Sonstige Finanzeinnahmen:</u>					
20	Zinseinnahmen	5	4	3	3	3
21, 22	Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	1.174	1.160	1.110	1.110	1.110
23	Schuldendiensthilfen	176	171	166	162	156
24 - 29	Übrige Finanzeinnahmen (inkl. Auflösung von SoPo)	2.479	3.570	2.396	2.396	2.396
	<i>(2018: 554 T€ Entnahme aus der Finanzausgleichsrücklage sowie 619.800 € aus Allgemeine Rücklage)</i>					
2	Summe der sonstigen Finanzeinnahmen:	3.834	4.905	3.675	3.671	3.665
0 - 2	Summe der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes:	30.056	28.330	27.743	28.244	28.909

1. Einnahmen und Ausgaben nach Arten - in TEUR-

Gruppierungs- Nummer	Einnahme- bzw. Ausgabeart	2017 (inkl. III. NT-HH)	2018	2019	2020	2021
4 - 8	<u>Ausgaben des Verwaltungshaushalts</u>					
40 - 47	Personalausgaben	4.902	5.277	5.280	5.390	5.495
5 - 6	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand:					
50 - 66	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (ohne Gruppen 67 und 68)	7.767	8.070	8.150	8.314	8.450
67	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungs- haushaltes (ohne Untergruppe 679)	120	118	118	118	118
679	Innere Verrechnungen	0	0	0	0	0
68	Kalkulatorische Kosten:					
680	- Abschreibungen	1.734	1.734	1.734	1.734	1.734
681	- Auflösung von Sonderposten	354	354	354	354	354
685	- Verzinsungen des Anlagekapitals	36	36	36	36	36
689	- Rückstellungen	0	0	0	0	0
	Summe Gruppe 68	2124	2.124	2.124	2.124	2.124
691	Kosten der Unterkunft	0	0	0	0	0
5 - 6	Summe des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes:	10.011	10.312	10.392	10.556	10.692
7	Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen) :					
70	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	633	892	895	895	900

1. Einnahmen und Ausgaben nach Arten - in TEUR-

Gruppierungs- Nummer	Einnahme- bzw. Ausgabeart	2017 (inkl. III. NT-HH)	2018	2019	2020	2021
71, 72	Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke, Schuldendiensthilfen:					
710, 720	an Bund	0	0	0	0	0
711, 721	an Land	0	0	0	0	0
712, 713, 722, 723	an Gemeinden und Gemeindeverbände, an Zweckverbände und dergleichen	2.865	2.954	2.990	2.994	3.069
715, 725	an kommunale Sonderrechnungen	77	108	108	108	108
714, 716, 717, 718, 724, 726, 727, 728	an übrige Bereiche	749	952	952	952	952
	Summe Gruppen 71, 72	3.691	4.014	4.050	4.054	4.129
73 - 79	Leistungen der Sozialhilfe und ähnliches	0	0	0	0	0
7	Summe der Zuweisungen und Zuschüsse:	4.324	4.906	4.945	4.949	5.029
8	<u>Sonstige Finanzausgaben:</u>					
80	Zinsausgaben	224	207	246	246	250
810	Gewerbsteuerumlage	1.389	815	815	416	416
82, 83	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	5.365	5.709	5.200	5.250	5.400
84, 85	Weitere Finanzausgaben, Deckungsreserve	76	50	50	30	30
86	Zuführung zum Vermögenshaushalt	3.765	1.054	1.119	1.103	1.597
892	Deckung von Fehlbeträgen (Soll-Fehlbeträge)	0	0	0	304	0
8	Summe der sonstigen Finanzausgaben:	10.819	7.835	7.430	7.349	7.693
4 - 8	Summe der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes:	30.056	28.330	28.047	28.244	28.909
	Fehlbedarf	0	0	-304	0	0
	<i>strukturell</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>-304</i>	<i>304</i>	<i>498</i>

Ö 11

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 20.10.2017

SR/BeVoSr/514/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

Wirtschaftsplan der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe (RZ-WB) für das Jahr 2018

Zielsetzung:

Bereitstellung der erforderlichen Mittel für den Eigenbetrieb Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe im Jahr 2018.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt auf Empfehlung des AWTS und Beteiligung des Hauptausschusses den Wirtschaftsplan einschließlich Stellenplan der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe für das Jahr 2018.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Kolja Pantelmann am 19.10.2017

Bürgermeister Voß am 19.10.2017

Sachverhalt:

Für den Eigenbetrieb ist gemäß Eigenbetriebsverordnung vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres ein Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht aus **dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan, dem Finanzplan sowie der Stellenübersicht und einer Zusammenstellung der genehmigungspflichtigen Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen**. Gemäß Dienstleistungsvertrag ist die Vereinigte Stadtwerke GmbH mit der kaufmännischen Betriebsführung der RZ-WB und damit verbunden auch mit der Aufstellung der jährlichen Wirtschaftspläne beauftragt.

Dem AWTS wird der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2018 der RZ-WB in seiner Funktion als Werkausschuss mit den ermittelten Planzahlen zur Beratung und Beschlussempfehlung vorgelegt.

Der Entwurf des Wirtschaftsplans 2017 sieht einen **Gewinn** in Höhe von **1.630 €** vor.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Gemäß Wirtschaftsplan 2018

Anlagenverzeichnis:

Erfolgsplan, Erfolgsübersicht, Vermögensplan, Auswirkungen Stadt, Finanzplan, Stellenplan

mitgezeichnet haben:

Wirtschaftsplan 2018
Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe
(gemäß § 2 Abs. 2 Ziffer 4 GemHVO)

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2018

Der Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 schließt bei den Aufwendungen in Höhe von € 6.156.786 und Erträgen in Höhe von € 6.158.416 mit einem Jahresgewinn von € 1.630 ab.

1. **Gebühren, Erlöse**

Stadtentwässerung

Hinter dieser Erlösposition werden die Kanalbenutzungsgebühren dargestellt. Sie basiert auf der Grundlage der Vorkalkulation 2018. Weiterhin werden Einnahmen für Durchleitungsgebühren Amt Lauenburgische Seen und Kleinkläranlagenentleerungen ausgewiesen.

Bauhof

Hier werden Erlöse für die erbrachten Leistungen des Bauhofes ausgewiesen.

Straßenreinigung

Hinter dieser Ertragsposition werden die Straßenreinigungsgebühren dargestellt. Sie basiert auf der Gebührenvorkalkulation 2018. Zusätzlich enthält diese Position den Öffentlichkeitsanteil an der Straßenreinigung. Da es sich bei diesem Betriebszweig um eine kostenrechnende Einrichtung handelt, muss dieser Anteil vom städtischen Haushalt gezahlt werden. Sie basiert auf der Gebührenvorkalkulation 2018.

Wirtschaftliche Stadtentwicklung

In diesen Erlösen werden die originären Einnahmen der Tourismussparte, der Sparte Stadtmarketing/Kultur, sowie die Erlöse aus dem Bereich der Allgemeinen Wirtschaftlichen Betätigung ausgewiesen. Dies sind im wesentlichen Erlöse aus den Parkautomaten, aus dem Verkauf von Werbeartikeln, Eintrittsgeldern für touristische Veranstaltungen, Provisionen aus Zimmervermittlung sowie Insertionserlöse aus dem Gastgeberverzeichnis. Gleichzeitig wird hier die Kostenbeteiligung der Stadt Ratzeburg für die Fremdenverkehrsförderung dargestellt.

2. **Anteil am Straßenoberflächenwasser**

Der Ansatz entspricht der Vorkalkulation für das Jahr 2018.

3. Umsatzerlöse

Um der Neudefinition der Gesetzeswortlaute des § 277 Abs. 1 HGB nachzukommen, werden die bis zum Jahr 2015 ausgewiesenen sonstigen betrieblichen Erträge ab 2016 in den Umsatzerlösen ausgewiesen. Nicht zu den Umsatzerlösen, sondern zu den sonstigen betrieblichen Erträgen, gehören weiterhin die Erträge aus dem Abgang von Sachanlagen oder der Auflösung von Rückstellungen. Zu den betreffenden umgegliederten ausgewiesenen Erlösen zählen in den einzelnen Bereichen:

Bauhof

In diesen Erlösen sind sonstige Leistungen des Bauhofes ausgewiesen.

Wirtschaftliche Stadtentwicklung

Die wesentlichen Erlöse sind Mieten, Pachten und Marktgebühren, sowie der Zuschuss zu den Öffentlichen Bedürfnisanstalten.

4. Materialaufwand

Die wesentlichen Ausgaben beziehen sich auf Materialaufwendungen und Fremdleistungen. Bei den Ausgaben wurde aufgrund der Hochrechnung ein Preisanstieg sowie für 2018 zu erwartende Materialpositionen berücksichtigt.

5. Personalaufwand

Durch die Neustrukturierung des Eigenbetriebes in 2006 wurden Personalkosten aus dem städtischen Haushalt verlagert. Die Kosten der einzelnen Mitarbeiter entsprechen der Entwicklung des Jahres 2016. Es wurde eine detaillierte Kostenschätzung der Personalkosten für 2018 einbezogen.

6. Abschreibungen

Die ordentlichen Abschreibungen errechnen sich aus dem Anlagenbestand per 31.12.2016 und einer auf die Jahre 2017 und 2018 prognostizierten Abschreibung auf Investitionen nach der linearen Methode.

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Hier werden alle übrigen durch die geschäftliche Tätigkeit entstehenden Kosten ausgewiesen: Mieten, Pachten, Beiträge, Gebühren, Versicherungen, Bürobedarf, Verwaltungskostenanteil an die Stadt Ratzeburg u.a.

8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ansatz der Zinsen entsprechend der für die einzelnen Darlehen z.Z. geltenden Konditionen, zuzüglich anteiliger Zinsen für die geplante Darlehensaufnahme.

Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe

Zusammenstellung nach § 12 Abs. 1 EigVO für das Wirtschaftsjahr 2018

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 6 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung hat die Stadtvertretung durch Beschluss vom _____ - und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde¹ - den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

1. Es betragen	
1.1 im Erfolgsplan	
die Erträge	6.158.416 EUR
die Aufwendungen	6.156.786 EUR
der Jahresgewinn	1.630 EUR
der Jahresverlust	EUR
1.2 im Vermögensplan	
die Einzahlungen	1.947.464 EUR
die Auszahlungen	1.947.464 EUR
2. Es werden festgesetzt:	
der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	345.000 EUR
2.1 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	0 EUR
2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	500.000 EUR
Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am _____ erteilt ¹ .	

Ratzeburg,

.....
Bürgermeister

¹ nur bei Genehmigung

E R F O L G S P L A N
für das Wirtschaftsjahr 2 0 1 8

	2018 Plan		2017 Plan		2016 Ergebnis	
	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1. Umsatzerlöse		6.155.916		5.873.130		5.536.841
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge		0		0		207.782
- davon Auflösungen von Sonderposten mit Rücklageanteil						
		6.155.916		5.873.130		5.744.623
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	517.190		519.580		486.328	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	717.120	1.234.310	752.494	1.272.074	580.119	1.066.447
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	1.968.340		1.628.500		1.544.243	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen	538.650		447.200		421.279	
- davon für Altersversorgung € 140.150						
		2.506.990		2.075.700		1.965.521
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.401.352		1.406.045		1.415.171
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		843.181		918.196		1.145.718
- davon Zuführung zu Sonderposten mit Rücklageanteil						
9. Erträge aus Beteiligungen						
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.500		2.500		1.977	
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	170.153	167.653	202.538	200.038	217.249	215.272
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.430		1.078		-63.506
15. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme						
17. außerordentliche Erträge						
18. außerordentliche Aufwendungen						
19. außerordentliches Ergebnis						
20. Steuern vom Einkommen und Ertrag						
21. Sonstige Steuern		800		800		473
22. Jahresgewinn/Jahresverlust		1.630		278		-63.979

Deckungsfähigkeit: Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen geleistet werden.

ERFOLGSÜBERSICHT
für das Wirtschaftsjahr 2018

Aufwendungen nach Aufwandsarten ↓	nach Bereichen →	Betrag insgesamt EUR	Allgemeine und gemeinsame Betriebsabteilung		Abwasser- beseitigung EUR	Bauhof EUR	Straßen- reinigung EUR	Wirtschaftliche Stadt- entwicklung (Gliederung lt. Anlage) EUR	Aktivierte Eigenleistungen EUR
			Verwaltung, Vertrieb	Sonstiges					
			EUR	EUR					
1		2	3	4	5	6	7	8	9
1. Materialaufwand	a) Bezug von Fremden	965.290			640.500	136.500	93.000	95.290	
	b) Bezug von Betriebszweigen	269.020			47.220			221.800	
2. Entgelte		1.968.340			567.740	1.014.335	207.135	179.130	
3. Soziale Abgaben und Abgaben für Unterstützung		398.500			113.680	206.345	41.640	36.835	
4. Aufwendungen für Altersversorgung		140.150			40.240	72.105	14.725	13.080	
5. Abschreibungen		1.401.352			1.217.648	110.323	27.960	45.421	
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		170.153			153.303	6.588	695	9.568	
7. Steuern (soweit nicht in Zeile 19 auszuweisen)		800			300			500	
8. Konzessions- und Wegeentgelte		0							
9. Andere betriebliche Aufwendungen		843.181			310.000	151.407	82.445	299.329	
10. Summe 1 - 9		6.156.786			3.090.631	1.697.602	467.600	900.953	
11. Umlage der Spalte 3 u. 4	Zurechnung (+) Abgabe (-)	0 0							
12. Leistungsausgleich der Aufwandsbereiche	Zurechnung (+) Abgabe (-)	0 0							
13. Aufwendungen 1 - 12		6.156.786			3.090.631	1.697.602	467.600	900.953	
14. Betriebserträge	a) nach der GuV-Rechnung								
	1) Umsatzerlöse	5.039.715			2.753.850	1.482.276	367.700	435.889	
	2) Zahlungen Stadt Tourismusförderung	305.000						305.000	
	3) Leistungsentgelt Toiletten	108.000						108.000	
	4) Oberflächenentwässerung Straßen	334.281			334.281				
	5) Öffentlichkeitsanteil Straßenreinigung	99.900					99.900		
	6) Sonstige betriebliche Erträge	0			0			0	
	b) Lieferung an andere Betriebszweige	269.020				269.020			
15. Betriebserträge insgesamt		6.155.916			3.088.131	1.751.296	467.600	848.889	
16. Betriebsergebnis		-870			-2.500	53.694	0	-52.064	
17. Finanzerträge		2.500			2.500				
18. Außerordentliches Ergebnis		0							
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0							
20. Auflösung zweckgebundene Rücklagen		0							
21. Unternehmensergebnis		1.630			0	53.694	0	-52.064	

ERFOLGSÜBERSICHT
für das Wirtschaftsjahr 2018

Aufwendungen nach Aufwandsarten ↓	nach Bereichen →	Betrag insgesamt	Wirtschaftliche Stadtentwicklung				
			Tourismus	Wirtschafts- förderung Stadtmarketing Kultur/ Veranstaltungen	Öffentliche Toiletten	Allgemeine wirtschaftlich Betätigung	Aktiviere Eigenleistungen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1		2	3	4	5	6	7
1. Materialaufwand	a) Bezug von Fremden	95.290	63.500	7.430	9.800	14.560	
	b) Bezug von Betriebszweigen	221.800	93.600	33.600	67.000	27.600	
2. Entgelte		179.130	74.950	54.450	9.270	40.460	
3. Soziale Abgaben und Abgaben für Unterstützung		36.835	16.000	10.900	1.855	8.080	
4. Aufwendungen für Altersversorgung		13.080	5.500	3.900	650	3.030	
5. Abschreibungen		45.421	5.801	16.170	3.466	19.984	
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		9.568	9.568				
7. Steuern (soweit nicht in Zeile 19 auszuweisen)		500	500				
8. Konzessions- und Wegeentgelte							
9. Andere betriebliche Aufwendungen		299.329	175.578	69.091	21.260	33.400	
10. Summe 1 - 9		900.953	444.997	195.541	113.301	147.114	
11. Umlage der Spalte 3 u. 4	Zurechnung (+) Abgabe (-)						
12. Leistungsausgleich der Aufwandsbereiche	Zurechnung (+) Abgabe (-)						
13. Aufwendungen 1 - 12		900.953	444.997	195.541	113.301	147.114	
14. Betriebserträge	a) nach der GuV-Rechnung						
	1) Umsatzerlöse	435.889	72.939	29.450		333.500	
	2) Zahlungen Stadt Tourismusförderung	305.000	305.000				
	3) Leistungsentgelt Toiletten	108.000			108.000		
	4) Oberflächenentwässerung Straßen						
	5) Öffentlichkeitsanteil Straßenreinigung						
	6) Sonstige betriebliche Erträge						
	b) Lieferung an andere Betriebszweige						
15. Betriebserträge insgesamt		848.889	377.939	29.450	108.000	333.500	
16. Betriebsergebnis		-52.064	-67.058	-166.091	-5.301	186.386	
17. Finanzerträge							
18. Außerordentliches Ergebnis							
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag							
20. Auflösung zweckgebundener Rücklagen							
21. Unternehmensergebnis		-52.064	-67.058	-166.091	-5.301	186.386	

V E R M Ö G E N S P L A N
für das Wirtschaftsjahr 2 0 1 8

	E I N Z A H L U N G E N	P L A N A N S A T Z		Ergebnis der Jahresrechnung 2016 in TEUR	Erläuterungen
	B E Z E I C H N U N G	2018 in EUR	2017 in EUR		
1	2	3	4	5	6
1	Zuweisungen der Gemeinde				
2	Zuführung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter			336	
3	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil				
4	Rückflüsse aus Darlehen				
5	Veräußerung von Beteiligungen sowie Rückflüsse von Kapitalanlagen				
6	Zuschüsse Nutzungsberechtigter Ertragszuschüsse Sonstige Bauzuschüsse				
7	Abschreibungen	1.401.352	1.406.045	1.415	
8	Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens				
9	Kredite	345.000	568.000	0	
10	Sonstige Einzahlungen Zuschüsse Verminderung Kassenbestand Spartengewinne	0 147.418 53.694	0 218.077 42.267	56 125	
	Summen	1.947.464	2.234.389	1.933	

V E R M Ö G E N S P L A N
für das Wirtschaftsjahr 2 0 1 8

	A U S Z A H L U N G E N	P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung 2016 in TEUR	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen		Erläuterungen
	B E Z E I C H N U N G	Aus- zahlungen	Verpflich- tungser- mächtigungen	Aus- zahlungen		Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	
		2018 in EUR	2018 in EUR	2017 in EUR				
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	Rückzahlung von Eigenkapital							
2	Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter				162			
3	Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil							
4	Auflösung von Zuschüssen Nutzungsberechtigter							
5	Gewährung von Darlehen							
6	Investitionsausgaben für Sachanlagen							
	Stadtentwässerung	812.000		979.000	296	2.087.488	1.275.488	
	Straßenreinigung	61.500		50.500	2	113.743	52.243	
	Bauhof	183.100		247.800	36	467.305	284.205	
	Wirtschaftliche Stadtentwicklung	47.800		78.500	38	164.116	116.316	
7	Tilgung von Krediten	791.000		819.000	820			
8	Sonstige Auszahlungen	0		17.600	137			
	Erhöhung Kassenbestand	0		0	252			
	Spartenverluste	52.064		41.989	189			
	Summen	1.947.464		2.234.389	1.933	2.832.652	1.728.252	

V E R M Ö G E N S P L A N
für das Wirtschaftsjahr 2 0 1 8

	Betrag insgesamt in EUR	Allgemeine und gemeinsame Betriebsabteilung		Abwasser- beseitigung in EUR	Straßen- reinigung in EUR	Bauhof in EUR	Wirtschaftliche Stadtentwicklung in EUR
		Verwaltung, Vertrieb in EUR	Sonstiges in EUR				
1	2	3	4	5	6	7	8
Einzahlungen							
1 Zuweisungen der Gemeinde							
2 Zuführung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter							
3 Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil							
4 Rückflüsse aus gewährten Darlehen							
5 Veräußerung von Beteiligungen sowie Rückflüsse von Kapitalanlagen							
6 Zuschüsse Nutzungsberechtigter							
Ertragszuschüsse							
sonstige Bauzuschüsse							
7 Abschreibungen	1.401.352			1.217.648	27.960	110.323	45.421
8 Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens							
9 Kredite	345.000			300.000			45.000
10 Sonstige Einzahlungen							
Zuschüsse	0						
Verminderung Kassenbestand	147.418			4.352	33.540	48.083	61.443
Spartengewinne	53.694					53.694	
	1.947.464	0	0	1.522.000	61.500	212.100	151.864
Auszahlungen							
1 Rückzahlung von Eigenkapital							
2 Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter							
3 Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil							
4 Auflösung von Zuschüssen Nutzungsberechtigter							
5 Gewährung von Darlehen							
6 Investitionsausgaben für Sachanlagen	1.104.400			812.000	61.500	183.100	47.800
7 Tilgung von Krediten	791.000			710.000		29.000	52.000
8 Sonstige Auszahlungen							
Erhöhung Kassenbestand	0						
Spartenverluste	52.064						52.064
	1.947.464	0	0	1.522.000	61.500	212.100	151.864
Über- (+) /Unterdeckung (-)	0	0	0	0	0	0	0

- Kurzfassung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen		Erläuterungen	
B E Z E I C H N U N G	Ausgaben	Verpflich- tungser- mächtigung.	Ausgaben	Gesamtaus- gabebedarf		bisher be- reitgestellt	vor	Über- tragene Mittel	
	2018 in EUR	2018 in EUR	2017 in EUR		2016 in EUR				2016 in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Stadtentwässerung									
1. Abwassersammlung	623.000		765.000	236.307	1.624.307	1.001.307			18.000
2. Schmutzwasserbehandlung	127.000		114.000	32.405	273.405	146.405			
3. Niederschlagswasserbehandlung	9.000		15.000	8.725	32.725	23.725			290.000
4. Sonstiges	53.000		85.000	19.051	157.051	104.051			6.000
Stadtentwässerung - Gesamtsumme	812.000		979.000	296.488	2.087.488	1.275.488			314.000
Bauhof									
1. Fuhrpark	90.300		178.500	5.116	273.916	183.616			19.000
2. Werkzeuge und Geräte	31.000		19.000	10.134	60.134	29.134			
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.800		5.800	4.084	13.684	9.884			
4. Sonstiges	58.000		44.500	17.071	119.571	61.571			
Bauhof - Gesamtsumme	183.100		247.800	36.405	467.305	284.205			19.000

- Kurzfassung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen		Erläuterungen	
B E Z E I C H N U N G	Ausgaben	Verpflich- tungser- mächtigung.	Ausgaben	2016 in EUR		Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	vor 2016 in EUR	Über- tragene Mittel 2016 in EUR
	2018 in EUR	2018 in EUR	2017 in EUR						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Straßenreinigung									
1. Fuhrpark	52.500		42.000			94.500	42.000		
2. Werkzeuge und Geräte	5.500		5.000			10.500	5.000		
3. Sonstiges	3.500		3.500	1.743		8.743	5.243		
Straßenreinigung - Gesamtsumme	61.500		50.500	1.743		113.743	52.243		
Wirtschaftliche Stadtentwicklung									
1. Parkplätze	6.000			3.868		9.868	3.868		
2. Sonstiges	41.800		78.500	33.948		154.248	112.448		
Wirtschaftl. Stadtentwicklung - Gesamtsumme	47.800		78.500	37.816		164.116	116.316		
Summe Gesamtbetrieb	1.104.400		1.355.800	372.452		2.832.652	1.728.252		333.000

- Einzelaufstellung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen			Über- tragene Mittel 2016 in EUR
B E Z E I C H N U N G		Ausgaben 2 0 1 8 in EUR	Verpflich- tungser- mächtigung. 2 0 1 8 in EUR	Ausgaben 2 0 1 7 in EUR		2 0 1 6 in EUR	Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Stadtentwässerung									
<u>1. Abwassersammlung</u>									
Pumpwerke									
	SPW 1 (Schlosswiese): Ersatz 2 Pumpen	8.000				8.000			
	SPW 0, 1, 2 (Lübecker Str., Schlossw., Jägerd.): ADL-Havariedruckstutzen	10.000		30.000		40.000	30.000		
	SPW 2 (Jägerdenkmal): Sanierung Pumpensumpf	15.000		15.000		30.000	15.000		
	Erschließung Aussenbereich	3.000		3.000		6.000	3.000		
	SPW 0 (Lübecker Straße): Errichtung 2.Sammelraum			65.000		65.000	65.000		
	SPW 7 (Dreieck) Ersatz Pumpe 1 + 2			5.000	3.392	8.392	8.392		
	Störmeldeanl./Fernwirts.SPW 7,9,16,17				16.663	16.663	16.663		
	SPW 15-Stüvkamp:Ersatz Tauchpumpe 1				1.524	1.524	1.524		
	SPW 0:Lübecker Str.Ersatz Grundlastpumpe				16.561	16.561	16.561		
	SPW 13, Ersatz Niveausteuerng Weißdornw				2.479	2.479	2.479		
	SPW 1 (Schlosswiese): Ersatz 2 Pumpen								12.000
	SPW 0 (Lübecker Straße): Erneuerung Kompostfilter								6.000
Hausanschlüsse									
	Hausanschlüsse Erneuerungen allgemein	10.000		10.000		20.000	10.000		
	Erschließung Aussenbereich	6.000		6.000		12.000	6.000		
Kanalsanierung, -erneuerung und - neubau									
	Kanalsanierung Mechower Straße	40.000		100.000		140.000	100.000		
	Kanäle Erneuerungen allgemein	500.000		500.000		1.000.000	500.000		
	Erschließung Aussenbereich	6.000		6.000		12.000	6.000		
	Schächte/Hausanschlüsse Erneuerungen allgemein	25.000		25.000	21.953	71.953	46.953		
	Kanalsanierung Röpersberg				27.718	27.718	27.718		
	Erschließung Ravenskamp				139.050	139.050	139.050		
	Erneuerung R-Kanal Am Graben				6.967	6.967	6.967		
Kanalverlegung									
	H.-Herzt-Str./Schoppe & Schulz								
Zwischensumme		623.000		765.000	236.307	1.624.307	1.001.307		18.000

- Einzelaufstellung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen			Über- tragene Mittel 2016 in EUR
B E Z E I C H N U N G		Ausgaben 2 0 1 8 in EUR	Verpflich- tungser- mächtigung. 2 0 1 8 in EUR	Ausgaben 2 0 1 7 in EUR		2 0 1 6 in EUR	Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<u>2. Schmutzwasserbehandlung</u>									
Kläranlage									
	Faulbehälter: Revision/Erneuerung Mischer	20.000				20.000			
	Gefahrstoffdepot	15.000				15.000			
	Erneuerung 3 E-Klappen im RS-System	11.000				11.000			
	Werkstattausrüstung	8.000				8.000			
	Grobentschlammung: Grundinstandsetzung Räumler	40.000		40.000		80.000	40.000		
	Kalkdosierung: Generalüberholung Doppelpaddelmischer	6.000		5.000		11.000	5.000		
	Filtration: Erneuerung Pneumatikventile	15.000		15.000		30.000	15.000		
	Schaltraumbelüftung NSV 2 (Vorklärung)	6.000		6.000		12.000	6.000		
	RÜ-Pumpwerk: Ersatz RÜ-Pumpe 1 KSB	6.000		6.000		12.000	6.000		
	Methangasmessung: Erneuerung / Ersatz			25.000		25.000	25.000		
	Erneuerung 3 E-Klappen im RS-System			11.000		11.000	11.000		
	Spektralphotometer			6.000		6.000	6.000		
	KW Labor:Ersatz WTW Thermostatenschrank				1.764	1.764	1.764		
	Video-Überwachungsanl.Zufahrt Klärwerk				1.546	1.546	1.546		
	Klärwerk-Filtration:LDO sc Sauerstoffson				1.925	1.925	1.925		
	Klärwerk:Ersatzbeschaffung Biogasmessung				21.789	21.789	21.789		
	Klärwerk,P-Vorfällung:Ers.Fe-Dosierpumpe				1.994	1.994	1.994		
	Brauchwasserpumpe /Klärwerk				3.388	3.388	3.388		
	Zwischensumme	127.000		114.000	32.405	273.405	146.405		
<u>3. Niederschlagswasserbehandlung</u>									
Regenwasserbehandlungsanlagen									
	Regenklärwerk E 3: Bauwerksdrainage Betriebsgebäude	9.000				9.000			
	Beschilderung RW-Einleitstellen			15.000		15.000	15.000		
	RKB südl.Sammelstr.(E17+18+20 Knotenpkt.				4.565	4.565	4.565		
	Regenwa.behandl.:Schüttgutbox a.d.Bauhof				4.160	4.160	4.160		
	Umschlüssen/Anbindungen Wedenberg, Möllner Straße (E89)								290.000
	Zwischensumme	9.000		15.000	8.725	32.725	23.725		290.000

- Einzelaufstellung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen			Über- tragene Mittel 2016 in EUR
B E Z E I C H N U N G		Ausgaben 2018 in EUR	Verpflich- tungser- mächtigung. 2018 in EUR	Ausgaben 2017 in EUR		2016 in EUR	Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<u>4. Sonstiges</u>									
Betriebsgelände									
Fuhrpark									
	PKW für das Klärwerk				9.990	9.990	9.990		
Betriebs- und Geschäftsausstattung									
	Plasma-Schneidgerät	3.000				3.000			
	Mobiles Spitzenlast-Pumpenaggregat			35.000		35.000	35.000		
	WIG-Schweißgerät TechnolitECOtig 160Puls				1.654	1.654	1.654		
	Notebook Lenovo 17,3" W7 Professional				525	525	525		
Sonstiges									
	Sonstiges	50.000		50.000		100.000	50.000		
	GWG bis 410 Euro Abwasser				1.325	1.325	1.325		
	Standardcontainer 1m ³				437	437	437		
	Rettungs- und Sicherheitsausrüstung Kanal + KW				2.634	2.634	2.634		6.000
	Kärcher Hochdruckreiniger				2.486	2.486	2.486		
Zwischensumme		53.000		85.000	19.051	157.051	104.051		6.000
Stadtentwässerung Gesamtsumme		812.000		979.000	296.488	2.087.488	1.275.488		314.000

V E R M Ö G E N S P L A N
für das Wirtschaftsjahr 2018

- Einzelaufstellung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen			Über- tragene Mittel 2016 in EUR
B E Z E I C H N U N G	Ausgaben 2018 in EUR	Verpflich- tungser- mächtigung. 2018 in EUR	Ausgaben 2017 in EUR	2016 in EUR		Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	vor 2016 in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bauhof									
<u>1. Fuhrpark</u>									
	Neubeschaffung Kommunalschlepper 35 PS incl. ABT	42.000				42.000			
	3 Stck. City Abrollcontainer	11.800				11.800			
	Ersatz Anhänger 2,5 to MB Transport	6.500				6.500			
	E-Mobil WC-Unterhaltung	30.000				30.000			
	Ersatzbeschaffung RZ-MC 28 Containerfahrzeug			129.000		129.000	129.000		
	Kommunalschlepper 35 PS Sportanlage Riemannstraße			43.000		43.000	43.000		
	Anbaugebläse Kummularschlepper			6.500		6.500	6.500		
	Probst Aufbaukranzange + Wechselbacken				5.116	5.116	5.116		
	Thermische Unkrautbekämpfungsanlage								19.000
	Zwischensumme	90.300		178.500	5.116	273.916	183.616		19.000

V E R M Ö G E N S P L A N
für das Wirtschaftsjahr 2018

- Einzelaufstellung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen			Über- tragene Mittel 2016 in EUR
B E Z E I C H N U N G		Ausgaben 2018 in EUR	Verpflich- tungser- mächtigung. 2018 in EUR	Ausgaben 2017 in EUR		2016 in EUR	Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<u>2. Werkzeuge und Geräte</u>									
	Grünpflege Akkutechnik Pelenc	9.800				9.800			
	Hydraulischer Baggerkorb MB	4.500				4.500			
	Schlegelmähwerk Agria 3500	4.200				4.200			
	Ersatzbeschaffung Kleinmaschinen GWG bis 410 €	2.000				2.000			
	Ersatz Vertikutierer BJ 1995	7.000		7.500		14.500	7.500		
	Kleingeräte Ersatz	3.500		3.200		6.700	3.200		
	Ersatzgreifer Kompaktbagger			3.500		3.500	3.500		
	Ersatzbeschaffung Kleinmaschinen Grünpflege			4.800		4.800	4.800		
	Sammelauftrag GWG bis 410 Euro				3.716	3.716	3.716		
	Trennschleifer HUSQVARNA				989	989	989		
	Makita Kapp- und Gehrungssäge				1.054	1.054	1.054		
	2 Freischneider STIHL FS 130				1.080	1.080	1.080		
	STIHL Freischneider				493	493	493		
	STIHL BR 600				622	622	622		
	Gölz Tischsäge MS 400 + Diamantscheibe				1.071	1.071	1.071		
	Laubgebläse STIHL				655	655	655		
	Makita Akku-Handkreissäge				454	454	454		
	Zwischensumme	31.000		19.000	10.134	60.134	29.134		
<u>3. Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>									
	Ersatzbeschaffung GWG	3.800		5.800		9.600	5.800		
	Bau Waschplatz auf Bauhofgelände				362	362	362		
	2 St.Kastenwerkbank				1.340	1.340	1.340		
	2 Bürodrehstühle + Armlehnen				1.520	1.520	1.520		
	Arbeitsplatzrechner				862	862	862		
	Zwischensumme	3.800		5.800	4.084	13.684	9.884		

V E R M Ö G E N S P L A N
für das Wirtschaftsjahr 2018

- Einzelaufstellung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen			Über- tragene Mittel 2016 in EUR
B E Z E I C H N U N G	Ausgaben 2018 in EUR	Verpflich- tungser- mächtigung. 2018 in EUR	Ausgaben 2017 in EUR	2016 in EUR		Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	vor 2016 in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<u>4. Sonstiges</u>									
	Erweiterung Sozialgebäude Bauhof	43.000				43.000			
	DTM System BVL Archivio	7.500				7.500			
	Erneuerung 3 Stck. Fenster Sozialgebäude	2.500				2.500			
	Sonstige Kleingeräte	5.000		7.000		12.000	7.000		
	Leitungsbau Fahrzeughalle (ArbSchV)			12.000		12.000	12.000		
	Kompostplatz			6.500		6.500	6.500		
	Planungskosten			6.500		6.500	6.500		
	Umbau Bauhofgelände (für Abgabe an THW)			12.500		12.500	12.500		
	Schüttgutplatz / Bauhof				7.124	7.124	7.124		
	Abluftanlage Waschhalle				1.323	1.323	1.323		
	Platzbefestigung Kompostplatz				8.625	8.625	8.625		
	Zwischensumme	58.000		44.500	17.071	119.571	61.571		
	Bauhof Gesamtsumme	183.100		247.800	36.405	467.305	284.205		19.000

- Einzelaufstellung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen			Über- tragene Mittel 2016 in EUR
B E Z E I C H N U N G		Ausgaben 2018 in EUR	Verpflich- tungser- mächtigung. 2018 in EUR	Ausgaben 2017 in EUR		2016 in EUR	Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Straßenreinigung									
<u>1. Fuhrpark</u>									
	Reinex TRG oder Wave TRA Reinigungsanlage	41.000				41.000			
	Winterdiensttechnik KS 35 PS	7.500				7.500			
	GPS System	4.000		6.000		10.000	6.000		
	Ersatzbeschaffung Streuer MC 28			28.000		28.000	28.000		
	Ersatzbeschaffung Streuer Kommunalschlepper			8.000		8.000	8.000		
	Zwischensumme	52.500		42.000		94.500	42.000		
<u>2. Werkzeuge und Geräte</u>									
	Ersatzbeschaffung Straßenreinigung GWG	5.500		5.000		10.500	5.000		
	Sammelauftrag GWG bis 410 Euro								
	Zwischensumme	5.500		5.000		10.500	5.000		
<u>3. Sonstiges</u>									
	Erneuerung Papierkörbe / Abfallbehälter	3.500		3.500		7.000	3.500		
	Carportanlage Winterdiensttechnik				1.743	1.743	1.743		
	Zwischensumme	3.500		3.500	1.743	8.743	5.243		
	Straßenreinigung Gesamtsumme	61.500		50.500	1.743	113.743	52.243		

- Einzelaufstellung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen			Über- tragene Mittel 2016 in EUR
B E Z E I C H N U N G		Ausgaben 2018 in EUR	Verpflich- tungser- mächtigung. 2018 in EUR	Ausgaben 2017 in EUR		2016 in EUR	Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Wirtschaftliche Stadtentwicklung									
<u>1. Parkplätze</u>									
	Parkscheinautomaten Umrüstung auf EC-Kartenzahlung	6.000				6.000			
	Parkscheinautomat STRADA				3.868	3.868	3.868		
Zwischensumme		6.000			3.868	9.868	3.868		

- Einzelaufstellung -

A U S Z A H L U N G E N		P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres- rechnung	Investitionen und In- vestitionsförderungs- maßnahmen			Über- tragene Mittel 2016 in EUR
B E Z E I C H N U N G		Ausgaben 2018 in EUR	Verpflich- tungser- mächtigung. 2018 in EUR	Ausgaben 2017 in EUR		2016 in EUR	Gesamtaus- gabebedarf in EUR	bisher be- reitgestellt in EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<u>2. Sonstiges</u>									
	Anschaffung Aquapark Schlosswiese	2.500				2.500			
	Erneuerung Möbel Tourist-Info	10.000				10.000			
	Schaukästen	2.000				2.000			
	Ausgestaltung Marktplatz	15.000				15.000			
	Neuanschaffung Notebook	800				800			
	PC-Ersatzmaßnahmen	1.000		1.000		2.000	1.000		
	Ersatz Bänke	2.000		2.000		4.000	2.000		
	Ersatzmaßnahmen Badestelle	1.500		1.500		3.000	1.500		
	Ersatz Papierkörbe	3.500		3.500		7.000	3.500		
	Ersatz Papierkörbe	1.500		1.500		3.000	1.500		
	Sonstiges Wirtschaftliche Stadtentwicklung	2.000		2.000		4.000	2.000		
	Neuerstellung DLRG Parkplatz			25.500		25.500	25.500		
	Spielgerät Badestelle Schloßwiese			35.000		35.000	35.000		
	Pollererneuerung Wanderweg Schloßwiese			3.500		3.500	3.500		
	DLRG Boot			3.000		3.000	3.000		
	Registrierkasse Sharp				1.120	1.120	1.120		
	1 PC,Monitor inkl.Zubehör				802	802	802		
	DLRG Wachturm Badestelle				30.594	30.594	30.594		
	Sammelposten GWG bis 410				857	857	857		
	Rettungsbrett DLRG Badestelle				576	576	576		
Zwischensumme		41.800		78.500	33.948	154.248	112.448		
Wirtschaftliche Stadtentwicklung Gesamtsumme		47.800		78.500	37.816	164.116	116.316		

F I N A N Z P L A N
für die Wirtschaftsjahre 2017 - 2021

A Einzahlungen und Auszahlungen (§ 16 Nr. 1 EigVO)						
Nr.	Bezeichnungen	2017	2018	2019	2020	2021
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7
Einzahlungen						
1	Zuweisungen der Gemeinde					
2	Zuführung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter					
3	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil					
4	Rückflüsse aus gewährten Darlehen					
5	Veräußerung von Beteiligungen sowie Rückflüsse von Kapitalanlagen					
6	Zuschüsse Nutzungsberechtigter, Ertragszuschüsse sonstige Bauzuschüsse					
7	Abschreibungen	1.406.045	1.401.352	1.418.125	1.423.164	1.312.588
8	Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens					
9	Kredite	568.000	345.000		2.000.000	130.000
10	Sonstige Einzahlungen Zuschüsse Verminderung Kassenbestand Spartengewinne	218.077 42.267	147.418 53.694		48.336	1.412
		2.234.389	1.947.464	1.418.125	3.471.500	1.444.000
Auszahlungen						
1	Rückzahlung von Eigenkapital					
2	Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter					
3	Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil					
4	Auflösung von Zuschüssen Nutzungsberechtigter					
5	Gewährung von Darlehen					
6	Investitionsausgaben für Sachanlagen	1.355.800	1.104.400	724.500	2.734.500	680.000
7	Tilgung von Krediten	819.000	791.000	671.000	737.000	764.000
8	Sonstige Auszahlungen Erhöhung Kassenbestand Spartenverluste	17.600 41.989		22.625		
		2.234.389	1.947.464	1.418.125	3.471.500	1.444.000

A U S W I R K U N G E N S T A D T
für den Wirtschaftsplan 2018

B Übersicht über die Einzahlungen und Auszahlungen, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Stadt Ratzeburg auswirken (§16 Abs. 2 EigVO)						
Nr.	Bezeichnungen	2017	2018	2019	2020	2021
		€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7
	Einzahlungen					
1.	Zuweisungen der Stadt zur Eigenkapitalaufstockung zum Verlustausgleich					
	Leistungen der Stadt					
	Tourismusförderung	318.100	305.000	305.000	305.000	305.000
	Betriebskostenzuschuss Öffentliche Toiletten	77.100	108.000	108.000	108.000	108.000
	Regenwassersammlung öffentliche Flächen	332.800	334.300	334.300	334.300	334.300
	Öffentlichkeitsanteil Straßenreinigung	97.200	99.900	99.900	99.900	99.900
	Zuschuss zu Investitionen Abwasserbereich					
2.	Darlehen der Stadt					
		825.200	847.200	847.200	847.200	847.200
	Auszahlungen					
1.	Ablieferungen an die Stadt					
	Verwaltungskostenpauschalen an andere Bereiche	360.700	268.100	268.100	268.100	268.100
	Gewinne					
2.	Tilgung von Darlehen der Stadt					
		360.700	268.100	268.100	268.100	268.100
		-464.500	-579.100	-579.100	-579.100	-579.100

Ö 11

Stellenübersicht der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe 2018

Bezeichnung	Entgelt-Gruppe	2017	Beschäftigte Anzahl	30. Juni 2017	Entg.-Gruppe	Beamte Anzahl	2018
		Beamte		tatsächlich			Beschäftigte
		Anzahl		besetzt			Anzahl
Stadtentwässerung							
Kläremeister	9a		1	1	9a		1
Kläremeister	9a		0	0	9a		1
Ver-und Entsorger	6		1	1	6		1
Elektriker	6		1	1	6		1
Ver-und Entsorger	6		1	1	6		1
Ver-und Entsorger	6		1	1	6		1
Fachkraft für Abwassertechnik	6		0	0	6		1
Schlosser	5		1	1	5		1
Schlosser	5		1	1	6		1
Summe Klärwerk		0	7	7		0	9
Bauhof							
Stadtarbeiter	6		1	1	6		1
Stadtarbeiter	5		1	1	5		1
Stadtarbeiter	5		1	1	5		1
Stadtarbeiter/Stellv. Leiter	8		1	1	8		1
Bürokräft	5		1	1	5		1
Bürokräft	5		0	0	5		1
Stadtarbeiter	5		1	1	5		1
Leiter	9		1	1	9		1
Stadtarbeiter	5		1	1	5		1
Stadtarbeiter	6		1	1	6		1
Stadtarbeiter	5		1	1	5		1
Stadtarbeiter	5		1	1	5		1
Stadtarbeiter	5		1	1	5		1
Stadtarbeiter	5		1	1	5		1
Stadtarbeiter/Tischler	5		1	1	5		1
Stadtarbeiter	6		1	1	6		1
Stadtarbeiter	4		1	1	4		1
Stadtarbeiter	5		1	1	5		1
Stadtarbeiter	6		1	1	6		1
Platzwärterin	3		1	1	3		1
Arbeiter	3		1	1	3		1
Stadtarbeiter	5		1	1	5		1
Arbeiter	2		1	1	2		1
Stadtarbeiter/in	5		-	-	5		1
Arbeiterin	2		0	0	2		1
Arbeiter/in	2		0	0	2		1
Arbeiter/in	2		0	0	2		1
Arbeiter/in	3		1	1	3		1
Arbeiter	5		0	0	5		1

Arbeiter	5		0	0	5		1
Arbeiter	5		0	0	5		1
Summe Bauhof		0	22	22		0	30
Verwaltung							
Bauingenieur	11		1	1	11		1
Bautechnikerin	8		1	1	8		1
Verw. Angestellte	6		1	1	6		1
Summe Verwaltung		0	3	3		0	3
Wirtschaftliche Stadtentwicklung							
Verw. Angestellte	10		1	1	10		1
Verw. Angestellter	6		1	1	6		1
Verw. Angestellte	8		1	1	8		1
Verw. Angestellte	5		1	1	6		1
Verw. Angestellte	3		1	1	3		1
Verw. Angestellte	3		1	1	3		1
Verw. Angestellte	3		Saisonkraft	Saisonkraft	3		Saisonkraft
Summe Wirt.St.Ent.		0	6	6		0	6
Gesamt:		0	38	38		0	48
<u>Nachrichtlich:</u>							
4 Saisonkräfte für den Bauhof (1 Sportplatz, 1 Str.Unterh., 2 Grünpflege, 1 Badestelle Schloßwiese)							
1 Azubi (Ver- und Entsorger)							
<u>Hinweis:</u>							
Da der Eigenbetrieb keine Dienstherrenfähigkeit besitzt, wird 1 Beamter im Stellenplan der Stadt Ratzeburg 2017 Nr. 89 geführt.							

Bemerkungen
Ruhestand in 2019
ab 01.07.2018
neu ab 01.01.2018
KW
Verwaltung Bauhof
Ku EG 5
31,5 Wochenstd.
19,5 Wochenstd.
Umwandlung von Minijob auf 17 Wochenstunden (Reinigung der öffentlichen Toiletten, Badestellen)
14 Wochenstunden (Reinigung der öffentlichen Toiletten)
14 Wochenstunden (Reinigung der öffentlichen Toiletten)
Grünpflege (Gärtner oder glw.)

Ö 12

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 19.10.2017

SR/BeVoSr/515/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

Zusammenstellung gem. § 12 EigVO der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe für das Wirtschaftsjahr 2018

Zielsetzung:

Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe im Jahr 2018

Beschlussvorschlag:

Der AWTS beschließt, der Stadtvertretung zu empfehlen (die Stadtvertretung beschließt auf Empfehlung des AWTS und Vorberatung im Hauptausschuss), die als Anlage beigefügte Zusammenstellung gem. § 12 Abs. 1 EigVO für das Wirtschaftsjahr 2018 der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe (RZ-WB).

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Kolja Pantelmann am 19.10.2017

Bürgermeister Voß am 19.10.2017

Sachverhalt:

Unter dem vorangegangenen Beratungspunkt wurde der Wirtschaftsplan 2018 insgesamt vorgelegt. Über die Zusammenstellung gem. § 12 Abs. 1 EigVO ist ein gesonderter (Satzungs-) Beschluss erforderlich. Im Übrigen wird auf die Sachverhaltsdarstellung zum Wirtschaftsplan 2018 hingewiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Gemäß Wirtschaftsplan 2018

Anlagenverzeichnis:

Zusammenstellung gemäß § 12 EigVO.

mitgezeichnet haben:

Ö 12

Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe

Zusammenstellung nach § 12 Abs. 1 EigVO für das Wirtschaftsjahr 2018

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 6 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung hat die Stadtvertretung durch Beschluss vom _____ - und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde¹ - den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

1. Es betragen	
1.1 im Erfolgsplan	
die Erträge	6.158.416 EUR
die Aufwendungen	6.156.786 EUR
der Jahresgewinn	1.630 EUR
der Jahresverlust	EUR
1.2 im Vermögensplan	
die Einzahlungen	1.947.464 EUR
die Auszahlungen	1.947.464 EUR
2. Es werden festgesetzt:	
der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	345.000 EUR
2.1 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	0 EUR
2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	500.000 EUR

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am _____ erteilt¹.

Ratzeburg,

.....
Bürgermeister

¹ nur bei Genehmigung

Ö 13

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 20.10.2017

SR/BeVoSr/516/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

Übertragung von Mitteln der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe auf das Wirtschaftsjahr 2018

Zielsetzung:

Übertragung bereits beschlossener Finanzmittel von 2017 auf 2018.

Beschlussvorschlag:

Nach Berichterstattung im AWTS über das Verfahren, nehmen der Hauptausschuss und die Stadtvertretung Kenntnis über die aus dem Wirtschaftsjahr 2017 in das Wirtschaftsjahr 2018 gemäß Aufstellung im Sachverhalt der Vorlage zu übertragenden Mittel.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Kolja Pantelmann am 20.10.2017

Bürgermeister Voß am 20.10.2017

Sachverhalt:

Mit dem für den Jahresabschluss beauftragten Wirtschaftsprüfer wurde vereinbart, künftig wie folgt zu verfahren:

1. Die von den jeweiligen Sparten (Stadtentwässerung, Bauhof und wirtschaftliche Stadtentwicklung) zur Übertragung angemeldeten Mittel (nur Maßnahmen aus dem Investitionsplan) werden in der dazugehörigen Liste um eine Spalte mit der Überschrift „**Kraft Gesetzes gem. § 23 II GemHVO-Doppik i.V.m. § 28 EigVO**

übertragen“ ergänzt, da es sich dabei um Investitionen bzw. Baumaßnahmen handelt.

2. Die dort enthaltenen Maßnahmen werden den politischen Gremien lediglich zur Kenntnis gegeben.

Folgende Mittelübertragungen wurden angemeldet (Stadtentwässerung, Straßenreinigung und Bauhof):

**Anmeldung für Mittelübertragungen vom Wirtschaftsjahr 2017 auf das
Wirtschaftsjahr 2018 zur Kenntnisnahme Hauptausschuss/Stadtvertretung**

Sparte: Maßnahme/ Begründung	Im WP 2017 enthalten oder aus Vorjahren übertragen € <small>(Buchungskennziffer gem. Buchhaltung VS)</small>	Kraft Gesetz gem.§ 23 II GemHVO- Doppik i.V.m. § 28 EigVO übertragen auf 2018 €	Gesamt- Bedarf €
<u>Stadtentwässerung</u> Mobiles Spitzenlast- Pumpenaggregat	35.000 (RZWAB.1.1.2)	35.000	35.000
<u>Stadtentwässerung</u> SPW 1 (Schlosswiese): Ersatz 2 Pumpen	12.000 (RZWAB.1.1.2)	6.000	14.000
<u>Stadtentwässerung</u> SPW 0, 1, 2 Lübecker Straße Schloßwiese Am Jägerdenkmal: ADL-Havarie-Druckstutzen	20.000 (RZWAB.1.1.2)	20.000	30.000
<u>Bauhof</u> Thermische Unkrautbekämpfungsanlage für die Straßenunterhaltung/Gehweg- reinigung	19.000 (RZWBH 1.1)	19.000	19.000
<u>Bauhof</u> Betriebs- und Geschäftsausstattung – Durchführung von Grundstücks- und Gebäudeunterhaltungen im Zuge der Arbeitsstättenverordnung	20.000 (RZWBH 1.3)	20.000	20.000
<u>Straßenreinigung</u> Beschaffung eines Silstreutautomaten	32.000 (RZWSR 1.1)	32.000	32.000

Mit den genannten Maßnahmen konnte 2017 nicht mehr begonnen bzw. konnten diese nicht mehr abgeschlossen werden. Sie sollen deshalb im Jahr 2018 fortgesetzt werden.

--

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Keine zusätzlichen, da die Gesamtkosten bereits im laufenden Wirtschaftsjahr durchfinanziert sind.

Anlagenverzeichnis:

Entfällt.

mitgezeichnet haben:

Ö 14

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 20.10.2017

SR/BeVoSr/507/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

Vorkalkulation der Abwassergebühren 2018

Zielsetzung:

Das Kommunalabgabengesetz Schleswig-Holstein (KAG) fordert eine nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen aufgestellte Gebührenkalkulation.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt nach Empfehlung des AWTS, der Stadtvertretung zu empfehlen, (die Stadtvertretung beschließt) die Gebührenkalkulation für die Abwassergebühren 2018 gemäß Anlage zu beschließen und ab 01.01.2018 die Gebührensätze entsprechend anzupassen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Kolja Pantelmann am 17.10.2017

Bürgermeister Voß am 19.10.2017

Sachverhalt:

Die Stadt Ratzeburg betreibt die Abwasserbeseitigung/Stadtentwässerung als besondere Sparte im Eigenbetrieb RZ-WB.

Da die Finanzierung der eigenbetriebsrechtlich organisierten Abwasserbeseitigungseinrichtungen entsprechend den Anforderungen des Bilanzrechtes (HGB, EigVO) in der Bilanz abgebildet werden muss, besteht eine enge Verzahnung zwischen Bilanzrecht einerseits und Gebührenrecht andererseits. Die

gebührenrechtlichen Vorschriften erfordern eine zeitnahe Nachkalkulation zur Ermittlung der Über- und Unterschüsse der Abwassergebühren. Gleichzeitig ist es erforderlich, dass die Gebührensätze der einzelnen Jahre überprüft und nötigenfalls angepasst werden.

Auf die beigefügte Vorkalkulation der Abwassergebühren 2018 nach Kostenträgern Basis WBZW wird als Grundlage für alle vorstehenden Gebührenveränderungen hingewiesen:

Daraus entwickeln sich die einzelnen Gebührensätze wie folgt:

	+ / -	alt ab 01.01.2017	neu ab 01.01.2018
Zusatzgebühr Schmutzwasser	+ 0,08 €/m ³	2,54 €/m ³	2,62 €/m³
Zusatzgebühr Regenwasser	+ 0,03 €/m ²	0,31 €/m ²	0,34 €/m²
Gebühr Sammelgruben	+ 0,07 €/m ³	2,97 €/m ³	3,04 €/m³

Die neuen Gebührensätze sind ab **01.01.2018** in der Beitrags- und Gebührensatzung festzusetzen.

Anlagenverzeichnis:

Vorkalkulation der Abwassergebühren 2018 nach Kostenträgern Basis Wiederbeschaffungszeitwert (WBZW) durch die TREUKOM.

mitgezeichnet haben:

entfällt

Vorkalkulation der Abwassergebühren 2018 nach Kostenträgern Basis WBZW Stadtentwässerung Ratzeburg

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Ansatz		Summe	Kostenträger							
					Schmutzwasserentsorgung			Regenwasserentsorgung		Dezentrale Entsorgung		Nebengeschäfte
					Reinigung	Schlammbehandlung	Sammlung	private Flächen	öffentliche Flächen	Hauskläranlagen	Sammelgruben	
(1) €	(2) %	(3) €	(4) €	(5) €	(6) €	(7) €	(8) €	(9) €	(10) €	(11) €		
I Kosten Betriebsabrechnungsbogen												
1	Direkt zurechenbare Kosten			1.975.230,65	379.701,22	221.216,70	846.828,84	262.208,55	255.665,01	250,00	702,02	8.658,30
2	Umlagekosten			1.350.038,52	714.319,06	172.328,03	128.768,50	213.741,02	115.080,12	0,00	3.235,38	2.566,39
3	Kosten gesamt			3.325.269,17	1.094.020,28	393.544,73	975.597,35	475.949,58	370.745,13	250,00	3.937,41	11.224,69
II Nebenerlöse und Deckungsbeiträge												
1	Grundgebühren 5,00 €/Monat			366.923,00	129.525,15	46.593,23	115.504,62	74.400,00			900,00	
2	Auflösung Neubewertungsrücklage Stadt			33.884,86					33.884,86			
3	Auflösung Baukostenzuschüsse			4.682,00			1.400,00	1.400,00	1.882,00			
4	Sonstige Erträge			77.449,38	2.057,47	740,12	61.834,76	895,10	697,24			11.224,69
5	Summe			482.939,24	131.582,62	47.333,35	178.739,38	76.695,10	36.464,10	0,00	900,00	11.224,69
III verbleibende Kosten 2018				2.842.329,93	962.437,66	346.211,38	796.857,97	399.254,48	334.281,03	250,00	3.037,41	0,00
IV Verrechnung Gebührenüber-/unterdeckungen												
1	Schmutzwasser 2014	-73.936,82	100%	-73.900,00	-33.780,06	-12.151,48	-27.968,47					
2	Schmutzwasser 2015	-52.353,04	100%	-52.400,00	-23.952,30	-8.616,20	-19.831,50					
3	Schmutzwasser 2016	-96.312,11	100%	-96.300,00	-44.019,21	-15.834,74	-36.446,05					
4	Regenwasser 2010	-7.806,32	100%	-7.800,00				-7.800,00				
5	Regenwasser 2013	-10.283,13	100%	-10.300,00				-10.300,00				
6	Regenwasser 2015	-24.710,49	100%	-24.700,00				-24.700,00				
7	Regenwasser 2016	-94.814,23	0%	0,00				0,00				
V Ausgleich Vorjahre gesamt				-265.400,00	-101.751,56	-36.602,42	-84.246,02	-42.800,00				
VI Aus Verbrauchsgebühren zu decken				2.576.929,93	860.686,10	309.608,96	712.611,95	356.454,48				
1	Bezugsgröße m³				720.000	720.000	720.000			0	1.000	
2	Bezugsgröße m²							1.044.000				
VII Ermittlung von Gebührensätzen				Gebühr	Gebühr	Ausgleich	Gebühr					
				2017	2018	Vorjahre	2018					
				€/m³	€/m³	€/m³	€/m³					
A Schmutzwasser Zusatzgebühr												
1	Reinigung Schmutzwasser			1,18	1,34	-0,14	1,20					
2	Schlammbehandlung Schmutzwasser			0,42	0,48	-0,05	0,43					
3	Sammlung Schmutzwasser			0,94	1,11	-0,12	0,99					
4	Summe			2,54	2,93	-0,31	2,62					
B Regenwasser Zusatzgebühr												
Entwässerung privater Flächen				€/m²	€/m²	€/m²	€/m²					
				0,31	0,38	-0,04	0,34					
C Gebühr Hauskläranlagen				€/m³	€/m³	€/m³	€/m³					
				0,00	0,00	0,00	0,00					
D Gebühr Sammelgruben (ohne Transport)				€/m³	€/m³	€/m³	€/m³					
				2,97	3,04	0,00	3,04					

Ö 15

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 19.10.2017

SR/BeVoSr/508/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

XVI. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentralen Abwasserbeseitigungsanlagen in der Stadt Ratzeburg (Beitrags- und Gebührensatzung)

Zielsetzung:

Erforderliche Anpassung der Benutzungsgebühren für die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung ab 01.01.2018.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung auf Empfehlung des AWTS zu beschließen (die Stadtvertretung beschließt), die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte XVI. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentralen Abwasserbeseitigungsanlagen in der Stadt Ratzeburg als Satzung der Stadt Ratzeburg zu erlassen. Die beigefügten Anlagen (Änderungssatzung und Gebührenkalkulation) sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Kolja Pantelmann am 17.10.2017

Peter Köpcke am 17.10.2017

Bürgermeister Voß am 19.10.2017

Sachverhalt:

Dazu wird gebeten, die als Anlage beigefügte Vorkalkulation der Abwassergebühren 2018 nach Kostenträgern Basis WBZW der Treukom zur Kenntnis zu nehmen und als Grundlage für die Gebührenanpassung zu beschließen.

Anlagenverzeichnis:

Entwurf der Satzungsänderung
Vorkalkulation der Abwassergebühren 2018 nach Kostenträgern Basis WBZW der
Treukom

mitgezeichnet haben:
entfällt

Ö

15

XVI. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentralen Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Ratzeburg (Beitrags- und Gebührensatzung)

Aufgrund des § 4 Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, der §§ 1, 2, 6, 8, und 9 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein, der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes in der jeweils gültigen Fassung und des § 15 der Abwassersatzung in der Fassung der letzten Änderung vom 21.03.2013 wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 11.12.2017 folgende Satzung erlassen:

Artikel I

Die Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentralen Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Ratzeburg wird wie folgt geändert:

§ 13 a Gebührensatz Schmutzwasser

Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Die Zusatzgebühr je Kubikmeter Schmutzwasser beträgt ab 01.01.2018:
2,62 €.

§ 13 b Gebührensatz Niederschlagswasser

Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Die Zusatzgebühr je Quadratmeter Niederschlagsfläche beträgt ab 01.01.2018:
0,34 €.

Artikel II

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2018 in Kraft.

Ratzeburg, den 2017

Stadt Ratzeburg
Der Bürgermeister

(Siegel)

(V o ß)
Bürgermeister

Ö 16

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 19.10.2017

SR/BeVoSr/509/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

XIV. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die nicht leitungsgebundene Abwasserbeseitigung der Stadt Ratzeburg (Gebührensatzung zur Fäkalschlammabeseitigung)

Zielsetzung:

Erforderliche Anpassung der Benutzungsgebühren für die Abfuhr aus abflusslosen Sammelgruben.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung auf Empfehlung des AWTS zu beschließen (die Stadtvertretung beschließt), die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte XIV. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die nicht leitungsgebundene Abwasserbeseitigung der Stadt Ratzeburg (Gebührensatzung zur Fäkalschlammabeseitigung) als Satzung zu erlassen. Die beigefügten Anlagen (Änderungssatzung und Gebührenkalkulation) sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Peter Köpcke am 17.10.2017

Kolja Pantelmann am 17.10.2017

am

Sachverhalt:

Dazu wird gebeten, die als Anlage beigefügte Vorkalkulation der Abwassergebühren 2018 nach Kostenträgern Basis WBZW der TreuKom zur Kenntnis zu nehmen und als Grundlage für die Gebührenanpassung zu beschließen.

Anlagenverzeichnis:

Entwurf der Satzungsänderung
Vorkalkulation der Abwassergebühren 2018 nach Kostenträgern Basis WBZW der
Treukom

mitgezeichnet haben:

entfällt

XIV. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die nicht leitungsgebundene Abwasserbeseitigung der Stadt Ratzeburg (Gebührensatzung zur Fäkalschlammabeseitigung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein und der §§ 1, 2 und 6 des Kommunalen Abgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein und der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes und des § 15 Abs. 3 der Abwassersatzung der Stadt Ratzeburg in der jeweils gültigen Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 11.12.2017 folgende Satzung erlassen:

Artikel I

§ 3 Absatz 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die nicht leitungsgebundene Abwasserbeseitigung der Stadt Ratzeburg erhält folgende Fassung:

(2) Die Höhe der Benutzungsgebühr für die Abwasserbeseitigung aus abflusslosen Sammelgruben ergibt sich aus der Grundgebühr und einer Zusatzgebühr. Die Grundgebühr wird nach Nennleistung der verwendeten Wasserzähler berechnet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Wasserzähler, so wird die Grundgebühr nach der Summe der Nennleistung der einzelnen Wasserzähler berechnet. Die monatliche Grundgebühr beträgt bei der Verwendung von Wasserzählern mit einer Nennleistung

bis 5 m ³ /h	5,00 €,
bis 10 m ³ /h	20,00 €,
über 10 m ³ /h	75,00 €.

Die Zusatzgebühr beträgt je Kubikmeter abgeholten Abwassers 3,04 €.

Artikel II

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2018 in Kraft.

Ratzeburg, den 2017

Stadt Ratzeburg
Der Bürgermeister

(Siegel)

(V o ß)
Bürgermeister

Ö 17

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 19.10.2017

SR/BeVoSr/384/2016/1

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

Vorkalkulation der Straßenreinigungsgebühren 2018

Zielsetzung:

Das Kommunalabgabengesetz Schleswig-Holstein (KAG) fordert eine nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen aufgestellte Gebührenkalkulation.

Beschlussvorschlag:

Der AWTS beschließt, der Stadtvertretung zu empfehlen (die Stadtvertretung beschließt, auf Empfehlung des AWTS und Vorberatung im Hauptausschuss) die Gebührenkalkulation für die Straßenreinigungsgebühren 2018 gemäß Anlage zu beschließen und für 2018 die Gebührensätze auf 3,44 €/m zu belassen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Kolja Pantelmann am 18.10.2017

Bürgermeister Voß am 19.10.2017

Sachverhalt:

Die Stadt Ratzeburg betreibt die Straßenreinigung als besondere Sparte im Eigenbetrieb RZ-WB.

Da die Finanzierung der eigenbetriebsrechtlich organisierten Straßenreinigungseinrichtungen entsprechen den Anforderungen des Bilanzrechtes (HGB, EigVO SH) in der Bilanz abgebildet werden muss, besteht eine enge Verzahnung zwischen Bilanzrecht einerseits und Gebührenrecht andererseits. Die gebührenrechtlichen Vorschriften erfordern eine zeitnahe Nachkalkulation zur Ermittlung der Über- und Unterschüsse der Gebühren. Gleichzeitig ist es erforderlich, dass die Gebührensätze der einzelnen Jahre überprüft und nötigenfalls angepasst werden.

Die Vorkalkulation (als Anlage beigefügt) für das Jahr 2018 ergibt im Einzelnen:

Kostenartengruppen	2017 €	2018 €
Kalkulatorische Abschreibungen	39.600	34.900,00
Kalkulatorische Zinsen	6.000	6.500,00
Betriebskosten	414.100	426.200,00
Gesamt	459.700	467.600,00
abzügl./zuzügl. Öffentlichkeitsanteile, Ausgleich Vorjahre u.a.	- 124.700 + 9.093,37	-119.900,00
Gebührenfähiger Aufwand	344.093,37	347.700,00

Darauf aufbauend entwickeln sich die einzelnen Gebührensätze wie folgt:

2003	2004	2005/ 2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013/ 2014	2015	2016	2017/ 2018
3,21 €/m	3,10 €/m	3,04 €/m	2,97 €/m	3,17 €/m	3,22 €/m	3,25 €/m	3,33 €/m	3,30 €/m	3,02 €/m	3,06 €/m	3,26 €/m	3,44 €/m

Die Nachkalkulation 2016 ergibt eine Überdeckung von 34 T€. Damit kann die vorgetragene Unterdeckung aus 2014 (43 T€) größtenteils ausgeglichen werden; der Rest wird voraussichtlich in 2017 verrechnet werden können. Damit ist das aktuelle Kalkulationsjahr 2018 frei von der Nachholung periodenfremder Ergebnisse.

Ursächlich sind hauptsächlich die voraussichtlich höheren Plankosten in den Bereichen Material und Personal. Die Kostensteigerungen sind auf die vorgesehene Streusalzbeschaffung, Tarifverhandlungen sowie die Erweiterung der Reinigungsgebiete (3. Bauabschnitt Barkenkamp und Gewerbegebiet Neuvorwerk) zurückzuführen. Soweit die Kostensteigerungen in dieser Größenordnung anfallen, sind sie betriebsnotwendig und in die Kalkulation mit aufzunehmen.

Bei der Bemessungsgrundlage ist von insgesamt 101.000 Kehrm Metern auszugehen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang noch der Hinweis auf den kalkulierten allgemeinen Öffentlichkeitsanteil von 15%, den die Stadt immer gemäß ständiger Rechtsprechung zu tragen hat und auf den Grünflächenanteil von 8.216 m, der sich ebenfalls gebührenmindernd auswirkt.

.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Der von der Stadt zu tragende Öffentlichkeitsanteil beträgt **71.600 €** (Vorjahr: **68.900 €**). Hinzu kommen die Gebührenanteile für Grünanlagen, Friedhöfe usw. in Höhe von **28.300 €** (Vorjahr **28.300 €**)

Anlagenverzeichnis:

Vorauskalkulation der TREUKOM

mitgezeichnet haben:

Ö 18

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 19.10.2017

SR/BeVoSr/510/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

II. Änderung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Straßenreinigung

Zielsetzung:

Erfassung von möglichst allen öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in Ratzeburg durch die maschinelle Straßenreinigung, wenn dieses technisch möglich, aber auch wirtschaftlich vertretbar ist. Berichtigungen und Anpassungen bei Grundstücken, die bisher nicht optimal erfasst waren oder aus redaktionellen Gründen geändert werden müssen

Beschlussvorschlag: Der AWTS empfiehlt:

„Die Stadtvertretung beschließt, die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte II. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Ratzeburg als Satzung zu erlassen. Die beigefügte Anlage (Änderungssatzung) ist Bestandteil dieses Beschlusses.“

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Kolja Pantelmann am 17.10.2017

Bürgermeister Voß am 19.10.2017

Sachverhalt:

In der o.g. Satzung werden in der Anlage zu § 2 Abs. 2 die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze aufgeführt, in denen auch für Teilstücke dieser Flächen die Reinigungspflicht, nicht nur für die Gehwege sondern auch für die Hälfte der Fahrbahnen, den Eigentümern der anliegenden Grundstücke auferlegt wurde.

Folgende Änderungen werden durch die Änderungssatzung berücksichtigt:

1. Das in der Mecklenburger Straße liegende (Eck-)Grundstück mit der Bezeichnung Mecklenburger Straße Nr. 32 Nordseite, gehört zu den selbstreinigenden Fällen.
2. Die in der Treptower Straße liegenden (Eck-)Grundstücke mit der Bezeichnung Treptower Straße Nr. 14 tlw., Nrn. 16, 18, 20, 41, 47, 49, Nrn. 22, 39 Südseite, Nrn. 37, 40 Nordseite, gehören zu den selbstreinigenden Fällen.
3. Das im liegende (Eck-)Grundstück mit der Bezeichnung Zarrentiner Weg Nr. 21 Nordseite, gehört zu den selbstreinigenden Fällen.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt: Für den städtischen Haushalt entstehen keine Auswirkungen. Aufwand und Ertrag im Wirtschaftsplan sind neutral, da es sich bei der Straßenreinigung um eine kostenrechnende Einrichtung handelt, die sich über Gebühren finanziert.

Anlagenverzeichnis: Entwurf der II. Änderungssatzung

mitgezeichnet haben: entfällt.



18

II. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Ratzeburg vom 18.09.2013

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), des §§ 45 und 56 Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) und der §§ 1 und 6 des Kommunalen Abgabengesetzes des Landes Schleswig (KAG) in der jeweils geltenden Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 11.12.2017 folgende Satzung erlassen:

Artikel I

Das Verzeichnis der Straßen nach § 2 Abs. 2 der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Ratzeburg erhält folgende Fassung:

Artikel II

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Ratzeburg, den .2017

Stadt Ratzeburg
Der Bürgermeister

(Siegel)

(V o ß)
Bürgermeister

Anlage

zu § 2 Abs. 2 der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Ratzeburg

Für die nachstehend aufgeführten Straßen bzw. Straßenbereiche wird die Reinigungspflicht, auch für die Hälfte der Fahrbahnen, den Eigentümern der anliegenden Grundstücke auferlegt:

Straße/Straßenbereich	betroffene Grundstücke
Alter Postweg	Nr. 11 und Am Güterbahnhof 4 (Umspannwerk)
Am Graben	alle
Am Güterbahnhof	alle
Am Hang	alle
Am Kaninchenberg	Nrn. 1 und 3 jew. Nordseite, Nr. 5 (Südseite), Nrn. 7, 9, 11, 13, 15, 16, 17 und 18, 14 Südseite und 19 Westseite
Am Mühlengraben	ab Nr. 21, Nr. 24 tlw., ab Nr. 26
Am Steindamm	alle außer Nr. 15 nördlich zur Sedanwiese und Nrn. 1-5 östlich zur Sedanwiese
Am Stockhaus	alle
Amtsstieg	alle
An der Bahn	alle
Ansverusweg	Nrn. 29 Westseite (35 m), 31 Nordseite (3 m), 33 Ostseite (5 m) und 35 Ostseite (30 m)
Auf der Amtskoppel	alle
Bachstraße	Nrn. 6 und 8 jew. am Verbindungsweg, Nr. 20 Westseite
Bäker Weg	Nr. 41 tlw. und ab Nr. 43
Beethovenstraße	Nrn. 5, 7, 8 und 10 jew. am wassergeb.Verbindungsweg
Bergbuschschlag	alle
Brahmsallee	Nr. 1 tlw. am wassergeb.Verbindungsweg zur Schumannstraße
Braunsberger Straße	Nr. 5 Südwestseite, Nrn. 6, 7, 8, 9, Nr. 12 Nordwestseite, Nrn. 13, 14, 15, 16, 16a, 17, 18, 19, 20, Nr. 22 Südwestseite tlw. (Stichweg)
Carlower Weg	alle
Dechower Weg	Nrn. 3 und 4 jew. Ostseite, Nrn. 5, 6 und 7, Nrn. 8 und 9 jew. Westseite teilw. (Stichweg)
Dr. Alfred-Block-Allee	alle
Dutzower Weg	alle
Emil-von-Behring-Weg	Nrn. 4a bis 4e, Nr. 6 Südwestseite, Nr. 8a Nordostseite, Nrn. 10 und 12
Eupener Straße	Nr. 6 Nord- und Ostseite, Nr. 4 Nord- und Westseite – Stichweg Bahnhofsallee Nrn. 23a und 23 jew. Südseite
Farchauer Weg	Alle, betrifft jedoch nur die reine Wegereinigung. <u>Hinweis:</u> Dieser Weg ist nach neuester Rechtsprechung (OVG NRW 3.12.2012 9 A 193/10) als reiner Spazierweg einzustufen, der ohne weitere Verkehrsbedeutung in den Außenbereich der Stadt Ratzeburg führt. Für derartige Fälle wäre eine satzungsmäßige Übertragung der Winterdienstverpflichtungen unverhältnismäßig und deshalb unzulässig.
Ferdinand-Sauerbruch-Weg	Nr. 1 (Nordseite), Nr. 1a, 2a, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 10a, 11, 12, 13, 15, 17 und 19
Forellenweg	alle

Straße/Straßenbereich	betroffene Grundstücke
Fünfhausen	alle
Gadebuscher Weg	Nr. 8 Südseite, Nr. 9 Nordwestseite tlw. (Stichweg), Nrn. 10, 11, 12 und 13
Giesensdorfer Weg	alle
Händelstraße	Nrn. 3, 5, 35, 37 jew.tlw.am wassergebundenen Verbindungsweg, Nr. 35 Nordseite tlw.
Haydnplatz	Nr. 4 Nordseite, Nr. 5 Südseite
Hasselholt	Nr. 3 Nordseite tlw. (6 Meter von HNr. 5 Richtung Osten), Nr. 5, Nr. 6 Südseite, Nrn. 7 und 8, Nr. 9 Nordseite, Nrn. 10 und 12, Nr. 19 tlw. (4 Meter von Hausnrn. 21 Richtung Norden), Nrn. 21, 23, 33, 35 und 41
Hufeisen	alle
Lassahner Weg	Nr. 6 Westseite tlw., Nr. 7 Nordseite tlw., Nrn. 8, 9, 10 und 11, Nr. 12 Ost- und Westseite, Südseite tlw.
Marie-Curie-Weg	Alle Hinweis: Nr. 29 Ostseite
Mariengang	alle
Marienstraße	alle
Mecklenburger Straße	Nr. 32 Nordseite, Nr. 69-79 Ostseite, Nr. 130, Dechower Weg 2 Westseite
Möllner Straße:	Verbindungsweg Möllner Straße/Bergstraße
Molzahner Weg	Nr. 6 tlw. (6 Meter von HNr. 8 Richtung Westen), Nrn. 8, 10, 12, Nr. 14 Südseite
Mozartstraße	Nr. 11 Südseite, Nr. 12 Südseite, Nr. 13 Nordseite, Nr. 14 Nordseite
Oelmannsallee	Nrn. 9, 10, 11, 13 und 13a
Otto-Garber-Straße	Nrn. 2 und 4, Nr. 6 tlw. (11 Meter von HNr. 4 in Richtung Nordwesten), Siemensstraße 24 Nordostseite
Rehnaer Weg	Nr. 24 Nordseite, Nr. 26, Nr. 28 Nord- und Südseite, Nrn. 30 und 32, Nr. 34 Nord- und Südseite, Nrn. 36 und 38
Robert-Koch-Weg	Nr. 5 Ostseite, 5 a und 5 b
Rotdornweg	Nr. 18 Nordseite tlw. (21 Meter vom Feld in Richtung Westen), Nr. 23 Südseite
Rudolf-Virchow-Weg	alle
Schattiner Weg	alle
Schönberger Straße	Nrn. 2 und 4, Nr. 6 Nordseite, Nr. 16 Ostseite, Nr. 18, Nrn. 37 und 39 sowie Nr. 12 Nord- u. Westseite, 14 Westseite, 16 West-(ca. 6,5 m am Carlower Weg) u. Ostseite und 18 Ostseite, Nr. 10 Südseite
Schumannstraße	Nrn. 1 und 3 jew. tlw.am wassergeb.Verbindungsweg
Seedorfer Straße	Nrn. 45, 47 und 49
Seekenkamp	Nrn. 19, 21, 23, 25, 25a und 27, Nr. 29 tlw. (14 Meter von HNr. 27 Richtung Norden)
Seminarweg	alle
Stüvkamp	Nrn. 1 und 2 jeweils Nordseite, Nr. 3 Ostseite, Nr. 4 Westseite, Nr. 5 Südseite, Nr. 6 Nord- und Südseite, Nrn. 8 und 10, Nr. 11 tlw. (Grenze zum Flurstück 19/18), Nr. 12, Nr. 14 Südseite, Nr. 16 tlw. (Grenze zum Flurstück 19/18), Nr. 18
Tarnowweg	Nrn. 36, 40, 44 und 48 jew. Westseite, Nrn. 1-5 und 7-9 jeweils Ostseite

Straße/Straßenbereich	betroffene Grundstücke
Thurower Weg	alle
Treptower Straße	Nr. 14 tlw., Nrn. 16, 18, 20, 41, 47, 49, Nrn. 22, 39 Südseite, Nrn. 37, 40 Nordseite
Wagnerstraße	Nr. 7 Südseite, Nr. 9 Nordseite tlw., Nr. 23 Nordseite
Waldesruher Weg	alle
Wedenberg	alle
Weißdornweg	Nr. 10 tlw. (11 Meter von HNr. 12 Richtung Westen), Nr. 12, Nr. 14 Südseite
Zarrentiner Weg	Nr. 21 Nordseite

Ö 19

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 19.10.2017

SR/BeVoSr/512/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

Voraus kalkulation der Tourismusabgabe 2018

Zielsetzung:

Kontinuierliche Fortsetzung der speziellen Abgabenerhebung zur teilweisen Deckung der Kosten im Bereich Tourismuswerbung.

Beschlussvorschlag:

Die beigefügte Voraus kalkulation der Tourismusabgabe 2017 wird als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung in der Abgabensatzung beschlossen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Kolja Pantelmann am 19.10.2017

Bürgermeister Voß am 19.10.2017

Sachverhalt:

Die Stadt Ratzeburg erhebt seit dem Jahre 1996 auf der rechtlichen Grundlage des § 10 Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) Fremdenverkehrsabgaben bzw. seit 2015 Tourismusabgaben von Personen und Personalvereinigungen, denen durch den Tourismus Vorteile geboten werden. Der fiktive Vorteil besteht in der sich aus dem Tourismus ergebenden Gewinnchance oder erhöhten Verdienstmöglichkeiten.

Mit Wirkung vom 01.08.2014 wurde § 10 KAG geändert. Der bisherige Kreis der erhebungsberechtigten Kurorte wurde um das Prädikat „anerkannter Tourismusort“

erweitert. Dabei sind anstatt der herkömmlichen Gesetzesbegriffes der Fremdenverkehrsabgabe und Fremdenverkehrswerbung die Begriffe Tourismusabgabe und Tourismuswerbung eingeführt worden.

Das Aufkommen aus der Tourismusabgabe ist nach wie vor zweckgebunden zur Deckung der Kosten im Bereich der Tourismuswerbung, insbesondere der Werbedrucksachen, Zeitungs- und Zeitschriftenanzeigen, Teilnahme an Messen und Werbeveranstaltungen, Versand von Prospekten, Personalkosten, Beiträge an die HLMS sowie zur Deckung von Aufwendungen für die Herstellung, Verwaltung und Unterhaltung der zu kulturellen und touristischen Zwecken vorgehaltenen öffentlichen Einrichtungen zu verwenden. Dieser Aufwand ist jährlich neu zu ermitteln und dient als Grundlage für die Abgabekalkulation.

Die Nachkalkulation 2016 ergibt eine Unterdeckung von 4,7 T€.

Die Unterdeckung von 4,7 T€ soll gleichmäßig auf die Kalkulationsjahre 2018 bis 2020 verteilt werden.

Nach der Berechnung für 2018 entfallen auf die Tourismusabgabe umzulegende und ansatzfähige Kosten von 373.300 €. Nach den satzungsrechtlichen Vorgaben sollen die enthaltenen Werbungskosten zu 50% und die enthaltenen Einrichtungskosten zu 40% durch die Tourismusabgabe gedeckt werden. Für das Kalkulationsjahr 2018 entstehen dadurch umlagefähige Kosten 154.800 €.

Die vorliegende Kalkulation wird von nachstehenden Faktoren wesentlich beeinflusst:

- Steigerung der Verwaltungskosten
- Steigerung der Personalkosten
- Im Übrigen werden die gleichen Kalkulationsgrundsätze wie in Vorjahren berücksichtigt.

Die einzelnen Veränderungen ab 2018 sind in der nachstehenden Übersicht dargestellt:

Vergleich Tourismusabgabe alt und neu

Stufe	Abgabepflichtige	Abgabensatz 2017 €	Abgabensatz 2018 €	Differenz € p.a.
1	Siehe § 5 der Satzung z.B. Restaurants, Steuerberater, Makler, Banken, Ärzte, Handwerksbetriebe, Jugendherbergen, Krankenhäuser, Versorgungsbetriebe u.v.a.	13,00	13,00 €	0,00
2		26,00	26,00 €	0,00
3		64,00	64,00 €	0,00
4		128,00	128,00 €	0,00
5		191,00	192,00 €	+ 1,00
6		332,00	333,00 €	+ 1,00
7		472,00	474,00 €	+ 2,00
8		701,00	705,00 €	+ 4,00
9		931,00	936,00 €	+ 5,00
10		1.211,00	1.218,00 €	+ 7,00
11		1.594,00	1.603,00 €	+ 9,00
12		2.028,00	2.038,00 €	+ 10,00

13		2.665,00	2.680,00 €	+ 15,00
----	--	----------	-------------------	---------

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Durch die Erhebung der Tourismusabgabe werden rd. **154.800 €** (2017: 153.300 €) auf die potentiellen Nutznießer der Tourismusförderung umgelegt und von der Stadt Ratzeburg vereinnahmt.

Anlagenverzeichnis:

Vorkalkulation der TREUKOM für das Jahr 2018

mitgezeichnet haben:

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss		Ö
Stadtvertretung		Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

III. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Erhebung einer Tourismusabgabe

Zielsetzung:

Kontinuierliche Fortsetzung der speziellen Abgabenerhebung zur teilweisen Deckung der Kosten im Bereich Tourismuswerbung.

Beschlussvorschlag:

Der AWTS empfiehlt der Stadtvertretung, (die Stadtvertretung beschließt auf Empfehlung des AWTS und Vorberatung im Hauptausschuss) die der Beschlussvorlage als Anlag beigefügte III. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Erhebung einer Tourismusabgabe als Satzung der Stadt Ratzeburg erlassen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Kolja Pantelmann am 19.10.2017

Bürgermeister Voß am 19.10.2017

Sachverhalt:

Die Kalkulation wurde unter TOP 17 vorgestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Durch die Erhebung der Tourismusabgabe werden rd. **154.800 €** auf die potentiellen Nutznießer der Tourismusförderung umgelegt und von der Stadt Ratzeburg vereinnahmt.

Anlagenverzeichnis:

III. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Erhebung einer Tourismusabgabe
Aufstellung der Gebührensätze

mitgezeichnet haben:



20

III. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Erhebung einer Tourismusabgabe

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), der §§ 1 und 10 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) und des § 13 Abs. 3 Nr. 1 in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Nr.2 des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz-LDSG) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 11.12.2017 folgende Satzung erlassen:

Artikel I

Die Satzung der Stadt Ratzeburg über die Erhebung einer Tourismusabgabe wird wie folgt geändert:
§ 6 erhält folgende Fassung:

§ 6 Höhe der Abgabe

Die Abgabe wird als Jahresabgabe erhoben und beträgt in den jeweiligen Stufen:

Stufe 1	13,00 €
Stufe 2	26,00 €
Stufe	64,00 €
Stufe	128,00 €
Stufe	192,00 €
Stufe	333,00 €
Stufe	474,00 €
Stufe	705,00 €
Stufe	936,00 €
Stufe	1.218,00 €
Stufe	1.603,00 €
Stufe	2.038,00 €
Stufe	2.680,00 €

Artikel II

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2018 in Kraft.

Ratzeburg, den .2017

Stadt Ratzeburg
Der Bürgermeister

(Siegel)

(V o B)
Bürgermeister

Ermittlung der Tourismusabgabebesätze 2018

VIII	beitragsfähiger Aufwand							
								160.322,25
IX	Gesamtvorteilswert							12.505
X	Abgabesatz einfach							12,82 0,00
XI	Höhe der Abgabe je Stufe gem. § 6	Stufe	Faktor	Tatbestände	Vorteils-	Abgabe-		
		1	1	182	satz	satz		
		2	2	428	182			13,00
		3	5	423	856			26,00
		4	10	151	2.115			64,00
		5	15	64	1.510			128,00
		6	26	47	960			192,00
		7	37	31	1.222			333,00
		8	55	16	1.147			474,00
		9	73	8	880			705,00
		10	95	16	584			936,00
		11	125	3	1.520			1.218,00
		12	159	2	375			1.603,00
		13	209	4	318			2.038,00
					836			2.680,00
					12.505			10.410,00

Ö 21

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 19.10.2017

SR/BeVoSr/517/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing	07.11.2017	Ö
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö
Stadtvertretung	11.12.2017	Ö

Verfasser: Herr Kolja Pantelmann

FB/Aktenzeichen: 8

Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2017 der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe

Zielsetzung:

Jahresabschlussprüfung kommunaler Wirtschaftsbetriebe nach dem Kommunalprüfungsgesetz (KPG) für das Wirtschaftsjahr 2017

Beschlussvorschlag:

Der AWTS beschließt, der Stadtvertretung zu empfehlen (die Stadtvertretung beschließt auf Empfehlung des AWTS), als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss 2017 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Walsleben – Fischer – Fock Partnerschaft, Ratzeburg zu benennen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Kolja Pantelmann am 19.10.2017

Bürgermeister Voß am 19.10.2017

Sachverhalt:

Gemäß Verfügung des Landrates des Kreises Herzogtum Lauenburg ist für die Jahresabschlussprüfung der eigenbetriebe ein Abschlussprüfer vorzuschlagen. Dafür kommen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft infrage, von denen eine aktuelle Unabhängigkeitserklärung im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex (international geltende Unternehmensverfassung) vorliegt.

Hinsichtlich der Auswahl des zu beauftragenden Abschlussprüfers ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass ein Prüferwechsel nach 6 Jahren vorgenommen werden sollte. Der letzte Prüferwechsel (von BDO zu Walsleben-Fischer-Fock) erfolgte für das Abschlussjahr 2012. Die Zusammenarbeit mit **Walsleben-Fischer-Fock** könnte ein weiteres Jahr fortgesetzt werden, da die Erfahrungen im Zusammenhang mit den Jahresabschlussprüfungen 2012 bis 2016 als sehr positiv zu bezeichnen sind.

Es wird daher vorgeschlagen, für das Jahr 2017 erneut die Ratzeburger Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Partnerschaft Walsleben-Fischer-Fock, Ratzeburg

zu benennen.

Die Beauftragung würde anschließend – nach der Beschlussfassung durch die Stadtvertretung – vom Gemeindeprüfungsamt des Kreises Herzogtum Lauenburg veranlasst werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Die benötigten Mittel werden im Wirtschaftsplan 2018 der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe eingestellt.

Anlagenverzeichnis:

mitgezeichnet haben:

Ö 22

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 17.11.2017

SR/BeVoSr/545/2017

Gremium	Datum	Behandlung
Hauptausschuss	27.11.2017	Ö

Verfasser:

FB/Aktenzeichen:

Dienstbefreiung durch den Bürgermeister

Zielsetzung:

Zielsetzung:

Abschließende Beurteilung des Vorgangs

Beschlussvorschlag:

_-nach Beratung-

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Maren Lubenow am 17.11.2017

Bürgermeister Voß am 17.11.2017

Sachverhalt:

Auf der Grundlage des Beschlusses des Hauptausschusses vom 7.8.2017 ergab sich der Prüfungsauftrag für die Kommunalaufsichtsbehörde, die ihr Ergebnis mit Verfügung vom 23.10.2017 vorgelegt hat. Darüber sind die Fraktionen unverzüglich informiert worden.

Der Hauptausschuss wird eine Entscheidung zu treffen haben, ob ein Vermögensschaden entstanden ist und ob und in welcher Höhe dieser geltend gemacht werden soll.

Im Juni 2017 waren 174 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Stadtverwaltung, bei den Ratzeburger Wirtschaftsbetrieben und beim Schulverband Ratzeburg beschäftigt. Die tatsächlichen Personalkosten betragen für den Juni 2017 insgesamt

527.872,17 €/Monat, damit pro Tag für alle 174 MA 17.595,74 € und pro MA/Tag 101,12 €.

Vom 15.6.2017-9.8.2017 hatten von 174 MA 104 MA den Tag genommen, 70 MA nicht. Nach der Entscheidung der Kommunalaufsicht haben bis zum 17.11.2017 insgesamt 53 MA den Tag zurückgegeben (1 Urlaubstag/Überstunden), so dass für insgesamt 123 MA keine Dienstbefreiung wirksam geworden ist.

Bis heute ist daher Dienstbefreiung bei insgesamt (174-123) 51 MA wirksam geworden, das entspricht Personalkosten von insgesamt Gesamtsumme von 5.157,12 €.

Finanzielle Auswirkungen:

:

Anlagenverzeichnis:

mitgezeichnet haben:



Kreis Herzogtum Lauenburg Postfach 1140 23901 Ratzeburg

Stadt Ratzeburg
Der Bürgermeister
Herrn Rainer Voß
Rathaus
Unter den Linden 1
23909 Ratzeburg

Fachdienst: Kommunales
- Kommunalaufsicht -
Ansprechpartner/in: Herr Steffen
Anschrift: Barlachstr. 2, Ratzeburg
Zimmer: 167
Telefon: 04541 888-210
Fax: 04541 888-237
E-Mail: Steffen@Kreis-RZ.de
Mein Zeichen: 150
Datum: 23.10.2017

**Beschluss des Hauptausschusses der Stadt Ratzeburg vom 07.08.2017;
Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Entscheidung des Bürgermeisters vom 15.06.2017
Ihre Schreiben vom 15.08. und 29.08.2017**

Sehr geehrter Herr Voß,

aufgrund Ihrer Stellungnahme vom 29.08.2017 habe ich im Rahmen der Amtshilfe auch den Fachdienst Personal meines Hauses um eine rechtliche Prüfung Ihrer Entscheidung, allen Mitarbeitenden der Stadt Ratzeburg und ihrer Betriebe und Einrichtungen einschließlich des Schulverbandes Ratzeburg Dienstbefreiung für einen Tag zu gewähren, gebeten. Dieses Ergebnis liegt mir zwischenzeitlich vor.

Bereits mit Schreiben vom 17.08.2017 hatte ich Ihnen mitgeteilt, dass die mir bekannten rechtlichen Grundlagen (Landesbeamtengesetz Schleswig-Holstein, Sonderurlaubsverordnung für Beamtinnen und Beamte Schleswig-Holstein und TVöD für den Bereich Verwaltung im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände) lediglich individuelle (mögliche) Urlaubsansprüche regeln, die in der Sphäre des Mitarbeitenden zu suchen sind. Eine Rechtsgrundlage für die von Ihnen gewährte generelle Dienstbefreiung ist von den genannten Vorschriften nicht erfasst. Der Fachdienst Personal meines Hauses hat mit seiner Stellungnahme meine Einschätzung bestätigt.

Inzwischen liegt mir auch ein Beschluss des OVG Berlin-Brandenburg vom 23.06.2016 vor (OVG 60 PV.2.16, juris), der sich mit der Problematik von Dienstbefreiungen auseinandersetzt. Dieser Beschluss ist vollumfänglich auf die Schleswig-Holsteinische Rechtslage anzuwenden, da sowohl die Sonderurlaubsverordnung für Beamtinnen und Beamte des Landes Berlin als auch der TVöD für den Bereich Verwaltung der Länder gleichlautend mit den hiesigen Vorschriften sind.

Das OVG Berlin-Brandenburg stellt in Ziffer 24 seines Beschlusses u. a. fest:

„... Es ist keine Rechtsgrundlage ersichtlich, auf Grund derer der Beteiligte (gemeint ist das Land Berlin als Arbeitgeber) berechtigt wäre, über die Arbeitszeit-, Urlaubs- und Feiertagsregelungen hinaus „freihändig“ einen Arbeitstag frei zu geben. Insbesondere ergibt sich solches weder aus der für die Beamten der Dienststelle geltenden Vorschriften der Verordnung über den Urlaub der Beamten und Richter aus besonderen Anlässen ..., noch aus den Vorschriften des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der

Sitz der Kreisverwaltung: Barlachstraße 2, 23909 Ratzeburg
Zentrale: 04541 888-0 Fax: 04541 888-306
E-Mail: info@kreis-rz.de Internet: www.kreis-rz.de

Konten des Kreises:
Kreissparkasse Ratzeburg
IBAN: DE38 2305 2750 0000 1100 00
Postbank Hamburg
IBAN: DE14 2001 0020 0009 6762 01

Anschrift und Kontaktdaten des Fachdienstes: siehe oben



IHRE BEHÖRDENUMMER

Länder in der für Berlin geltenden Fassung über die Arbeitsbefreiung. Voraussetzung der Gewährung einer Arbeits- oder Dienstbefreiung unter Fortzahlung des Entgelts oder der Bezüge ist ein sonstiger dringender Fall oder ein wichtiger persönlicher Grund. Es handelt sich um (eine) Einzelfallentscheidung, die nicht Grundlage der Arbeits- oder Dienstbefreiung für einen Teil der Dienststelle sein kann. Die Entscheidung eines Dienststellenleiters, einen Arbeitstag frei zu geben, ist mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit Haushaltsmitteln (...) schwerlich zu vereinbaren.“

Aufgrund der genannten Gründe ist Ihre Entscheidung, allen Mitarbeitenden der Stadt Ratzeburg und ihrer Betriebe und Einrichtungen einschließlich des Schulverbandes Ratzeburg Dienstbefreiung für einen Tag zu gewähren, nicht rechtmäßig.

Ich bitte Sie, den Hauptausschuss der Stadt Ratzeburg über das Prüfungsergebnis zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Karsten Steffen